



# Landtag von Baden-Württemberg

119. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 7. Mai 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Mittagspause: 13:33 bis 14:47 Uhr

Schluss: 18:20 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin. . . . .	7295	3. Aktuelle Debatte – <b>EU-Verordnungen überfordern Baden-Württemberg und Deutschland</b> – beantragt von der Fraktion der AfD . . . . .	7323
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Stefan Räßle . . . . .	7295	Abg. Emil Sänze AfD. . . . .	7323
1. Aktuelle Debatte – <b>Solidarität mit Corona-Heldinnen und -Helden – auch nach der Krise!</b> – beantragt von der Fraktion der SPD. . . . .	7295	Abg. Jürgen Walter GRÜNE . . . . .	7324
Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	7295	Abg. Paul Nemeth CDU. . . . .	7326
Abg. Thomas Poreski GRÜNE . . . . .	7297	Abg. Nicolas Fink SPD . . . . .	7328
Abg. Fabian Gramling CDU . . . . .	7299	Abg. Daniel Karrais FDP/DVP . . . . .	7329
Abg. Dr. Christina Baum AfD . . . . .	7300	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	7331
Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP . . . . .	7302	Minister Guido Wolf . . . . .	7332
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	7304	4. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 16/7931	
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung) . . . . .	7304	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Klaus Dürr AfD – <b>Kriminalität am Bahnhof in Schorndorf</b> . . . . .	7340
Beschluss . . . . .	7304	Abg. Klaus Dürr AfD . . . . .	7340, 7341
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut . . . . .	7305	Minister Thomas Strobl . . . . .	7340, 7341
Minister Manfred Lucha . . . . .	7306	4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Klaus Dürr AfD – <b>Windstromausbeute im Schurwald, insbesondere am „Goldboden“ auf Gemarkung Winterbach</b> . . . . .	7335
2. Aktuelle Debatte – <b>Weitere Fahrverbote jetzt abwenden – klare politische Entscheidungen der grün-schwarzen Landesregierung statt taktischer Manöver des Verkehrsministers</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	7309	Abg. Klaus Dürr AfD . . . . .	7335, 7336, 7338
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	7309, 7321	Minister Franz Untersteller . . . . .	7335, 7336, 7337, 7338, 7339, 7340
Abg. Daniel Renkonen GRÜNE . . . . .	7310	Abg. Anton Baron AfD . . . . .	7337, 7339
Abg. Thomas Dörflinger CDU . . . . .	7312	Abg. Udo Stein AfD . . . . .	7337
Abg. Ramazan Selcuk SPD . . . . .	7313	Abg. Gernot Gruber SPD . . . . .	7339
Abg. Hans Peter Stauch AfD . . . . .	7315	4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Rainer Hinderer SPD – <b>Geplante weitere Maßnahmen der Landesregierung im Umgang mit SARS-CoV-2-Infektionen in Baden-Württemberg</b> . . . . .	7342
Abg. Stefan Herre (fraktionslos) . . . . .	7317	Abg. Rainer Hinderer SPD . . . . .	7342, 7344
Minister Winfried Hermann . . . . .	7317	Minister Manfred Lucha . . . . .	7342, 7344, 7345
Abg. Stefan Räßle AfD (zur Geschäftsordnung) . . . . .	7322	Abg. Dr. Christina Baum AfD . . . . .	7344

<p>4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP – <b>Öffnungsstrategien und Zukunftsperspektiven für Sportvereine und Fitnessstudios im Landkreis Schwäbisch Hall</b> . . . . . zurückgezogen (7345)</p> <p>4.5 Mündliche Anfrage des Abg. Rainer Hinderer SPD – <b>Nutzung von Vorsorge- und Rehaeinrichtungen oder von Bedarfs- und Notfallkrankenhäusern für Covid-19-Patientinnen und -patienten</b> . . . . . 7345</p> <p>Schriftliche Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration. . . . . 7345</p> <p>4.6 Mündliche Anfrage des Abg. Andreas Kenner SPD – <b>Öffnung Bäder und Badeseen im Sommer 2020</b> . . . . . 7346</p> <p>Schriftliche Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration. . . . . 7346</p> <p>5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – <b>Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung und anderer Gesetze</b> – Drucksache 16/8027</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/8053. . . . . 7346</p> <p>Abg. Dr. Ute Leidig GRÜNE. . . . . 7346</p> <p>Abg. Ulli Hockenberger CDU . . . . . 7347</p> <p>Abg. Sascha Binder SPD . . . . . 7348</p> <p>Abg. Daniel Rottmann AfD . . . . . 7349</p> <p>Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP. . . . . 7349</p> <p>Abg. Klaus Dürr AfD. . . . . 7350</p> <p>Minister Thomas Strobl . . . . . 7350</p> <p>Beschluss . . . . . 7353</p> <p>6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des ADV-Zusammenarbeitengesetzes und anderer Vorschriften</b> – Drucksache 16/8011 . . . . . 7355</p> <p>Beschluss . . . . . 7355</p> <p>7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes</b> – Drucksache 16/8038. . . . . 7355</p> <p>Minister Peter Hauk . . . . . 7355</p> <p>Abg. Reinhold Pix GRÜNE. . . . . 7357</p> <p>Abg. Manuel Hagel CDU. . . . . 7358</p> <p>Abg. Reinhold Gall SPD . . . . . 7359</p> <p>Abg. Udo Stein AfD. . . . . 7360</p> <p>Abg. Klaus Hoher FDP/DVP. . . . . 7361</p> <p>Beschluss . . . . . 7361</p>	<p>8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Eigenbetriebsgesetzes, des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit und der Gemeindeordnung</b> – Drucksache 16/8012. . . . . 7361</p> <p>Beschluss . . . . . 7361</p> <p>9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 22. April 2020 – <b>Bericht über aktuelle europapolitische Themen</b> – Drucksachen 16/8019, 16/8023. . . . . 7361</p> <p>Abg. Josef Frey GRÜNE . . . . . 7362, 7369</p> <p>Abg. Isabell Huber CDU . . . . . 7362</p> <p>Abg. Sabine Wölfl SPD . . . . . 7363, 7368</p> <p>Abg. Emil Sänze AfD. . . . . 7364, 7368</p> <p>Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . . 7364</p> <p>Minister Guido Wolf . . . . . 7366</p> <p>Beschluss . . . . . 7369</p> <p>10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. März 2020 – <b>Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Erster Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (1. MÄStV)</b> – Drucksachen 16/7933, 16/8034</p> <p>11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. März 2020 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2017 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 12: Festsetzung von Hinterziehungszinsen</b> – Drucksachen 16/7938, 16/8015</p> <p>12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. November 2019 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags – hier: Denkschrift 2018 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 15: Planung, Pflege und Unterhalt von Außenanlagen des Landes</b> – Drucksachen 16/7259, 16/8014</p> <p>13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. November 2019 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2018 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 16: Photovoltaikanlagen bei Landesgebäuden</b> – Drucksachen 16/7258, 16/8013</p>
--	--

14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau vom 17. Februar 2020 – **Wohnraumförderung 2020/2021 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung in Baden-Württemberg** – Drucksachen 16/7720, 16/7877
15. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 31. März 2020 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität COM(2020) 80 final (BR 116/20)** – Drucksachen 16/7950, 16/8021
16. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 16. April 2020 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft – Für ein saubereres und wettbewerbsfähigeres Europa COM(2020) 98 final (BR 135/20)** – Drucksachen 16/7992, 16/8022
17. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/8004, 16/8005, 16/8006, 16/8007
18. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/7990 ..... 7369
- Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 10 bis 18 ..... 7370
19. **Kleine Anfragen** ..... 7370
- Nächste Sitzung ..... 7370

## Protokoll

über die 119. Sitzung vom 7. Mai 2020

Beginn: 9:34 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 119. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Halder, Frau Abg. Lindlohr, Herr Abg. Dr. Murschel, Herr Abg. Palka, Herr Abg. Dr. Rösler, Herr Abg. Schwarz, Herr Abg. Stächele und Frau Abg. Walker.

Meine Damen und Herren, Herr Abg. Räßle hat heute Geburtstag. Lieber Herr Abg. Räßle, im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen alles Gute und gratuliere herzlich. Bleiben Sie vor allem gesund.

(Beifall – Unruhe)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein, und ich rufe auf – –

(Unruhe)

– Es wäre schön, wenn Sie Ihre Nebengespräche einstellen würden. Vielen Dank.

Also: Ich rufe **Punkt 1** unserer Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Solidarität mit Corona-Heldinnen und -Helden – auch nach der Krise! – beantragt von der Fraktion der SPD**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung.

Ich bin jetzt nur ein bisschen irritiert. Schön, dass Herr Abg. Schwarz da ist. Denn eigentlich war er laut meinen Unterlagen als von der Teilnahmepflicht befreit gemeldet. Aber okay. Gut. Schön, dass Sie da sind.

(Zurufe, u. a.: Frau Schwarz! – Unruhe)

– Ach! Entschuldigung! Okay.

(Unruhe)

Dann wäre auch das geklärt. Vielen Dank. Dann ist Frau Abg. Schwarz entschuldigt, und Herr Abg. Schwarz ist hier.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

**Abg. Andreas Stoch** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es freut mich, dass Sie nach einem zu gegebenen längeren Plenartag gestern heute Morgen schon wie-

der frisch am Werk sind. Meine Fraktion möchte die Gelegenheit nutzen, an diesem heutigen Donnerstag die Debatte „Solidarität mit Corona-Heldinnen und -Helden – auch nach der Krise!“ aufzurufen.

In der Tagesordnung steht, dass diese Debatte von der SPD-Fraktion beantragt wurde. Das ist formal richtig, aber inhaltlich nicht die ganze Wahrheit. Denn in Wahrheit wurde diese Debatte von Hunderttausenden Beschäftigten beantragt, die in diesem Land seit Wochen dafür sorgen, dass der Laden läuft, dass Menschen medizinisch versorgt, gepflegt und betreut werden, dass Warentransporte rollen und Lebensmittel verfügbar sind, dass Müll entsorgt wird. „Systemrelevant“ nennen wir das. Diese Menschen halten unser Land am Laufen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Deswegen wurde diese Debatte von all den Menschen beantragt, die wir seit Wochen als Heldinnen und Helden der Coronakrise bezeichnen, denen wir Dankesbriefe schreiben, die wir loben, denen wir zu Recht applaudieren. Wir von der SPD haben diese Debatte also stellvertretend auf die Tagesordnung gesetzt.

Was diese Menschen in unserem Land und für unser Land leisten, ist auch in diesem Parlament immer wieder betont und unterstrichen worden, quer durch die Reihen der Mitglieder der Landesregierung und der Fraktionen. Ich weiß, dass dieser Dank den Heldinnen und Helden dieser Krise auch gutgegan hat. Danke dafür nochmals allen Menschen, die heute und in den nächsten Wochen arbeiten und die auch schon in der Vergangenheit zur Bewältigung der Krise gearbeitet haben. Danke aber vor allem denjenigen, die in diesen Zeiten ihre Frau und ihren Mann stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind die systemrelevanten Berufe. Wenn Sie sich einmal die Einkommensskala anschauen, dann sind es genau die Berufe, in denen nicht am meisten verdient wird, sondern es geht um Menschen, die hart für jeden Euro arbeiten müssen. Herzlichen Dank für diese Arbeit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

– Danke auch für den freundlichen Applaus. Aber da sind wir schon beim Thema. Denn von Applaus allein lebt niemand, nicht in diesem Plenum und auch nicht draußen im Land. Ich halte es darum für mehr als berechtigt, wenn nach langen Wochen der Coronakrise ein Motto die Runde macht, das von ebenjenen Heldinnen und Helden dieser Krise stammt. Verkürzt kann man es so beschreiben: Danke für euren Applaus, aber Applaus allein genügt nicht.

(Andreas Stoch)

Herr Ministerpräsident, Ihnen und Herrn Minister Lucha liegt ein offener Brief von Betriebsräten, Personalräten, Mitarbeitervertretungen, Jugend- und Auszubildendenvertretungen aus dem Sozial- und Gesundheitswesen in Baden-Württemberg vor, von den Interessenvertretern Hunderttausender Beschäftigter in diesem Land. Dieser Brief spricht eine sehr deutliche Sprache. Ich zitiere:

*Leider erleben wir in der Covid-19-Krise überdeutlich, dass unsere Arbeit durch eine jahrzehntelang verfehlte und auf Effizienz und Wettbewerb getrimmte Gesundheits- und Sozialpolitik erschwert wird. Die Erkenntnis ist nicht neu, die Krise legt die Mängel frei.*

Dieses Schreiben macht deutlich, dass diese Beschäftigten schon vor der Coronakrise am Limit und teilweise darüber hinaus gearbeitet haben. Dieses Schreiben fordert nicht nur einen effektiven Schutz für alle Patientinnen und Patienten, Klienten und Pflegebedürftige, sondern auch einen Schutz der Beschäftigten – vor dem Virus, aber auch vor einer eminenten Überlastung durch auf Dauer verlängerte Schichten und Arbeitszeiten.

Das Schreiben fordert effiziente Tests, und es fordert, dass eine Quarantäne auch für infizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelten muss. Ich zitiere:

*Krank ist krank!*

Und ich ahne Schlimmes, wenn diese Selbstverständlichkeit noch eigens betont werden muss.

Das Schreiben geht aber noch viel weiter, nämlich bis hin zur Forderung, dass von Geschäftemachern gehortete Schutzrüstung nicht zu Wucherpreisen aufgekauft, sondern beschlagnahmt wird. Viel deutlicher kann ein Hilferuf nicht mehr sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben aktuell – wir haben es gestern hier erörtert – die erfreuliche Situation, dass die dynamische Entwicklung der Pandemie, der Infektionszahlen gestoppt wurde. Es scheint, wir haben die Lage, zumindest ein Stück weit, im Griff – so, wie man sie eben nur im Griff haben kann. Aber einmal mehr: Nun muss es weitergehen. Wir müssen über die aktuelle Notlage hinaus beraten, und die Landesregierung muss Konsequenzen ziehen. Denn es ist doch offensichtlich, dass im Falle der Heldinnen und Helden dieser Krise eine gewaltige Schere klafft, eine Schere zwischen gesellschaftlicher Anerkennung und Bezahlung, zwischen freundlichem Applaus und realen Arbeitsverhältnissen, eine Schere zwischen Lob und Lohn.

Zu Beginn der Pandemie ging es um schnelle und tatkräftige Schritte – seitens der Politik, aber auch seitens der Beschäftigten, die einfach noch mehr Einsatz brachten, um die Krise zu meistern. Niemand hat in diesen ersten Wochen über Lohn und Arbeitsverhältnisse gesprochen; es wurde gearbeitet und geholfen, es wurde alles Nötige getan und noch viel mehr – bis heute. Aber nun müssen wir damit beginnen, langfristiger zu planen; nun geht es um die Zeit mit und um die Zeit nach der Krise, und es geht um die Lehren, die wir aus der Krise ziehen. Deswegen müssen wir die Weichen richtig stellen.

Es ist nicht genug, über Sonderzahlungen von ein paar Hundert Euro zu reden. Die sind als Anerkennung wichtig, aber dies wird nicht reichen. Wir müssen darüber reden, wo es in

diesem Land bei der Arbeit im Argen liegt. Wir müssen darüber nachdenken, welchen Zustand wir selbst herbeigeführt haben. Provokativ gefragt: Warum ist es uns so viel mehr wert, wenn jemand ein Kilo Metall hebt, als wenn er ein Kilo Mensch hebt, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Wir erleben, wie wir Steuer- und Abgabenzahlungen stunden können, wie wir fällige Hauptuntersuchungen bei Autos über Monate verschieben können, wie bestimmte Ämter und Behörden ihre Leistungen beschränken können. Die Welt geht davon nicht unter. Aber die Welt würde untergehen, wenn Menschen nicht medizinisch versorgt und gepflegt werden könnten, wenn es keine Lebensmittel mehr zu kaufen gäbe. All das haben wir erlebt. Die Frage ist, ob wir etwas daraus lernen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Viele Berufe, denen wir seit Wochen Lob und Applaus zollen, sind im Niedriglohnsektor angesiedelt. Seit den späten Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts haben wir in vielen dieser Bereiche eine regelrechte Tariffucht erlebt. Die Löhne sanken und sanken, die Arbeitsbedingungen wurden schlechter.

(Zurufe)

Die Politik hat dieser Entwicklung zugeschaut. Mancher sagte, der Staat könne nichts dagegen tun; andere sagten sogar, er solle nichts dagegen tun.

Während man in der SPD über die Finanzierung von Hilfen, über die Heldinnen und Helden der Coronakrise nachdenkt, spricht ein Herr Mark Hauptmann von der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von – ich zitiere – „Rezepten aus der linken Mottenkiste“. Wie gesagt, manche wollen aus dieser Krise nichts lernen.

Wir sollten aber daraus lernen. Wir müssen daraus lernen, und wir können handeln, weil der Staat mehr wird handeln müssen, als dies seit Jahrzehnten der Fall war. Es ist immer wieder betont worden, dass wir erst am Anfang der Coronakrise stehen. Was die Gesundheit angeht, dürfen wir hoffen, dass wir inzwischen einen wichtigen Schritt weiter sind, aber was die wirtschaftlichen Auswirkungen angeht, stehen wir tatsächlich erst am Anfang.

Es gilt, was ich schon gestern in der Aktuellen Debatte der CDU zu diesem Thema gesagt habe: Seien wir doch bitte schlau, und verbinden wir unsere Hilfe gegen die Coronakrise mit einer Hilfe zum Besseren, mit einer Hilfe dazu, Fehlentwicklungen nachhaltig zu korrigieren.

Ich denke, es ist fair, wenn wir Hilfen, wenn wir auch die Höhe solcher Hilfen an Mindeststandards für die Beschäftigten knüpfen, an Tariftreue, an ausreichende Arbeitnehmervertretung, an die Bedingung, dass die Kosten der Krise nicht auf die Beschäftigten oder auf Patienten und Pflegebedürftige abgewälzt werden, dass Ausgliederungen rückgängig gemacht werden, wenn diese allein dem Ziel gedient haben, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für bessere Geschäftszahlen schlechter bezahlen zu können.

Diese Landesregierung muss hierfür eintreten, und ich sage Ihnen unsere Unterstützung bei dem Bemühen zu, dass sich die Finanzierung unseres Gesundheitswesens nicht mehr an

(Andreas Stoch)

möglichst niedrigen Kosten, sondern an einer möglichst guten Versorgung orientiert.

(Beifall)

Deswegen müssen wir auch über die Bundespolitik sprechen und müssen uns von den ruinösen Fallpauschalen verabschieden.

(Zurufe)

Wir brauchen eine realistische Personalbemessung. In der Behindertenhilfe muss die unselige Wettbewerbsklausel vom Tisch. Das sind nur einige Beispiele.

Wir erleben, dass massiv Staatshilfen eingefordert werden – auch von Kliniken, die in privater Trägerschaft stehen, auch von privaten Unternehmen, auch von Einrichtungen, die sich mit Auslagerungen und Untergesellschaften ihre Refugien für Billiglöhne geschaffen haben. All diese Arbeitgeber werden gesellschaftliche Solidarität einfordern. Es ist doch nur gerecht, dass wir die Hilfe der Gemeinschaft daran knüpfen, dass diese Arbeitgeber zu ihrer gesellschaftlichen Solidarität stehen.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wir werden in der Politik noch viele Monate über die Auswirkungen der Coronakrise reden müssen, vielleicht noch Jahre. Sorgen wir jetzt dafür, dass wir die richtigen Ziele setzen: nicht ein Zurück in die Zeit davor, sondern ein Voran zu besseren Zuständen. Sorgen wir dafür, dass die massiven Hilfen des Staates nicht nur den Bilanzen, sondern auch den Beschäftigten helfen. Sorgen wir dafür, dass die Heldinnen und Helden der Coronakrise auf Dauer die Anerkennung genießen, die ihnen gebührt – auch die finanzielle Anerkennung.

Wenn wir das schaffen, dann könnte es sein, dass eines Tages nicht wir den Heldinnen und Helden der Krise danken, sondern diese Heldinnen und Helden endlich der Politik. Da wäre die richtige Antwort an die Menschen gegeben.

(Zuruf)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben es in der Hand. Lassen Sie es uns anpacken!

Herzlichen Dank.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Sie sind doch seit Jahrzehnten in der Regierung!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Poreski.

**Abg. Thomas Poreski** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Erste, was mir bei der Rede des Kollegen Stoch einfällt, ist, dass von den letzten 22 Jahren, seit 1998, die SPD 18 Jahre mit in der Bundesregierung gesessen hat.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD – Vereinzelt Heiterkeit)

In der Coronakrise zeigt sich, worauf es tatsächlich ankommt:

(Abg. Andreas Stoch SPD: Hier geht es um die Landesregierung! – Weitere Zurufe)

auf gesellschaftlichen Zusammenhalt – darf ich bitte reden –, auf Solidarität, auf Humanität.

(Zurufe, u. a. des Abg. Andreas Stoch SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment!

**Abg. Thomas Poreski** GRÜNE: Ich würde gern meine Rede halten, Kollege Stoch. – Und es kommt auf verlässliche Strukturen an.

Dass wir verhältnismäßig gut durch die Krise kommen, haben wir ganz besonders denjenigen zu verdanken, deren Arbeit oft übersehen oder geringgeschätzt wird, beispielsweise den Beschäftigten in der Pflege, im Gesundheitssystem, in der Behindertenhilfe, in der Jugendhilfe, in der Kitatrotbetreuung, in der Logistik und im Einzelhandel. Das sind Menschen, die jetzt unser Land am Laufen halten und dafür oft viel zu schlecht bezahlt werden.

Gleiches gilt für Lastwagenfahrerinnen und Lastwagenfahrer, Erntehelferinnen und Erntehelfer, Kassiererinnen und Kassierer und für Reinigungskräfte. Sie sind systemrelevant. Dies gilt auch für viele andere Bereiche: Rettungsdienste, Polizei und Feuerwehr, Bundeswehr, Forschungseinrichtungen, Medizinproduktehersteller oder die zahlreichen Krisenstäbe in den Kommunen und nicht zuletzt auch in den Ministerien.

Ihnen allen schulden wir nicht nur Dank, sondern auch ein Versprechen für die Zukunft: Anerkennung, Gleichberechtigung, bessere Arbeitsbedingungen – und oft auch bessere Löhne; da stimme ich Ihnen übrigens zu.

(Beifall)

Es spricht alles dafür, jetzt damit zu beginnen. Deshalb begrüße ich die heutige Debatte ausdrücklich. Menschen in der Pflege und im Gesundheitswesen haben in den letzten Wochen Großes geleistet, auch unter Inkaufnahme von Gesundheitsgefährdungen. Ich erinnere nur an den hohen Anteil des medizinischen Personals bei den Neuinfektionen.

Deshalb ist es gut, dass jetzt, im Zusammenspiel mit dem Bund, eine Coronaprämie in Höhe von 1 500 € in der Altenpflege vereinbart wurde, an der sich das Land zu einem Drittel beteiligt. In diesem Arbeitsfeld wird es auf absehbare Zeit noch besondere Belastungen durch Corona-Infektionen und Schutzmaßnahmen geben. Aber ich teile, wie auch mein Fraktionsvorsitzender Andreas Schwarz, die Auffassung, dass damit Ähnliches für andere Personengruppen nicht ausgeschlossen werden darf, etwa in der Krankenpflege, in der Eingliederungshilfe, in der Kitatrotbetreuung oder in der Arbeit mit psychisch Kranken.

(Beifall)

Wir sind offen für eine entsprechende Ausweitung.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, es bringt wenig, wenn Sie das hier im Landtag oder vor der Presse fordern. Ihre beiden Parteien stellen die Bundesregierung.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

(Thomas Poreski)

Es braucht eine konkrete Ansprache Ihrerseits an Ihre Bundesebene, an den Genossen Olaf und an den zuständigen Minister Jens Spahn. Sonst bleiben Ihre Forderungen Symbolpolitik.

(Beifall)

Einmalzahlungen sind gut; entscheidend sind aber nachhaltige Verbesserungen: verlässlich greifende Tarifverträge, wirkungsvolle Mindestlöhne, eine verlässliche Personalberechnung im Gesundheitswesen statt statistisch ermittelter Mindeststandards, der Schutz der Beschäftigten vor Infektionen und vor Überlastungssituationen. Hinzu kommen muss eine weiter verbesserte Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Gewerbeaufsicht und des betrieblichen Gesundheitsmanagements – solidarisch finanziert, für uns Grüne verbunden mit einer Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen in dieser existenziellen Krise viele Heldinnen und Helden des Alltags erleben. Ich möchte neben den schon erwähnten einige besonders hervorheben, etwa die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte und ihr Personal. Denn für viele Menschen, die sich krank fühlten, waren sie die erste Anlaufstation. Altenpflegerinnen und Altenpfleger haben nicht nur ihren Job gemacht, sie waren für viele Heimbewohnerinnen und -bewohner lange die einzigen sozialen Kontakte, und sie haben unter enormem Druck auch diese Rolle hervorragend erfüllt.

(Beifall)

Beschäftigte in der Behindertenhilfe und der Jugendhilfe hatten ohne ausreichende Schutzausrüstung direkten Menschenkontakt; denn wir konnten im Land anfangs nur den Mangel verwalten. Menschen im öffentlichen Dienst waren freiwillig am Wochenende auf Streife, um die Einhaltung der Maßnahmen zu überwachen. Sie wurden zum Teil körperlich angegriffen. Eltern – verschärfte Bedingungen haben Alleinerziehende – müssen Haushalt, Homeoffice und Homeschooling unter einen Hut bringen und teilweise ihren Jahresurlaub und Zeit darüber hinaus opfern. Ehrenamtliche haben in der Nachbarschaftshilfe Einkäufe für gefährdete Menschen übernommen. Studierende halfen in Krankenhäusern oder arbeiten freiwillig bei Krisenhotlines mit. Führungskräfte in Unternehmen haben dem Land ihre Solidarität angeboten und bei der Beschaffung und Produktion von Schutzausrüstung sowie bei der Herstellung von Desinfektionsmitteln mit angepackt. Reinigungskräfte führen und fahren noch immer Doppelschichten, um Orte zu desinfizieren. Wir sagen: Die Dankbarkeit, die wir diesen Menschen schulden, gilt auch für die Zeit nach Corona.

(Beifall)

Zu denen, die besondere Opfer bringen mussten und müssen, zählen zweifellos Kinder und Jugendliche. Mit einer starken Einschränkung sozialer Kontakte – Kinder brauchen Kinder –, mit beengten und teilweise prekären Verhältnissen, mit dem Wegfall des kostenlosen Mittagessens in der Schule oder der Kita und dem Fehlen von stützenden Strukturen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit hatten und haben sehr viele von ihnen zu kämpfen. Deswegen ist es gut, dass Schulen, Kitas und andere Angebote nun, nach Kriterien des Infektionsschutzes, Schritt für Schritt wieder geöffnet werden.

Viele Kinder und Jugendliche verkraften die besonderen Belastungen relativ gut, andere hingegen nicht. Etwa 20 % der Schülerinnen und Schüler werden beim Homeschooling nicht erreicht. Die Gewaltambulanz Heidelberg geht infolge der Kontaktbeschränkung von einer Verdreifachung bei den Kindesmisshandlungen aus.

Deshalb ist es wichtig, dass es Menschen gibt, die in dieser besonderen Situation Zivilcourage zeigen und eigenverantwortlich alle Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen. Ich rede von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, die täglich mit Schülerinnen und Schülern über soziale Medien Kontakt aufnehmen, um sie zu stützen und frühzeitig auch Hilfen anzubieten, ganz niederschwellig im Sinne von: „Fällt dir schon die Decke auf den Kopf? Sollen wir uns mal treffen?“

Ich denke an Ehrenamtliche, die mit Unterstützung ihrer Kommune oder des Landkreises die freien Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket einsetzen, um benachteiligten Kindern zu einem kostenlosen Mittagessen zu verhelfen. Und ich habe größte Hochachtung vor der Sozialamtsleiterin und dem Jugendamtsleiter, die den Fachkräften in den Kitas und Schulen vertrauen und für die eines ganz klar ist: Wenn ein Erzieher oder eine Lehrerin meldet: „Ich mache mir um ein Kind Sorgen“, dann kommt dieses Kind ganz selbstverständlich in die Notbetreuung, in mutiger und kreativer Auslegung der Vorschriften.

(Beifall)

Sie alle sind Heldinnen und Helden des Alltags. Wir brauchen noch viel mehr von ihnen; denn sie haben verstanden: Freiheit ist nicht mit dem Recht des Stärkeren zu verwechseln. Nachhaltige Freiheit gibt es nur, wenn wir auf die Verletzlichsten in dieser Gesellschaft schauen und wenn wir kein Kind zurücklassen.

Dass diese Erkenntnis über den Tag hinaus Bestand hat, ist nicht selbstverständlich. Wir stehen in vieler Hinsicht an einer Wegscheide. Schreiben wir alte Probleme fort und erzeugen dadurch neue? Wir hören schon die Stimmen, die Klimaschutz wieder als Luxusproblem diffamieren. Wir sagen jedoch: Nur mit einer beherzten Zivilgesellschaft, nur wenn aus Bekenntnissen Wirklichkeit wird, nur wenn wir mutig und besonnen handeln, werden wir nach der aktuellen Krise auch andere große Herausforderungen bewältigen, allen voran die Klimakrise – die sich eben nicht wegimpfen lässt.

(Zurufe von der AfD: Oje!)

– Ja, das gilt jetzt auch für Sie.

(Vereinzelt Lachen)

Machen wir uns ehrlich

(Zurufe)

– Sie dürfen gern zuhören, bevor Sie kommentieren –: Die Robustheit von Wirtschaft, von Gesundheits- und Sozialsystemen und der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind kein Widerspruch. Sie sind fest miteinander verbunden.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Gramling.

**Abg. Fabian Gramling** CDU: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona ist für unsere Gesellschaft ein echter Stresstest. Die Coronapandemie hat unser aller Leben von heute auf morgen auf den Kopf gestellt – mit drastischen Einschnitten in unser aller Alltag.

Ich möchte deshalb zuallererst allen danken, die in den letzten Wochen in der Gesellschaft so gut mitgezogen haben, die Rücksicht genommen haben auf ihre Mitmenschen

(Zuruf)

und mit Abstand unsere Gesellschaft zusammengehalten haben.

(Beifall – Zuruf)

An dieser Stelle auch ein großes Dankeschön an diejenigen, die als Einkaufshelden unsere älteren Mitmenschen versorgt haben, ein Dankeschön an die freiwilligen Erntehelfer, die kurzfristig in der Landwirtschaft eingesprungen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, es gibt zahlreiche Coronaheldinnen und Coronahelden in allen Teilen unserer Gesellschaft. Ich finde es wichtig und richtig, hier im Hohen Haus Danke zu sagen.

(Beifall)

Aber natürlich gibt es Berufe, in denen die Beschäftigten unter ganz besonderem Druck stehen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch dank ihres ganz besonderen Einsatzes einen großen Teil dazu beigetragen haben, dass unsere Gesellschaft trotz all der Einschränkungen in unserem Alltag weiter gut versorgt wurde; sie haben im wahrsten Sinn des Wortes den Laden am Laufen gehalten.

Danke deshalb unseren Alltagshelden, von den Ärzten und Pflegern über die Mitarbeiter im Einzelhandel bis hin zu den Landwirten, den Mitarbeitern in der Logistik, ohne die das alles nicht möglich gewesen wäre. Unsere Blaulichtorganisationen möchte ich hier natürlich mit einschließen.

(Beifall)

Warme Worte und Applaus sind zwar wichtig – keine Frage –, aber man muss auch auf die Erwartungen eingehen und die entsprechenden Berufsgruppen wertschätzen. Deshalb sind Sonderprämien im Einzelhandel und in der Pflege ein wichtiges und richtiges Signal der Wertschätzung. Ich bin unserem Gesundheitsminister Jens Spahn dankbar für die Schaffung eines steuerfreien Coronabonus für die Altenpflege, in Pflegeheimen und im mobilen Dienst von bis zu 1 500 €, der überwiegend aus dem Bundeshaushalt finanziert wird. Wir, die CDU-Landtagsfraktion, stehen dahinter, und wir werden diese Initiative auch im Land mitbegleiten und den vom Bund gewährten Bonus um ein Drittel erhöhen.

(Beifall)

Unserem Koalitionspartner will ich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit und die schnelle Einigung bei dieser Kofinanzierung danken. Darüber hinaus würden wir aber auch gern die Pflegekräfte in den Krankenhäusern, die in den letzten Wochen unter erschwerten Bedingungen gearbeitet haben und eine Mehrbelastung hatten, wie z. B. durch den Aufbau

von Intensivbetten, nicht vergessen. Deshalb haben wir der Landesregierung empfohlen, diesen Pflegekräften ebenfalls einen Bonus aus Landesmitteln zu gewähren. Das wäre, glaube ich, ein gutes Zeichen dafür, dass wir in der Pflege niemanden links liegen lassen.

(Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wertschätzung hat etwas mit der Vergütung zu tun – ja –, aber ebenso hat Wertschätzung etwas mit der Anerkennung zu tun, mit dem Standing des Berufsbilds in der Bevölkerung. Deshalb möchte ich an dieser Stelle unserem Landwirtschaftsminister Peter Hauk ganz ausdrücklich für die Landeskampagne „Wir versorgen unser Land“ danken.

(Vereinzelt Beifall)

Mit dieser Kampagne stärken wir den in der Öffentlichkeit viel gescholtenen Landwirten den Rücken und heben die Bedeutung der regionalen Versorgung hervor.

(Beifall)

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang auch die Anmerkung: Es ist nichts nachhaltiger als regionale Lebensmittel. „Regional kaufen“ heißt, unsere einzigartige Kulturlandschaft zu pflegen und mit fairen Preisen zu erhalten.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen, dass ich bereits mit unserer Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch Vor-Ort-Termine für die Kampagne „Natürlich. VON DAHEIM“ gemacht habe. Daran sehen Sie, dass es uns eben nicht nur in Krisenzeiten, wenn alle darüber reden, ein Anliegen ist, unsere Landwirte zu stärken, sondern dass wir auch schon vor Corona an der Seite der Landwirte in unserem Land gestanden sind.

(Beifall)

Das Gleiche gilt übrigens auch für die Alten- und Krankenpfleger. Mir ist bewusst, dass wir hier noch vor Herausforderungen stehen, aber gerade deshalb ist es so wichtig, dass unser Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in Berlin die Pflege wieder ganz oben auf die Agenda gesetzt hat und in dieser Zeit auch schon viel bewegt hat. Ich möchte an dieser Stelle nur die 13 000 neu geschaffenen und finanzierten Stellen in der Pflege erwähnen. Ich möchte die Bemühungen erwähnen, ausländische Fachkräfte anzuwerben. Die Berufsausbildung wurde reformiert, und die Zahl der Ausbildungsplätze wird stetig erhöht.

Natürlich gehört dazu auch das neue Gesetz von Arbeitsminister Heil, das für die Pflegekräfte die Bezahlung nach Tarif vorsieht.

Sie sehen, wir haben schon vor Corona an den Arbeitsbedingungen und der Wertschätzung für die Pflegeberufe gearbeitet. Ich verspreche Ihnen, wir werden das auch nach Corona weiter tun.

(Beifall)

Gestatten Sie mir, dass ich als arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion noch ein Thema anspreche, das mir ein Herzensanliegen ist: die duale Ausbildung. Unse-

(Fabian Gramling)

re Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut hat die duale Ausbildung wieder auf die Agenda genommen und vorangetrieben. Mir ist es wichtig, jungen Menschen die Chancen, die Möglichkeiten der Ausbildung auch in den Berufen der Coronahelden aufzuzeigen.

Bei aller Bedeutung und Wichtigkeit von BAföG und von Studententickets ist in den letzten Jahren bei vielen leider der Eindruck entstanden, dass die duale Ausbildung nicht so viel wert sei wie ein akademischer Bildungsabschluss. Deshalb hat es mich auch besonders geärgert – das möchte ich an dieser Stelle gar nicht verhehlen –, dass in der Diskussion um die Schulöffnung für die Abschlussklassen in der Presse häufig nur von den Abprüfungen gesprochen wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Mensch beginnt nicht mit dem Abitur,

(Beifall – Zurufe)

und es ist auch nicht das Ziel aller, im Lebenslauf einen akademischen Abschluss aufzuweisen. Das ist gut so.

(Beifall – Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu manchen Vorschlägen, die gerade durch die Presse geistern, möchte ich sagen: Für uns, die CDU, ist die Tarifautonomie ein hohes Gut. Wir setzen daher auf die Tarifparteien und auf die Tarifverträge – die im Übrigen verfassungsrechtlich garantiert sind. Der Staat sollte sich deshalb nicht unnötig einmischen.

Dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände dazu in der Lage sind, das haben sie in der Vergangenheit schon vielfach bewiesen. Zuletzt haben sie dies bei den Tarifverhandlungen im Einzelhandel mit einer Steigerung von 4,8 % – gestaffelt – gezeigt. Daran sieht man, dass unsere Tarifautonomie funktioniert.

(Beifall)

Mir ist aber auch bekannt, dass in manchen Branchen die Tarifbindung rückläufig ist. Wie immer im Leben, kann man das unterschiedlich erörtern und beurteilen. Für mich ist das kein Grund, per Gesetz in die Tarifautonomie einzugreifen. Vielmehr müssen die Tarifverträge modern, mit flexiblen Regelungen, mit differenzierten und passgenauen Lösungen für den Betrieb und für die Mitarbeiter ausgestaltet werden. Die neuen Erkenntnisse durch die Coronakrise und das Homeoffice tragen hier bestimmt zu einer guten Lösung bei.

Corona hat auch dazu beigetragen, dass wir in der Breite der Gesellschaft ins digitale Zeitalter katapultiert wurden. Ich weiß es aus meinem privaten Umfeld: Homeoffice war plötzlich bei vielen möglich, und die Videokonferenz war auf einmal auch kein Problem mehr und absolut durchführbar.

Erlauben Sie mir die Bemerkung: Wenn wir in Baden-Württemberg das grün-rote Tempo beim Breitbandausbau fortgeführt hätten, dann wären heute in weiten Teilen von Baden-Württemberg bei einer Videokonferenz nicht einmal Standbilder sichtbar. Deswegen ist es wichtig, dass unser Innenminister Thomas Strobl seit 2016 Breitbandprojekte im Volumen von über 610 Millionen € gefördert hat. Das ist übrigens eine Verachtfachung der Fördermittel für Breitbandprojekte gegenüber der letzten Legislaturperiode.

(Zuruf)

Lieber Herr Stoch, Sie haben gestern lauthals kritisiert, dass eine Bildungsplattform fehle und auch die Ausstattung mit Endgeräten nicht ausreiche. Ich möchte deshalb an dieser Stelle nur einmal festhalten, dass die beste Bildungsplattform nichts bringen würde, wenn wir in Baden-Württemberg beim Breitbandausbau

(Zuruf)

im Steinzeitalter hängen geblieben wären. Dann wäre das Land eher abgehängt. Genau deswegen – vielleicht erinnern Sie sich noch an die letzte Legislaturperiode – darf in Baden-Württemberg kein Schwarzwaldtal zuwachsen. Wir brauchen schnelles Internet bis an jede Milchkanne.

(Beifall – Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließen möchte ich mit einem kleinen Ausblick. Wir, Land und Bund, haben die Unternehmen mit Milliardenhilfen gestützt und Arbeitsplätze geschützt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronapandemie sind aber noch nicht absehbar, auch nicht mit Blick auf die Arbeitsplätze. Experten gehen von der größten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg aus. Wir stehen also vor großen Herausforderungen und haben schwierige Entscheidungen zu Sparmaßnahmen zu treffen.

Deshalb ist es mir wichtig – und ich glaube, der Anstand erfordert dies auch –, dass wir die Menschen auf diesem Weg mitnehmen und gut informieren und dass wir im Landtag von Baden-Württemberg nicht Begehrlichkeiten wecken – insbesondere dann, wenn hier in Baden-Württemberg keine Entscheidungskompetenz liegt. Damit wird man nur die Unzufriedenheit bei den Menschen vor Ort erhöhen.

(Vereinzelt Beifall)

Bevor ich meine Rede beende, will ich noch einmal von ganzem Herzen und im Namen der CDU-Landtagsfraktion den Heldinnen und Helden der Coronakrise Danke sagen: Ohne Ihren Einsatz und das Durchhaltevermögen in den letzten Wochen würden wir heute nicht so gut dastehen, wie wir es tun. Wir sind stolz auf Sie und dankbar für Ihren Dienst an unserer Gesellschaft.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Dr. Baum.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei dem Thema „Solidarität mit den Coronahelden“ war uns allen klar, dass wir eine populistische, heuchlerische und verlogene, also typische Debatte der Altparteien über uns werden ergehen lassen müssen –

(Beifall – Zurufe)

verlogen und heuchlerisch deshalb, weil Sie, liebe SPD, verantwortlich sind für den größten Niedriglohnsektor in ganz Europa, zu dem auch die Pflege gehört.

(Beifall)

(Dr. Christina Baum)

Ob über die Tarifkommissionen in den Gewerkschaften oder über die Aufsichtsräte und Verwaltungsräte der Unternehmen, die in großer Anzahl von Ihren Funktionären besetzt sind – Sie hätten längst die Möglichkeit gehabt, an dem erbärmlichen Zustand im Pflegebereich etwas zu ändern, und zwar zu Zeiten, als die Wirtschaft boomte und Steuergelder in Strömen flossen.

Die AfD hat bereits vor der Krise stets darauf hingewiesen, dass eine Wertschätzung für die Pflegeberufe auch über eine ordentliche Entlohnung zu erfolgen hat.

(Beifall)

Unter dem aktuellen Regierungshandeln leiden aber nicht nur die Pflegekräfte, sondern letzten Endes alle Bürger in nahezu allen Lebensbereichen.

In der ersten Debatte zum Thema Corona am 5. Februar wies ich Sie alle darauf hin, dass man dieses Virus nicht verharmlosen darf, sondern kritisch sehen muss, wenn man die Entwicklung in China aufmerksam beobachtet. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte man sich für einen der beiden Lösungswege entscheiden müssen: entweder die Ausbreitung zu verhindern oder eine Herdenimmunität anzustreben. Wochen später geriet man anscheinend völlig überrascht regelrecht in Panik darüber, dass Corona nun auch in Deutschland angekommen war.

Ich halte Ihnen, Herr Lucha, an dieser Stelle Ihr unprofessionelles Verhalten nicht vor. Schließlich sind Sie kein Mediziner. Ich frage mich jedoch allen Ernstes, mit welchen Fachleuten Sie sich beraten haben und ob diese Fachleute diesen Namen überhaupt verdienen.

(Beifall)

Statt Informationen zu liefern, schickte die Regierung das Parlament für Wochen in den Urlaub; regiert wurde über die Exekutive.

(Zurufe)

Die parlamentarische Kontrolle war somit vollkommen außer Kraft gesetzt und damit letztendlich der Grundgedanke der parlamentarischen Demokratie überhaupt.

(Zurufe – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe. Zwischenrufe sind in Ordnung, aber nicht, wenn der ganze Saal dies gleichzeitig macht. Das geht nicht. – Danke.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Genau so ist es; Sie sagen es.

Sie, Herr Lucha und Herr Kretschmann, kannten die Zahlen, und Sie haben deshalb gewusst, dass der Höhepunkt der Infektionsausbreitung bereits überschritten war, als Sie sich zu den Maßnahmen des Shutdowns entschlossen. Deshalb ist Ihr Handeln auch als unverantwortlich zu beurteilen. Denn die Folgen all dieser damit verbundenen gravierenden Maßnahmen werden schon jetzt überdeutlich sichtbar.

Der Mensch ist ein soziales Geschöpf. Die Vereinzelung, die Kontaktverbote, die Trennung der Senioren von ihren Liebs-

ten oder das Maskentragen bewirken solch einschneidende psychische Veränderungen, dass wir deren Folgen überhaupt noch nicht abschätzen können.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

Eine Pflegerin berichtete mir, dass sie noch niemals so viele Antidepressiva an ihre Senioren verteilen musste wie jetzt und dass die Menschen regelrecht verkümmern, wie Pflanzen ohne Licht und Wasser. Jemand anderes berichtete mir, dass seine Mutter, die im Pflegeheim lebt, nach einem Arztbesuch nun in ihrem Zimmer wie in einer Zelle eingesperrt wurde. Das ist Freiheitsberaubung, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Straftäter werden auf freien Fuß gesetzt, und die normale Bevölkerung wird eingesperrt – welch eine Schizophrenie. Nun hat einer dieser Straftäter einen Mord begangen. Wer trägt dafür die Verantwortung? Das frage ich Sie.

Eine der größten Luftnummern, mit der Sie, meine Herren Lucha und Kretschmann, nicht nur sich selbst, sondern die Politik an sich lächerlich gemacht haben, ist jedoch die Verpflichtung zum Tragen selbst gebastelter Masken. Nicht einmal Grundschulkindern glauben Ihnen, dass dadurch Viren abgehalten werden können. Was also wollten Sie mit dieser Anordnung, um nicht zu sagen Maskerade, bezwecken? Den Menschen ihre Würde nehmen, ihnen verdeutlichen, dass sie nun auf Gedeih und Verderb Ihrer Willkür ausgesetzt sind?

Wie sich all diese erzwungenen Änderungen unseres Sozialverhaltens auf die weitere psychische Entwicklung der Kinder in unserem Land auswirken, weiß heute auch noch niemand. Fakt ist jedenfalls eines: Je länger diese menschenverachtenden Zustände dauern, umso schwerwiegender werden die Folgen sein.

(Beifall)

Inzwischen gibt es so viele kritische Stimmen neutraler Fachleute, die alle nicht nur die Sinnhaftigkeit des Aufrechterhaltens der aktuell existierenden Verordnungen infrage stellen, sondern eine sofortige Aufhebung fordern.

(Vereinzelt Beifall)

Nach dem Bekanntwerden großzügiger Spenden von Bill Gates an die WHO, das RKI und die Charité kann ich diese Institutionen leider nicht mehr als neutral ansehen, da die Bill-Gates-Stiftung mit ihren Aktienanteilen an Pharmaziekonzernen gleichzeitig Milliarden Euro bei der Herstellung und Vermarktung von Impfstoffen gegen Corona verdienen wird.

Die Aufrechterhaltung der von der Regierung geschürten Panik in der Bevölkerung, die letzten Endes wahrscheinlich aus Todesangst freiwillig zu einer Impfung bereit sein wird, ist also eindeutig im wirtschaftlichen Interesse von Bill Gates. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Beifall)

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang natürlich wieder einmal das Verhalten der Medien und der Politiker der Altparteien.

(Zuruf)

(Dr. Christina Baum)

Kritiker des Shutdowns und der Einschränkung der Grundrechte werden als Verschwörungstheoretiker und Spinner diffamiert und lächerlich gemacht. Ihre Statements werden in den sozialen Medien als Fake News gebrandmarkt und sogar gesperrt. Was Fake News sind, bestimmt wer? In dem Roman „1984“ von Orwell ist es das Wahrheitsministerium. Bei uns sind es die Mainstream-Medien, die einen Herrn Gates zur besten Sendezeit im Regierungsfernsehen fast zehn Minuten über die absolute und unausweichliche Notwendigkeit einer Zwangsimpfung schwadronieren lassen.

(Zurufe)

Wer entscheidet eigentlich über die gesendeten Beiträge im zwangsfinanzierten Fernsehen?

(Vereinzelt Beifall)

Glücklicherweise informieren sich immer mehr Menschen alternativ, sodass es jetzt zu ständig anwachsenden, ideologieübergreifenden Protesten aus dem Volk kommt.

(Beifall)

Die begeistern mich deshalb, weil ich daran erkenne, dass allen Menschen, genau wie mir, die Freiheit neben der Gesundheit das Wichtigste im Leben ist.

Entsetzt bin ich über das aggressive Vorgehen der Polizei gegen friedliche Demonstranten, das man in vielen Videos aufgebrachter Bürger sehen kann. Auf Anweisung aus den Innenministerien sind die Polizisten gezwungen, völlig unverhältnismäßig harte Maßnahmen gegen ihr eigenes Volk durchzusetzen. Mit Sicherheit müssen sie dabei oftmals gegen ihr Gewissen handeln. Wie lange das noch gut geht, wird sich zeigen.

(Beifall – Zuruf)

Die Unschuld der deutschen Polizei wurde für Corona geopfert. Und diese Bilder werden weltweit die bedenkliche Entwicklung in Deutschland sichtbar machen.

Der Lack ist ab. Und das, was zum Vorschein kommt, ist mehr als besorgniserregend. Eines steht fest: Eine Diktatur, egal, welcher Ausprägung – ob Klima oder Corona –, wird es mit der AfD jedenfalls niemals geben.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

Unser Volk ist verängstigt und leidet. Und Sie haben es in der Hand, dies zu ändern. Beenden Sie den Shutdown, und zwar sofort.

(Beifall)

Beweisen Sie wenigstens dieses eine Mal, dass Ihnen Ihr Volk etwas bedeutet. Jeder einzelne Tag zählt. Es lebe die Demokratie und die Freiheit.

(Beifall – Zuruf: Und das aus Ihrem Munde!)

– Das weiß ich am besten zu schätzen. Ich komme nämlich aus einer Diktatur. Deshalb weiß ich das sehr genau.

(Zurufe – Unruhe)

Zum Schluss eine Anmerkung zu Ihnen, Herr Rülke: Auf Ihre freundliche Antwort auf meine gestrige Zwischenfrage erwidere ich Ihnen Folgendes: Was juckt es eine deutsche Eiche, wenn sich ein kastrierter Eber daran reibt?

(Beifall – Vereinzelt Lachen)

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Vielen Dank.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Das war jetzt billig!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Reich-Gutjahr das Wort.

**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist gut gewählt, zeigt es doch die ganze Bandbreite unseres Denkens auf Situationen hin wie diese – eine Krise.

(Zuruf)

Die AfD hat gerade einmal mehr deutlich gemacht, dass sie für Krisen nicht geeignet ist. Denn wer in Zeiten, die für die gesamte Gesellschaft schwierig sind, hetzt, hat es nicht verdient, in irgendeiner Form in diesem Parlament zu sitzen.

(Beifall – Zurufe von der AfD, u. a.: Was ist das für eine Hetze! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Sie sind nicht mal in der Lage, zuzuhören!)

– Tja, Solidarität. – Kommen wir zum Thema: „Solidarität mit Corona-Heldinnen und -Helden – auch nach der Krise!“ Ein schöner Titel. Wann wird das sein, „nach der Krise“? Es wäre wunderbar, wenn wir das wüssten. Ich fürchte, dass wir an dieser Krise noch lange leiden werden.

Deshalb ist jetzt leider nicht die Zeit für Verteilungsdiskussionen. Es ist Zeit für die Frage, wie wir möglichst viele Arbeitsplätze – und das heißt auch, möglichst viele Unternehmen – retten. Aktuell haben wir in Baden-Württemberg 250 000 Arbeitslose. Das sind rund ein Drittel mehr als noch vor einem Jahr. 93 600 Betriebe haben Kurzarbeit angemeldet. Das sind 32 % der Betriebe in unserem Land. Wie viele Menschen davon betroffen sind, wissen wir jetzt noch nicht. Das wird sich aber in den nächsten Wochen zeigen. Was wir aber wissen und was wir daran sehen können, ist, dass die Unternehmen in unserem Land in diesen schwierigen Zeiten sehr wohl Verantwortung übernehmen und den Willen haben, ihre Mitarbeiter über diese schwierige Zeit zu bringen.

(Beifall – Zuruf: Was bleibt ihnen anderes übrig?)

Wir wissen aber auch, dass die meisten Konkurse erst in der Zeit des Aufschwungs stattfinden, dann, wenn ein Unternehmen wieder die vollen Personalkosten tragen muss, der Umsatz aber hinterherhinkt. Und das wird sich massiv in den Steuereinnahmen niederschlagen. Wir werden uns in allen Bereichen mit dem Sparen auseinandersetzen müssen. Wir brauchen jetzt keine Neiddebatte. Sie hilft jetzt niemandem, sie spaltet nur unsere Gesellschaft.

(Beifall)

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Was wir in der Gesellschaft aber in besonderer Weise brauchen, ist Solidarität mit den Coronaheldinnen und -helden und in der gesamten Gesellschaft.

Was ist eigentlich ein Held? Ein schönes Wort. Ein Held ist eine Person, die eine Heldentat, also eine besondere, außeralltägliche Leistung vollbringt, entweder auf körperlicher oder auf geistiger Ebene; das heißt: Mut, Aufopferungsbereitschaft, Kampf für Ideale, Tugendhaftigkeit oder Einsatzbereitschaft für Mitmenschen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Blicken wir auf unsere Coronahelden. Die Helden der ersten Stunde sind alle Menschen im Gesundheitsbereich, in der Altenpflege, in den Krankenhäusern, in Pflegeheimen, im Rettungsdienst, bei der Polizei. Sie waren an der Front des Geschehens, oft ohne ausreichende Schutzausrüstung, konfrontiert mit einem unbekanntem Virus, in Sorge vor einer großen, nicht beherrschbaren Anzahl von Erkrankten. Sie mussten ihren Dienst verrichten, handeln, ihre Angst überwinden. Dazu gehörte auch die Angst vor der eigenen Ansteckung und damit die Sorge um ihre Lieben – die sie in der Folge möglicherweise auch angesteckt hätten.

Wir sind allen sehr dankbar für ihren Einsatz und dankbar dafür, dass es nicht so schlimm kam wie befürchtet. Die heute schon angesprochene Prämie ist ein gutes Zeichen der Wertschätzung, hinter dem auch wir stehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es gab in dieser Phase aber noch etwas, was uns bewusst wurde: Wir haben nämlich einen Industriezweig oder einen Wirtschaftszweig – die Gesundheitsunternehmen –, der wertvoll ist. Sie erinnern sich vielleicht: Plötzlich kam das Thema CureVac hoch, und auch viele andere Firmen, die wir unterstützt haben, stießen plötzlich ins Blickfeld unserer Wahrnehmung.

Die Gesundheitswirtschaft, bestehend aus der Biotechnologie, der Automatisierung, dem Medizinwissen und der IT, ist eine Branche, die jetzt sichtbar geworden ist. Wir sollten sie nach dieser Krise nicht wieder in die Schublade oder in den Nebel der allgemeinen Wahrnehmung versenken.

Ich komme zu den Helden der zweiten Stunde. In dem Moment, als Leib und Leben erst einmal gesichert waren, ging es natürlich um die Versorgung der Bevölkerung. Da waren die Lebensmitteleinzelhändler und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Landwirte, die irgendwie auch noch Saisonarbeiter für die Ernte finden mussten, die Produzenten von Lebensmitteln und Getränken. Ich möchte hier explizit einmal die Bäcker und das Fleischerhandwerk nennen,

(Beifall)

die in der allgemeinen Diskussion sonst oft untergehen; ich nenne die Logistik- und Lieferbetriebe, die Obst- und Gemüsehändler, die Müllabfuhr. Unter erschwerten Arbeitsbedingungen und zunächst oft auch ohne Schutz haben sie ihre Arbeit verrichtet. Herzlichen Dank an alle Helden der zweiten Stunde!

(Beifall)

Es gibt aber auch noch die Helden der dritten Stunde. Für mich sind das alle, die vom Berufsverbot der Corona-Verordnung unmittelbar betroffen waren und es immer noch sind – manche ohne absehbare Perspektive. Das sind die Künstler, die Soloselbstständigen, die Gastronomen und Hoteliers und ihre Mitarbeiter – die übrigens besonders hart betroffen sind, weil beim Kurzarbeitergeld das Trinkgeld nicht eingerechnet wird.

Das sind die Einzelhändler im Non-Food-Bereich, der gesamte Tourismusbereich vom Reisebüro bis zum Busfahrer, der Messe- und Eventbereich, die Friseure, Kosmetiker und Masseure, Vereine und Sporteinrichtungen jeder Art, die Schausteller und, und, und.

Sie haben sich darauf eingelassen, ihr Geschäft ruhen zu lassen zum Wohle der Gemeinschaft. Ungeachtet der Soforthilfen – die gut waren –, wuchs und wächst die Sorge um das Überleben. Was über Jahre, manchmal über Generationen aufgebaut wurde, steht für sie auf dem Spiel – und damit auch sehr viele Arbeitsplätze. Wer selbst schon einmal durch die Phase einer drohenden Insolvenz gegangen ist, kann sich ein Bild davon machen, was viele Unternehmer und Selbstständige derzeit durchmachen.

Deswegen wäre es für mich schön, wenn wir wüssten, wann diese Krise endlich überwunden ist. Aber wir wissen es nicht. Was wir jedoch wissen: Der Lockdown muss so schnell wie möglich enden, damit Unternehmer wieder unternehmen können und nicht weiterhin zum Unterlassen verdonnert werden.

(Beifall)

Ich könnte noch weitere Helden aufführen: die Mütter und Väter, die plötzlich zu Lehrern wurden, oder all die Unternehmen, die in der Folge der oben genannten Schließungen massive Umsatzeinbußen hatten. Viele Menschen in der Gesellschaft sind in dieser Coronazeit Helden geworden. Sie haben neue Wege gefunden, Themen anzugehen, haben sich mit digitalen Hilfsmitteln vertraut gemacht, haben alte Gewohnheiten über Bord geworfen, um handlungsfähig zu bleiben. Wenn wir jetzt nach vorn schauen, dann sollten wir gemeinsam auf diesen neuen Erfahrungen aufbauen, Unnötiges über Bord werfen und neue Erkenntnisse in die Zukunft tragen.

Ich möchte einige Beispiele dazu nennen, was jetzt an der Zeit ist, endlich angegangen zu werden. Wir müssen die Bürokratie abbauen und Vorschriften ausmisten, wir müssen dezentrales Arbeiten – was ich besser finde als das Wort Homeoffice – sinnvoll ausgestalten. Das müssen aber die Unternehmer mit ihren Mitarbeitern tun und nicht der Staat.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen die digitale Basis stärken. Bei der Infrastruktur – Ausstattung in Schulen, Staat und Unternehmen – ist noch viel zu tun. – Lieber Herr Gramling, wir sind noch nicht am Ende. – Das Arbeitszeitgesetz muss endlich den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Wir brauchen mehr Geschwindigkeit bei Entscheidungen, z. B. beim Genehmigen von Bauvorhaben. Wir brauchen einen Staat, der sich als Dienstleister versteht und der hilft, Ideen und Investitionen zügig voranzubringen, und wir brauchen z. B. auch Flexibilität bei verkaufsoffenen Sonntagen.

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Jede Organisation kennt das: Wir kämpfen oft ewig um Änderungen. Jeder hat noch einen Beitrag, warum es nicht geht. Dann plötzlich ist man in der Krise, und dann spürt man: Oh, es geht doch! Diesen Rückenwind sollten wir alle, die Gesellschaft, uns zu eigen machen. Not macht erfinderisch, Not macht schneller, und deswegen: Machen wir uns die Not der Krise zum Wegbereiter für eine bessere, erfolgreichere Aufstellung unseres Landes!

All das und vieles, was schon gestern genannt wurde, können und müssen wir tun, und zwar jetzt und nicht erst nach der Krise – damit die Unternehmen mehr Luft zum Atmen haben und damit Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue entstehen.

Solidarität mit Coronaheldinnen und -helden heißt für mich, konsequente Pandemiekonzepte zu erstellen und umzusetzen, auch den Katastrophenschutz auszubauen. Denn hier haben wir vieles versäumt – was schon bekannt war, aber nicht geglaubt wurde. Jetzt wissen wir: Es ist möglich.

Wir müssen ein Augenmerk auf die Wirtschaftszweige richten, die bisher im Verborgenen waren; dazu zählt die vorhin genannte Gesundheitswirtschaft. Wir wollen gemeinsam an einer Arbeitswelt arbeiten, die modern ist, in der mutig Neues gewagt und Eigenverantwortung übernommen wird.

Noch etwas zu betonen ist mir an dieser Stelle wichtig: Solange die Coronagefahr nicht gebannt ist, gilt es für jeden Einzelnen, das Notwendige zu tun, damit es zu keiner zweiten Welle kommt. Das ist die höchste Form der Solidarität, die jeder von uns im Moment zeigen kann. Es gilt, die Hygienevorschriften einzuhalten, den Abstand zu wahren und die Masken zu tragen – ob sie nun taugen oder nicht. Denn es ist besser, etwas zu tun, von dem man glaubt, dass es hilft, als es bleiben zu lassen und eine Chance zu vergeben.

(Unruhe)

Deshalb bitte ich alle im Land – alle Bürgerinnen und Bürger sowie auch Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen –: Seien wir alle gemeinsam solidarisch, damit möglichst bald alle Helden wieder in einen Alltag zurückkehren können, der ihnen keine außergewöhnlichen Kräfte abverlangt.

Vielen Dank.

(Beifall – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Dr. Baum, Herr Abg. Räßple.

(Zuruf)

– Moment, bitte, bevor Sie sich aufregen. – Ich glaube, inzwischen hat jeder verstanden – das hat auch Ihre Kollegin, Frau Wolle, die jetzt leider draußen ist, gestern gesagt –: Abstand zu halten ist das Gebot der Stunde. Das ist das eine.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßple AfD)

– Moment, Herr Abg. Räßple!

Das andere: Diese Sitzordnung hier haben wir im Präsidium besprochen und beschlossen – im Präsidium sitzt auch die AfD –; daher bitte ich Sie, sich daran zu halten und mit Ab-

stand zu sitzen. Es geht nicht nur um Ihren eigenen persönlichen Schutz – das können Sie handhaben, wie Sie wollen –, sondern es geht auch um den Gesundheitsschutz der anderen Kolleginnen und Kollegen sowie vor allem auch unserer Beschäftigten. Ich bitte Sie, das zu beachten.

Seien Sie sich einfach auch immer wieder darüber im Klaren: Wir sollten als Vorbilder agieren. Deshalb bitte ich Sie nochmals, Abstand zu halten.

Vielen Dank.

(Beifall)

Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestern wurde beschlossen, dass die weitere Regie in der Coronapolitik den Ländern obliegt. Das ist ein Sieg des Föderalismus, den ich mit Nachdruck begrüße. Wir sollten ihn auch nutzen, vor allem im Sinne des Parlaments. Das heißt, wir sollten dem Parlament die Rolle geben, dass es nicht zum Abnickverein für die Regierungsmaßnahmen wird, sondern die Regie in der ganzen Sache führt. Das ist umso wichtiger, als diese Regierung gerade bei der Exitpolitik eine sehr diffuse, unkonkrete und zögerliche Haltung einnimmt.

Deswegen, meine Damen und Herren, fordere ich jetzt – das wird ein Geschäftsordnungsantrag –, dass sich der Landtag, solange die Coronakrise andauert, einmal in der Woche trifft.

Es war ein Skandal, dass zwischen dem 19. März und dem 29. April, sechs Wochen lang, der Landtag in den Urlaub geschickt worden ist, gerade in der entscheidenden Zeit der exekutiven Maßnahmen.

Also, bitte schön, nehmen wir diese Chance, die wir als Parlament und als Landespolitiker haben, wahr und werden ihr dadurch gerecht, dass wir uns jetzt einmal in der Woche zur Plenarsitzung treffen und dann immer wieder aufs Neue feststellen: Sind die Maßnahmen noch notwendig, und sind sie angemessen?

Ich fordere also jetzt per Geschäftsordnungsantrag eine Abstimmung über das regelmäßige Treffen des Landtags einmal pro Woche während der Coronakrise. Bitte stimmen Sie für diesen Antrag.

Danke schön.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, Sie haben den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Abg. Dr. Gedeon gehört. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] meldet sich.)

– Herr Abg. Dr. Gedeon, setzen Sie sich bitte hin. Abstimmungen sind zu akzeptieren, egal, ob sie einem passen oder nicht.

Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich glaube, es wird auch in dieser Debatte wieder deutlich: Die Auswirkungen der Coronaviruspandemie auf unsere Wirtschaft und auf unsere Gesellschaft sind in ihrer Dramatik beispiellos in der Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland. Bei aller berechtigten Sorge sollten wir aber nicht übersehen, wie viel Großartiges eben gerade in dieser schwierigen Zeit an vielen Orten in unserem Land geleistet wird.

Deshalb möchte ich den Schwerpunkt der Debatte wieder auf die Menschen richten, die uns in dieser Krise an vorderster Front unterstützen. Es ist mir persönlich ein großes Anliegen, allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu danken, denen in dieser Krise sehr viel abverlangt wird, sei es, weil sie an vorderster Front gegen das Virus und seine Folgen kämpfen, sei es, weil sie im Homeoffice bereits über viele Wochen hinweg Arbeit und Kinderbetreuung unter einen Hut bringen müssen und dabei nicht selten auch an die Grenzen ihrer persönlichen Belastbarkeit kommen, oder sei es, weil sie in Kurzarbeit plötzlich mit weniger Einkommen zurechtkommen müssen, während sie an den laufenden Kosten wenig bis gar nichts ändern können.

Ich danke allen, die sich in Krankenhäusern, in Arztpraxen und Pflegeheimen um alte und kranke Menschen kümmern. Ich danke allen, die in Supermärkten, Bäckereien, Metzgereien, Apotheken, im Handwerk oder bei Lieferdiensten ihr Bestes geben, um unseren Alltag aufrechtzuerhalten. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen: Polizistinnen und Polizisten, Reinigungskräfte, auch hier bei uns, gerade im Landtag, die jedes Mal, nach jeder Rede hier das Pult reinigen

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Karl Zimmermann CDU:  
Das wird nun immer so gemacht! Denn manche reden so einen Mist! – Heiterkeit)

– da bringt aber auch das Desinfektionsmittel nichts –, Lkw-Fahrer, Paketzusteller, die Landwirtinnen und Landwirte in unserem Land. Ja, die Coronakrise kennt viele Heldinnen und Helden, die jeden Tag für uns alle im Einsatz sind.

Nicht zuletzt danke ich auch den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die in diesen Wochen für ihre Nachbarn einkaufen, die ihre Mitmenschen in vielfältiger Weise ganz unkompliziert und kreativ unterstützen. Ihnen allen gebührt unser größter Dank und unser Respekt.

Auch ich unterstütze die Prämie für die Menschen, die in der Pflege Besonderes leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie steht es bei uns mit der Wertschätzung von Arbeit, gerade auch in den weniger gut bezahlten Berufen? Wie gehen wir wohl nach der Krise – Frau Reich-Gutjahr, ich gebe Ihnen recht: heute kann noch niemand verlässlich sagen, wann das sein wird – mit diesen Fragen um? Für mich steht zunächst ein Punkt ganz klar im Vordergrund: Wir müssen gegenwärtig alle Anstrengungen unternehmen, damit möglichst wenig Arbeitsplätze verloren gehen. Beschäftigungssicherung ist in dieser Krise alles andere als ein Selbstläufer. Deshalb haben für mich die Hilfsprogramme für Unternehmen und Selbstständige im Moment eine sehr hohe Priorität.

An zweiter Stelle möchte ich das Kurzarbeitergeld nennen. Ja, in Baden-Württemberg haben inzwischen 107 000 Betriebe Kurzarbeit beantragt; das ist jeder dritte Betrieb in unserem Land. Dahinter stehen rund 1,6 Millionen Beschäftigte, die potenziell von Kurzarbeit betroffen sind. Dieses arbeitsmarktpolitische Instrument ist krisenerprobt; andere Länder beneiden uns darum. Es ist ein intelligenter Weg, um Anpassungsfähigkeit der Unternehmen mit Beschäftigungssicherung zu verbinden.

Ich halte es auch für richtig, dass die Bundesregierung die Höhe des Kurzarbeitergelds bei längerer Bezugsdauer angehoben hat und Hinzuverdienste nicht angerechnet werden. Dafür habe ich mich persönlich auch starkgemacht.

(Beifall)

Auch den Arbeitsschutz stärken wir weiter bei uns im Land, in Baden-Württemberg.

Zum Thema Tarifpolitik möchte ich unterstreichen: Ja, die Tarifpartnerschaft ist eine Errungenschaft der sozialen Marktwirtschaft, und sie hat auch einen ganz wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass wir bei uns in Deutschland einen solchen wirtschaftlichen Erfolg erreichen konnten. Es ist zuallererst die Aufgabe der Sozialpartner, Tarifverträge auszuhandeln. Dies gilt für alle Bereiche, also auch für die Gesundheitsbranche und die Altenpflege. Dabei gibt es nach dem Grundgesetz ein striktes staatliches Neutralitätsgebot, und das ist gut so.

(Beifall)

Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft besitzen für mich einen hohen Stellenwert. Sie sind ein elementarer Bestandteil unserer sozialen Marktwirtschaft. Die Stabilität, die wir einer funktionierenden Sozialpartnerschaft verdanken, verschafft uns auch Vorteile im internationalen Wettbewerb. Auch jetzt, in der Coronakrise, hat sie sich wieder bewährt. So ist Beschäftigungssicherung in diesen Zeiten vielerorts wichtiger als Lohnerhöhung.

Zur Stärkung der Tarifbindung unterstützt die Landesregierung grundsätzlich den Ansatz, durch tarifliche Öffnungsklauseln in Gesetzen aus dem Bereich des Arbeitsrechts deren Attraktivität zu erhöhen. Konkrete Beispiele gibt es im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, im Teilzeit- und Befristungsgesetz und im Arbeitszeitgesetz.

Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ist kein Allheilmittel; dabei gibt es grundgesetzliche Schranken, die zu beachten sind. Meine klare Linie ist die, dass ich Allgemeinverbindlichkeiten zustimme, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. In Baden-Württemberg haben wir das im Friseurhandwerk und im Sicherheitsgewerbe getan.

Sie sehen also: Die Tarifpartnerschaft ist uns wichtig, und die Tarifpartnerschaft wird auch – davon bin ich überzeugt – in der Zeit nach der Krise diese Themen aufgreifen und wird hier gute Lösungen erarbeiten. Das ist in unser aller Sinn.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Gibt es in der zweiten Runde noch Wortmeldungen? Herr Abg. Poreski hat noch Redezeit,

(Präsidentin Muhterem Aras)

Herr Abg. Stoch aber nicht mehr. – Wenn ich keine Wortmeldungen mehr sehe, dann erteile ich nun für die Landesregierung Herrn Minister Lucha das Wort.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, ganz herzlichen Dank für die Aktuelle Debatte. Sie haben recht, wir müssen wirklich allen Menschen hier in diesem Land Danke sagen.

Natürlich gibt es jetzt eine aufgeladene Debatte, eine sogenannte Öffnungsdebatte. Aber alles in allem: großer Respekt für unsere gesamte Gesellschaft, in der seit Wochen verantwortungsbewusst mit der Situation umgegangen wird, in der Verantwortung für alle anderen übernommen wird.

Ich darf Ihnen einfach noch einmal diese „Landkarte“ des LGA und des RKI zeigen.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Die dunkelblau gefärbten Gebiete weisen überdurchschnittliche, ultrahohe Inzidenzen auf. Baden-Württemberg war ebenso wie Bayern aus bekannten Gründen eines der am stärksten betroffenen Länder, mit der größten Herausforderung, die es zu bewerkstelligen galt.

Meine Damen und Herren, wir konnten diese größte Herausforderung so gut bewältigen, weil wir auf ein extrem gutes Gesundheitssystem, auf eine extrem gute Kultur der Zusammenarbeit der Sektoren – Ambulant, Stationär, Pflege, Behandlung, Sorge, bürgerschaftliches Engagement – zurückgreifen konnten. Das haben wir gemeinsam, Sie alle, in kurzer Zeit, wirklich rund um die Uhr, in widrigen Situationen zusammengespant – selbstverständlich.

Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, jawohl, es gab keine Masken. Es waren Raubritter unterwegs, die diese Masken, die wir vor zehn Wochen so dringend benötigt hätten, jetzt wie Sauerbier anbieten und uns in der Zwischenzeit wirklich fast die Haushalte ruiniert hätten. Frau Sitzmann, das war wirklich dramatisch. Sie kennen die Situation: Wir öffnen Kisten, in denen Sägespäne sind, wo aber vorn „FFP2“ draufsteht.

In dieser Lage, meine Damen und Herren, haben jetzt die Personen im Gesundheitswesen, in den sorgenden Berufen, alle in den Verwaltungen, in den Landratsämtern, bei uns in den Gesundheitsämtern, im öffentlichen Gesundheitsdienst – – Der war nicht immer gut gelitten bei Haushaltsanträgen, egal, wer an der Regierung war. Wir haben unsere Hausaufgaben nun gemacht. Diese Leute haben es möglich gemacht, dass wir heute so gut dastehen, wie wir dastehen. Dafür einen ganz herzlichen Dank an alle, die in dieser Gesellschaft für diese Verantwortung getragen und diese Tat vollbracht haben.

(Beifall)

Wenn Sie heute Morgen Professor Kekulé von der Universität Halle-Wittenberg gehört haben,

(Zuruf)

wenn Sie Herrn Drostens hören, wenn Sie alle anderen renommierten Virologen hören – der Herr Ministerpräsident weist

auch immer darauf hin, und er hat recht; er spricht mir aus dem Herzen –, wissen Sie: Das, was wir tun, ist ein Ritt auf der Rasierklinge. Die gesellschaftlichen Öffnungen, die wir nun machen, gehen nur, wenn wir alle uns weiterhin – Abstand, Hygiene, Distanz – extrem vorsichtig, achtsam verhalten: keine direkten Kontakte und, ja, den einen oder anderen Verzicht üben. Ich sage immer: „Heartshakes instead of handshakes.“ Das werden wir noch lange beherzigen.

Im Übrigen, Herr Stoch, als ökologisch-sozialer Marktwirtschaftler unterstreiche ich Ihre Philosophie, wirklich alles, was Sie gesagt haben. Die Wahrheit liegt bloß immer in der Umsetzbarkeit, in der Praktikabilität. Natürlich musste Ihnen Herr Poreski dann schon richtigerweise sagen, dass Punkte, die Sie monieren und nominieren, auch unter SPD-Beteiligungen oder CDU-Beteiligungen nicht immer so gut gemacht werden, weil sie halt so gemacht werden.

(Zuruf)

Aber unser Bemühen – – Ja, Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland beim Pflegebonus – – Ich muss jetzt schon einmal sagen, weil auch der Kollege Gramling so ein bisschen ein „Heiligenlied“ gesungen hat: Die 1 000 € sind der Griff in die Pflegekasse. Das sind Gelder aus der Pflegekasse, Versicherungsgelder. Es wird zwar vielleicht im Raum stehen, dass der Bund das einmal über Steuerzuschüsse nachfinanziert, aber im Moment sind es Versicherungsgelder. Also, man bedient sich da in einem System, und die Pflegekassen und Krankenkassen sind davon nicht begeistert.

Wir, das Land Baden-Württemberg, haben von vornherein gesagt – auch Minister Heil und Minister Spahn haben sich darauf geeinigt, das so zu machen –: Jawohl, den Passus, dass wir das eine Drittel mit unseren Arbeitgebern in der Pflege handeln – – Das machen wir nicht. Da möchte ich schon einmal sagen: Wir sind stolz darauf, dass wir 90 % Trägerschaften bei der Liga der Wohlfahrtspflege haben, wenn Sie z. B. sehen, dass der bpa immer noch allgemeingültige Tarife in der Altenhilfe ablehnt und sofort auch gesagt hat: „Mir gebet nix.“ Da haben wir gesagt: Diese Debatte – Herr Vorsitzender Schwarz, Frau Sitzmann, ganz herzlichen Dank für Ihr großes Engagement bei diesem Thema – führen wir nicht. Mit unseren Verbänden, die auch noch Aidshilfe, Behindertenhilfe, Nachbarschaftshilfe betreiben, diskutieren wir da nicht. Wir, das Land, übernehmen diesen Anteil.

Herzlichen Dank! Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen. Andere Bundesländer wie das CDU-FDP-geführte Nordrhein-Westfalen sind da überhaupt noch nicht so weit. Da gibt es ganz heftige Debatten. Die sind da gar nicht willens, zu zahlen. Also, da sind wir, das Land Baden-Württemberg, Vorreiter. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ja, Sie haben recht: Es gibt noch einiges zu tun. Aber wir sind eingestiegen. Warum hat Baden-Württemberg – das möchte ich schon einmal sagen – die Krise, die uns mit am schwersten trifft, besser gelöst als die Bayern? Weil wir auf unsere Strukturen zurückgreifen konnten, weil wir z. B. Krankenhäuser in den letzten Jahren stark gemacht haben, auch gemeinsam, weil wir große Krankenhäuser zusammengeführt haben – mit durchaus turbulenten politischen Debatten. Das waren

(Minister Manfred Lucha)

aber die Krankenhäuser, die schnell umrüsten konnten, die Kapazitäten aufbauen konnten, die auch in Zukunft die Stand-by-Krankenhäuser sind, wenn wir wieder hochfahren müssen. Das war nur möglich, weil wir und Sie hier gemeinsam die richtige Politik für die Zukunft gemacht haben. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Was tun wir in unseren Pflegeheimen? Sie wissen, es leben 100 000 Menschen in Pflegeheimen, und wir testen gerade alle durch: asymptomatisch, symptomatisch und dann, in unserer Teststrategie, ein Dreischalenmodell. Wir wollen und – da haben Sie recht – wir müssen testen, und später müssen wir auf Antikörper hin testen.

Wir und die Menschen in unseren Pflegeeinrichtungen mit unserer Taskforce, mit unseren vielen Runden, die wir Montag, Mittwoch, Freitag immer mit allen Beteiligten geführt haben, konnten das auch deswegen so gut umsetzen, weil wir die Binnenquarantänisierung durchführen konnten, weil wir das Einzelzimmergebot relativ konsequent umgesetzt haben, weil wir eben nicht wie andere Bundesländer Zwei- und Mehrbettzimmer hatten, wo das gar nicht darstellbar war. Da sehen Sie einmal, was für eine große Chance wir hatten. Also: Baden-Württemberg ist sicher das Bundesland, das da am besten aus der Krise gekommen ist.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister Lucha, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wölflé zu?

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Ja, bitte, Frau Wölflé.

**Abg. Sabine Wölflé SPD:** Vielen Dank, Herr Minister. – Sie haben gerade die Testungen angesprochen. Wir haben ja die Situation, dass in allen Stadt- und Landkreisen die Gesundheitsämter nach den Richtlinien, Vorgaben und Empfehlungen des Robert Koch-Instituts arbeiten. Das bedeutet, in einigen Landkreisen hat man schon vorher getestet und in anderen nicht, weil die Gesundheitsämter das selbst entschieden haben. Sie haben jetzt angewiesen, dass überall getestet wird.

Wir haben Gott sei Dank die Situation, dass es in sehr wenigen Pflegeheimen Fälle gibt. Wir wissen aber nicht, ob es tatsächlich in anderen Pflegeheimen unentdeckte Fälle gibt.

Wäre es nicht besser gewesen, schon vorzeitig den Gesundheitsämtern politisch das Signal zu geben, in eine Reihentestung – zumindest am Anfang – zu gehen, um eine gewisse Sicherheit zu haben? Ich weiß, dass viele Träger das selbst gemacht haben, aber auch einige Landkreise. So haben dies die Stadt Mannheim, der Kreis Böblingen und viele andere gemacht; die haben das schon vorher über ihre Landratsämter verordnet.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Herzlichen Dank für die Frage. – Sie wissen selbst, dass man sich am Anfang der Krise darauf konzentrieren musste, wo die unmittelbarsten Hinweise auf Testnotwendigkeiten sind, damit man ganz gezielt Infektionsketten unterbrechen kann. Das war natürlich am Anfang auch eine Frage der verfügbaren Testkapazitäten. Je mehr Testkapazitäten wir aber hatten

– wir hatten das aber schon getan, bevor wir jetzt die Allgemeinverfügung für die Gesamttestung haben –, umso mehr haben wir die Testungen speziell bei vulnerablen Gruppen auch in Krankenhäusern ausgedehnt. Natürlich mussten wir entlang der Verfügbarkeit von Testkapazitäten handeln. Wir werden ja demnächst Kapazitäten für 160 000 Tests pro Woche haben.

Noch mal, weil gestern gefragt wurde: Es wurden in Deutschland bislang 2,3 Millionen Testungen durchgeführt. Davon waren deutschlandweit 7 % positiv, in Baden-Württemberg im Schnitt vermutlich 12 %. Sie sehen also auch, dass unsere seit Beginn geltende Teststrategie näher dran war, wenn es darum ging, herauszufinden, wo tatsächlich der Infektionsherd ist und wo betroffene Menschen sind.

Lassen Sie mich noch ganz wenige Sätze dazu sagen, wie es weitergeht. Jawohl, Herr Stoch, mir geht es wie Ihnen. Wir hatten schon vor der Krise den Sockel-Spitze-Tausch. Wir brauchen eine Reform der Pflegeversicherung. Wir brauchen – – Das geht an uns alle, meine Damen und Herren: Wir sind Beitragszahler, wir sind Arbeitgeber, wir haben Sozialversicherungsbeiträge, wir sind Konsumenten. Wir müssen das mittragen. Wir müssen bereit sein. Was ist uns ein gutes Gesundheitswesen wert? Diese Debatte müssen wir wirklich gemeinsam weiterführen auf der Basis echter Sozialpartnerschaft.

Herr Haußmann fragt immer, was ich meine, wenn ich sage: Eine OP-Schwester sollte dasselbe verdienen wie eine Maschinenbautechnikerin bei Daimler. Das ist mein Ziel. Wenn ich mir bei der Kollegin Bauer anschau, wie die großen Universitätskliniken Tarifabschlüsse machen konnten, sehe ich: Sie sind immer ein Stück über die normale Tarifentwicklung hinausgegangen, um attraktiv zu bleiben.

Natürlich, unser Engagement für das Pflegeberufegesetz – – Das liegt am Bund. Ihr wisst aus dem Ausschuss, was da gekommen ist und was wir alle – Kollegin Eisenmann – nacharbeiten mussten. Es hat uns wirklich sehr, sehr viel Mühe gekostet, ein operables, praktikables Angebot zu haben – z. B. genügend pädiatrische Angebote; das haben wir jetzt gemeinsam erreicht; Frau Eisenmann, mein herzlicher Dank – oder auch in die U-3-Betreuung gehen zu können, damit dort die entsprechenden Zeiten gearbeitet oder abgeleistet werden können. Das ist alles eine große Herausforderung. Wir werden Stand heute mehr Ausbildungsplätze in der generalisierten Pflege haben, als wir vorher in der Pflege hatten.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist bei der Akademisierung der Pflege Vorreiter. Aber auch da gilt es: Arbeitsstruktur, Tarifverträge, Eingruppierung, Karriere eben auch am Patienten, am Bett – nicht nur im Dienstzimmer, nicht nur in der Ausbildung –, Selbstbeauftragung, Infusionen legen dürfen, Zentralzugänge selbst beauftragen dürfen, nicht nur im Delegationsprinzip. Das ist eine große Aufgabe quer durch die politische Parteienlandschaft. Da müssen wir Signale setzen. Sie wissen, Sie brauchen auch in diesem Beruf den Durchgriff zur Karriere. Da ist Baden-Württemberg, denke ich, ein großer Vorreiter,

(Beifall)

und Kollegin Mielich ist seit vielen Jahren – auch schon vorher als Fachpolitikerin – immer dabei.

(Minister Manfred Lucha)

Hebammenausbildung: Was machen wir jetzt? Wir sind die, die den Ergotherapeuten, den Physiotherapeuten jetzt in der Krise wirklich helfen.

Ich möchte noch etwas zu den DRGs und zur Finanzausstattung sagen. Lieber Herr Stoch und liebe CDU, es waren leider CDU- und SPD-Bundespolitiker, die mit dem unfairen Kassengesetz und dem Morbi-RSA dem Land Baden-Württemberg mit seinen gesunden Strukturen – wenig Doppelstrukturen – 500 Millionen € entzogen und in Länder wie NRW verteilt haben, die einfach sehr viele nicht besonders gut ausgestattete und nicht gut platzierte Betten in Krankenhäusern haben. Das ist nicht richtig. Man muss das, was wir machen – nicht: viel hilft viel, sondern: richtig hilft viel –, auch entsprechend umsetzen.

Es hat sich gezeigt, was wir vor der Krise geleistet haben, auch, dass wir partnerschaftlich miteinander umgehen. Schauen Sie nach Bayern: Die haben eine Staatsmedizin angeordnet, die haben die Kassenärzte entmachtet. Wir haben 80 Coronapraxen und 40 Fieberambulanzen, wir haben das mit den Kliniken verzahnt. Wir sind gut durchgekommen. Wir haben jetzt die Heimärzteverbände – die KV bildet Pools, um in den Heimen zu behandeln. Das geht nur durch gute Partnerschaft, durch unsere vielen Arbeitsebenen von der Landesgesundheitskonferenz über den Gesundheitsdialog Baden-Württemberg.

Ich denke, das ist ein großer Aufschlag, Herr Ministerpräsident: Wir werden in Bälde im Kabinett über die eigenständige Produktion von persönlichen Schutzausrüstungen, von Medizinprodukten durch baden-württembergische Betriebe beraten.

Jawohl, Herr Stoch, ich erinnere mich noch an eine frühere Debatte – ich schließe hier auch den Ministerpräsidenten ein –: Wir brauchen eine europäische Arzneimittelstrategie bei den Antibiotika – nicht nur bei Impfstoffen –, bei elementar entscheidenden Medikamenten; wir brauchen kurze Wege. Die Produktion darf nicht nur in Billiglohnländer delegiert werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch Ihre Klimapolitik! – Weitere Zurufe)

Ich möchte durch das Vergaberecht nicht gezwungen werden, wegen zwei Cent ein Angebot anzunehmen, das ich weder politisch noch wirtschaftlich noch von der Kreislaufwirtschaft her gut finde.

(Beifall)

Da möchte ich auch einmal sagen können: Da gibt es Kriterien der Ökologie, der sozialen Verträglichkeit, der politischen Steuerbarkeit.

Ich glaube, das haben wir jetzt in dieser Zeit gemeinsam, ressortübergreifend gut gemacht – auch mit Ihrer Unterstützung. Herzlichen Dank an alle, die daran mitgearbeitet haben.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich habe schon ein bisschen Angst vor der Erkältungszeit. Wir müssen uns darauf einstellen, dass dann auch wieder schnell hochgefahren werden muss, dass es wieder schwierige Lagen geben wird. Auf alle Fälle wollen wir uns bei der PSA für 200 Tage absichern. Wir

werden sie – Herr Ministerpräsident – länger pandemiesicher und steril lagern. Es darf nicht sein, dass wir zehn Jahre altes Material bekommen, das zerfällt, wenn man es ins Gesicht nimmt. Auch das darf nicht passieren.

Aber eines ist klar: Solidarität in dieser Gesellschaft, in der es null Immunität gibt – elf Millionen nicht infizierte Bürgerinnen und Bürger; vielleicht sind jetzt ein paar Tausend immun, aber wir sind noch weit davon entfernt, geschützt zu sein –, heißt auch Achtsamkeit, heißt ein bisschen weniger Ego, heißt auch, immer danach zu gucken: Wie schade ich mit meinem Verhalten nicht den anderen? Wenn wir das tun, geht es uns allen gut. Allen voran unsere Pflegeberufler haben uns bewiesen, wie toll sie gearbeitet haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister, es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Schweickert. Lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu?

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Herr Schweickert.

**Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP:** Herr Minister, ich wollte Ihr Schlussstatement nicht mit einer Frage unterbrechen. Meine Frage bezieht sich auf das, was Sie vorher gesagt haben, als Sie die Themen Morbi-RSA und DRGs angesprochen haben. Vielleicht habe ich das auch falsch aufgefasst.

Also: Habe ich es richtig wahrgenommen, dass Sie das Thema DRGs grundsätzlich infrage stellen?

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Das war nur ein Beispiel.

**Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP:** Das war nur ein Beispiel.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Über die DRGs kann man in einer Landtagssitzung endlos diskutieren. Was wir aber bestimmt falsch gemacht haben, ist, dass wir die Pflege in absoluten Kosten bezahlen und daneben Fallpauschalenanteile haben. Das war ein Schnellschuss.

Sie wissen – ich spreche jetzt besonders Kollegin Wölfle, Kollege Poreski und andere an, die in der Enquetekommission „Pflege“ waren –, wir haben damals diese NRG-Debatte gehabt. An Pauschalen ist grundsätzlich nichts falsch, wenn die Pauschalen nicht Fehlanreize geben. Beim einen ist es zu viel, beim anderen zu wenig. Am Ende gilt doch die Erkenntnis: Es muss das bezahlt werden, was die Leute brauchen. Wir brauchen halt Strukturen, die nicht dazu einladen, Unnötiges oder Falsches zu tun. Das ist für uns das Entscheidende.

Aber wir wollen die Menschen schon ordentlich bezahlen. Ich glaube, das müssen wir in unserem Land wirklich gewährleisten. Die Debatte – so denke ich, Herr Stoch – werden wir immer wieder aufs Neue führen. Hier dürfen wir uns selbst nicht aus der Verantwortung nehmen.

Dafür noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, nutze ich die Gelegenheit für einen Hinweis. Herr Minister Wolf, unser Europaminister, hat uns solche schicken Europamasken mitgebracht. Sie liegen draußen auf den Tischen. Davon kann sich gern jeder eine mitnehmen. Diese Tage sind ja ganz besonders. Da kann man das durchaus gebrauchen. – Vielen Dank, Herr Minister Wolf.

(Beifall – Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Weitere Fahrverbote jetzt abwenden – klare politische Entscheidungen der grün-schwarzen Landesregierung statt taktischer Manöver des Verkehrsministers – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird, wie Sie wissen, die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung.

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Woche war in der „Stuttgarter Zeitung“ zu lesen, dass die Luftqualität am Neckartor die EU-Vorgaben erfüllt. Vor einiger Zeit äußerte sich Minister Untersteller dazu, dass für ihn angesichts des Rückgangs beim Verkehr die drohenden großflächigen Fahrverbote in Stuttgart vom Tisch seien. Dies unterstreicht die Forderung der FDP/DVP-Landtagsfraktion, jetzt das klare Signal zu setzen, dass man auf weitere Fahrverbote in Stuttgart verzichten kann.

(Beifall)

Stattdessen spielt Verkehrsminister Hermann aber auf Zeit, um an seinem Ziel weiterer Fahrverbote festhalten zu können. Diese trickreiche Strategie sorgt nicht nur für eine enorme Verärgerung, sondern auch für große Unsicherheit. Denn dies ist in der aktuellen Situation ein völlig unangemessenes Signal. Die Erkenntnisse der letzten Coronawochen können nur eine Schlussfolgerung haben: Eine Verschärfung der Fahrverbote ist völlig unverhältnismäßig.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob auf streckenbezogene Fahrverbote für Euro-5-Diesel nicht gänzlich verzichtet werden kann. Die FDP unterstützt die Aussagen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Reinhart vom 12. März 2019, der schon damals fragte, ob man bei besseren Luftmesswerten in Stuttgart überhaupt noch Fahrverbote brauche, und wissen wollte, ob man dies im Rahmen der Verhältnismäßigkeit prüfe. Ich kann die CDU nur auffordern, sich hier nicht weiter auf der Nase herumtanzen zu lassen.

(Beifall – Zuruf)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Haußmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kern zu?

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Nein. Lassen Sie mich in meinen Gedanken fortfahren. – Ich gehe gern noch einmal darauf ein, dass wir letzte Woche im Verkehrsausschuss einige Informationen aus dem Ministerium erhalten haben. Die Werte seit den Coronakontaktbeschränkungen ab dem 7. März zeigen, dass am Neckartor werktags 40 % und am Wochenende ca. 60 % weniger Verkehr ist.

Man sollte vermuten, dass die Stickstoffdioxidmesswerte am Neckartor zurückgingen. Nehmen wir aber die Mittelwerte der sechs Wochen vor den Kontaktbeschränkungen und der sechs Wochen nach den Kontaktbeschränkungen, so hatten wir vor dem Lockdown am Neckartor einen Durchschnittswert von 37 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft und in den sechs Wochen nach dem Lockdown von 41 Mikrogramm.

Die Argumentation, dass das Wetter einen sehr großen Einfluss auf die Belastung durch Stickstoffdioxid hat, klingt interessant. Ich erinnere mich an einen Antrag der FDP/DVP-Fraktion vom November 2016, in dem wir diese Messweltergebnisse angefragt und auch explizit nachgefragt hatten, wie sich die Messwerte sonntags auswirken. Denn sonntags hatten wir im Jahr 2015 beim Verkehr einen Rückgang um 31 %, und die Werte der Stickstoffdioxidbelastung haben sich um 28 % reduziert. Damals wurde uns mitgeteilt, dass eine Differenzierung nach Wetterlage nicht möglich sei; entsprechende Daten lägen nicht vor. Die Untersuchungen der LUBW belegten, dass sich eine Verminderung des Verkehrs unmittelbar positiv auf die Schadstoffkonzentrationen auswirke.

Inzwischen hört sich das ganz anders an. Deswegen frage ich Sie, Herr Minister Hermann: Ist denn eine Messgröße, die offenbar eine maßgebliche Abhängigkeit vom Wettergeschehen aufweist, als Entscheidungskriterium für weitere Fahrverbote geeignet?

(Beifall)

Ich frage Sie, Herr Minister Hermann: Ist mit dieser Kenntnis die notwendige Verhältnismäßigkeit gegeben, wenn Sie sagen, dass man nicht wissenschaftlich valide einzelne Maßnahmen exakt bestimmen könne und Wetter und Luft chemische Prozesse von größter Bedeutung seien? Andere Städte, andere Bundesländer bewerten diese Verhältnismäßigkeit klar und eindeutig und halten Fahrverbote für unverhältnismäßig, insbesondere dann, wenn die Grenzwerte eben in Kürze eingehalten werden können.

Bemerkenswert, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass man auf der Homepage des Umweltbundesamts inzwischen Argumentationen findet, die wir vor Wochen, vor Monaten, vor Jahren dort so nicht finden konnten. Neben dem Verkehr gibt es – angesichts der Coronakrise wird das so argumentiert – über gesamte Stadtgebiete verteilte Quellen, z. B. Industrieanlagen, Kraftwerke, verarbeitendes Gewerbe und private Haushalte, die zu einer mittleren Grundbelastung von 20 bis 30 Mikrogramm führen; der Grenzwert der EU liegt bei 40 Mikrogramm. Das war vom Umweltbundesamt bisher so nicht zu lesen und ist ganz interessant für die weitere Bewertung auch hier in Baden-Württemberg.

(Jochen Haußmann)

Statt, wie angekündigt, im April zu entscheiden, sorgen Sie, Herr Minister Hermann, nur für einen Aufschub und lassen alles offen. Sie lassen damit viele Autobesitzer in großer Unsicherheit. Wir haben in der Debatte vorher gehört, wie viel Kurzarbeit in Baden-Württemberg angemeldet ist, wie viele Menschen Sorgen um ihren Arbeitsplatz haben. In einer solchen Situation sorgen Sie dafür, dass auch Ein- und Auspendler die Sorge haben, mit ihrem Euro-5-Diesel in Kürze nicht mehr hineinfahren zu dürfen. So geht man mit der Verkehrspolitik in Baden-Württemberg nicht um.

(Beifall)

Man wundert sich schon über die Argumentationen. Ich habe viel Verständnis, wenn Personen sagen, dass sie sich bei dieser Argumentation über den Tisch gezogen fühlen.

(Zuruf)

Ihre Lösungen sehen Geschwindigkeitsbegrenzungen vor, Verdrängung des motorisierten Individualverkehrs und insgeheim natürlich weitere Fahrverbote, statt auf Innovation zu setzen, statt synthetische Kraftstoffe mit anzuerkennen. Wir könnten hier für Baden-Württemberg wirklich Impulse setzen, die für die Automobilindustrie in unserem Land sowie auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Pendlerinnen und Pendler sehr hilfreich wären.

Herr Minister, die Argumentation über den extrem hohen Wetereneinfluss, die neuen Erkenntnisse des Umweltbundesamts zur hohen Grundbelastung durch andere Faktoren und deren Einfluss auf die Stickstoffdioxidmesswerte und das Erreichen der Grenzwerte auch hier in Baden-Württemberg und gerade in Stuttgart zeigen doch, dass es nicht verhältnismäßig ist, in Stuttgart weitere Fahrverbote vorzusehen.

Deshalb fordert die FDP/DVP-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, jetzt sofort zu entscheiden und weitere Fahrverbote nicht mehr vorzusehen. Verschieben Sie nicht weiter, sondern entscheiden Sie endlich.

(Beifall – Bravo-Rufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Renkonen das Wort.

**Abg. Daniel Renkonen** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege, jetzt kommen Fakten und keine Mutmaßungen.

(Vereinzelt Lachen – Zuruf: Oje, oje!)

Ich möchte für die Fraktion GRÜNE einmal voranstellen: Wir führen keine Luftreinhaltedebatte auf Zuruf, sondern orientieren uns weiterhin an der Rechtsprechung der Europäischen Union, und die ist auch durch die Coronakrise nicht außer Kraft gesetzt worden, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Für uns gelten die EU-Grenzwerte, und das heißt, dass wir einen Luftreinhaltplan mit einem Maßnahmenmix vorlegen müssen, um die Grenzwerte zu senken.

Ich bin schon einigermaßen erstaunt, Herr Kollege Haußmann, dass ausgerechnet die Rechtsstaatspartei FDP jetzt wieder den

Versuch unternimmt, durch die Hintertür Grenzwerte zu umgehen. Das ist absolut unseriös.

(Beifall)

Trotz des Verkehrseinbruchs während der Coronakrise um teilweise 60 % werden an zwei Messstellen in Stuttgart – dabei handelt es sich jetzt nicht mehr um den Schadstoffhotspot am Neckartor, sondern um die Pragstraße und die Talstraße – die Grenzwerte weiterhin überschritten. Das ist eine Situation, der man sich stellen muss. Da kann man nicht sagen: „Wir setzen jetzt mögliche Fahrverbote außer Kraft.“ Das geht überhaupt nicht; das ist politisch auch nicht darstellbar. Deshalb benötigen wir weiterhin einen Luftreinhaltplan mit einem Maßnahmenmix. Und hier hat die Landesregierung große Erfolge erungen. Da muss man den Verkehrsminister loben und kann ihm keine Täuschungsmanöver vorwerfen.

(Zuruf)

Denn wir haben am Neckartor durch den Maßnahmenmix – ich spreche von Mix; da geht es nicht nur um Fahrverbote, da geht es um eine Stärkung des Umweltverbunds, um Flottenerneuerung, um Radwege – die Belastung mit Stickstoffdioxid von 71 Mikrogramm auf fast 40 Mikrogramm gesenkt. Das ist eine Riesenleistung.

(Beifall)

Wir und unser Verkehrsminister sind in der Vergangenheit immer wieder kritisiert worden. Es wurde behauptet, wir hätten keinen Plan. Sie haben keinen Plan! Das machen Sie mit Ihren Zwischenrufen immer wieder deutlich. Aber wir haben einen Luftreinhaltplan vorgelegt, und dieser zeigt Wirkung.

(Vereinzelt Lachen – Zuruf: Oje!)

Deshalb muss die Regierung den Weg, den sie eingeschlagen hat, eisern weitergehen. Das ist unsere Maxime. Deshalb wollen wir nicht dem Populismus verfallen und jetzt eine voreilige Debatte über die Einstellung von Fahrverboten beginnen. Denn das wäre absolut unseriös, weil der Jahresmittelwert und nicht eine Momentaufnahme nach drei Monaten gilt. Deshalb kann man über dieses Thema gar keine Debatte führen.

(Vereinzelt Beifall – Vereinzelt Lachen – Zurufe, u. a. des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich möchte noch einmal betonen, was wir erreicht haben – das kann sich im bundesweiten Vergleich durchaus sehen lassen –: Wir haben den Umweltverbund maßgeblich gestärkt. Wir haben beim VVS eine Tarifreform durchgeführt, die zu einer Steigerung der Fahrgastzahlen um 5 % geführt hat. Das heißt, das sind Umsteiger vom Auto auf Busse und Bahnen. Das sucht bundesweit seinesgleichen.

(Beifall)

Es gibt keinen Verkehrsverbund, der bei den Fahrgastzahlen derart hohe Steigerungen erreicht hat wie der VVS. Das ist ein Ergebnis der Tarifreform, die wir durchgeführt haben.

(Beifall)

Ein anderes Beispiel: Radverkehr. In Stuttgart hat es eine drastische Zunahme des Fahrradverkehrs gegeben, weil es einen

(Daniel Renkonen)

Angebotsausbau gab. Auf der König-Karls-Brücke – das ist die Brücke zwischen Bad Cannstatt und Stuttgart – verkehren mittlerweile täglich 7 000 Radfahrer; vorher waren es 5 000. Das entspricht einer Zunahme um 2 000 Radfahrer in den letzten Monaten, und das ist ein Wort. Das zeigt, dass Angebote des Umweltverbands von den Menschen durchaus angenommen werden.

(Beifall)

Wir dürfen jetzt aber nicht nachlassen. Deshalb fordern wir Grünen eine Mobilitätsprämie, um den Umweltverband weiter zu stärken, einen Mobilitätspass. Gerade in Zeiten, die wirtschaftlich schwierig werden, brauchen wir neue Finanzierungsinstrumente für den ÖPNV. Dazu gehört auch ein 365-€-Ticket; denn wir müssen Anreize setzen, damit die Menschen weiterhin umsteigen. Das sagen uns auch die Wissenschaftler: Wenn wir hier nicht neue Angebote schaffen, werden wir den Fahrzeugverkehr nicht aus den Städten herausbekommen. Das gilt für ganz Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Förderung der Elektromobilität – ein ganz großes Thema. Wie richte ich den Automobilstandort Baden-Württemberg zukunftsfähig aus? Momentan fahren wir den Amerikanern hinterher, weil es Versäumnisse in der Autopolitik, in der Industriepolitik gegeben hat –

(Zurufe, u. a.: Absatzzahlen!)

Stichwort: Reichweiten von Elektrofahrzeugen. Ich höre ganz viele Menschen, die sagen: „Wir würden uns gern ein Elektroauto kaufen, weil es eine Kaufprämie gibt, weil es zehn Jahre Steuerbefreiung gibt,“ – alles richtige Maßnahmen, die durchgeführt worden sind – „aber was sollen wir denn machen, wenn wir alle Stunde zur Ladesäule fahren müssen und so geringe Reichweiten haben?“ Deshalb ist es Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass unsere Autoindustrie den technologischen Nachteil aufholen kann.

(Beifall – Zurufe von der AfD)

Daher brauchen wir eine ökologisch orientierte Industrie- und Verkehrspolitik, die gleichzeitig die klimafreundliche Mobilität der Zukunft fördert. Damit hat die Landesregierung begonnen, und da wollen wir weitermachen, meine Damen und Herren.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sie sind verrückt geworden! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment, Herr – –

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Ich verbitte mir solche polemischen, unsachlichen Zwischenrufe, Herr Kollege. Wenn Sie etwas zur Sache haben, dann sagen Sie es, aber erzählen Sie nicht einen solchen Käse.

(Beifall)

Das zeigt die ganze Ideenlosigkeit Ihrer Fraktion.

(Zurufe von der AfD)

Sie haben beim Thema Verkehrspolitik doch überhaupt nichts auf der Pfanne, das muss man doch einmal zugeben. Das ist eine Verkehrspolitik – –

(Zurufe – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Räßle – –

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Das ist eine Verkehrspolitik von einer anderen Galaxie, die Sie machen.

(Lebhafte Zu- und Gegenrufe, u. a. des Abg. Stefan Räßle AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Räßle!

(Anhaltende Unruhe)

Herr Abg. Räßle, Herr Abg. Renkonen hat das Wort.

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Nicht durch dumpfe Zwischenrufe auffallen, sondern lieber Lösungsvorschläge bringen,

(Zurufe von der AfD)

das erwarten wir von Ihnen. Das erwarten auch die Menschen von Ihnen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Was ist mit den armen Menschen, die Kobalt abbauen müssen? Daran denken Sie gar nicht!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Räßle – –

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Es geht hier doch nicht um Kobalt. Da sind Sie doch gerade auf einem ganz anderen Trip.

(Lachen bei der AfD – Zurufe von der AfD – Anhaltende Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Räßle, Herr Abg. Renkonen hat das Wort.

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Ich möchte jetzt fortfahren, Frau Präsidentin, denn ich habe noch einen Schlusssatz zu sagen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sie können und sollen weitermachen.

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Wenn ich diesen Schlusssatz sagen darf, wenn die AfD das zulässt: Die Coronakrise bietet jetzt die einmalige Chance, die Fehler der Vergangenheit in der Verkehrspolitik nicht zu wiederholen. Diese Chance müssen wir nutzen. Lassen Sie uns deshalb mit einer klimafreundlichen Mobilität der Zukunft durchstarten.

Vielen Dank.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Sie kennen schon den deutschen Strommix, oder? Nicht jeder hat Solaranlagen oder Fotovoltaikanlagen auf dem Hausdach! – Gegenrufe – Abg. Anton Baron AfD: Das muss man mit einberechnen, aber das tun Sie ja nicht! – Gegenruf von den Grünen: Natürlich tun wir das! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Ja, ja! – Weitere Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dörflinger das Wort.

**Abg. Thomas Dörflinger** CDU: Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bereits zum sechsten Mal diskutieren wir in einer Aktuellen Debatte über Fahrverbote in Stuttgart.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das liegt nicht an uns!)

Auch wenn sich die politische Auseinandersetzung hierzu im Zeitablauf geändert hat, eines blieb konstant: Bei jeder dieser Aktuellen Debatten war die Luft in Stuttgart besser.

Die CDU-Landtagsfraktion freut sich gemeinsam mit den Menschen in Stuttgart, dass es so gekommen ist. Der Feinstaubalarm in Stuttgart ist Geschichte. Wenn heute ein Fußgänger am Neckartor die Luft tief einatmet, dann ist diese Luft so gut wie schon seit vielen Jahren nicht mehr.

2015 lag der Jahresmittelwert bei Stickoxiden am Neckartor noch bei 87 Mikrogramm. Im ersten Quartal 2020 lag der Wert, Kollege Haußmann hat es zitiert, bei nur noch 40 Mikrogramm: ein Rückgang um sagenhafte 54 % in etwas mehr als vier Jahren.

Auch an der Hohenheimer Straße, an der Hauptstätter Straße, am Arnulf-Klett-Platz, an der Pragstraße, in Bad Cannstatt und an der Talstraße liegen die Messwerte bereits unter dem Grenzwert von 40 Mikrogramm oder leicht darüber.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den umgesetzten Maßnahmen, die auch eine deutliche Stärkung des ÖPNV beinhalten, sorgen wir dafür, dass die Luft weiterhin besser wird. Die Luft in den baden-württembergischen Städten ist heute so sauber wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das muss die Botschaft dieser Aktuellen Debatte sein.

(Beifall)

Wenn wir schon beim Thema „Aktuelle Debatte“ sind: Wenn ich mir die Messwerte anschau, stelle ich fest: Eine nochmalige Aktuelle Debatte, lieber Kollege Haußmann, über weitere Fahrverbote ist nicht mehr notwendig, ja, sie hat sich erledigt. Sie hat sich auch wegen der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts erledigt. Das Gericht hat entschieden, dass Fahrverbote unverhältnismäßig sein können, wenn die Grenzwerte in Kürze eingehalten werden. Genau dies ist bei allen Messstellen in Stuttgart ganz offensichtlich der Fall.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Unsere Einschätzung sehen wir auch durch das aktuelle Wirkungsgutachten bestätigt, das heute in den „Stuttgarter Nachrichten“ das Licht der Welt erblickt hat.

(Abg. Anton Baron AfD: Wer hat es erstellt, Herr Dörflinger?)

Herr Minister und lieber Kollege Daniel Renkonen – ich denke, ich spreche auch für eure Fraktion –, wenn wir gestern um 19:14 Uhr ein paar wenige Folien des Wirkungsgutachtens erhalten haben, aber schon heute die Details in der Presse lesen können, dann wurde hier von Bahr die Informationsreihenfolge nicht beachtet.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Werte jetzt so gut geworden sind, hat natürlich mehrere Ursachen. Ich nenne die Flottenerneuerung, ich nenne die VVS-Tarifreform zum April 2019. Diese Reform hat zu mehr Fahrgästen geführt und das Tarifwirrwarr in ein simples System überführt. Fast alle Menschen fahren nun günstiger.

Auf unsere Initiative hin wurden auch 40 neue Messstellen in Stuttgart aufgestellt, mit denen die europarechtlichen Spielräume auch besser genutzt wurden.

Heute erleben Sie mich doch recht gut gelaunt, weil gerade auch die von uns immer wieder vorgeschlagenen innovativen Maßnahmen positiv wirken. Wie sagte doch Cicero?: „Wie die Saat, so die Ernte.“ Und die Ernte geht jetzt auf. – Die Filtersäulen, die an mehreren Hotspots sowohl Feinstaub als auch Stickoxide filtern; sie machen damit die Luft sauberer und leisten einen wichtigen Beitrag zum Gesundheitsschutz.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dörflinger, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

**Abg. Thomas Dörflinger** CDU: Nein.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

Unsere Linie war immer: Innovation statt Fahrverbote. Damit stehen wir für eine Mobilitätspolitik, die sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Deshalb wehren wir seitens der CDU uns auch weiterhin gegen jede Art von Verkehrspolitik, die bevormundet, die den Privatbesitz von Autos einschränken will und die einzelne Verkehrsträger gegeneinander ausspielt.

(Beifall)

Gerade jetzt, da viele Arbeitsplätze auch in der Automobilindustrie nicht mehr gesichert sind, wären Fahrverbote ein völlig falsches Signal.

(Beifall)

All denjenigen, die weiterhin Fahrverbote fordern, weil sie ihren Kampf gegen das Automobil noch immer nicht aufgeben haben, rufe ich zu: Sägt nicht weiter an dem Ast, auf dem sehr viele Baden-Württemberger sitzen.

(Beifall – Zurufe)

Gesundheitsschutz, Luftreinhaltung und Wirtschaft schließen einander nicht aus. Ja, es ist doch unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dies zusammen möglich ist. Die vielen Hunderttausend Beschäftigten in der Automobilindustrie, aber auch in der Zulieferindustrie, können sich auf uns verlassen. Denn wir sehen in der Automobilindustrie einen Partner, damit die Luft besser wird. Arbeitsplätze sichert man sich immer mit Innovationen und neuen Entwicklungen und nicht mit Verboten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben einen grundlegenden Ansatz in der Verkehrspolitik: Nicht verbieten und beschränken, sondern anbieten und unterstützen. Auch damit wird die Luft besser, indem attraktive Angebote gemacht wurden. Im SPNV wurden die Takte deutlich verdichtet, und neue barrierefreie Fahrzeuge sind un-

(Thomas Dörflinger)

terwegs. Allerdings sind wir in bestimmten Netzen mit der Qualität nicht zufrieden.

Zufrieden sind wir aber zumindest beim Thema Fahrgastenschädigung. Wir haben ja lange gefordert, dass das Land auch die Einnahmen aus den Strafzahlungen an die Verkehrsunternehmen dafür verwendet.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Ich freue mich, dass das Verkehrsministerium nun eine gute Lösung hierzu gefunden hat.

(Beifall)

Um einen attraktiven Mobilitätsmix anbieten zu können, brauchen wir einen guten ÖPNV und damit auch gute Busverbindungen. Jetzt haben wir im Doppelhaushalt die Mittel für die Busförderung nochmals deutlich erhöht. Doch welches Busunternehmen denkt gerade an Investitionen, wenn der eigene Betrieb um das Überleben kämpft? Wenn wir weiterhin wollen, dass Busunternehmen – gerade auch im ländlichen Raum – im ÖPNV unterwegs sind, müssen wir der Branche helfen, schnell und unbürokratisch.

(Beifall – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE meldet sich.)

– Ich bin noch nicht fertig, Kollege Katzenstein.

Daher werden wir das ÖPNV-Gesetz ändern, um die Gelder frühzeitiger auszahlen zu können. Gemeinsam mit dem Verkehrsministerium und dem Koalitionspartner werden wir auch für nicht abgebuchte Eigenanteile von Abos im Schülerverkehr eine Lösung finden. 36 Millionen € sollen dann zeitnah über die Verbände an die Busunternehmen ausgezahlt werden. Auch das ist ein sinnvoller Beitrag zur Luftreinhaltung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend: Das Thema Fahrverbote war in der Koalition nicht immer konfliktfrei. Deshalb habe ich auch mit großer Zustimmung die Aussagen des Ministerpräsidenten sowie des Umweltministers Untersteller vernommen. Beide hatte schon Ende März mitgeteilt, dass sie aufgrund des reduzierten Verkehrs und der Schadstoffreduzierung weitere beschränkende Maßnahmen für nicht notwendig erachten. Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich Minister Untersteller aus den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 30. März 2020:

*Ich gehe davon aus, dass sich in Stuttgart Fahrverbote wegen Überschreitung der Stickoxid-Grenzwerte damit erledigt haben.*

Als Erstes habe ich gedacht, der Minister habe eine Pressemitteilung der CDU-Landtagsfraktion zitiert. Doch das war nicht der Fall. Daher schließen wir uns dieser Einschätzung vollumfänglich an. Wir tun sehr viel in der Krise, aber auch danach, um modernen Verkehr in unserem Land zu unterstützen. Dabei greifen wir auch ganz, ganz tief in unseren Werkzeugkasten. Weitere Fahrverbote für Stuttgart liegen aber nicht darin.

Vielen Dank.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Selcuk.

**Abg. Ramazan Selcuk SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir unternehmen im Landtag momentan alles – häufig in einer breiten Allianz aller demokratischen Kräfte dieses Hauses –, um Gefahren für die Gesundheit unserer Mitmenschen abzuwenden. Dafür nimmt jeder persönliche Einschränkungen in Kauf, steckt zurück, um andere nicht zu gefährden, und hilft Mitmenschen dort, wo es nötig und gefahrlos möglich ist.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt, dass eine gute und solidarische Gemeinschaft nur dann funktionieren kann, wenn wir einander helfen und versuchen, Schaden von unseren Mitmenschen abzuwenden. Dieser Grundsatz leitet uns beim Umgang mit der Coronakrise. Er gilt für uns genauso, wenn es um das Thema Fahrverbote geht.

Auch Fahrverbote greifen tief in die Gewohnheiten der Menschen ein. Die Verbote treffen mitnichten nur PS-starke Dreckschleudern. Häufig sind es Berufstätige mit geringem Einkommen: die Altenpflegerinnen, der Mitarbeiter der Betriebsdienste, die Soloselbstständige, die sich aktuell in einer sehr schwierigen Auftragslage befinden, die auf ein altes, aber verlässliches Auto angewiesen sind. Die Fahrverbote treffen diese Menschen mit besonderer Härte. Denn für sie ist es nicht einfach möglich, auf ein emissionsärmeres Fahrzeug umzusteigen.

(Zuruf)

Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir die Fahrverbote nicht einfach aufheben. Denn leider ergeben die Messwerte in unserer Landeshauptstadt Stuttgart – obwohl sie sinken – noch immer, dass die Menschen tagtäglich dreckige Luft einatmen und ihre Körper durch Schadstoffe schwer belastet werden. Das ist ein Fakt, der sich gerade in Zeiten der Coronakrise nicht ignorieren lässt.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine hochaktuelle Studie der Harvard Universität verweisen. Die Forscherinnen und Forscher verglichen die Luftqualität und die Covid-19-Todesraten in über 3 000 verschiedenen Kreisen in den USA miteinander. Die Ergebnisse legen nahe, dass Menschen, die über Jahre schlechte Luft einatmen, häufiger schwer oder gar mit tödlichem Ausgang am neuen Coronavirus erkranken.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE zu Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie das gehört, Herr Baron? – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD)

Demnach machen bereits kleine Differenzen in der Luftqualität einen großen Unterschied.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Besiedlungsdichte! – Abg. Stefan Räßle AfD: Woher haben Sie denn diese Zahlen?)

– Die Zahlen kann ich gern nachliefern. Wenn Sie an Fakten interessiert sind, dann unterstützen wir Sie immer.

(Beifall – Zurufe)

(Ramazan Selcuk)

Was für den Feinstaub gilt, gilt in gleicher Weise für den aktuell relevanten Ausstoß von Stickoxiden durch Dieselfahrzeuge. Dabei meinen ja einige hier, einer großen Sache auf der Spur zu sein, weil sie erfahren haben, dass die Stickoxidwerte am Neckartor nicht im gleichen Maß zurückgegangen sind wie der durch den Lockdown reduzierte Autoverkehr. Diese Kritiker schlussfolgern daraus, dass Dieselfahrverbote gänzlich überflüssig sind. Ich möchte dazu klar sagen: Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sagen aus, dass neben dem motorisierten Verkehr ebenso Wind und Wetter einen entscheidenden Einfluss auf die Messwerte haben.

(Zurufe, u. a. Abg. Stefan Räßle AfD: Völlig lächerlich!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Selcuk, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Gedeon zu?

**Abg. Ramazan Selcuk SPD:** Nein.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das war so, und das wird auch in Zukunft so sein. Maßgeblich für unsere Entscheidung bleibt daher der Jahresmittelwert – das wurde vorhin ja schon angesprochen –, in dem wetterbedingte Schwankungen über das Jahr hinweg verblasen.

(Zuruf)

Entscheidungen auf Grundlage einer wöchentlichen Datenbasis sind hingegen nicht valide und sind verantwortungslos.

(Vereinzelt Beifall – Vereinzelt Lachen)

Darüber hinaus sind die Abschaffung oder die Anhebung der Grenzwerte der völlig falsche Weg.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Katzenstein, warum reden Sie heute nicht?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch verrückt: Beim Coronavirus unternehmen wir alles, um die Gesundheit der Menschen zu schützen, doch bei den Stickoxiden, welche die Gesundheit ebenso gefährden, sollen wir die Gefahren ignorieren und so tun, als hätte es eine solche Gefährdung nie gegeben?

(Vereinzelt Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Der richtige Weg ist ein anderer. Wir müssen die Belastung durch geeignete Maßnahmen reduzieren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Dadurch schützen wir die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und wenden neuerliche Fahrverbote ebenso ab.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Wie sehen die Maßnahmen aus?)

Dass entschlossen handelnde Politik dazu in der Lage ist, möchte ich kurz am Beispiel meiner Heimatstadt Reutlingen darstellen. Noch im Jahr 2017 lag in Reutlingen mit über 60 Mikrogramm Stickoxid pro Kubikmeter der Schadstoffwert weit über dem zulässigen Grenzwert. Reutlingen gehör-

te zu den Städten mit der deutschlandweit höchsten Luftverschmutzung. Klagen der Umwelthilfe waren die Folge, und es drohten einschneidende Fahrverbote im gesamten Stadtgebiet. Heute sieht die Lage ganz anders aus: Durch eine modernisierte Verkehrssteuerung, die Eröffnung des Scheibengipfeltunnels, Durchfahrtsverbote für Lkws und nicht zuletzt den massiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sind Fahrverbote für Pkws in Reutlingen abgewendet – bei gleichzeitiger Steigerung der Lebensqualität durch saubere Atemluft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ausbau des Stadtbusnetzes wäre nicht möglich gewesen, wenn die Bundesregierung nicht das von uns angebotene 365-€-Ticket für das gesamte Stadtgebiet finanziell unterstützt hätte.

Leider wird es diese Förderung nicht dauerhaft geben. Deshalb, Herr Verkehrsminister Hermann – er hört gerade nicht zu –, sind Sie aufgefordert, den öffentlichen Nahverkehr in Baden-Württemberg dauerhaft zu fördern – nicht mit taktischen Manövern, sondern mit klaren politischen Entscheidungen.

Konkret fordere ich im Namen meiner Fraktion: Unterstützen Sie die Kommunen beim Ausbau ihrer Busnetze, um die Abhängigkeit der Menschen vom eigenen Auto zu reduzieren, führen Sie ein 365-€-Ticket für ganz Baden-Württemberg ein, damit die Menschen landesweit mit Bus und Bahn mobil sind, und bitte – im Namen aller Fahrgäste – sorgen Sie endlich dafür, dass wir in Baden-Württemberg einen geregelten Betrieb der Regionalbahnen haben.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Selcuk, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

**Abg. Ramazan Selcuk SPD:** Nein.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

Herr Dörflinger hat die Entschädigungen angesprochen,

(Unruhe)

die guten Entschädigungen. Erstens werden nicht alle entschädigt, und zweitens, Herr Dörflinger: Die Menschen wollen nicht entschädigt werden, sondern sie wollen sicher von A nach B kommen, sie wollen Sicherheit, sie wollen saubere und schnelle Verbindungen in Baden-Württemberg.

(Zuruf: So ist es!)

Deshalb, Herr Minister: Reduzieren Sie die massive Anzahl der Zugausfälle und -verspätungen, sichern Sie die notwendigen personellen Kapazitäten, und verbessern Sie die Anbindung des ländlichen Raums. Als oberster Fahrdienstleiter ist dies keine parteipolitische Aufgabe, sondern Ihre Dienstpflicht.

(Beifall)

An dieser Stelle noch einige Worte an diejenigen, die einwenden, dass gerade der ÖPNV in Zeiten der Coronakrise ein besonderes Gesundheitsrisiko darstelle. Es ist unstrittig, dass

(Ramazan Selcuk)

überall dort, wo sich die Menschen auf einem engen Raum begegnen, das Infektionsrisiko steigt. Da aber aktuell viele Busse und Züge deutlich leerer sind als sonst, kann auch hier der notwendige Abstand häufig eingehalten werden. Die Alltagsmasken helfen ergänzend dort, wo es nicht immer möglich ist.

Die gezielten Ausnahmen bei Dieselfahrverboten in der Landeshauptstadt schützen zudem besonders gefährdete Menschen. Ich denke also, dass wir hier wirklich pragmatische Lösungen gefunden haben.

Wer hingegen im Zuge der Coronapandemie am Gesamtkonzept des ÖPNV rüttelt und die Rückkehr zum Individualverkehr beschwört, ist eindeutig auf dem Holzweg.

(Abg. Anton Baron AfD: Da halten wir aber wenigstens die Sicherheitsabstände ein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, reißen wir jetzt nicht wieder alle Fortschritte ein, die wir in mühsamer Arbeit erreicht haben, sondern begreifen wir die aktuelle Situation als Chance, um noch besser zu werden. Denn eines ist klar: Das Coronavirus bekommen wir in den Griff, die Herausforderungen der Klimakrise bleiben jedoch bestehen.

(Zuruf)

Eine Abkehr vom Klimaschutz auf dem Rücken der Coronakrise wird es mit der SPD nicht geben.

Vielen Dank.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Das war ein Widerspruch in sich!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, auch diese Zwischenpause nutze ich. Nach meinem Kenntnisstand ist unter den Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnungspunkte 6 und 8 ohne Aussprache stattfinden. Das betrifft zwar den heutigen Nachmittag, aber so können Sie sich darauf einstellen. Vielen Dank.

Jetzt erteile ich für die AfD-Fraktion das Wort Herrn Abg. Stauch.

**Abg. Hans Peter Stauch AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Coronakrise bietet einen erhellenden Blick auf die politischen Verhältnisse in diesem Land. Man erkennt deutlich, was aufgeweckten Demokraten schon länger klar ist: Die Demokratie ist auf den Kopf gestellt. Anstelle der Vertretung der Meinungen und Wünsche des Volkes durch gewählte Volksvertreter ist ein paternalistischer, bevormundender Staat getreten.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

In allen Bereichen wird unserem Volk vorgegeben, wie es sich zu verhalten hat, sich zu schützen hat, kurz gesagt: wie es zu leben hat – natürlich alles nur zu seinem Guten und Besten.

Wissenschaftlichkeit gibt es nicht mehr. Ausgesuchte Experten erfinden einen Konsens, welcher allgemeingültig zu sein hat. Es gilt jedoch immer der Grundsatz: Ist es Wissenschaft, dann gibt es keinen Konsens; gibt es Konsens, dann gibt es keine Wissenschaft. Wissenschaft und besonders der Fort-

schrift der Wissenschaft lebt von Streit und unterschiedlichen Ansichten und Erkenntnissen sowie dem stetigen Überprüfen von Annahmen und Theorien.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Diese grundlegenden Ansichten über Wissenschaft wurden und werden jedoch aus ideologischen Gründen zerstört. Ideologische Annahmen werden als allgemeingültig manifestiert und durch sogenannten Konsens verfestigt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Kommen Sie noch zum Thema der heutigen Debatte?)

– Ich komme noch darauf. Das ist nur ein Vorwort dazu, damit Sie das auch verstehen, was ich sage.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Vertreter anderer Sichtweisen werden als Leugner oder noch schlimmer diffamiert. Hierbei treten vor allem NGOs und selbst ernannte Denkfabriken, welche sich vornehm Institute nennen, demokratisch jedoch nicht legitimiert sind, immer mehr in den Vordergrund.

Als Beispiel sei hier das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung genannt, welches sich bei genauerem Hinsehen als eingetragener Verein entpuppt. Dieser Verein scheint so klimaallwissend zu sein, dass seine Vertreter im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen sitzen

(Abg. Stefan Räßle AfD: Hört, hört!)

und dort sogar die kruden Ideen einer großen Transformation zum Besten geben dürfen, worauf die Bundesregierung dann alternativlos handelt.

Noch kurz zur Großen Transformation: Als ich hier im Parlament vor über einem Jahr auf diese Planung bis 2050 aufmerksam machte, wurde ich von Ihnen ausgelacht. Bei einer der folgenden Reden, in der ich auch die Verbindungen von Minister Untersteller zur Rockefeller-Brothers-Stiftung offenlegte, wurden meine Aussagen ebenfalls nur mit Lachen quittiert. Der Kollege Stoch wollte mich sogar zum Arzt schicken.

Seit Kurzem ist diese Große Transformation in Ihrer aller Munde, vor allem in Kreisen der ideologischen Urheber dieser Großen Transformation. Die Coronakrise bietet nun sogar die Beschleunigung derselben. Offen wird inzwischen überall von einer neuen Normalität gefaselt. Man müsse Corona und Klima verbinden, vielleicht auch Greta noch dazu,

(Vereinzelt Lachen)

was eigentlich jedem freiheitlichen Geist zu denken geben sollte. Wir wollen keine neue Normalität; wir wollen Normalität.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Was hat das nun mit Verkehr und Dieselfahrverboten zu tun? In ebendiesem Plan zur Großen Transformation – übrigens offen nachlesbar beim WBGU – wird der Individualverkehr als ein Haupthindernis auf dem Weg ins weltweite philanthropische Paradies herausgestellt. Zu solchen Hindernissen zählen

(Hans Peter Stauch)

übrigens auch die Nationalstaaten und konservative Interessengruppen.

(Zuruf: Hört, hört!)

Aber das sollte jeder besser selbst nachlesen, was wohl ein Großteil unter Ihnen sicher nicht gemacht hat.

Mithilfe der schon erwähnten NGOs wurden die EU-Grenzwerte durch behaupteten wissenschaftlichen Konsens immer weiter herabgesetzt und durch die DUH eingeklagt mit dem Ziel, dem motorisierten Individualverkehr den Garaus zu machen und die Bürger zu einem Fahrrad- und Elektrofahrervolk zu transformieren.

Wieso hat ein kleiner Abmahnverein in einem bzw. auf einen demokratischen Staat solche Befugnisse und Einflussmöglichkeiten?

(Abg. Stefan Räßle AfD: Weil sie es zulassen!)

Interessanterweise wird die DUH sowohl von der Bundesregierung als auch von der Europäischen Klimastiftung finanziert, welche wiederum als Hauptfinanzier die Stiftung Mercator ausweist. Es ist also sehr viel Geld im Spiel und im Hintergrund. Diese Stiftung Mercator unterhält zusammen mit der Europäischen Klimastiftung die Denkfabrik Agora Verkehrswende, einen Hauptstichwortgeber der Bundesregierung, und in dieser Denkfabrik sitzt als Beirat unser Herr Verkehrsminister Hermann.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Es handelt sich also nicht, wie beim Debattenthema vermutet, um taktische, sondern um klare strategische Maßnahmen des Verkehrsministeriums hin zum Gelingen der Großen Transformation.

Zurück zum Verkehr und zu den Fahrverboten.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Ja, daddeln Sie doch auf Ihrem Handy weiter. Zum Hofreiter-Imitat reichen Sie nicht.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Die Coronakrise bringt es an den Tag. Von überallher schallt es durch die Öffentlichkeit: Trotz Abnahme des Verkehrs bleiben die  $\text{NO}_x$ -Werte oben; die Dieselfahrverbote müssen sofort abgeschafft werden.

Sich dieser Forderung einfach so anzuschließen ist jedoch wissenschaftlich nicht redlich. Man würde sich der gleichen Argumentationsweise wie die Klimaeiferer bedienen, nämlich nur einen kurzen Beobachtungszeitraum zu wählen und alles von einem Faktor – beim Klima z. B. vom  $\text{CO}_2$  oder bei der Luft von einem Diesel – abhängig zu machen. Klare Aussagen erhält man jedoch nur über längere Zeiträume unter Einbeziehung aller möglichen Faktoren. Selbstverständlich kann man den Verkehr nicht gänzlich freisprechen.

Verbesserungen der Luftqualität sind selbstverständlich immer anzustreben. Jedoch gilt auch hier die Verhältnismäßigkeit.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Die Frage, die sich stellt, ist doch: Wie viel trägt der Verkehr und tragen insbesondere ältere Diesel bei einem Anteil von nur 6 % der Fahrzeuge zur  $\text{NO}_x$ - und Feinstaubkonzentration anteilig bei?

Was kann man bisher sagen? Über viele Messstationen hinweg ist die  $\text{NO}_x$ -Konzentration deutlich weniger gesunken, als nach bisher behaupteten Erkenntnissen zu erwarten gewesen wäre. Bei 35 bis 40 % Verkehrsrückgang liegt die durchschnittliche Abnahme der Schadstoffe grob geschätzt bei 0 bis 15 %. Der Anteil des Verkehrs liegt somit augenscheinlich deutlich unter 40 % aller Faktoren.

Dass direkt am Neckartor, wie vom Landesumweltamt behauptet, der Verkehrsanteil bei 75 % liegt, sollte eigentlich angesichts der Messstellenpositionierung niemanden verwundern. Aber selbst dort bleiben 25 % andere Faktoren übrig, welche wohl abseits der Hotspots deutlich mehr ins Gewicht fallen. Abseits solcher Hotspots leben Menschen, und eben nicht 2 m neben der viel befahrenen Hauptstraße. Wie hoch sind dort also im Lebensumfeld die unterschiedlichen anderen Faktoren zu bemessen?

Auf diese Faktoren greifen Sie aber zurück, um ausbleibende Senkungen zu erklären, wie beispielsweise in einem Antwortbrief der Bürgerreferentin im Verkehrsministerium zum Thema „Schadstoffwerte gehen in der Coronakrise nicht zurück“. Richtigerweise weist Ihre Mitarbeiterin auf den kurzen Beobachtungszeitraum hin. Das stimmt. Alle weiteren Erklärungen für den hohen  $\text{NO}_2$ -Wert sind aber grottenfalsch. Sie erklärt die hohen  $\text{NO}_2$ -Werte mit hohen Ozonwerten und Sonnenschein, sprich mit UV-Strahlung.

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Wie aus jeder Messreihe auch der LUBW für jedermann ersichtlich, besteht ein kausaler Zusammenhang von hohen Ozonwerten und dadurch bedingt niedrigen  $\text{NO}_x$ -Werten. Die mit Sonnenschein bzw. UV-Strahlung einhergehende fotochemische Ozonbildung und den damit zusammenhängenden Ozon- $\text{NO}_x$ -Abbau sollten Sie sich vielleicht einmal aneignen. Wenn es damit schon hapert, stellt das Ganze Ihre wissenschaftliche Expertise infrage.

Wir fordern daher eine ideologiefreie wissenschaftliche Untersuchung aller – ich betone: aller! –  $\text{NO}_x$ -, Feinstaub- und Schadstofffaktoren sowie eine Neubewertung der Fahrverbote und bis zur Klärung eine sofortige Aussetzung derselben.

(Beifall)

Der motorisierte Individualverkehr hat sich gerade in der Coronakrise als unverzichtbar erwiesen, anders als Herr Selcuk gesagt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Es kam mit der Krise zumindest bei einigen wieder die Rationalität zum Vorschein,

(Zuruf)

sich nicht der Infektionsgefahr in Massenverkehrsmitteln auszusetzen.

Ministerin Hoffmeister-Kraut will sich nun laut Radiointerview wieder für Verbrennungsmotoren einsetzen. Selbst Ministerpräsident Kretschmann kommt in der Realität an und un-

(Hans Peter Stauch)

terstützt Förderprämien für Neu- und Jahreswagen mit Verbrennungsmotor. Diese Prämien sind Steuergelder, die sozial eingesetzt werden. Dies lehnen wir jedoch grundlegend ab.

(Beifall)

Die Bürger, vor allem jene, die Sie durch Ihre unverhältnismäßigen Maßnahmen in die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit geschickt haben, haben andere Sorgen und Nöte, als sich ein neues Auto, womöglich sogar ein ausländisches Modell, zu kaufen. Deshalb lehnen wir eine solche Unterstützung durch Steuergelder vollkommen ab.

Danke schön.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Herre.

**Abg. Stefan Herre** (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen Abgeordnete! Für die Grünen und die Deutsche Umwelthilfe war es doch selbstverständlich, dass nur das Auto ganz allein und ausschließlich die Luft in Innenstädten belastet. Der Individualverkehr wurde verteuert, Autofahrer wurden pauschal zu Umweltsündern erklärt. Mit erhobenem Zeigefinger erließ man Fahrverbote. Autofahrer wurden in ihrer Freiheit beschnitten. Manche sprachen sogar von Enteignungen.

Doch wie es der Zufall will, birgt jede Krise – also auch die Coronakrise – eine Überraschung in sich. In diesem Fall sind es die Messwerte am Neckartor. Um ganze 40 % ging der Verkehr in Stuttgart durch den Lockdown zurück. Logischerweise hätten dann doch auch die Stickoxidwerte um mindestens 40 % sinken müssen. Zumindest hat man uns das jahrelang so eingeredet.

(Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren in den Reihen der Grünen, es ist deutlich zu laut. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Abg. Stefan Herre** (fraktionslos): Aber was passierte stattdessen? Die Messwerte gingen weder um 40 % noch um 20 % zurück. Die Messwerte sind nahezu unverändert, und das, obwohl vier von zehn Fahrzeugen während der Coronakrise gar nicht mehr bewegt wurden.

Natürlich fand man gleich eine Erklärung für dieses grüne Dilemma: Es muss der Wind gewesen sein oder die Temperatur, vielleicht auch der Niederschlag. Oder war es gar die Sonne? Das behauptete zumindest Verkehrsminister Hermann und gab damit wieder einmal unbewusst zu, dass die Autos eben doch keinen so großen Einfluss auf die Stickoxidwerte haben wie von den Grünen gewünscht.

Wer jetzt noch weitere Fahrverbote verhängen will, handelt nur aus rein ideologischen Gründen. Wer jetzt nicht begreift, dass bestehende Fahrverbote jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehren, hat nichts verstanden.

(Beifall)

Deshalb müssen Fahrverbote endlich aufgehoben werden, bevor es für Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart noch peinlicher wird.

Es ist nicht schlimm, Fehler zu machen, es ist nur schlimm, nicht daraus zu lernen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hermann.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war kurz irritiert, weil ich nicht wusste, wie viel AfD noch kommt. Denn Sie haben sich ja im Laufe dieser Legislaturperiode wunderbar vermehrt.

(Zurufe, u. a.: Das müssen Sie erst mal nachmachen!)

Deswegen haben wir auch gleich mehrere Reden von Ihnen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mir kommt da regelmäßig das Bild vom Falschfahrer vor Augen, der völlig davon überzeugt ist, dass alle, die ihm entgegenkommen, falsch fahren.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Reden Sie auch noch zur Sache?)

Regelmäßig beschimpfen Sie die gesamte Wissenschaft, zitieren abweichende Einzelmeinungen

(Zurufe)

und meinen, Sie wüssten es besser. Regelmäßig beschimpfen Sie alle anderen Parteien und sagen über sich: „Wir vertreten das Volk.“ Dann sagen Sie noch dazu: „Wir werden diffamiert.“

(Zurufe)

Aber das, was Sie machen, ist, dass Sie alle anderen diffamieren, dass Sie die Wissenschaft diffamieren, dass Sie desinformieren

(Zurufe)

und sich wundern, dass wir Sie dann nicht ernst nehmen.

(Anhaltende Zurufe)

Das ist die Wahrheit.

(Beifall – Zurufe)

Damit ist aber für heute Schluss mit der AfD. Wir reden jetzt zur Sache. Die Debatte vorhin war ja auch sehr sachlich. Ich will daraus auch gern einige Redebeiträge aufnehmen.

Herr Selcuk hat zu Recht darauf hingewiesen, dass eigentlich die Geschichte der Luftreinhaltung der wirklich ambitionierte Versuch der Politik ist – übrigens von der Europäischen Union angestoßen –, für saubere Luft in den Städten zu sorgen, damit die Lebensqualität besser wird und damit die Gesundheit der Menschen geschont wird, sodass diese gesund

(Minister Winfried Hermann)

bleiben. Das gesamte Prinzip der Luftreinhaltung und der Grenzwerte basiert auf dem Ansatz, Vorsorge betreiben zu wollen, dass die Lungen und Atemwege der Menschen nicht geschädigt werden.

Interessanterweise hängt das deutlich mit der Coronakrise und der Infektion mit SARS-CoV-2 zusammen. Denn wir wissen sehr genau – Sie haben eine Studie zitiert, aber es gibt auch andere Belege –, dass diejenigen, die durch eine Lungenkrankheit oder an den Atemwegen vorgeschädigt sind, ein deutlich höheres Infektionsrisiko haben als andere. Das ist sozusagen ein später, aber triftiger Grund dafür, alles dafür tun zu müssen, um die Luft sauber zu halten, damit die Gesundheit der Menschen nicht gefährdet wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und – ich will das auch sagen – beide Koalitionen, für die ich der Verkehrsminister sein durfte, haben sich jeweils im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt: Wir wollen Mobilität nachhaltig sichern, und wir wollen alles tun, damit die Luft sauber wird.

(Zuruf)

Es ist heute von vielen gesagt worden: Die Luft ist in den letzten Jahren kontinuierlich sauberer geworden. Das ist so, weil man seit gut 20 Jahren Umweltpolitik und Luftreinhaltungspolitik in Städten macht und dies sehr stark mit der Verkehrspolitik zusammenhängt.

(Beifall – Zurufe)

Es gab heute viele Gemeinsamkeiten und viele gemeinsame Ansichten. Das hat mich sehr gefreut. Da und dort gab es sogar ein überraschendes Lob. Ich will aber schon noch einmal differenzieren, wie es dazu gekommen ist, dass wir in den letzten Jahren bei der Luftreinhaltung so erfolgreich waren.

(Lachen)

Ich habe 2011, als ich Minister geworden bin, von der Vorgängerregierung, der schwarz-gelben Landesregierung – Schwarz-Gelb war zehn Jahre lang zusammen –,

(Zuruf: Gut so!)

19 – Sie können mitschreiben: 19 – Umweltzonen geerbt. Das waren alles Fahrverbotszonen. Sie haben mit Umweltzonen für ein Fahrverbot für die jeweils schädlichste Klasse gesorgt.

(Zurufe, u. a.: Kommen Sie jetzt doch mal zum Thema!)

– Das ist genau das Thema. – Die Tatsache, dass man die Flotten modernisiert hat und dass man ältere, dreckige Fahrzeuge, die nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen haben, ausgeschieden hat, war ein wesentliches Element einer gesundheitsorientierten Luftreinhaltungspolitik in den Städten.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Carola Wolle AfD: Und Sie wollen alle Autos abschaffen! – Abg. Klaus Dürr AfD: Haben Sie eigentlich Erbschaftsteuer gezahlt?)

Meine Damen und Herren, 2016 hielten über 30 Städte in Baden-Württemberg die Stickoxidgrenzwerte noch nicht ein. 2018 waren es 14 Städte, und 2019 waren es gerade noch vier,

nämlich Stuttgart, Ludwigsburg, Heilbronn und Reutlingen – einige sind ja schon angesprochen worden. Es ist wahr: Die konsequente Luftreinhaltungspolitik hat, auch wenn sie manchmal gestockt hat, in der Summe Erfolge gebracht. Deswegen ist die Luft besser geworden und nicht, weil Sie darüber geschimpft haben.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Und die Kosten?)

Welche Maßnahmen haben wir ergriffen? Bei vielen Maßnahmen waren alle dabei. In einem ersten Paket haben wir den öffentlichen Verkehr über Jahre kontinuierlich verbessert – kontinuierlich.

(Zuruf: Wo denn?)

Dazu gehören erstens bessere Angebote, auch wenn sie noch nicht so perfekt sind. Doch heute fahren deutlich mehr Züge.

(Zurufe)

Wir haben eine bessere Unterstützung der Nahverkehrsangebote auf lokaler Ebene, weil wir den Kommunen, den Landkreisen mehr Mittel und mehr Gestaltungsmöglichkeiten gegeben haben.

Wir haben übrigens auch bei den Tarifen konsequent gearbeitet. Der VVS hat im letzten Jahr eine riesige Tarifreform durchgeführt. Das hat zu einer deutlichen Verbesserung geführt – das hat Thomas Dörflinger angesprochen. Das hat das Ganze vereinfacht und erleichtert. Deswegen ist der VVS übrigens der Verbund, der in den letzten Jahren mit einem Plus von 17 % bundesweit die höchste Wachstumsrate hatte. Das ist ein Riesenerfolg dieser Politik.

(Beifall – Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Nein. – Wir haben außerdem in Baden-Württemberg auf Landesebene einen Tarif eingeführt. Die erste Stufe wurde im letzten Jahr auf den Weg gebracht. Wir werden in diesem Jahr die zweite Stufe des bwtarifs für die Zeitkarten einführen. Wir werden also das Angebot, die Zugänge und die Tarife verbessern, damit die Menschen das Angebot auch nutzen können. Das ist auch ein wesentlicher Beitrag zur Luftreinhaltung.

In allen Städten, die betroffen waren, haben wir auch andere Konzepte eingesetzt. Ich spreche heute über die verschiedenen Konzepte. In den unterschiedlichen Umweltzonen haben wir unterschiedliche Konzepte entwickelt. In allen haben wir etwas gemacht.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

In den meisten haben wir auch Temporegulierungen gemacht, beispielsweise Tempo 30, Tempo 40, oder wir haben Steuerungsanlagen, die Ampelschaltungen verbessert, sodass sich der Verkehrsfluss verbessert hat. Auch das war ein wichtiger Beitrag.

Schließlich hat in allen Städten eine Modernisierung der Flotte stattgefunden. Gerade z. B. auch das Verbot von Euro-4-Fahrzeugen im letzten Jahr in der ganzen Umweltzone hat ei-

(Minister Winfried Herrmann)

nen Modernisierungsschub gebracht. Übrigens hat die ganze Debatte über Luftreinhaltung dazu geführt, dass die relativ alte Flotte in Stuttgart in relativ kurzer Zeit sehr viel mehr modernisiert worden ist, das heißt, sauberer geworden ist als zuvor.

Man kann also klar sagen: Wenn Politik konsequent handelt, wenn wir zielgenaue Maßnahmen machen, dann kommt dabei auch etwas heraus, dann kommt es auch zu Verbesserungen.

(Beifall – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Vor allem in den Reden der Opposition, der FDP hat es eine Rolle gespielt, dass wir hier eigentlich nicht frei debattieren, was wir tun könnten, was wir tun wollen, was wir gut finden. Vielmehr sprechen wir auch deswegen über Fahrverbote, weil sie hoch umstritten sind und in vielen Städten bundesweit und auch in Baden-Württemberg vor Gericht gelandet sind. Wir haben in Baden-Württemberg bisher sage und schreibe 15 gerichtliche Auseinandersetzungen geführt und übrigens alle verloren. Warum? Weil die Grenzwerte der EU Gültigkeit haben, und zwar nicht erst seit gestern, sondern in Deutschland seit 2010. Wir sind also an einzelnen Punkten zehn Jahre hinterher. Aber in vielen Punkten haben wir es spät, aber immerhin erreicht.

Heute stehen wir in Stuttgart vor der besonderen Situation, dass uns das lokale Gericht auferlegt hat, eine große Umweltzone für die Euro-5-Fahrzeuge zu machen, also eine Verbotszone. Wir, das Land – jetzt hören Sie gut zu; denn Sie unterstellen mir das immer anders –, haben gesagt: Das ist heute nicht mehr angemessen, sondern maximal eine kleine Umweltzone kann noch gerechtfertigt werden. Auch dagegen ist wieder geklagt worden.

Jetzt stehen wir vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim. Er wird wahrscheinlich demnächst entscheiden. Jedenfalls haben wir es nicht geschafft, dass es vorher entschieden wird. Wir haben darauf gehofft, dass noch eine Entscheidung kommt, sie ist aber noch nicht gekommen.

Der Verwaltungsgerichtshof entscheidet darüber, ob wir eine große Umweltzone machen müssen oder ob unser Angebot, eine kleine Umweltzone zu machen, überhaupt geht. Rechtlich waren wir dazu verpflichtet, eine fünfte Fortschreibung zu machen, in der genau das steht. Jetzt sind wir in der Situation, dass wir warten, wie das Gericht entscheiden wird. In dieser Situation habe ich gesagt: Wie kann man jetzt entscheiden, in diesen Wochen, in denen sich der Verkehr völlig anders verhält als in den Wochen, Monaten und Jahren zuvor und wir völlig andere Daten haben? Das war der Grund – es war kein Trick –, zu sagen: Jetzt kann man nicht entscheiden. Vielmehr muss man abwarten, wie sich der Verkehr im Laufe dieses Jahres entwickelt.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie tricksen doch rum!)

Denn eines ist doch klar: Die Werte sind zwar immer besser geworden und man kann guter Hoffnung sein, dass wir es schaffen. Ich habe diese Hoffnung, ehrlich gesagt, auch. Denn das ist ja im Grunde genommen ein Beleg dafür, dass unser Maßnahmenbündel wirklich wirkt.

(Zuruf)

Deswegen habe ich ein Interesse daran, dass es gelingt. Aber sicher können wir uns nicht sein. Dazu sage ich auch nachher noch einmal etwas.

Ich will aber auch etwas zu einigen Maßnahmen sagen, die auch oft umstritten waren und deren Wirkung man jetzt beobachten kann.

Ich will gern auch sagen: In einem Punkt habe ich mich getäuscht. Ich hätte nicht gedacht, dass die Filtereinrichtungen einen so großen Effekt haben. Jetzt können wir belegen – auch da sie zwischendrin abgeschaltet und wieder angeschaltet wurden –, dass sie doch einen erheblichen Effekt von 5 bis 7 % haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Das ist einer der Beiträge, mit denen wir es geschafft haben, auf diesen Hauptachsen, auf denen sie aufgestellt wurden, eine deutlich bessere Luft zu bekommen. Das kann man inzwischen nachvollziehen.

Man hat aber auch feststellen können, dass streckenbezogene Fahrverbote für Euro-5-Fahrzeuge, also am Neckartor, in der Hohenheimer Straße – z. B. im Vergleich mit der Pragstraße, der Talstraße, wo dies nicht gemacht wurde –, viel gebracht haben.

Es ist heute von verschiedenen Personen erzählt worden, man hätte gar nicht gemerkt, dass die Werte heruntergegangen sind, also wäre es auch falsch, dass es irgendetwas mit dem Verkehr zu tun hat. Das stimmt einfach nicht. Die Zahlen sind eindeutig. Wir haben – das kann ich Ihnen gleich sagen – in diesem Jahr in den ersten vier Monaten tatsächlich sehr unterschiedliche Werte; die Zahlen sind aber sehr differenziert. Deswegen will ich sie Ihnen auch vortragen.

Wir hatten am Neckartor im Jahr 2018 beim Stickstoffdioxid im Durchschnitt eine Belastung von 71 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. 2019 waren es 53 Mikrogramm. Das war der erste Sprung, bedingt durch die Euro-4-Fahrverbote. Dann ging der Wert bis im Februar auf 36 Mikrogramm herunter. Also, es hat tatsächlich eine Wirkung erzielt, dass wir die Maßnahmen ergriffen haben. Und im März waren wir dann bei 37 Mikrogramm.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Und was hat das Wetter damit zu tun?)

Jetzt komme ich zu Ihnen von der AfD, weil Sie sagen – – Jetzt redet er vom Wetter.

(Heiterkeit – Abg. Anton Baron AfD: Natürlich! – Abg. Klaus Dürr AfD: Sie haben doch vom Wetter geredet!)

– Nein, ich zitiere ja Sie, dass Sie mich zitiert haben. Man muss also ein bisschen um die Ecke denken.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

Tatsache ist, dass die Luftreinhaltung eben nicht so simpel ist, wie Sie sich das vorstellen.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

(Minister Winfried Hermann)

Sie ist vielmehr sehr viel komplizierter.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie mit dem Wetterhahn!)

Und es hat noch nie jemand, der eine Ahnung davon hat, behauptet, allein das Wetter oder allein die Emissionen würden eine Rolle spielen. Vielmehr ist völlig klar: Wenn eine Inversionswetterlage herrscht – das war übrigens die Grundlage für unsere Alarmkonzeption –, bleibt die Luft stehen. Und sie wird jeden Tag dreckiger, weil sozusagen kein Abfluss stattfindet. Wenn es aber jeden Tag heftig windet, sorgt der Wind dafür, dass der Dreck weggeschoben wird.

(Abg. Anton Baron AfD: Also ist es doch wetterabhängig!)

Die Jahresmittelwerte haben genau den Effekt, dass sie unterschiedliche Wetterlagen im Laufe des Jahres ausgleichen. Mal hält das Wetter den Dreck, und mal fegt das Wetter den Dreck weg – wenn ich es einfach formuliere. Deswegen kommt es auf den Jahresmittelwert an und nicht auf den Tagesmittelwert und auch nicht auf den Wochenwert.

(Vereinzelt Beifall)

Das, was ich Ihnen jetzt vorgetragen habe, waren Jahresmittelwerte für 2018 und 2019. Für 2020 haben wir logischerweise noch keinen Jahresmittelwert, sondern da haben wir noch Dreimonatswerte. Und da hatten wir natürlich eine besondere Situation zu verzeichnen. Wir hatten im Januar und im Februar keine coronabedingte Reduktion des Verkehrs. Danach aber hatten wir einen drastischen Rückgang, nämlich um bis zu 40 % am Neckartor. Um bis zu 40 %!

(Abg. Klaus Dürr AfD: Das ist ja dieses Jahr!)

Aber interessant ist jetzt, dass die Reduktion schon in der letzten Woche nicht mehr 40 %, sondern nur noch 20 % betrug.

Jetzt komme ich auch zu dem Grund, warum ich gesagt habe: Man kann das jetzt gar nicht entscheiden. Denn wenn es richtig saudumm läuft, könnte es passieren, dass die Leute sagen: „ÖPNV ist mir zu gefährlich, ich fahre lieber mit dem eigenen Auto.“ Und dann hätten wir am Ende – im Laufe des Jahres – noch mehr Verkehr als vorher. Dann wären die Zahlen halt nicht mehr so schön.

Insofern war die zitierte Aussage von meinem Kollegen Untersteller etwas voreilig – das habe ich ihm auch gesagt –, wengleich auch ich dieselbe Hoffnung hatte und habe, dass es uns hilft. Aber es war voreilig, weil man im März natürlich noch nicht die Zahlen vom Dezember und vom ganzen Jahr haben kann. Deswegen müssen wir einfach abwarten. Das war der Grund, warum ich zum Gericht gesagt habe: Abwarten, bis wir zum Verkehr und zu den Emissionswerten stabilere Daten haben. Das war der Hintergrund.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Reich-Gutjahr zu?

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Bitte.

**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP:** Danke, Herr Hermann, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Zu Beginn der Krise hatte ich einen Brief an das Ministerium gerichtet

mit der Bitte, die Euro-4- und die Euro-5-Fahrzeuge für die Dauer der Erschwernisse uneingeschränkt zuzulassen, um gesundheitsgefährdeten Menschen die Möglichkeit zu geben, auf ihr Fahrzeug zurückzugreifen, um zur Arbeit zu kommen. Das wurde abgelehnt.

Nun ist dies mittlerweile aber erlaubt worden für Leute, die älter sind, also für Gefährdete und für Leute wie mich, die über 60 sind.

(Zuruf: Was?)

– Ja.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ausnahmen! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Ach, Ausnahmen sind das jetzt plötzlich? – Gegenruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Waren sie schon immer!)

Wie passt das jetzt zu dem, was Sie gerade ausgeführt haben? Im Grunde sagen Sie ja: „Eigentlich brauchen wir vergleichbare Werte.“ Jetzt haben wir aber plötzlich die Dreckschleudern – um das einmal so zu übersetzen – wieder zugelassen. Verwässern die nicht die Ergebnisse? Gibt es Abschätzungen, was wir an Fahrzeugen aus dieser Klasse, die jetzt den Verkehr mit belasten, erwarten?

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Vielen Dank für die Zwischenfrage. Sie gibt mir auch die Gelegenheit, noch einmal auf die Frage, die Sie mir schriftlich gestellt haben, deutlich zu antworten.

Ihr Versuch war es ja, sozusagen die alten Verbote einfach außer Kraft zu setzen. Das haben Sie von mir verlangt. Aber Entschuldigung: In einem Rechtsstaat kann ein Minister nicht einfach sagen: Das, was im Luftreinhalteplan steht, und das, was gesetzlich vorgeschrieben ist, mache ich jetzt mal kurz anders, weil mir eine FDP-Abgeordnete geschrieben hat. Es ist doch völlig klar, dass das nicht geht.

Was wir gemacht haben: Wir haben darauf verwiesen, dass in Einzelfällen – die es vorher schon gab – Betroffenen Ausnahmegenehmigungen gegeben werden können und dass man sich darauf beziehen kann. Das war der Hinweis. Das sind aber nicht Abertausende, sondern es waren wahrscheinlich ein paar. Wir wissen nicht einmal genau, wie viele es sind, aber jedenfalls kein relevantes Zahlenverhältnis, das viel verschoben hätte.

Ich will jetzt nur noch etwas zur Prognose sagen. Wir waren natürlich auch gespannt: Wie wird sich das Jahr weiterentwickeln? Natürlich braucht man Prognosen. Wenn wir Mitte des Jahres entscheiden wollen, was wirklich geschieht, dann müssen wir wissen, welche Werte sich im Laufe des Jahres entwickeln. Die neueste Prognoserechnung, auf die auch Thomas Dörflinger hingewiesen hat, geht von der Annahme aus, dass ab der Coronakrise im März über das ganze Jahr ein Drittel weniger Fahrzeuge unterwegs sind.

Daraus abgeleitet kann man sagen, im Bereich Neckartor und im Bereich Hohenheimer Straße werden wir an den Grenzwert herankommen oder darunter bleiben. Wir haben aber nach wie vor ein Problem in der Talstraße und in der Pragstraße, selbst dann, wenn den Rest des Jahres über ein Drittel weniger Verkehr fährt.

(Minister Winfried Hermann)

Jetzt haben wir aber leider die Botschaft – – Das können Sie heute buchstäblich auf der Straße sehen. Wenn Sie vor zwei oder drei Wochen an der Kreuzung am Charlottenplatz oder sonst wo geschaut haben, konnten Sie spürbar weniger Verkehr feststellen. Wenn Sie jetzt hinausgehen, haben Sie das Gefühl: Es ist schon fast wie immer.

Wenn der Verkehr im Laufe des Jahres wieder ansteigt oder gar noch höher wird, dann verspielen wir die Chance, die wir jetzt mit Corona bei weniger Verkehr und weniger Schadstoffen hatten, die Chance, die Grenzwerte zum Jahresende einzuhalten. Deswegen sage ich ganz klar: Es muss weiterhin das Ziel sein, dass die Autos sauber werden.

Ich muss sagen: Ich habe mich wirklich geärgert, als ich dieser Tage lesen musste, dass viele Leute nicht einmal das kostenfreie Angebot zur Nachrüstung angenommen haben. Daimler und VW bieten eine Nachrüstung im Wert von 3 000 € an. Man muss nichts bezahlen, aber nur ganz wenige haben das angenommen. Da muss ich sagen: Ja, dann müsst ihr damit rechnen, dass die Autos irgendwann nicht mehr fahren dürfen. Also: Rüsten Sie nach! Das ist das Gebot der Stunde. Steigen Sie bitte umweltfreundlich um.

Auch das war übrigens eine schöne Geschichte in der Coronazeit: Nachweislich sehr viel mehr Menschen sind mit dem Fahrrad gefahren. Auch das ist eine Alternative.

In der Summe muss ich sagen: Es gibt noch viel zu tun. Ich habe nach wie vor die Hoffnung, dass wir mit unseren Maßnahmenbündeln erfolgreich sind und dass das Gericht einsieht, dass wir auf dem Weg sind.

Es war nie das Ziel, Fahrverbote auszusprechen, sondern das Ziel war immer eindeutig: saubere Luft und trotzdem guten Verkehr. Wenn wir saubere Autos haben und wenn genügend Leute umstellen, dann können wir es schaffen. Daran arbeite ich, daran arbeiten wir. Ich danke für die Unterstützung.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, es ist noch Redezeit übrig. Herr Abg. Haußmann hat sich gemeldet. – Dann haben Sie als Erster das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Eineinhalb Meter!)

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben wieder viele Ausführungen gemacht, hier aber wenige Perspektiven und Prognosen präsentiert. Wenn man solche weiteren Fahrverbote vorsieht, dann sollte man schon noch einmal eine genaue Wirkungsanalyse erstellen und vorlegen. Eine solche liegt uns bisher nicht vor.

Bemerkenswert war ja schon, dass inzwischen die Pragstraße und die Talstraße sozusagen neu aus der Kiste gekommen sind. In den vergangenen Jahren waren die Pragstraße und die Talstraße nicht im Fokus. Ich darf einmal aus Ihrer Pressemitteilung vom 23. April 2020 zitieren:

*Eine vorliegende aktuelle Prognose des Regierungspräsidiums Stuttgart zeigt, dass die Grenzwerteinhalten in der Prag- und in der Talstraße ohne Verschärfung der Verkehrsverbote sehr schwierig wird.*

Die Auswirkungen der Coronakrise sind aber noch gar nicht bewertet. Sie hätten ja auch schreiben können: Wir haben die Lösung an der Pragstraße, wenn der Rosensteintunnel eröffnet wird. So formuliert man eben, wenn man das Ziel hat, das Sie haben: Fahrverbote herbeizurufen, aber nicht Lösungen in Baden-Württemberg zu suchen.

(Beifall)

Herr Renkonen, Sie haben keinen Hinweis auf die weiteren Entscheidungen gegeben. Auch Herr Dörflinger hat zwar das Richtige angesprochen, aber wir wissen jetzt auch nicht, wie es weitergeht. Sie haben die EU-Richtlinien angesprochen. Das wäre eigentlich jetzt der Hinweis, zu sagen: Wir müssten in Baden-Württemberg mit synthetischen Kraftstoffen durchstarten, weil auch das hilft, die Stickoxidwerte zu reduzieren.

Noch ein Hinweis zum Thema Mobilitätspass oder 365-€-Ticket: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir werden in eine Phase kommen, in der wir uns sehr gut überlegen müssen, wie wir die zurückgehenden Steuermittel einsetzen. Wenn man schon jetzt Mittel aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz sozusagen in die Unterstützung des ÖPNV hineingibt, dann wird man sich noch einmal sehr genau überlegen müssen, ob wir auch in Zukunft die finanziellen Ressourcen dafür zur Verfügung haben. Deswegen ist das, glaube ich, nicht die Lösung.

Herr Selcuk, vielleicht noch zu Ihnen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege, kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Ich hatte seither immer ganz andere Äußerungen von Herrn Rivoir hier an dieser Stelle zum Thema Fahrverbote in Erinnerung.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir auch!)

Die Positionierung der SPD bei dieser Thematik habe ich noch nicht ganz verstanden.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Eine Mutation!)

Was wir brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ...

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Haußmann, bitte kommen Sie jetzt zum Schluss!

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** ... sind Innovationen im Bereich neuer Technologien. Dann lösen wir die Fahrverbote in Luft auf,

(Zuruf: In gute Luft!)

weil wir hervorragende Produkte in Baden-Württemberg haben.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit können wir die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 beenden.

Punkt 2 der Tagesordnung ist somit erledigt.

Herr Abg. Räßle hatte angekündigt, jetzt einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen zu wollen.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Meine Damen und Herren, hiermit stelle ich einen Antrag zur Geschäftsordnung, einen Antrag auf Unterbrechung oder sogar Beendigung der Sitzung,

(Unruhe)

also auf Ende der Sitzung. Der Antrag ist gestellt.

Ich begründe ihn wie folgt:

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sind Sie müde?)

Ich denke, wir alle sollten einmal zur Besinnung kommen. Ich möchte Ihnen auch die Gelegenheit geben, einmal in sich zu kehren und sich zu fragen, was hier eigentlich stattfindet. Sie fahren hier die aktuelle Wirtschaft in Baden-Württemberg an die Wand. Ja? Sie verbreiten hier eine Hysterie. Sie machen bei dieser ganzen Hysterie mit.

(Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Das ist die Begründung. – Bitte.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Erst war es die Klimahysterie, womit Sie das Volk aufgehetzt haben, jetzt ist es die Coronahysterie, und bei den nächsten Wahlen kommt wieder die Nazi-hysterie, wo Sie den Leuten dann wieder einreden, wir wären jetzt wieder auf dem Weg ins Dritte Reich.

Also das, was Sie hier seitens der Politik veranstalten, ist wirklich nicht mehr ernst zu nehmen. Die Frau Präsidentin, die Frau Aras, sitzt hier oben wie im Papamobil,

(Unruhe)

der Kollege Kenner läuft mit einem Helm herum.

(Unruhe)

Ich dachte schon, Darth Vader kommt mir entgegen. Es ist wirklich lächerlich, wie Sie sich hier gebaren.

(Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Räßle – –

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Wir sollten hier jetzt diese Sitzung unterbrechen – am besten drei Jahre lang,

(Unruhe)

und dann würde die Wirtschaft wieder aufblühen, wenn Sie sich endlich mal aus der Politik heraushalten würden.

(Unruhe – Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bei Ihnen blüht gar nichts!)

Deshalb stelle ich jetzt diesen Antrag zur Geschäftsordnung.

Und diese EU – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt ist die Redezeit um, Herr Abg. Räßle.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Ja, ganz kurz. Ich komme zum Schluss.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nein, es ist begründet. Es ist alles angekommen.

(Lebhafte Unruhe)

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Diese EU-Maulbinde zeigt eigentlich nur,

(Unruhe – Lebhaftes Zurufe, u. a.: Wir wollen Sie überhaupt nicht hören! – Glocke der Präsidentin)

dass Sie keine Souveränität mehr besitzen, Ihre Entscheidungen selbst zu treffen, sondern sich einen Maulkorb von der EU auferlegen lassen,

(Lebhafte Unruhe)

weil Sie keine eigenen Entscheidungen hier in diesem Parlament mehr treffen, sondern nur nach EU-Verordnungen agieren.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Räßle, wir würden jetzt gern abstimmen. Ihre Redezeit ist ja jetzt um. Ihr Antrag ist angekommen.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Kommen Sie bitte zur Besinnung! Vielen Dank.

(Lebhafte Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, es wurde ein Antrag auf Ende der Debatte gestellt. Ein solcher Antrag braucht fünf Abgeordnete, die ihn unterstützen.

(Zurufe, u. a.: Ich stelle den Antrag, dass die Sitzordnung eingehalten wird!)

Wer unterstützt Ihren Antrag, Herr Abg. Räßle?

(Unruhe)

– Würden Sie mich das jetzt bitte organisatorisch abwickeln lassen? – Wir brauchen jetzt fünf Abgeordnete, die diesen Antrag überhaupt unterstützen. Denn Sie haben das Ende der Sitzung beantragt.

Ich bitte um Zeichen: Wer unterstützt diesen Antrag?

(Lachen – Oh-Rufe – Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte! – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Wieder blamiert! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die endgültige Bankrotterklärung! – Abg. Reinhold Gall SPD zu Abg. Stefan Räßle AfD: Sprechen Sie doch mal in der Fraktion vor! Sie können in der Mittagspause eine Fraktionssitzung machen! – Gegenruf des Abg. Stefan Räßle AfD: Ich habe es doch nur gut gemeint! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Nun ist gut! – Herr Abg. Räßle, Ihr Antrag hat nicht die notwendige Unterstützung. Deswegen kann ich ihn nicht zur Abstimmung stellen.

Ich rufe jetzt Punkt 3 der Tagesordnung – –

(Anhaltende Unruhe)

– Jetzt würde ich gern mit der Tagesordnung fortfahren.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – EU-Verordnungen überfordern Baden-Württemberg und Deutschland – beantragt von der Fraktion der AfD**

Dafür hat das Präsidium 50 Minuten vorgesehen, ohne die Redezeit der Regierung, die sich dann aber auch gern an der Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion orientieren kann oder bitte möchte.

Zuerst hat das Wort für die AfD Herr Abg. Sänze.

**Abg. Emil Sänze** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie, die Altparteien, haben Ihr eigenes Volk hinters Licht geführt. Sie erinnern sich sicherlich an die Einführung des Euro und die gemachten Aussagen: so stark wie die D-Mark, ewiger Wohlstand. Damals haben Sie die Wahrheit medialpolitisch unterdrückt, heute tun Sie das auch: Gestern fabulieren Sie noch über die Einführung der Schuldenbremse und wissen genau, dass wir über unsere europäischen Verträge Billionen von Schulden ins Haus holen.

Die Wahrheit ist, dass der Euro – auch die EU – weder wirtschaftlich noch sozial funktionieren kann. Das ist die Politik der Verantwortungslosigkeit und Rechtlosigkeit, für die Sie die Verantwortung tragen.

(Beifall)

Eine EZB, die ihre Sparer bestraft und die Schuldner belohnt, die gigantische Verbindlichkeiten aufbaut mit der Folge einer phänomenalen realen Verarmung der Bürger unseres Landes. Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, dass die italienischen Haushalte ein weit höheres Nettovermögen haben als die Deutschen. Der italienische Staat mag pleite sein, aber die Italiener sind reicher als wir Deutschen.

Was machen Sie? Sie lassen sich ins Bockshorn jagen, lassen zu, dass noch viel mehr Geld aus Deutschland abgepumpt wird, dass die Deutschen noch mehr die finanziellen Verlierer der EU werden. – So viel zur Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, wir behandelten in der letzten Woche zwei Dokumente im EU-Ausschuss. Das erste Dokument sieht vor, der EU diktatorische Vollmachten zu geben, um die sogenannte Treibhausgasneutralität zu erreichen. Alles in der EU soll fortan dem EU-Direktorat unterworfen werden. Kein Bereich entgeht diesem Zugriff der EU, denn CO<sub>2</sub> entsteht bedauerlicherweise auch beim Schlafen.

Klimarecht will die EU mit sogenannten delegierten Rechtsakten setzen. Das bedeutet: Die Kommission setzt aus eigener Machtvollkommenheit das EU-weit gültige Recht. Widerstand ist weder vom EU-Rat noch vom EU-Parlament zu erwarten und, wie meine bisherigen politischen Erfahrungen zeigen, auch nicht von Länderparlamenten, dem Bundestag und dem Bundesrat.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Kein Wunder, wenn man an dem demokratischen Rechtsstaat zweifelt. Da bleibt nur die Hoffnung auf das Bundesverfassungsgericht, das sich nach langer Zeit wieder einmal seiner

Verpflichtung erinnert hat und die Staatsanleihenkäufe der Europäischen Zentralbank beanstandet hat.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

Zurück zu dem Deal und dem Vorschlag der EU-Verordnungen. Die EU sagt klar, was sie in Sachen Klima vorhat. Es werden wahrhaft gigantische Kosten und Einschränkungen auf die Bürger zukommen. Wenn dieses Parlament diese Vorlagen heute durchwinkt – besser gesagt: zur Kenntnis nimmt –, beschließen Sie ein Verbot von diesel- und benzinbetriebenen Autos, geplant ab 2025. Sie beschließen, dass sich die weltweit höchsten Strompreise, die wir in Deutschland haben, nochmals explosionsartig erhöhen. Zugleich schaffen Sie den Zwang, überteuerte, leistungsschwache Elektroautos zu fahren, und den Untergang des Individualverkehrs.

Sie beschließen auch, dass wir ein ganz neues soziales Phänomen kennenlernen: Energiearmut. Energie soll teurer werden, sodass viele Menschen sie sich nicht mehr leisten können. Das Problem wird übrigens von der EU selbst beschrieben. Typisch für die EU: Sie will dieses Problem nicht lösen und Energie billiger machen, sondern sie will nur noch Umverteilungskommunismus.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Die Leute gehen auf die Straße!)

Übersetzt für Deutschland: Deutschland soll dann auch noch für die Energiearmut der EU bezahlen.

Kommen wir zu Gebäuden und Wohnungen. Diese werden gedämmt werden müssen, gedämmt und noch mehr gedämmt. Schimmel, Raumklima, Wohlbefinden: alles egal. Sie und die EU wollen die Eigentümer zur Renovierung in einem nie gekannten Ausmaß zwingen. Die Quote der Renovierungen soll sich in Baden-Württemberg verdoppeln bis verdreifachen. Ausgehend von einer aktuellen Renovierungsquote von 1 % bedeutet das eine Renovierungsquote von 2 bis 3 % pro Jahr. 2 bis 3 % pro Jahr wiederum bedeuten, wenn man die Potenzrechnung – dies in Richtung CDU – beherrscht, dass binnen 20 Jahren 50 bis 80 % des gesamten Haus- und Wohnungsbestands renoviert werden müssen.

Noch einmal: Es sind nicht wir, die AfD, die das sagen; es ist die EU selbst. Ihre Fachpolitiker werden sicherlich wissen, wie teuer eine Renovierung ist. Da ist man sehr schnell bei 100 000 €; bei Mehrfamilienhäusern liegen die Kosten schnell bei mehreren Millionen €.

Ist Ihnen klar, dass Sie das heute Nachmittag mit zur Kenntnis nehmen?

Nebenbei bemerkt: Auch die Stickstoffdüngung in der Landwirtschaft wird von der EU verboten werden müssen. Denn Distickstoffmonoxid ist eine wesentliche Quelle für den Treibhausausstoß. Distickstoffmonoxid (N<sub>2</sub>O) wird explizit in der EU-Verordnung genannt, genauso wie auch CO<sub>2</sub>. Da sollten sich die Landwirtschaftspolitiker mal Gedanken darüber machen, was es bedeutet, wenn die Stickstoffdüngung verboten wird.

Noch einmal: Diese Verbote der Stickstoffdüngung beschließen Sie mit. Das ergibt sich zwingend aus dem EU-Recht, das

(Emil Sänze)

hier und heute – zur Kenntnisnahme – geschaffen wird. Denn die damit geschaffenen Pflichten sind nicht anders umsetzbar.

(Vereinzelt Beifall)

Das alles und noch vieles andere wollen Sie – angeblich wegen der Klimaneutralität – den Bürgern zumuten. Dabei hat die Coronakrise gezeigt, dass die Messwerte vieler Gase – wir haben es gerade gehört – wenig oder nichts mit der Gesundheit der Menschen zu tun haben.

Auch wird verschwiegen, dass das arktische Eis bereits im Jahr 2012 seine minimale Ausbreitung erreicht hatte und diese seitdem zunimmt. Der eine oder andere hat vielleicht mitbekommen, dass ein russischer Eisbrecher in der Arktis versucht hat, das deutsche Forschungsschiff „Polarstern“ zu erreichen. Ein Durchkommen war unmöglich, weil es zu viel Eis gab – ich wiederhole: zu viel Eis, nicht zu wenig. Aber in der EU spielt die Wirklichkeit ja bekanntlich keine Rolle; da geht es eher darum, Werte, Haltungen, Ideologien und autoritäre Rechtsakte durchzusetzen.

(Beifall)

Ich möchte jetzt auf das andere EU-Dokument zu sprechen kommen, das wir im Europaausschuss zu behandeln hatten. Dort ging es um die Abfallwirtschaft. Die Abfallwirtschaft in Baden-Württemberg funktioniert im Großen und Ganzen. Die Kommunen machen einen guten, wenn auch nicht leichten Job. Die Bürger und die Unternehmen sind im Großen und Ganzen zufrieden. Jetzt kommt die EU, und was macht die EU? Sie kreiert ein neues bürokratisches Monstrum, ähnlich der Datenschutz-Grundverordnung. Die EU will jetzt unter dem Deckmantel der Abfallwirtschaft den Unternehmen vorschreiben, wie ihre Produkte auszusehen haben, sie will ihnen vorschreiben, wie sie ihre Produktprozesse zu organisieren haben, sie will ihnen vorschreiben, welche Materialien und Zulieferer die Unternehmer zu nutzen haben. Resultat: Kommunen und Bürger werden – natürlich – durchreglementiert. Alles muss bürokratisch protokolliert und zertifiziert werden. Wohin das führen wird, das wissen Sie selbst genau.

Die bewährten kommunalen und mittelständischen Strukturen der deutschen Abfallwirtschaft werden zerschlagen. Die EU schafft Zwänge und eine künstliche Komplexität, die sehr große Abfallkonzerne extrem bevorzugen wird. Zu wessen Nutzen dies ist, das sollten Sie sich selbst fragen.

Jetzt haben wir die Coronakrise, die viele Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit stürzen wird. Da erzwingen die Altparteien noch einen überzogenen Lockdown, der das Land in eine riesige Wirtschaftskrise führt, und zugleich beschließen Sie hier und heute extreme Zusatzbelastungen für Bürger und Unternehmen? Man weiß gar nicht mehr, was man angesichts dieses kompletten Wahnsinns überhaupt noch sagen soll.

Sie machen die Bürger arbeitslos, dann nehmen Sie ihnen die Autos weg, dann treiben Sie die Energiepreise in astronomische Höhen. Auch die Preise für Nahrung sollen stark steigen und aufgrund der Abfallgesetzgebung der Preis für andere Produkte gleich mit. Zum Ausgleich wollen Sie dann auch noch, dass die Bürger ihr Häusle noch teuer renovieren.

Ihr Genius Angela Merkel stellte sich nun letzte Woche hin und sagte: „Ja, ist doch alles super. Wir bezahlen das und bau-

en Öko-Utopia auf – damit wir dann die schöne neue Welt gebaut haben.“ Am besten sind wir dann auch gleich alle noch zwangsgeimpft und zwangsgechipt wie das dumme Vieh.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, seit 25 Jahren, seit Maastricht und der Einführung des Euro, zerstören Sie – mit Kenntnisnahme – Deutschland. Mit den vorliegenden Dokumenten wird die weitere Zerstörung für die nächsten 30 Jahre niedergelegt. Sie werden nach meiner Überzeugung nicht der Umwelt helfen; denn Baden-Württemberg, Deutschland und die EU werden durch Ihre Politik verarmen.

Eines wissen wir ganz sicher: Umweltschutz ist Wohlstandsbedürfnis, Umweltschutz kann man sich nur leisten, wenn entsprechende Einnahmen da sind. Ohnehin rechtfertigt die Datenlage die geplanten Maßnahmen nicht.

Sie, die Altparteien, werden im Anschluss an meine Rede natürlich wieder die „heilige EU“ beschwören und den drohenden Weltuntergang.

(Zuruf)

Die Ihnen hörigen Medien werden unsere Argumente natürlich wieder totschießen. Aber das wird Ihnen nichts nützen. Wir werden nicht schweigen, wir werden die Wahrheit hinausbrüllen, und wir übernehmen die Verantwortung für dieses Land, das Sie schon seit Langem hinter sich gelassen haben.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Der nächste Redner ist Herr Abg. Walter für die Grünen, sobald es hier vorn wieder „clean“ ist.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin gespannt, ob auch beim Start der Fußballbundesliga so genau gereinigt wird, ob nach jedem Kopfstoß die Bälle gereinigt werden und wie das dann geschieht. Aber wir sind einmal froh, dass wir hier auf jeden Fall alle Vorschriften einhalten.

Meine Damen und Herren, 250 Jahre nach der Aufklärung ist es schwierig, sich zehn Minuten lang solche mittelalterlichen Verschwörungstheorien anzuhören. Deshalb kehren wir jetzt zu den Fakten zurück.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Zwischen 2014 und 2020, meine Damen und Herren, werden über 5 Milliarden € von der EU nach Baden-Württemberg fließen.

(Lachen)

Es werden über 180 Projekte gefördert,

(Zuruf)

50 000 Menschen in Baden-Württemberg werden vom Europäischen Sozialfonds profitieren.

(Zuruf)

(Jürgen Walter)

Durch EFRE-Mittel werden beispielsweise die Wasserstofftechnologie erforscht und erprobt, die Phosphorrückgewinnung in Kläranlagen mitfinanziert und kleine und mittlere Unternehmen bei der Energieeffizienz unterstützt.

Die Bertelsmann Stiftung

(Oh-Rufe von der AfD)

hat vor Kurzem dargestellt:

(Abg. Carola Wolle AfD: Ganz neutral! Verfolgt keine eigenen Interessen!)

Baden-Württemberg hat durch die EU einen Einkommensgewinn von 13 Milliarden € jährlich.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Die Hälfte der Exporte des Exportlands Baden-Württemberg gehen in die EU.

(Zurufe)

Das heißt, unser Wohlstand ist ein europäischer Wohlstand.

(Beifall – Vereinzelt Lachen – Zurufe, u. a. der Abg. Carola Wolle AfD)

Europa, meine Damen und Herren – –

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Möchten Sie eine Zwischenfrage stellen, Frau Abg. Wolle?

(Abg. Carola Wolle AfD: Ja, gern! – Weitere Zurufe)

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Nein, das lasse ich – – Das wäre schade um die Zeit, schade um unsere Lebenszeit.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann melden Sie das bitte an, aber unterlassen Sie das dauerhafte Reingekreische. – Lassen Sie die Zwischenfrage zu, Herr Abg. Walter?

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Nein, natürlich nicht.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann müssen Sie auch nicht reinbrüllen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe das Recht, Zwischenrufe zu machen! – Weitere Zurufe)

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Meine Damen und Herren, Europa ist ein Versprechen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ein Versprecher vielleicht! – Zuruf: Ein Verbrechen!)

Das erste Versprechen heißt Frieden. Wir haben seit 75 Jahren in Europa Frieden.

(Abg. Udo Stein AfD: Ostukraine!)

In zwei Weltkriegen wurde Europa praktisch komplett zerlegt.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Waren Sie mal im Kosovo?)

Es ist doch bezeichnend, dass wir nach 75 Jahren an die Befreiung Deutschlands denken, aber die AfD eine Anti-EU-Debatte führt.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Es war nicht, wie Herr Gauland von der AfD gesagt hat, eine Niederlage. Vielleicht war es das für die Nazis, aber nicht für Deutschland und Europa.

(Beifall – Zurufe)

Deshalb: Sparen Sie sich die Angriffe auf die EU.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sie hassen Deutschland!)

Derzeit, meine Damen und Herren, wird die Weltordnung neu erstellt. Aufgrund eines desaströsen Präsidenten scheidet Amerika als Führungsmacht der Welt aus. Das ist für Europa keine gute Nachricht.

(Zuruf: Unverschämtheit! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Deswegen brauchen wir ein starkes Europa, um in dieser neuen Weltordnung nicht unterzugehen.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Die derzeitige Pandemie macht doch deutlich: Es gibt keine nationalen Lösungen mehr,

(Vereinzelt Lachen – Zurufe, u. a.: Oh Gott!)

es gibt nur internationale Lösungen.

(Zuruf)

Oder wie will man einer international operierenden Wirtschaft begegnen? Wie will man international Steuern regeln, bei Amazon, bei Apple und bei anderen? Glauben Sie, die verhandeln mit jedem Staat?

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das ist doch alles Irrsinn.

Auch für die zweite weltbedrohende Krise, die Klimakatastrophe, geht eine Lösung nur auf europäischer und globaler Ebene. Dagegen wird es – das wissen wir alle – auch keinen Impfstoff geben, egal, wie lange wir daran forschen werden.

Deswegen heißt das nächste große Versprechen der EU nach dem Frieden,

(Abg. Emil Sänze AfD: „Nach dem Frieden“!)

dass man jetzt diesen Green Deal macht, die längst überfällige Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Wie, meine Damen und Herren, wollen wir denn all die brennenden Probleme, die wir haben – Klimakatastrophe, Artensterben, Luftverschmutzung, Plastikabfälle usw. –, in den Griff bekommen, wenn wir nicht international zusammenarbeiten?

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Wir alle wissen – das ist ja das Gute an der Coronakrise, dass das jetzt viele Leute begriffen haben –, wie sehr wir auf die

(Jürgen Walter)

Wissenschaft angewiesen sind und wie froh wir sein können, dass wir eine Wissenschaft haben.

(Zurufe)

Diejenigen, die aus der Coronakrise klug geworden sind und die nicht auf die Verschwörungstheoretiker hören,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Die gehen am Samstag wieder auf den Schlossplatz! – Gegenruf der Abg. Carola Wolle AfD: Und es werden wöchentlich mehr!)

wissen, dass die Wissenschaft uns sehr zu Recht sagt: All das, was durch die Klimakatastrophe auf uns zukommt, wird, wenn wir dem nicht entgegentreten, zu viel einschneidenderen Maßnahmen führen als das, was wir jetzt mit der Coronakrise hatten.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Zu einem Klima-Corona!)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist dieser Vorschlag der EU-Kommission die Möglichkeit, nachhaltiges Wachstum zu schaffen, im Einklang mit Natur und Umwelt zu leben und zu wirtschaften, ein großer Fortschritt. Gerade Baden-Württemberg als eine führende Technologieregion der Welt hat, wenn jetzt Innovation gefragt ist, wenn neue Technologien gefragt sind, eine riesige Chance, weltweit weiterhin mitzuspielen und eine große Rolle zu spielen. Diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen.

(Beifall)

Wir müssen viele Probleme gleichzeitig lösen. Wir müssen unsere Energieversorgung auf andere Beine stellen. Ich möchte hinzufügen, was sich offensichtlich noch nicht bei allen herumgesprochen hat: Die billigsten Formen der Energiegewinnung sind mittlerweile Fotovoltaik und Windenergie. Die Energiegewinnung aus Steinkohle hat man über Jahrzehnte subventioniert, obwohl sie schon seit 1964 ökonomisch nicht mehr vertretbar war. All das wird sich jetzt ändern. Deswegen ist es ein sehr guter Ansatz, das jetzt zu machen.

Wir brauchen mehr Ressourceneffizienz. Gerade Corona hat doch gezeigt, in welchen ökonomischen Abhängigkeiten wir sind, weil China ein ganz großes Reservoir an den Ressourcen der Zukunft hat, an wichtigen Stoffen, die zukünftig gebraucht werden. Auch die Agentur für Rohstoffversorgung hat schon darauf hingewiesen, dass die Chinesen, vor allem in der Auseinandersetzung mit den USA, nun viel restriktiver die Ressourcen handhaben werden und uns noch viel mehr zeigen, wie abhängig wir von diesen Ressourcen sind. Deshalb ist Ressourceneffizienz – das ist ein sehr wichtiger Baustein im Green Deal – eine Notwendigkeit. Das haben wir jetzt doch gesehen. Das muss man doch endlich einmal einsehen.

Was bedeutet also dieser Green Deal für uns? Es ist eine Industriestrategie für die Zukunft mit nachhaltigen Produktionskreisen.

(Zuruf: Welchen?)

Das heißt beispielsweise sauberer Stahl, grüner Wasserstoff,

(Zuruf: „Grüner Wasserstoff“!)

Recycling von Batterien, ein Investitionsprogramm für unsere Wirtschaft und die Zukunft.

Ein weiterer Punkt: Wissenschaft und Innovation sind genau das, worauf wir hier angewiesen sind, weil wir ja keine Rohstoffe haben. Mit einem vorgeschlagenen Budget von 100 Milliarden € in den nächsten sieben Jahren soll das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon Europe massiv zum Green Deal beitragen. Es wurde jetzt bereits beschlossen, dass 35 % der EU-Forschungsförderung zukünftig in diesen klimafreundlichen Bereich fließen werden. Das ist ein Fortschritt, und in diese Richtung muss Europa gehen.

(Zuruf: Warum?)

Der Green Deal zeigt auch, meine Damen und Herren: Umwelt und ökologisches Wirtschaften sind nicht vorrangig ein Thema für gute Zeiten, sondern sind gerade ein Thema, wenn man in einer Krise etwas Neues, etwas Innovatives entwickeln will.

Deswegen verstehe ich auch gar nicht, wie man jetzt gegen die Vorschläge, die beispielsweise zur Kreislaufwirtschaft vorliegen, sein kann. Es wird einen verstärkten Einsatz von Sekundärrohstoffen geben. Das ist sehr wichtig. Sonst müssten wir sie teuer bezahlen und müssten froh sein, wenn wir sie überhaupt bekommen. Unsere Produkte müssen reparaturfähiger und langlebiger werden. Auch das ist doch etwas, was jeder normale und vernünftige Mensch nur unterstützen kann. Es ist überfällig, dass wir uns von der Wegwerfgesellschaft verabschieden.

(Beifall – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Wir müssen verstärkt in die Transformation der Automobilindustrie und der Mobilität insgesamt investieren. Auch das, meine Damen und Herren, schaffen wir nur mit der EU zusammen; wir allein sind da überfordert. Man sieht es jetzt ja auch an der Forschung für einen Impfstoff gegen Corona. Das funktioniert nur, wenn alle Länder das Geld zusammenlegen und wir zusammenarbeiten.

Deshalb, meine Damen und Herren: Der Green Deal insbesondere und vieles, was sonst von der EU kommt, sind keine Bedrohung. Vielmehr sollten wir konstruktiv mitarbeiten, damit es zu einer Erfolgsgeschichte wird, und zwar ökologisch, sozial und ökonomisch. Nochmals: Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Baden-Württemberg dabei eine herausragende Rolle spielen wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt hat das Wort Kollege Paul Nemeth für die CDU.

**Abg. Paul Nemeth CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich überlege mir gerade bei dem von der AfD eingebrachten Vortrag, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn Herr Räßle mit seinem Antrag durchgekommen wäre.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Denn es war ja schon abzusehen, dass das nichts Besonderes werden kann, wenn die AfD eine Aktuelle Debatte zum Thema Europa und zum Thema Klimaschutz beantragt.

(Zuruf)

(Paul Nemeth)

Ich habe in der Rede – und ich habe gut zugehört – außer Hetze nichts gehört.

(Abg. Carola Wolle AfD: Das war ganz sachlich, aber Sie verstehen es offensichtlich nicht!)

Meine Damen und Herren, in einer Zeit, in der wir auf allen politischen Ebenen – in Europa, in Deutschland, hier im Land und auch in den Kommunen – eine ganz besondere Verantwortung für die Gesellschaft, für die Menschen haben, und in der wir die Menschen auffordern, mehr Verantwortung zu übernehmen und die richtigen Entscheidungen zu treffen, kommen Sie mit einer Debatte, die vor Verantwortungslosigkeit nur so gestrotzt hat.

(Beifall – Abg. Stefan Räßle AfD: Was Sie machen, ist doch verantwortungslos!)

Eines ist doch spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg klar, und zwar über alle gesellschaftlichen Schichten hinweg: Wer in Deutschland Patriot sein will, der muss auch für Europa sein.

(Beifall – Zuruf)

Denn Europa hat uns nicht nur den Frieden beschert,

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

sondern auch ein freies Land. Gehen Sie doch mal in der Welt herum – Sie sind doch schon überall gewesen –,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wir hassen die EU! – Abg. Bernd Gögel AfD: Sprechen Sie doch über die EU und nicht über Europa!)

und vergleichen Sie dann unser Land Baden-Württemberg, unsere Möglichkeiten, unsere Freiheiten,

(Abg. Carola Wolle AfD: Die Sie uns einschränken! Tag für Tag!)

unseren Wohlstand

(Abg. Carola Wolle AfD: Den Sie uns nehmen!)

mit anderen Ländern innerhalb und außerhalb Europas.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten Monaten noch viele neue Krisenherde erleben.

(Zuruf)

Europas Existenz und viele Volkswirtschaften in Europa

(Abg. Carola Wolle AfD: Und Sie tragen die Verantwortung!)

werden an den Rand ihrer Möglichkeiten kommen: Italien, Spanien, Frankreich und andere Länder.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Dann nehmen Sie doch mal die Syrien-Sanktionen zurück!)

Deswegen ist es besonders wichtig, dass wir jetzt als Europäer, als Patrioten schauen, dass dieses Europa zusammenhält, und dass wir Baden-Württemberger, die wir ja auch durch die Exportmöglichkeiten profitieren – der Kollege Walter hat be-

eindruckend darauf hingewiesen –, unbedingt darauf achten müssen, dass dieses Friedensmodell nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten bleibt und nicht beschädigt wird.

(Beifall – Zuruf)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Nemeth, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Wolle zu?

**Abg. Paul Nemeth CDU:** Bitte.

**Abg. Carola Wolle AfD:** Vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Der TARGET2-Saldo ist Ihnen bekannt. Ihnen muss daher auch klar sein, dass wir mit dem TARGET2-Saldo für unseren eigenen Export haften. Das heißt, unsere Steuerzahler haften zukünftig dafür, dass wir exportieren. Ganz toll!

**Abg. Paul Nemeth CDU:** Also, da muss ich Ihnen wirklich einmal dringend raten, an der Volkshochschule einen Kurs für Volkswirtschaft zu besuchen.

(Beifall – Zurufe)

Das kann ich nicht anders sagen. Ein bisschen Basisverständnis sollte man schon haben, wenn man Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg ist.

(Beifall – Abg. Udo Stein AfD: Genau! – Abg. Carola Wolle AfD: Dann lesen Sie es mal nach!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen – die Anlagen dazu sind ja von Ursula von der Leyen und anderen gelegt – ein großes europäisches Konjunkturprogramm, um diese Krise zu meistern.

Es ist doch auch klar, meine Damen und Herren, dass wir dann, wenn die Krise vorbei ist, einen Kassensturz machen müssen und auch Überlegungen zu unseren Prioritäten anstellen müssen.

Weiter ist klar, dass wir eine Verschiebung unserer Einstellungen und Achsen benötigen, was die Versorgungssicherheit unserer Bevölkerung im Bereich Pharma, im Bereich Medizin, im Bereich Chemie und möglicherweise auch in anderen Branchen anbelangt.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Da ist es doch wichtig, dass wir, Europa – nicht Baden-Württemberg und nicht Deutschland allein; dafür sind diese viel zu klein –, eine europäische Architektur bauen, damit die Wertschöpfungsketten von Entwicklung und Forschung über die Produktion bis hin zu Dienstleistungen und Wartungen und auch die Kreislaufwirtschaft hier in Europa besser organisiert und optimiert werden. Die Krise ist eine Chance, das neu zu gestalten. Das ist die Chance, die wir in Baden-Württemberg ergreifen sollten. Denn wir profitieren von solch einem Prozess mehr, als dass wir Schaden nehmen.

(Beifall)

Die Frage muss natürlich auch darin eingebettet sein, wie es für den Klimaschutz besser wird. Auch hier gibt es gute und richtige Antworten. Denn es ist natürlich klar, dass beispielsweise die Schwerindustrie in China mehr CO<sub>2</sub> produziert, als das in einer europäischen Architektur der Fall wäre. Das be-

(Paul Nemeth)

deutet aber auch, dass die Programme, die jetzt auf europäischer Ebene umgesetzt werden sollen – ich nenne die Klimaschutzverordnung, die Biodiversitätsstrategie, den Aktionsplan Kreislaufwirtschaft, die EU-Industriestrategie, die Strategie „Farm to Fork“, also die regionale landwirtschaftliche Versorgung vom Erzeuger zum Verbraucher –, Nachhaltigkeitsstrategien sind, die Baden-Württemberg und den Klimaschutz voranbringen werden.

Wir brauchen – ich habe hier im Landtag schon oft darauf hingewiesen –, wenn die Energiewende gelingen soll, auch eine europäische Architektur der Energiewende. Darin stecken große Chancen. Sehen Sie nach Norwegen, sehen Sie nach Schweden, sehen Sie nach Dänemark. Aber auch im Süden oder hier in Baden-Württemberg gibt es große Möglichkeiten.

Deswegen, meine Damen und Herren, gilt: Es nützt nichts, zu sagen, die Verordnungen überforderten Baden-Württemberg und Deutschland. Denn die Wahrheit ist – das wissen wir aus der Vergangenheit –: Sie unterstützen unser Geschäftsmodell. Es geht also nicht um ein Gegeneinander der Menschen, um ein Auseinandertreiben durch Hetze und Falschmitteilungen, es geht auch nicht darum, ein Gegeneinander der Nationen zu schaffen. Wir werden vielmehr in den kommenden Monaten und Jahren sehr viel Arbeit haben, dieses europäische Modell des Friedens und des Wohlstands zusammenzuhalten und die europäische Architektur mit den Ländern, die jetzt besonders unter der Krise leiden – Italien, Spanien, Frankreich und viele andere –, weiter nach vorn zu bringen. Das wird sehr viel Energie und sehr viel Kraft benötigen. Da sollten wir Baden-Württemberger, die wir sehr stark von diesem Modell profitieren, sehr genau darauf achten, dass das in einem konstruktiven und verantwortungsvollen Modus geschieht.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Herr Abg. Fink.

**Abg. Nicolas Fink** SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Millionen Menschen befinden sich in Kurzarbeit, unsere Gastronomie kämpft ums Überleben,

(Zuruf)

Ärzte kümmern sich um Patientinnen und Patienten, Kinder und Familien warten darauf, wieder geregelt Bildung und Betreuung in Anspruch nehmen zu können, und der rechte Rand des Landtags möchte über EU-Verordnungen sprechen.

(Zurufe)

Daran erkennt man wieder einmal: Sie sind von der Lebenswirklichkeit der Menschen so weit entfernt wie Boris Palmer vom diplomatischen Dienst, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall)

Wie groß muss die Verzweiflung bei Ihnen eigentlich sein, wenn man wegen dieser weltweiten Coronapandemie kein anderes Thema findet?

(Zurufe)

Die Begründung ist sehr einfach. Ihr eigentliches Lieblingsthema Flüchtlinge ist Ihnen in den letzten Wochen abhandgekommen, und jetzt suchen Sie verzweifelt nach einem Thema und einer Plattform, um Aufmerksamkeit zu erlangen.

(Zuruf)

Deshalb wieder einmal EU-Bashing.

Eines gleich zu Beginn, weil ich diese Zwischenrufe ja bei jeder europäischen Debatte höre: Man kann nicht gleichzeitig behaupten, dass man für Europa und gegen die EU sei.

(Zuruf: Doch, das kann man! Das kann man sehr wohl! – Weitere Zurufe)

Das erkläre ich Ihnen an einem Beispiel, das Sie vielleicht nachvollziehen können, nachdem Sie vorhin die kommunale Ebene so gelobt haben: Sie können auch nicht gleichzeitig für die kommunale Selbstverwaltung und gegen Gemeinderäte sein. Das schließt sich nun mal aus.

Werte Kolleginnen und Kollegen, angesichts des Titels der heutigen Debatte habe ich vielmehr das Gefühl, dass EU-Verordnungen weder Deutschland noch Baden-Württemberg, sondern allein Sie, die AfD, überfordern. Denn Sie haben ganz offensichtlich noch immer nicht begriffen, oder – das liegt näher – Sie wollen aus Prinzip nicht begreifen, wie Europa funktioniert.

(Zuruf: Das sehen wir ganz aktuell!)

Deshalb erzählen Sie zum wiederholten Mal das Märchen von der bösen EU.

(Zuruf)

Die Europäische Union ist allerdings keine Bedrohung, und das haben wir von den vernünftigen Vorrednern gehört. Sie ist die Basis für unseren Frieden und für unseren Wohlstand.

(Zuruf)

Dazu gehören auch Regularien. Verordnungen, und zwar egal, welche, fallen allerdings nicht vom Himmel. Vielmehr kommen sie nach demokratischen Prinzipien der EU-Mitgliedsstaaten, der Parlamente, der Regierungschefs, der Länder und auch der Regionalparlamente zustande. Beteiligt und gehört werden im Rahmen der öffentlichen Konsultationen Verbände und Organisationen. Auch jede Bürgerin und jeder Bürger kann Anregungen und Bedenken ins Verfahren einspeisen.

Auch unser Landtag hat über das Gesetz über die Beteiligung in EU-Angelegenheiten bzw. über die Landesregierung über den Bundesrat ein indirektes Mitwirkungsrecht. Aus den Sitzungen des Europaausschusses dürften Sie eigentlich wissen, dass wir bei jedem Vorgang sehr sorgfältig prüfen, ob die Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit gewahrt sind.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt europäische Regulierungen, die man kritisch hinterfragen kann. Auch die Kollegen von der FDP/DVP reagieren regelmäßig relativ allergisch auf das Wort „Verordnung“. Trotzdem stehen die vernünftigen Parlamentarier in grundsätzlichen Europafragen eng beieinander. Denn wir wissen, dass diese EU für uns Frieden, Freiheit, Wohlstand, Stabilität und Sicherheit bedeutet. Das ist eben der Unterschied.

(Nicolas Fink)

Überzeugte Europäerinnen und Europäer diskutieren engagiert darüber, wie man unsere Union besser machen kann, ohne die vorhandenen Strukturen zerstören zu wollen. Das ist in Baden-Württemberg nicht nur Staatsräson, sondern gelebtes Miteinander über Fraktionsgrenzen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass dies so bleibt, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall – Zurufe)

Auch die EU-Kommission ist lernfähig und hat reagiert. So wurde eine Taskforce Subsidiarität eingesetzt. Diese prüft, wo die EU weniger, dafür aber effizienter handeln kann.

Denn wie sagte Jean-Claude Juncker bereits 2017? Ich zitierere:

*Wir sollten die Bürger Europas nicht mit Regelungs-Klein-Klein nerven, sondern in großen Dingen Größe zeigen, nicht pausenlos neue Initiativen vom Zaun brechen, sondern uns auf die Befugnisse zurückziehen, die für uns notwendig sind.*

*Deshalb hat diese Kommission versucht, in großen Dingen Größe zu zeigen und sich – und das hat sie getan – in kleinen Dingen zurückzuhalten.*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen ganz nüchtern feststellen: Viele Herausforderungen lassen sich nicht mehr national, sondern nur noch international oder global lösen. Die Europäische Union mit ihren rund 450 Millionen Einwohnern ist dabei nur ein Teil im Weltgefüge, aber ein wichtiger, wenn es darum geht, sich geschlossen gegenüber den USA oder China zu behaupten. Das ist für ein exportorientiertes Bundesland wie Baden-Württemberg und ein High-techland wie Deutschland von ganz besonderer Bedeutung.

Zu diesen Herausforderungen zählt zweifellos die Bekämpfung des Klimawandels. Der vorliegende Verordnungsvorschlag ist darauf eine richtige Antwort. Klimaschutz ist eine globale Angelegenheit und macht vor Grenzen nicht halt. Dank der EU sind die Standards im weltweiten Vergleich die höchsten und geben der Weltgemeinschaft durchaus entscheidende Impulse. Daher wäre der Klimaschutz ohne die EU nicht da, wo er heute ist. Auch wenn wir in der EU und weltweit noch ambitionierter werden müssen – Kritik daran kann nur von denen kommen, die ernsthaft die Sonnenenergie und die Sonnenintensität für den Klimawandel verantwortlich machen wollen.

Ich nenne Ihnen gern noch weitere positive Beispiele für EU-Regelungspolitik. Der gesamte Bereich des Verbraucherschutzes sorgt nicht nur für sichere Lebensmittel, sondern auch für bezahlbares Telefonieren und günstiges mobiles Surfen in der EU. Die EU-Zahlungskontenrichtlinie regelt das Recht auf ein sogenanntes Basiskonto. Alle Menschen, egal, ob reich oder arm, sollen so am Zahlungsverkehr teilnehmen können. Verbraucher können sich sogar aussuchen, bei welchem Kreditinstitut sie ein Konto haben möchten. Davon profitieren dann auch Obdachlose und Asylsuchende. Wer könnte da etwas dagegen haben? Die Medizinprodukte-Verordnung sorgt dafür, dass Verbraucher künftig vor schädlichen Medizinprodukten geschützt werden. Als letztes Beispiel noch etwas leicht Verständliches: Wir alle sind froh darüber, dass wir inzwischen nicht mehr 30 verschiedene Ladekabel für unsere Handys benötigen, sondern eben maximal nur noch drei.

Werte Kolleginnen und Kollegen, was passiert, wenn die gewohnten EU-Standards nicht mehr gegeben sind, sehen wir doch momentan auch bei uns in Baden-Württemberg. Die Situation an der innereuropäischen Grenze zwischen Deutschland und Frankreich wird zunehmend unerträglich. Hierbei geht es nicht um den Einkaufstourismus, sondern um Existenzen von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Es geht aber auch z. B. um Paare und Familien, die getrennt sind und sich nun schon seit mehr als sechs Wochen nicht mehr gesehen haben.

Für uns ist es deshalb wichtig, dass das alltägliche Leben in einem vereinten Europa wieder möglich werden muss. Die Situation vor Ort zeigt uns doch, wie wichtig die Europäische Union ohne Grenzen ist. Die Jobsuche in den Niederlanden, als Azubi mit ERASMUS nach Finnland, der Liebe wegen nach Österreich – eigentlich sollte das alles problemlos möglich sein. Deshalb freuen wir Sozialdemokraten uns schon heute auf den Tag, an dem die Grenzen in der EU wieder geöffnet sein werden – und das muss möglichst bald geschehen, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Zum Schluss:

*Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.*

Dieser Satz aus der Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 ist wenige Tage vor dem Europatag aktueller denn je.

(Zuruf)

Als überzeugte Europäer leisten wir von der SPD-Fraktion gern unseren Beitrag dazu, dass Europa die aktuellen und künftigen Herausforderungen bewältigt. Ohne einen gemeinsamen Konsens, ohne rechtliche Rahmenbedingungen geht es dabei nicht, wenn die Europäische Union – und damit Europa – eine gute Zukunft haben möchte. Diese Zukunft lässt sich nur gemeinsam mit Verantwortung und Solidarität gestalten. Die heutige Debatte zeigt sehr deutlich, wer das verstanden hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Karrais, Sie sprechen für die FDP/DVP.

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter dem Titel dieser Debatte, die sich ja auf Verordnungen bezieht, habe ich mir eigentlich etwas anderes vorgestellt. Aber ehrlicherweise muss ich auch sagen: Ich habe nichts anderes erwartet. Denn das, was wir hier vom Kollegen Sänze und von der AfD-Fraktion gehört haben, war mal wieder ein Auftritt, in dem hetzerische Behauptungen aufgestellt wurden, die nicht der Wahrheit entsprechen. Hier wurden Äußerungen getätigt, die keinerlei Konstruktivität beinhalteten, und zudem war davon auch noch einiges grundsätzlich falsch. Darauf gehe ich jetzt gleich noch ein.

(Zuruf)

(Daniel Karrais)

Sie haben davon gesprochen, man würde der Europäischen Union bzw. der Europäischen Kommission diktatorische Vollmachten bei der Klimaneutralität einräumen. Lieber Herr Sänze, unter diktatorischen Vollmachten stelle ich mir etwas anderes vor. Vor allem ist das ja auch völlig von der Hand zu weisen.

Der Green Deal, wie er uns bisher vorgelegt wurde, ist ein Rahmenprogramm, eine Rahmenrichtlinie für das Erreichen der Klimaneutralität. Über die Details muss man ja noch sprechen, und diese Details muss man auch ausgestalten. Sie hingegen malen hier schon irgendwelche Teufel und Gespenster an die Wand, die gar nicht kommen können, weil es noch gar keine Diskussionen über die Maßnahmen gab.

(Zurufe)

Natürlich gibt es verschiedene Ideen. Dazu haben Sie ja einen Flyer veröffentlicht und mit – – Jedenfalls ist ein Fraktionslogo von Ihnen drauf. Den Flyer haben Sie in Baden-Württemberg großflächig verteilt. Vielleicht wurde er ja wieder einmal aus der Schweiz finanziert. Das kann durchaus sein. Aber in diesem Flyer stellen Sie Behauptungen auf, was alles Schlimmes kommen kann. Und für nichts davon gibt es irgendeine Grundlage, in der so etwas stehen könnte.

(Beifall)

Der einzige Vorschlag, den Sie in Ihrem Flyer – in diesem Pamphlet – machen, ist, dass man statt eines Green Deals eine Politik der Vernunft und der Innovation brauche. Vernunft und Innovation finde ich gut. Aber durch Ihre Argumentation gegen die Europäische Union und die europäische Idee allgemein wirken Sie dem gerade entgegen. Ich denke dabei z. B. an das Austauschprogramm ERASMUS und viele andere Maßnahmen, über die wir uns innerhalb Europas austauschen und ebendiese Kenntnisse, diese Erfahrungen nutzen, um uns weiterzuentwickeln und innovativ zu sein. Das ist das, was wir in Europa brauchen. Konstruktive Vorschläge lassen Sie grundsätzlich vermissen. Aber das ist ja nichts Neues.

(Beifall – Zurufe der Abg. Anton Baron und Stefan Räßle AfD)

Kommen wir einmal zu dem eigentlichen Thema der Debatte zurück. Sie haben zwar den Green Deal angesprochen, aber eigentlich geht es ja um das Thema Verordnungen. Sie suggerieren mit dem Titel der Debatte, Baden-Württemberg hätte grundsätzlich ein Problem damit, dass es die EU gibt; die Unternehmen in Baden-Württemberg und in Deutschland würden quasi darunter leiden, dass es eine EU gibt. Das ist ja das, was der Titel der Debatte suggeriert. Da muss man doch einmal ganz klar sagen: Baden-Württemberg profitiert von der EU, und dies in erheblichem Umfang.

(Beifall – Zurufe der Abg. Anton Baron und Stefan Räßle AfD)

Ich rede da nicht nur von dem Geld, das über Förderprogramme nach Baden-Württemberg fließt. Ich rede z. B. auch über den Schutz von Namensrechten. In Baden-Württemberg gibt es über zwei Dutzend Namensrechte – z. B. „Schwäbische Maultaschen“, „Schwarzwälder Forelle“,

(Zuruf)

„Tettnanger Hopfen“ –, die von der EU geschützt werden und deshalb nicht ohne Weiteres kopiert werden dürfen. Das ist auch ein extrem wichtiges Thema, denn dahinter stehen Unternehmen,

(Lachen – Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

die eben nicht unter dem leiden – im Gegenteil –, was die EU macht, was sie betreibt und was sie unterstützt.

Zum Thema Verordnungen muss man ja auch einmal sagen: Verordnungen, die von der EU kommen, werden immer viel gescholten. Das ist zum Teil auch berechtigt, was den Inhalt und den Regelungsgehalt betrifft. Aber man muss sich auch einmal vor Augen führen, dass es für beinahe jede Verordnung, die von der EU kommt, eine deutsche Verordnung, ein deutsches Pendant geben könnte, wenn es die EU nicht gäbe.

Wir rufen uns einmal in Erinnerung, dass auch über rein deutsche, über nationale Verordnungen genug geschimpft wird. Vor allem gibt es auch den Begriff „Goldplating“, der beschreibt, dass eine EU-Richtlinie in Deutschland hundertprozentig oder hundertfünfzigprozentig umgesetzt wird, womit noch mal eins draufgesetzt wird.

Das heißt, das Übel ist eigentlich nicht bei der EU zu suchen, sondern manchmal auch an anderer Stelle, bzw. man muss genau aufpassen, was man hier kritisiert.

(Zuruf)

Man muss sich auch einmal in Erinnerung rufen, dass es besser ist, nur eine Verordnung für ganz Europa zu haben anstatt 27 unterschiedliche in der Europäischen Union.

(Beifall)

Es wundert mich, dass Sie, die Sie sich manchmal als Wirtschaftspartei gerieren, das nicht verstehen wollen. Das ist gerade für eine exportorientierte Wirtschaft wichtig. Wie schon dargestellt wurde, gehen über die Hälfte der Exporte aus Baden-Württemberg ins europäische Ausland, ins EU-Ausland. Sie verstehen nicht, dass da gemeinsame Richtlinien und gemeinsame Regeln wichtig sind, damit es eben nicht 27 verschiedene Produktvarianten geben muss, sondern nur eine einzige. Das ist eben ein ganz zentraler Bestandteil. Das sind allein schon die wirtschaftlichen Aspekte, die wir durch die Europäische Union haben. Die Vorteile, die wir dadurch haben, sind ja nicht zu bestreiten.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Kollege Fink hat die Medizinprodukte-Verordnung angesprochen. Das hätte ich jetzt nicht unbedingt getan, denn das ist nicht gerade das Paradebeispiel. Das liegt aber vor allem daran, dass es dabei an personeller Hinterlegung fehlt, weshalb die Prüfzeiten viel zu lang sind, was gerade für die Medizintechnikunternehmen, die ja in unserem Land sehr stark vertreten sind, zum Teil nachteilig ist. Das möchte ich nur eingeworfen haben.

Insgesamt bleibt nur noch einmal festzuhalten: Die AfD hat heute nichts, aber auch gar nichts beigetragen, hat keine einzige Idee eingebracht, wie sie irgendetwas verbessern will. Sie haben nicht einmal gesagt, was Sie besser machen wol-

(Daniel Karrais)

len. Sie haben nur irgendwie draufgehauen. Sie haben nichts erzählt. Damit ist diese Debatte für mich eigentlich weitestgehend beendet, denn es gibt im Prinzip nichts, was Sie gesagt haben.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Sie könnten nun noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zulassen.

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Ja, das können wir einmal tun. Ich habe ja noch Zeit.

(Zurufe, u. a.: Er hat doch Geburtstag!)

– Ja, genau: zum Geburtstag.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Herr Karrais, jeder – auch aus meiner Fraktion – freut sich über einen Dialog oder auch einmal über eine Diskussion zu den Themen, die Sie da beschrieben haben, auch über die EU-Verordnungen. Aber es wird ja gar keine Debatte geführt.

Oder glauben Sie – das ist jetzt meine Frage –, dass ein EU-Ausschuss hier im Landtag wirklich eine Diskussion zulässt oder diese Art von tiefer gehenden Diskursen? Dass er dies schon rein zeitlich zulässt? Eigentlich wäre das, wenn man verantwortungsvolle Politik gestalten möchte, vonnöten.

(Zuruf: Jawohl!)

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Herr Räßle, Sie sind neuerdings ja auch im Europaausschuss vertreten – ich auch. Ich weiß nicht, wo Sie bei der letzten Sitzung und auch bei den Sitzungen zuvor waren. Wir diskutieren dort durchaus.

Sie haben dort Ihre Bedenken vorgetragen. Wir haben unsere Position vorgetragen. Ich nenne das eine Diskussion und eine Debatte.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich verstehe nicht, was Sie da jetzt bezwecken wollen. Das muss man bei dieser Gelegenheit einmal sagen.

Das bringt mich zu einem anderen Punkt, den Herr Sänze erwähnt hat. Er hat hier fälschlicherweise behauptet, wir würden heute Nachmittag irgendetwas beschließen, wenn wir hier über das Thema „Green Deal“ und entsprechende Drucksachen entscheiden. Dabei geht es aber nur um eine Kenntnisnahme

(Zuruf: Das ist ja das Problem!)

und nicht darum, einer Vorlage zuzustimmen oder etwas abzulehnen. Es geht vielmehr darum, dass wir informiert sind.

Das ist auch die Aufgabe, die wir hier haben: Wir informieren uns darüber, was aus Europa kommt, und ziehen unsere Schlüsse daraus. Wenn einem das nicht passt, kann man immer noch auf die nationalen Vertreter in der EU zugehen und kann mit diesen konstruktiv an einer Verbesserung der geplanten Maßnahmen arbeiten. So funktioniert üblicherweise Politik. So funktioniert Parlamentarismus, so funktioniert Demokratie. Aber dass die AfD das nicht versteht, ist ja kein Wunder.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie hatten sich zu Wort gemeldet. Sie sind dann gleich dran.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin glühender Europäer und deswegen gegen die EU. Wenn Sie, Herr Fink, das nicht verstehen, dann lesen Sie mein Hauptwerk.

(Lebhafte Unruhe)

– Hören Sie hin! – Das heißt nicht umsonst „Christlich-europäische Leitkultur“. Christlich-europäische Leitkultur!

Meine Damen und Herren, zwei Zahlen: Vorgestern hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass 2,5 Billionen € – 2,5 Billionen €! – an den nationalen Haushalten vorbei durch die Ramschkäufe der EZB verbraucht worden sind. 2,5 Billionen €, das bedeutet für Deutschland 750 Milliarden €. Mit 30 % sind wir dabei – vorbei am Bundestag, vorbei an den Länderparlamenten.

Zweite Zahl: Im Zusammenhang mit Corona beansprucht die EU-Kommission insgesamt 2 Billionen € – 2,0 Billionen €! Das sind für Deutschland 600 Milliarden €.

Rechnen Sie bitte die beiden Zahlen zusammen: 750 plus 600 macht zusammen 1 350. Das sind 1,350 Billionen €.

Wir haben schon 2 Billionen € Staatsschulden; dann sind es zusammen 3,350 Billionen €, was wir als weitere Schuldenlast für die Zukunft aufbauen.

Meine Damen und Herren, wenn wir das Geld hätten, wäre es ja noch schön. Aber es ist reines Schuldengeld. Deshalb ist diese Politik verantwortungslos.

(Beifall)

Verantwortlich wäre es jetzt, das Projekt aufzulösen. Die EU ist konkurs.

(Vereinzelt Beifall)

Verantwortungslos dagegen ist es, wenn man jetzt die deutsche Wirtschaft in dem italienisch-französischen Konkurs verramscht, dadurch zwei Jahre gewinnt und in zwei Jahren die gesamte europäische Wirtschaft inklusive der deutschen Wirtschaft untergeht.

Dann haben wir in der Tat, wie Herr Walter gesagt hat, nicht den Wohlstand, sondern dann haben wir den Untergang, den deutschen Untergang, und das ist dann ein europäischer Untergang.

Meine Damen und Herren, das ist eine Politik, die nicht nur deutschlandfeindlich, sondern auch extrem europafeindlich ist. Die können und werden wir nicht unterstützen.

Danke schön.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun darf ich das Wort Herrn Minister Guido Wolf geben.

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das hätten wir uns auch nicht vorstellen können, dass in der Europawoche und mit Blick auf den Europatag die Initiative zu einer europapolitischen Debatte tatsächlich von der AfD ausgeht. Insoweit muss ich Ihnen direkt dankbar sein. Denn es ist ja gute Tradition in diesem Haus, dass wir die Europawoche nutzen, Europa auch zum Thema einer parlamentarischen Debatte zu machen.

Wenn hier immer wieder gesagt wird, wir würden im Landtag überhaupt keine Diskussionen über Europa führen, dann höre ich das meist von denjenigen, die offensichtlich davon ausgehen, dass eine Diskussion nur dann als geführt gilt, wenn am Ende das herauskommt, wovon man selbst überzeugt ist.

(Beifall)

Doch so funktionieren politische Debatten nicht. Wir werden in dieser Frage unterschiedlicher Meinung sein und, wie ich vermute, auch unterschiedlicher Meinung bleiben. Aber es gehört immer auch dazu, in der Lage, in der wir sind, Europa positiv zu besetzen – bei allem, was wir an Europa auch aussetzen mögen.

Ich habe heute Morgen veranlasst, dass wir diese Masken, diese Europa-Mund-und-Nasen-Masken, hier verteilen. Wenn wir uns schon veranlasst sehen, uns mit solchen Maskenzubewegen, dann wollen wir wenigstens auch diese Möglichkeit nutzen, Europa nicht nur in aller Munde, sondern auch vor aller Munde zu bringen.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister, es gibt noch einmal den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Herrn –

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Nein, ich habe noch gar nicht richtig begonnen. Wie will man da schon eine Zwischenfrage stellen?

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, diese Europawoche geht unter ganz anderen Vorzeichen an den Start. Normalerweise würden wir uns auf dem Schlossplatz zu europapolitischen Aktivitäten treffen. Das ist in diesem Jahr nicht möglich.

Deshalb haben wir uns entschieden, diese Europawoche auch virtuell zum Thema zu machen, den Menschen in diesem Land die Chance zu geben, sich auf einer virtuellen Plattform zu und über Europa zu äußern. Schauen Sie auf unsere Homepage zur Europawoche. Dort finden Sie Beiträge von zahlreichen Akteuren, von Städten und Gemeinden, von Schülerinnen und Schülern, von der Europa-Union, von der Europäischen Kommission und vielen mehr.

Es ist auch das Zeichen, dass uns Europa nicht nur an Sonnentagen am Herzen liegt, sondern auch und vor allem in tiefgehenden Krisen. Gerade jetzt braucht Europa unsere Solidarität.

(Beifall)

Es ist mir wichtig, an dieser Stelle auch nochmals an die historische Dimension des Europatags zu erinnern. Vor 70 Jah-

ren, am 9. Mai 1950, veröffentlichte der französische Außenminister Robert Schuman seinen Plan, der zum Grundstein der Europäischen Union wurde. Sein Bündnis für einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl war geradezu visionär, lagen doch fünf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg weite Teile Europas noch in Trümmern.

Schumans damalige Idee: neue europäische Zusammenarbeit anstatt alter Konfrontation. Es war seine feste Überzeugung – und dies nach den unverzeihlichen Taten auf deutscher Seite –, dass die große Bewährungsprobe, weite Teile Mitteleuropas aufzuwirtschaften, nur gemeinsam funktionieren konnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute stellt die Coronapandemie uns und unsere europäischen Partner abermals vor eine solche Bewährungsprobe. Es ist die größte seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Coronakrise ist zweifellos ein Stresstest für die Europäische Union. Wir müssen alles dafür tun, dass sie nicht durch fadenscheinige Debatten auch zu einer Europakrise wird.

Natürlich ist eine solche Zeit vermeintlich ein gefundenes Fressen für Verschwörungstheoretiker und Europafeinde. Aber wir sind auf einem guten Weg, und das nicht nur wegen Europa, aber eben auch. Darum bin ich fast schon dankbar, dass wir heute diese Debatte haben, um eine Diskussion auszulösen und eben auch aufzuklären in einer Zeit, in der die unterschiedlichsten Theorien im Wettlauf miteinander sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Pandemie hat die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sowie uns alle relativ unvorbereitet getroffen. Wenn Sie mir in den vergangenen Jahren während der Debatten hier im Hohen Haus Ihre geschätzte Aufmerksamkeit geschenkt haben, dann – so meine ich, behaupten zu dürfen – haben Sie mitbekommen, dass ich immer wieder auch auf Versäumnisse der Europäischen Union oder Überregulierungen aus Brüssel, wenn auch differenziert, aufmerksam gemacht habe.

Das gehört auch dazu: Die Europäische Union kann nur besser werden, wenn sie Kritik aus den Mitgliedsstaaten annimmt und nicht einfach abtut. Es muss sich allerdings um eine konstruktive Kritik handeln, die Europa nicht als Ganzes infrage stellt, sondern die Europa besser machen will.

(Beifall)

Gerade in den vergangenen Tagen hatte ich den Eindruck, dass es Brüssels entschiedener Wille ist, in einem gemeinsamen Kraftakt die Coronapandemie zu überwinden. Die EU-Institutionen haben nach einer gewissen Anlaufphase in meinen Augen vielfach passgenau auf die Krise reagiert.

(Zuruf: Vor vier Monaten!)

Die europaweite Zusammenarbeit und Koordinierung funktioniert, und zwar in einer der schwersten Stunden unserer Geschichte, bei der Beschaffung von Schutzausrüstungen, bei der Forschung nach Medikamenten und einem Impfstoff, bei der Vernetzung von Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen, um die besten Köpfe zusammenzuziehen, um gemeinsam Lösungen zu finden.

Wichtig war auch der Einsatz der Kommission für die Aufrechterhaltung des Binnenmarkts trotz weitreichender Ein-

(Minister Guido Wolf)

schränkungen. Beispielhaft ist die sogenannte „grüne Spur“, die an den Grenzen für den Güterverkehr eingerichtet wurde, um trotz Kontrollen die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs zu sichern und Lieferketten nicht abreißen zu lassen.

Die Coronapandemie zeigt, wie wichtig eine funktionierende Verwaltung ist, und zwar auf allen Ebenen. Vielleicht ist es eine dankenswerte Erfahrung, die wir in dieser Krise machen dürfen, dass sich die Menschen des Werts einer funktionierenden Verwaltung – über die sie sonst, in guten Zeiten, so gern schimpfen und die sie kritisieren – wieder bewusst werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Gerade in Krisenzeiten schaffen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien einen stabilen rechtlichen Rahmen, mit dem sie der Ausnahmesituation beikommen. Noch viel wichtiger aber ist die Flexibilität, die Exekutivorgane dabei an den Tag legen. Einverstanden – darüber kann man diskutieren –: Es hat einige Zeit gebraucht, bis das Brüsseler Schiff mit ausreichend Wind in den Segeln in See gestochen ist. Dann aber hat sich die Europäische Union an vielen Stellen entscheidend bewegt. Es ist heute schon angesprochen worden: Durch die Verschiebung der Medizinprodukte-Verordnung ist es gelungen, den Herstellern bei der Bekämpfung der Pandemie die nötige Luft zu verschaffen. Das war wichtig; gerade in der jetzigen Zeit müssen wir den Unternehmern diesen zusätzlichen Aufwand abnehmen, um ihnen damit die Chance zu geben, sich den eigentlichen Herausforderungen in der Krise widmen zu können. – Ein Akt europäischer Entschlossenheit und ein Beitrag, um unsere Gesundheitssysteme in der Stunde der Not zu unterstützen.

Auch die Regelungen des EU-Beihilferechts wurden deutlich gelockert, um Zuschüsse und Kredite für Unternehmen zu erleichtern und schwerwiegenden Störungen des Wirtschaftslebens entgegenzutreten.

Die Aussetzung von EU-Zöllen auf Schutzausrüstungen war besonders hilfreich, um Ärzte, Pflegepersonal und Patienten bei der Beschaffung der benötigten Ausrüstung finanziell zu entlasten. In dieser Notlage ist es von entscheidender Bedeutung, dass medizinische Ausrüstungen und Geräte rasch dorthin gelangen, wo sie gebraucht werden. Hier hat Europa seinen Beitrag geleistet.

Ich möchte auch diese Gelegenheit – heute gab es hier im Parlament schon einmal Anlass hierzu – nutzen, um dem medizinischen Personal, den Rettungsdiensten, dem Personal in den Supermärkten, den Bus- und Zugführern, allen, die in irgendeiner Weise in dieser schweren Krise ihren Dienst tun, um das Leben weiterhin möglich zu machen, für ihren unermüdlichen Einsatz von ganzem Herzen zu danken.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Coronakrise wird enorme wirtschaftliche Folgen haben. Baden-Württemberg ist als Exportland besonders betroffen. Bei vielen Unternehmen sind die internationalen und EU-weiten Lieferketten zusammengebrochen, und sie mussten ihre Produktion zeitweise einstellen. Es ist daher auch in unserem Interesse, dass wichtige Handelspartner wie Italien und Spanien nicht in den wirtschaftli-

chen Abgrund stürzen. Auch diese gehören zu unserem Europa. Daher braucht es auch an dieser Stelle gemeinsame europäische Antworten. Die EU-Finanzminister haben sich vor Ostern in fast beispielloser Schnelligkeit auf ein erstes Hilfspaket in Höhe von einer halben Billion Euro geeinigt. Damit sollen insbesondere Liquiditätshilfen für kleine Unternehmen bereitgestellt und der Handlungsspielraum beim Kurzarbeitergeld für Arbeitnehmer ausgedehnt werden. In der akuten Krise hilft dieses Geld. Es hilft auch uns in Baden-Württemberg.

(Zuruf)

Aber klar ist, dass es nach der akuten Phase der Pandemie eine wirtschaftliche Erholungsphase geben muss. Auch hier liefert Europa. Der Europäische Rat hat die Kommission beauftragt, eine zielgenaue Bedarfsanalyse vorzunehmen und einen Vorschlag für einen Erholungsfonds für das wirtschaftliche Leben in Europa vorzulegen. Wichtig ist, dass die Debatte über die Finanzhilfen abseits vom üblichen Gönner oder Nichtgönner in eine sachliche Richtung gelenkt wird. Wir brauchen kurzfristig machbare Lösungen.

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle eines ebenfalls deutlich sagen: Coronabonds scheiden hierbei aus vielen Gründen aus.

(Vereinzelt Beifall)

Ihre Einführung würde Jahre dauern, und eine Finanzkontrolle wäre nicht garantiert. Die Gefahr von falschen Anreizen ist zu hoch. Darum ein klares Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Gerade jetzt muss gewährleistet sein, dass alle Finanzierungsmodelle sicherstellen, dass das Geld nur in die Bekämpfung der Coronafolgen fließt. Mehr noch: Es muss direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern, den Städten und Gemeinden, den Unternehmen und Forschungseinrichtungen ankommen. Wirtschaftliche Folgen klingen zunächst weit weg, aber dahinter stecken der Lieblingsitaliener die Straße herunter, der Friseursalon im Ort und Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich gerade in Kurzarbeit befinden. Heute kümmern sich die Mitgliedsstaaten mit nationalen Hilfs- und Förderprogrammen um deren Schicksal, aber morgen werden wir des gewaltigen wirtschaftlichen Einschnitts nur gesamt-europäisch Herr werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Coronapandemie trifft uns auch deshalb so hart, weil sie keinem bekannten Muster folgt. Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Forschung sehen sich ganz neuen Herausforderungen gegenüber.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister, ich habe noch den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Podeswa.

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Ich würde jetzt einfach einmal fortfahren, und dann schauen wir mal. – Trotzdem sage ich es auch an dieser Stelle: In jeder Krise steckt auch eine Chance. Lassen Sie es uns als europäische Chance begreifen; denn wir haben eine gemeinsame Verantwortung.

(Minister Guido Wolf)

Es braucht neue Regeln, um zu verhindern, dass europäische Unternehmen von Investoren aus aller Welt übernommen werden. Das liegt nicht nur im Interesse der betroffenen Unternehmen selbst, sondern auch im Interesse all derjenigen, die an Wertschöpfungsketten der Firmen beteiligt sind. Durch einheitliche EU-Regelungen und gemeinsame Kontrollmechanismen können wir am ehesten vermeiden, dass europäisches Tafelsilber verloren geht.

Es muss jetzt darum gehen, die Wirtschaftskraft der Unternehmen wiederzubeleben und die Grundlagen für ein ökonomisch und ökologisch nachhaltiges Wachstum zu legen. Natürlich darf dabei auch der Klimaschutz nicht wieder in Vergessenheit geraten.

Daimler-Chef Källenius hat sich am 19. April in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ zu den CO<sub>2</sub>-Zielen des Pariser Klimaabkommens bekannt. Zitat:

*Der Kampf gegen die Pandemie darf jetzt keine Ausrede beim Kampf gegen den Klimawandel sein.*

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die europäische Klimaschutzpolitik muss nach Corona mehr als Wachstumsstrategie angelegt werden und darf die Unternehmen keineswegs bei der Produktion einschränken.

Der europäische Green Deal ist bislang nur ein Fahrplan, der nun schrittweise mit konkreten Inhalten gefüllt werden muss. Wir brauchen Lösungen, die internationale Nachahmer finden, und keine, die Europa und seine Wirtschaft isolieren. Wir brauchen eine europäische Technologie- und Innovationsoffensive. Das heißt konkret: mehr europäisches Geld für Forschung und Innovation. In Baden-Württemberg verfügen wir über viel Know-how, das wir gerade als Schwaben gern bereit sind, mit europäischen Fördermitteln weiter auszubauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss noch einen Aspekt ansprechen,

(Zuruf)

der mich gerade in den letzten Wochen zutiefst beeindruckt hat.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Bevor Sie zum Schluss kommen, Herr Minister, noch einmal die Frage: Lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Nein. Es ist so eine runde Sache, die ich vortrage. Das will ich ungern unterbrechen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall – Zurufe)

Lassen Sie mich zum Schluss noch – –

(Zuruf)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Aspekt ansprechen, der mich gerade in den letzten Wochen – –

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Wer hat Ihnen die Rede geschrieben?)

– Sie haben sie sicher nicht geschrieben. Das ist, glaube ich, erkennbar.

(Vereinzelt Lachen – Zuruf)

Herr Podeswa, schauen Sie – es ist mir schon wichtig; ich spüre das auch immer wieder an Ihren Reaktionen –: Sie lassen bis heute das Bewusstsein und auch den Willen vermissen, sich wirklich in eine europakonstruktive Debatte einzubringen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Die ist doch gar nicht möglich! – Abg. Bernd Gögel AfD: Die wird doch nirgends geführt! – Weitere Zurufe)

– Moment! Entschuldigung. Wenn Sie das nicht verstehen, was wir diskutieren, ist das Ihr Problem.

(Heiterkeit und Beifall – Zurufe)

Aber wir diskutieren hier über Europa, und jeder vertritt seine Position. Wir haben ein positives Europabild, Europa ist Staatsräson in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall – Zurufe)

Wissen Sie: Bei Ihnen hat man manchmal den Eindruck, Sie haben im Moment die Sorge, dass Ihnen Ihre entscheidenden politischen Themen abhandengekommen sind.

(Vereinzelt Beifall – Widerspruch)

Über Flüchtlinge führt man derzeit keine Diskussion.

(Widerspruch)

Deshalb wollen Sie krampfhaft eine antieuropäische Diskussion in den Raum stellen. Wir aber führen in Baden-Württemberg proeuropäische Diskussionen.

(Beifall – Zurufe, u. a. der Abg. Carola Wolle AfD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen Aspekt zu sprechen kommen, der mich gerade in den letzten Wochen zutiefst beeindruckt hat. Martin Luther King sagte einmal:

*Wir haben gelernt, wie die Vögel zu fliegen, wie die Fische zu schwimmen. Doch wir haben die einfache Kunst verlernt, wie Brüder zu leben.*

Ich kann nicht verheimlichen, dass ich gerade in den letzten Jahren mit Blick auf die Europäische Union den Eindruck gewinnen musste: Diese Worte treffen zu. Zu oft wurden nationale Egoismen über das gemeinsame Interesse gestellt, zu oft waren viele Mitgliedsstaaten dem Ich näher als dem Wir.

Doch gerade in den letzten Wochen habe ich den Eindruck gewonnen, dass sich etwas verändert. Uns wurde vor Augen geführt, dass Stabilität, Zusammenhalt und Solidarität gerade in schwierigen Zeiten besonders wichtig sind. Die Europäische Union gibt diese Stabilität, und darüber hinaus ist sie eine Union der Solidarität und Gemeinschaft. Ausdruck dieser europäischen Solidarität und Gemeinschaft sind die vielerorts seit Jahren bestehenden freundschaftlichen und intensiven Kontakte im Rahmen der Städte- und Gemeindepartnerschaften. In den letzten Wochen ist dieses europäische Band der kommunalen Partnerschaften noch stärker geworden. Viele baden-württembergische Städte und Kommunen zeigen sich gerade jetzt solidarisch mit ihren europäischen Freunden. Ob durch Unterstützung mit Schutzausrüstung, Erfahrungsaustausch im Krisenmanagement oder in anderer Art und Weise – die kommunalen Partnerschaften sind Ausdruck gelebter Solidarität geworden.

(Minister Guido Wolf)

Es beeindruckt mich, wenn ich dieser Tage von der großen und kreativen Hilfsbereitschaft vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in Baden-Württemberg erfahre. Seit Corona liegt vielerorts eine europäische Selbstverständlichkeit in der Luft. Lassen Sie uns nach Corona daran festhalten und zusammen dafür arbeiten, dass Gemeinschaft und Solidarität in Europa weiter wachsen, und lassen Sie uns übereinkommen, dass es in der europäischen Politik immer schwierig bleiben wird, alle zufriedenzustellen. Natürlich: Ergebnisse beruhen zumeist auf komplizierten Kompromissen. Aber am Ende stehen alle Beteiligten besser da als ohne europäische Zusammenarbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Spätestens mit Corona sollte uns klar geworden sein: Das Europa der unverwundbaren Vaterländer gibt es nicht. Wir haben jetzt die Chance, durch gemeinsame Lösungen in Europa die Pandemie zu bewältigen und gestärkt aus dieser Krise hervorzugehen. Ich hoffe, Sie alle sind dabei mit an Bord.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann können wir die Aktuelle Debatte unter Punkt 3 der Tagesordnung beenden und in die Mittagspause eintreten.

Sie haben schon gehört, dass es Änderungen bei den Tagesordnungspunkten 6 und 8 gibt.

Wir beginnen den Nachmittagsteil der Sitzung um 14:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:33 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:47 Uhr)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Wir setzen unsere Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 16/7931**

Die erste Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 stelle ich zunächst zurück, weil der Herr Minister noch in einer Schalte ist. Aber er kommt; wir vergessen es nicht.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Klaus Dürr AfD – Windstromausbeute im Schurwald, insbesondere am „Goldboden“ auf Gemarkung Winterbach

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Frau Präsidentin, vielen Dank. – Ich frage die Landesregierung zur Windstromausbeute im Schurwald, insbesondere am „Goldboden“ auf der Gemarkung Winterbach:

a) Sieht die Landesregierung nach der derzeit bekannten Windstromausbeute in den Jahren 2018 und 2019 am „Goldbo-

den“ einen Anlass, den Windatlas 2019 komplett zurückzuziehen, um zu Fehlinvestitionen führende Entscheidungen und von den Stromkunden über höhere Stromrechnungen zu finanzierende Ausgaben von vornherein zu vermeiden, damit weitere Strompreiserhöhungen der EnBW im Interesse der Stromkunden künftig unterbleiben?

b) Sieht die Landesregierung einen Anlass, von der derzeitigen Windpotenzialanalyse, wonach bis zu 80 Windindustrieanlagen auf dem Schurwald möglich seien, vor dem Hintergrund der tatsächlich erzielten Windstromausbeute Abstand zu nehmen?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

(Minister Franz Untersteller: Darf ich da jetzt hin?)

– Ach so, einen Moment, zuerst das Redepult. Ein guter Hinweis. Vielen Dank, Herr Minister.

(Das Redepult wird desinfiziert.)

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herzlichen Dank. – Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Dürr AfD wie folgt:

Der Windatlas 2019 stellt im Vergleich zu seinem Vorgänger aus dem Jahr 2011 eine deutlich verbesserte Informations- und Planungsgrundlage zu den Windverhältnissen im Land dar. Das ist so aufgrund von Verbesserungen bei der Methodik, aber auch bei der Datengrundlage, also durch vorliegende Messungen und vor allem auch durch vorliegende Betriebsergebnisse der zahlreichen neuen Windenergieanlagen in Baden-Württemberg. Deswegen werden wir ihn weder ganz noch teilweise zurückziehen. Dafür gibt es gar keinen Anlass.

Der Windatlas gibt Kommunen, Fachbehörden, den Planern, aber auch den Investoren wichtige Hinweise – ich betone: Hinweise – für eine effiziente Nutzung der Windenergie. Insbesondere geben wir damit den kommunalen und regionalen Planungsträgern die nötigen aktuellen Informationen an die Hand, um herauszufinden, welche Bereiche sich aufgrund ihrer Windhöflichkeit für die Windnutzung eignen.

Bei konkreten Standortplanungen im Rahmen von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren wird die Windseignung des Standorts wie bisher auch im Einzelfall geprüft und individuell bewertet. Das bedeutet, es werden auch weiterhin akkreditierte Windgutachten erstellt, da die Genauigkeit eines standortspezifisch erstellten Gutachtens im Regelfall die Genauigkeit einer flächendeckenden Kartierung, wie sie nun einmal im Windatlas der Fall ist, nicht ersetzt, sondern immer übertrifft. Der Windatlas ersetzt also kein Windgutachten.

Jetzt zum Standort „Goldboden“: Mir ist bekannt, dass die Stromausbeute des Windparks in den Jahren 2018 und 2019 tatsächlich unter den Prognosewerten lag. Ende 2017 wurde der Windpark in Betrieb genommen. Im ersten Betriebsjahr eines Windparks – das ist am „Goldboden“ so, und es ist anderswo so – stehen immer zahlreiche technische Arbeiten wie

(Minister Franz Untersteller)

Inbetriebnahme, Probetrieb und Abnahme an. Daher kann es erfahrungsgemäß natürlich zu Einbußen kommen. Das ist auch bei anderen Anlagen im ersten Betriebsjahr so. Im Probetrieb werden Anlagen bei guten Windverhältnissen durchaus auch einmal abgeschaltet, um technische Prüfungen an den Anlagen unter realen Bedingungen durchzuführen.

Die bisherigen Stromerträge im Jahr 2020 deuten hingegen zumindest für die ersten Monate, die jetzt um sind, auf eine Produktion hin, die ein gutes Stück über den Erwartungen liegt.

Daher unterliegen Sie also mit der Behauptung in Ihrer Fragestellung, das sei wesentlich weniger, einem Trugschluss. Das kann man so erst einmal nicht behaupten. Jetzt, da sozusagen das erste Jahr mit den Erfahrungen des Probetriebs vorbei ist und die Anlage in den Regelbetrieb kommt, sieht es durchaus anders aus. Abgesehen davon: Es gibt gute Windjahre, und es gibt schlechte Windjahre.

Zur Teilfrage b, Thema Windpotenzialanalyse: Die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg hat auf der Grundlage der Daten des Windatlasses 2019 eine Potenzialanalyse für die mögliche Nutzung durch Windenergie in Baden-Württemberg durchgeführt. Dabei wurden Flächenpotenziale, mögliche Anlagenstandorte sowie ein mittlerer Jahresnettostromertrag ermittelt.

Bei der Ermittlung der Flächenpotenziale wurden Ausschluss- und Restriktionskriterien anhand eines Kriterienkatalogs berücksichtigt. Die errechneten Potenziale geben somit – so kann man sagen – einen strategischen Überblick und dienen zur ersten Orientierung. Eine detaillierte Prüfung im Einzelfall können sie aber nicht ersetzen. Auf Regionalplan- und Flächennutzungsplanebene müssen durch die jeweiligen Planungsträger eigene Abwägungsprozesse durchgeführt werden.

Es ist also keinesfalls so, dass überall dort, wo Flächenpotenziale und mögliche Anlagenstandorte liegen, auch Anlagen geplant bzw. realisiert werden. Eine Potenzialanalyse zeigt Möglichkeiten – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

So weit zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Herr Abg. Dürr hat eine Zusatzfrage.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Danke, Herr Untersteller. – Ich habe eine Nachfrage. 2019, also letztes Jahr – da war das Ganze schon ein Jahr in Betrieb –, war nach dem Deutschen Wetterdienst das windhöufigste Jahr der letzten zehn Jahre. Die EnBW betreibt in Baden-Württemberg 13 Standorte. An allen 13 Standorten erwirtschaftete die EnBW im Jahr 2019 20 bis 40 % weniger als das, was in ihren Prognosen in den Bauanträgen stand.

Die EnBW gehört dem Land Baden-Württemberg, ist Eigentum von Baden-Württemberg. Sie betreibt das. Jetzt stellt sich die Frage: Hat es irgendwann einmal eine Auswirkung, dass die EnBW sich in ihren Bauanträgen irrt? Welche Gutachten sie auch immer vorlegt, das scheint nicht einzutreffen. Bei 13 von 13 ist das eine Abweichung von 100 %. Hat das irgendwelche Konsequenzen, bzw. sprechen Sie mit der EnBW einmal darüber?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Abg. Dürr, erstens gehört die EnBW nicht dem Land Baden-Württemberg, sondern das Land Baden-Württemberg ist Anteilseigner mit 48 %.

Zweitens dürfen wir – ich weiß nicht, was für Vorstellungen Sie haben – nach Aktienrecht gar nicht in das operative Geschäft von Unternehmen – seien es Brauereien im Schwarzwald oder seien es Energieversorger – eingreifen, und das tun wir auch nicht. Daher werden wir solche Dinge auch nicht machen.

Drittens: Ich habe die Hoffnung – das habe ich hier schon mehrmals ausgeführt; manchmal bin ich geneigt, es aufzugeben, aber ich versuche es nochmals –, Ihnen verständlich zu machen: Kann man denn dem Gedankengang nachgehen, dass eine Investition in Höhe von 5 Millionen € – so viel kostet eine Windkraftanlage – nur dann getätigt wird, wenn dieses Geld irgendwann wieder eingespielt wird? Das Geld wird aber nur dann eingespielt, wenn sich das Teil vorn – das nennt man Rotor – dreht. Kann man dem Gedankengang nachgehen, dass die EnBW, ein Stadtwerk wie die MVV eine solche Investition nur dann tätigen werden, wenn sie die Gewissheit haben, dass sich das über die Jahre hinweg wieder einspielt? Es spielt sich nur dann ein, wenn sich der Rotor dreht.

Jetzt nenne ich Ihnen einmal konkrete Zahlen: Im Jahr 2017 haben wir in Baden-Württemberg 123 Anlagen in Betrieb genommen. Alle 123 Anlagen habe ich hinsichtlich ihrer Erträge untersuchen lassen. Ergebnis: Alle 123 kommen im Schnitt auf 2 000 Volllaststunden. Das sind 150 Stunden weniger als die Anlagen in Brandenburg, das bekanntermaßen ein Stück weit nördlich von Baden-Württemberg liegt. Kann man jetzt daraus schließen, dass Baden-Württemberg kein Windenergiestandort ist? Nein, gerade das Gegenteil kann man daraus schließen.

Wenn man dann noch weiß, dass eine Fotovoltaikanlage in Baden-Württemberg auf 1 000 Volllaststunden kommt, dann sollte man eigentlich merken, dass wir gut daran tun, die guten Standorte in Baden-Württemberg zu erschließen. Davon lasse ich mich auch nicht abbringen.

(Beifall)

Ein weiterer Punkt: Nehmen Sie einmal das erste Vierteljahr von 2020. Im ersten Vierteljahr von 2020 lag in Baden-Württemberg der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bei rund 45 %. Wissen Sie, wer von Wind, Sonne, Biomasse, Wasser usw. an der Spitze war?

(Zuruf)

An der Spitze lag die Windenergie mit 13 %. Erst danach kommen – im ersten Vierteljahr – die Wasserkraftanlagen, die Biomasse und mit 9 % die Solaranlagen. Das kehrt sich logischerweise gerade um. Ich habe jetzt vom ersten Vierteljahr gesprochen. Das kehrt sich gerade um. Aufgrund der Situation, wie wir sie im April erlebt haben, geht die Fotovoltaik gerade nach vorn. Trotzdem zeigen doch diese Zahlen, dass die Windenergie in Baden-Württemberg Sinn macht. Davon werden Sie mich mit Sicherheit nicht abbringen.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Baron.

**Abg. Anton Baron** AfD: Sehr geehrter Herr Minister, bei Ihren Volllaststunden haben Sie leider nur eine Sache nicht im Auge gehabt, nämlich die, dass Windstrom nur dann Sinn macht, wenn er auch gebraucht wird. Sie wissen aber selbstverständlich auch, dass wir eine Vorrang einspeisung für erneuerbare Energien haben.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Oje.

**Abg. Anton Baron** AfD: Das können Sie nicht einfach zur Seite wischen. Deswegen frage ich Sie, Herr Minister: Wie viele Anlagen verlieren in diesem Jahr ihre Subventionierung, wie viele Anlagen – wovon gehen Sie aus? – werden stillgelegt, und wie viele werden weitergeführt?

(Zuruf)

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Abgeordneter, darauf, dass Sie hier von Subventionierung reden, will ich nicht eingehen. Vielmehr gibt es in Deutschland ein Vergütungssystem, das auf dem Erneuerbare-Energien-Gesetz aufbaut. Das ist etwas anderes als Subventionierung.

Zweitens: Nicht eine einzige Anlage wurde in der Vergangenheit in Baden-Württemberg abgeregelt, weil irgendwo zu viel aus erneuerbaren Energien erzeugter Strom eingespeist worden wäre – nicht eine einzige; zeigen Sie sie mir. Vielmehr war, wenn in den letzten zwei, drei Jahren Anlagen abgeregelt wurden, dies in Schleswig-Holstein der Fall, aber nicht im Süden, südlich der Mainlinie. Weder in Baden-Württemberg noch in Bayern noch in Rheinland-Pfalz mussten Anlagen abgeregelt werden. Das kann man doch daran erkennen, dass der Anteil der erneuerbaren Energien von in der Vergangenheit 20 %, 25 % auf mittlerweile über 30 % angestiegen ist – aufgrund der Tatsache, dass Philippsburg 2 rausgegangen ist. Wo haben wir denn hier einen Abregelungsbedarf?

In Schleswig-Holstein bringen die erneuerbaren Energien über das Jahr zusammengenommen mehr, als es dem dortigen Bedarf entspricht; das bezieht sich auf einzelne Stunden. Allerdings hält es sich selbst dort noch in Grenzen, wo das Thema Abregelung eine Rolle spielt.

Dieses Thema wird sich mit einem Schlag dann erledigen, wenn Projekte wie Ultranet bzw. SuedLink in Betrieb gehen. Denn diese brauchen wir im Süden, sowohl in Bayern als auch in Baden-Württemberg.

Aber auch dieser Gedankengang ist ziemlich einfach. Eine Landtagsfraktion, die es seit ein paar Jahren hier im Parlament gibt, sollte die Diskussion verfolgt haben, damit sich solche Fragen erübrigen.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Stein.

**Abg. Udo Stein** AfD: Danke schön, Frau Präsidentin. – Herr Minister, dass wir hier unterschiedlicher Meinung und unter-

schiedlicher Grundauffassung sind, gehört zur Demokratie. Ich finde es immer schön, wenn solche Vorwürfe kommen.

Ich habe speziell die Frage an Sie: Sie haben gerade davon gesprochen, dass der Anteil der Windenergie in Baden-Württemberg 13 % ausmacht. Laut Statistischem Landesamt lag der Anteil der Windenergie 2019 bei etwa 4 %. Wenn Sie jetzt in Bezug auf dieses Jahr von 13 % sprechen, würden Sie mir dann zustimmen, dass dies auch etwas mit dem Rückfahren der Wirtschaft, das wir gerade in der Coronakrise erleben, also damit, dass einfach insgesamt weniger Strom erzeugt wurde, zu tun hat?

Zudem habe ich die Frage an Sie: Wie erklären Sie es sich, dass wir bei der Windenergie in diesem Jahr mehrfach negative Strompreise haben? Finden Sie, dass sich so etwas rechnet?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Auch da noch einmal ein Versuch: Ich habe, Herr Abgeordneter, von den ersten drei Monaten gesprochen, das sind Januar, Februar und März. Da hat das Thema Corona noch nicht die überragende Rolle gespielt. Vielmehr hatten wir in diesen drei Monaten die Situation, dass der konventionelle Anteil der Erzeugung in Baden-Württemberg zurückgegangen ist, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass Philippsburg 2 aus der Nutzung gegangen ist, und dass damit der Anteil der erneuerbaren Energien auf 45 % angestiegen ist. Das war die Situation in den ersten drei Monaten. Das habe ich auch in Form einer Presseerklärung veröffentlicht.

Schauen wir uns einmal an, wo diese 45 % herkommen. Der größte Brocken dieser 45 % kommt von der Windenergie, nämlich 13 %. Das ist die Aussage, die ich vorhin gemacht habe. Danach kommt die Biomasse, danach kommt die Wasserkraft, und danach kommt – in den ersten drei Monaten – die Solarenergie mit, wenn ich es noch recht im Kopf habe, 9,7 %. Das Ganze kehrt sich logischerweise dann durch den sonnigen April um, und die Solarenergie kommt nach vorn.

Zweitens: Negative Strompreise und Windenergie, da bringen Sie etwas durcheinander. Die negativen Strompreise haben nichts mit der Windenergie zu tun, sondern damit, dass an der Börse in Leipzig, der EEX, in den letzten Wochen die Nachfrage nach Strom erheblich abgenommen hat.

(Zuruf: Äh!)

– Entschuldigung. Da sagen Sie: „Äh!“

(Vereinzelt Heiterkeit)

Der Verbrauch in der Industrie in Baden-Württemberg ist zeitweise um 40, 50 % gesunken. Das ist in den anderen Bundesländern nicht anders. In den privaten Haushalten ist er auch gesunken – schauen Sie sich einmal der Zahlen von Netze BW an –, nämlich um 20 %.

Wir haben an der Strombörse in Leipzig also eine niedrigere Nachfrage, und gleichzeitig haben wir eine hohe Einspeisung von erneuerbaren Energien insgesamt, die keine variablen Kosten haben. Sonnenenergie und Windenergie haben keine Brennstoffkosten. Und die Strombörse in Leipzig funktioniert nach der sogenannten Merit-Order-Systematik. Zunächst einmal kommen also die Anlagen mit den niedrigsten oder mit

(Minister Franz Untersteller)

null Brennstoffkosten, sprich die erneuerbaren Energien. Dann kommen die Kernkraftwerke, dann die Kohle-, die Braunkohle-, die Steinkohlekraftwerke usw.

(Zuruf)

Das heißt, sobald ich eine geringere Nachfrage habe, schiebt es die teuren Anlagen hinten raus. Logischerweise sinkt dann der Börsenpreis. Der heutige Börsenpreis ist weniger als halb so hoch wie vor einem Jahr. In der Base sehen Sie heute einen Börsenpreis von um die 20 €. Vor gut einem Jahr lag er noch bei 50 €.

Im sogenannten Day-Ahead-Handel haben Sie in der vorletzten Woche über mehrere Stunden hinweg Preise gesehen, die negativ waren. Negativ heißt: minus 60, minus 80 € je Megawattstunde.

Was bedeuten diese negativen Preise? Sie besagen nichts anderes, als dass der Markt funktioniert. Kraftwerksbetreiber entscheiden nämlich: Es ist für sie lukrativer, Kraftwerke nicht abzuschalten, sondern lieber noch Geld draufzulegen. Das mag für manche schizophren klingen, ist aber so. Sie lassen große konventionelle Kraftwerke lieber die paar Stunden laufen, als dass sie sie abschalten und wieder anfahren. Denn die Anfahrkosten wären höher, als in diesen wenigen Stunden einen negativen Preis zu zahlen. Das kann man gut oder schlecht finden. Aber jedenfalls ist das der Mechanismus an der Strombörse in Leipzig, wie er sich zurzeit zeigt.

Die Konsequenz aus dieser Entwicklung in Coronazeiten ist – um auch das noch einmal zu sagen –, dass wir bei sinkenden Börsenpreisen, wenn wir jetzt nicht gegensteuern, im nächsten Jahr eine erhöhte EEG-Umlage sehen würden, obwohl wir bei den erneuerbaren Energien gar nicht zubauen. Vielmehr steigt die Differenz zwischen dem niedrigen Börsenpreis und den im EEG verankerten Preisen, der sogenannten EEG-Umlage. Dadurch würde die EEG-Umlage steigen.

Deswegen waren meine Kolleginnen und Kollegen einschließlich mir – alle zusammen, über alle politischen Farben hinweg – bei der Energieministerkonferenz in dieser Woche der Meinung: Da muss man gegensteuern, sprich die EEG-Umlage im Rahmen eines Konjunkturprogramms senken, und auch mit steuerlichen Geldern reingehen. Und ab 1. Januar 2021 greifen dann die Regelungen des Brennstoffemissions-handelsgesetzes, wonach das Aufkommen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Verkehrs- und Wärmesektor stufenweise genommen wird, um die EEG-Umlage zu senken. Aber diesen Prozess müssen wir vorziehen, um in dieser schwierigen Situation für unsere Wirtschaft nicht noch sozusagen mit hohen EEG-Umlagen zu kommen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Nein, diese Hoffnung habe ich auch nicht.

(Heiterkeit)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt weitere Nachfragen. Zunächst Herr Abg. Dürr.

(Zurufe, u. a.: Das ist null wissenschaftlich! – Unruhe)

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Seit wann interessiert Sie denn die Wissenschaft? Das muss man schon auch einmal fragen.

(Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, Herr Abg. Dürr hat das Wort.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– Herr Abg. Baron, Ihr Kollege Dürr hat das Wort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Peinlich!)

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Herr Untersteller, wir stehen es durch – keine Angst. Regen Sie sich nicht so auf.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Doch!

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Okay. Dann kann ich Ihnen jetzt auch nicht helfen.

Herr Untersteller, heute Morgen hat uns Ihr Kollege Verkehrsminister erklärt, dass man nicht einen Zeitraum von nur drei Monaten heranziehen könne. Sie nehmen jetzt drei Monate des Jahres 2020 und erklären etwas. Das dürfen Sie gern machen; damit habe ich keinen Stress.

Aber ich habe noch eine Nachfrage zu der Sache mit der EnBW. Dass die jetzt dem Land gehört und wie eine AG funktioniert: Sie dürfen unterstellen, dass ich davon etwas verstehe. Das kann ich schon auseinanderhalten. Man kann zu bestimmten politischen Dingen bzw. zu Schwerpunkten, wie die Wirtschaft funktioniert, auch unterschiedliche Standpunkte vertreten, Herr Untersteller. Man muss aber auch akzeptieren, dass manche einen anderen Standpunkt haben.

Ich habe noch eine Nachfrage an dieser Stelle. Es wurden Bauanträge eingereicht. Sie haben gerade erklärt: Ein Unternehmer handelt nur danach, wenn er wirtschaftlichen Erfolg haben kann.

Da werden in Bauanträgen Gutachten eingereicht, die besagen: Das und das wird herauskommen. Aufgrund dieser Gutachten werden dann Genehmigungen für diese Anlagen erteilt. Die Firma EnBW ist trotzdem im Besitz der öffentlichen Hand. Diese Gutachten haben eben einen bestimmten Betrag prognostiziert, dieser wurde aber nicht erreicht – und das im windhöufigsten Jahr des letzten Jahrzehnts.

Die Frage, die ich anschließe: Können Sie sich erklären, warum ein Unternehmen, das privatwirtschaftlich handelt, solche Invests tätigt, wenn schon in einem Jahr, in dem in diesem Land derart viel Wind geweht hat – Das gilt für alle 13 Standorte in Baden-Württemberg. Wenn das fünf Standorte wären, ließe ich an dieser Stelle mit mir diskutieren, aber das galt für alle Standorte. Das erscheint mir unlogisch für ein Unternehmen, das in diesem Wirtschaftssegment tätig ist.

Danke.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, Herr Abg. Dürr, dass bei solchen Investitionsentscheidungen letztend-

(Minister Franz Untersteller)

lich nicht einzelne Jahre eine Rolle spielen. Es gibt mal gute Windjahre und mal schlechte. Letztlich werden Investitionsentscheidungen getroffen aufgrund der Tatsache, dass man weiß: Es gibt an einem Standort eine bestimmte Windhöflichkeit. Über einen Zeitraum X rechnet sich eine solche Investition von 5 Millionen € dann.

Noch einmal: Gehen Sie einmal davon aus, dass in Stadtwerken, bei regionalen Energieversorgern oder auch in solch großen wie der EnBW die Leute sehr genau rechnen, bevor eine Investitionsentscheidung getroffen wird: Lohnt es sich, oder lohnt es sich nicht?

Ich versuche es noch einmal. Das rechnet sich nur dann, wenn sich das Ding vorn dreht. Nur dann rechnet sich das. Ansonsten würden die Investoren Geld verbrennen, weil sie nirgendwo einen Ersatz dafür bekommen. Gehen Sie deswegen einmal davon aus, dass solche Entscheidungen gut durchgerechnet werden.

Dass an einem solchen Standort ein Jahr lang gemessen wird, ist eine Voraussetzung dafür, dass solche Investitionsentscheidungen überhaupt getroffen werden. Das ist an allen Standorten so, ob jetzt auf dem Schurwald oder anderswo.

Noch einmal: Die Ergebnisse aus dem Jahr 2017, die uns selbst vorliegen, bestätigen das krasse Gegenteil, nämlich dass die Standorte in Baden-Württemberg, die wir 2017 in Betrieb genommen haben, eigentlich gute Winderträge haben und sich dann wohl auch für die Investoren rechnen. Ich kenne deren Zahlen nicht, aber von den Erträgen her zeigt sich das so.

(Zuruf: Das steht auf der Homepage!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Baron.

**Abg. Anton Baron** AfD: Sehr geehrter Herr Minister! Sie haben vorhin mit der Strombörse – – Ich sage einmal: Als Vorwand haben Sie vorhin die Strombörse mit den negativen Preisen angeführt. Aber Tatsache ist doch, Herr Minister – das können Sie nicht einfach so wegdiskutieren –: Wenn an sehr stürmischen Tagen viel Strom aus erneuerbaren Energiequellen kommt und die konventionellen Kraftwerke herunterfahren müssen – das können sie nicht schlagartig tun; das wissen Sie hoffentlich auch –, dann müssen sie den Strom wegbringen. Diesen nimmt ihnen keiner ab. Deswegen zahlen wir negative Preise ins Ausland, damit uns der Strom überhaupt abgenommen wird, der überflüssig ist. Das wissen Sie auch.

Mit der Erhöhung der EEG-Einspeisungen werden Sie immer mehr davon haben. Sie werden immer mehr vernichten müssen.

(Zuruf)

Deswegen baut auch die EnBW immer mehr Wasserstoffanlagen, um den Strom eigentlich zu vernichten. Das wissen Sie auch, Herr Untersteller.

Darüber hinaus sollten Sie doch auch – – Da stimmen Sie mir sicherlich zu: Wenn wir einen Zertifikatehandel in Europa haben und gleichzeitig die EEG-Umlage – die nicht funktioniert; das wissen Sie –, dann verkaufen die Unternehmen die Zertifikate in ein anderes europäisches Land. Die Polen ziehen da

mit dann die Kohlekraftwerke hoch; sie subventionieren ihre Kohlekraftwerke eigentlich durch uns. Damit haben Sie keine einzige Tonne CO<sub>2</sub> eingespart, und das wissen Sie. Jede einzelne Tonne ist in der EU erfasst.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Baron, ich frage mich die ganze Zeit: Wo ist Ihre Frage?

**Abg. Anton Baron** AfD: Ich habe ja gerade eben gesagt, Frau Präsidentin, dass mir der Minister sicherlich zustimmt und – –

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Nein, da stimme ich Ihnen mit Sicherheit nicht zu.

(Heiterkeit)

**Abg. Anton Baron** AfD: Ja, dann erwidern Sie. Dann zeigen Sie mir Ihre Meinung auf oder Ihre Antwort.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Ich habe versucht, mit den vorherigen Antworten die energiewirtschaftlichen Zusammenhänge, die bestehen, aufzuzeigen. Es war offensichtlich hoffnungslos, zu glauben, dass da irgendetwas hängen bleibt.

Negative Preise an der Börse – dazu gibt es unter Fachleuten eine intensive Diskussion – haben nichts mit der Preisgestaltung im Export und im Import zu tun. Selbstverständlich bekommt man für Strom, wenn er aus der Bundesrepublik in die Nachbarländer exportiert wird, Geld. Es gibt einen Preis. Der hängt immer von der jeweiligen Situation in dieser Stunde ab, und genauso importieren wir auch zu unterschiedlichen Preisen.

Dann gebe ich Ihnen noch einen Tipp: Schauen Sie vielleicht einmal in den Monitoringbericht der Bundesnetzagentur. Dann sehen Sie: Was geht raus aus Deutschland, und was kommt rein nach Deutschland? Dann werden Sie feststellen: Wir exportieren heutzutage noch immer ein gutes Stück mehr, als wir importieren. Preise ergeben sich, wie gesagt, immer aus den jeweiligen unterschiedlichen Situationen am Tag und in den jeweiligen Stunden, wie das Angebot am Markt sich bildet.

Mehr möchte ich dazu nicht mehr sagen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Gruber.

**Abg. Gernot Gruber** SPD: Herr Minister Untersteller, wir sind ja letztlich bei der Frage: Wie wirtschaftlich ist die Windenergie in Baden-Württemberg? Sie haben ja ausgeführt: Ein großer Vorteil bei uns ist, dass bei uns nichts abgeregelt werden muss, weil alles abgenommen werden kann.

Meine Frage: Wie hoch ist momentan ungefähr der Preis pro Kilowattstunde, der bei der Windenergie erlöst wird?

Daran anknüpfend: Welches Delta müsste Baden-Württemberg mit Referenzertrag oder mit Südquote mehr bekommen, damit die Windenergie bei uns noch stärker ausgebaut werden kann, damit man auch Netzausbaukosten einspart? Denn beliebig viel Energie werden wir ja auch über SuedLink und Ultralink dauerhaft nicht importieren können.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz**

**Untersteller:** Herzlichen Dank für die Frage. – Ich muss so anfangen: Seit zwei Jahren bildet sich der Preis bei der Windenergie im Rahmen bundesweiter Ausschreibungen. Pro Jahr gibt es zwei, drei Ausschreibungen, bei denen jeweils mehrere Hundert Megawattstunden ausgeschrieben werden. In diesen Ausschreibungen bildet sich der Preis.

Ich habe jetzt den genauen Preis der letzten Ausschreibung nicht mehr im Kopf, aber er liegt irgendwo in der Größenordnung zwischen 5 und 5,5 Cent, in der Ecke. Das war das Ergebnis der letzten Ausschreibungen.

Jetzt ist es ja, denke ich, einsichtig, dass ein Standort in Schleswig-Holstein oder in Niedersachsen, sprich im Flachland, bei der Erschließung windhöffiger Standorte geringere Kosten hat als einer in Baden-Württemberg und dass es deshalb also schwieriger ist, mit denen zu konkurrieren. Die Türme in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen sind niedriger als unsere; bei uns muss ich den Berg hinauf, während es in Schleswig-Holstein gar keine Berge gibt, auf die man hinaufmüsste. Das heißt, es gibt unterschiedliche Kostenstrukturen für die Erschließung windhöffiger Standorte.

Das war die Ausgangssituation im Jahr 2017 bei der letzten EEG-Novelle, sodass auch die Investoren davon ausgegangen sind: Sie können da nicht mit den günstigeren Standorten in Norddeutschland konkurrieren. Aufgrund dieser Einschätzung ging damals die Zahl der Anträge in Baden-Württemberg für die Erschließung neuer Standorte nach dem Bundesimmissionschutzrecht massiv zurück. Die Folge davon war, dass wir nach guten Jahren – im Jahr 2016 waren es 120 Anlagen, im Jahr 2017 waren es 123 Anlagen – im Jahr 2018 zwar noch einen Nachlauf hatten, aber dann im letzten Jahr mehr oder weniger praktisch bei null waren. Es waren irgendwie drei oder vier Anlagen, aber mehr nicht.

Um das zu ändern, damit wir in Süddeutschland auch wieder einmal mehr Anträge bekommen – – Denn für einen Antrag in einem BImSchG-Genehmigungsverfahren muss man eine sechsstellige Summe ausgeben. Das macht man ja nur dann, wenn man zumindest halbwegs die Aussicht hat, dass man dieses Geld wiedersieht, und überhaupt die Chance hat, in die Ausschreibung hineinzukommen. Um das zu erreichen, gäbe es zwei Möglichkeiten – ich habe hier schon mehrfach darüber gesprochen –: Entweder man macht eine Quotenregelung und gibt Süddeutschland eine bestimmte Quote als Anteil an den bundesweiten Ausschreibungen, oder man macht eine Bonusregelung. Ich kenne es so – das war jetzt die von Ihnen angesprochene Frage –, dass wir, wenn wir eine Bonusregelung machen würden, in Baden-Württemberg in etwa – im Schnitt zu den bundesweiten Ausschreibungsergebnissen – 0,5 Cent pro Kilowattstunde Aufschlag brauchten, damit dann den Investoren wieder ein Anreiz gegeben wird, dass sie sagen: Okay, jetzt macht es echt wieder Sinn, dass ich in ein Antragsverfahren hineingehe.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 2 beendet.

(Beifall)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Klaus Dürr AfD – Kriminalität am Bahnhof in Schorndorf

Herr Abg. Dürr, Sie haben das Wort.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Danke, Frau Präsident. – Dann hoffe ich, dass die Antwort dieses Mal nicht so emotionsgeladen ausfällt. Es ist eine einfache Frage an den Innenminister, würde ich sagen. Es geht um die Kriminalität am Bahnhof in Schorndorf – das ist nicht weit weg von hier –, was ab und zu ein Hotspot ist.

Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Maßnahmen werden ergriffen, um der Kriminalität im und am Bahnhof in Schorndorf Herr zu werden?
- b) Inwieweit sind die DB AG und Go-Ahead in ein Sicherheitskonzept eingebunden, beispielsweise durch Sicherheitsdienste im Zug und am Bahnsteig?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister, warten Sie bitte, bis der Tisch hier gereinigt wurde.

(Das Redepult wird desinfiziert.)

Vielen Dank. – Jetzt darf ich das Wort für die Landesregierung Herrn Minister Strobl erteilen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Er schlägt jetzt vor, dass man das mit künstlicher Intelligenz macht!)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Besten Dank, Frau Präsidentin. – Herr Abg. Dürr, ich beantworte Ihre Fragen gern und in aller Ruhe.

Zu Ihrer ersten Frage: Die Kriminalitätsbelastung der Stadt Schorndorf befindet sich nach Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik mit 5 225 Straftaten je 100 000 Einwohner nur leicht über dem landesweiten Durchschnitt von 5 184 Straftaten je 100 000 Einwohner.

Insgesamt ist die Gesamtzahl der registrierten Straftaten in Schorndorf im Jahr 2019 auf 2 071 Fälle angestiegen. Sie liegt damit im Zehnjahresvergleich jedoch immer noch unter dem Durchschnittswert von 2 106 Fällen. Auf der Basis der PKS ist grundsätzlich also keine Häufung von Straftaten in und am Bahnhof in Schorndorf festzustellen. Das ist ein Teil der Wahrheit.

Dennoch stellt der Bahnhof einen polizeilichen Schwerpunkt in Schorndorf dar: Insbesondere durch sich auffällig verhaltende Jugendliche und Heranwachsende werden von der PKS nicht erfasste Ordnungsstörungen in Form von Pöbeleien, Ruhestörungen oder Vermüllung begangen, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen können. Auch dieses Sicherheitsempfinden der Menschen ist ja eine Wirklichkeit; es ist ja da.

Also auf der einen Seite, was die Entwicklung der Zahl der Straftaten angeht: kein Hotspot. Ich nehme aber sehr wohl zur Kenntnis, dass das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger aufgrund bestimmter Umtriebe, die es dort gibt, beeinträchtigt ist.

(Minister Thomas Strobl)

Vor diesem Hintergrund wurde vom zuständigen Polizeipräsidium Aalen bereits Mitte des Jahres 2018 die Konzeption „Sichere Innenstadt Schorndorf“ umgesetzt, welche zwischenzeitlich zwei Mal fortgeschrieben und an aktuelle Gegebenheiten angepasst wurde. Zu dieser Konzeption „Sichere Innenstadt Schorndorf“ zählen insbesondere die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie die Verhinderung und Verfestigung von Kriminalitätsstrukturen.

Um diese Ziele zu erreichen, werden durch das PP Aalen lageorientiert zahlreiche Maßnahmen im Bereich des Bahnhofes getroffen, wie beispielsweise offene Präsenz- und Kontrollmaßnahmen, also sichtbare Polizeieinsätze, offene Aufklärung, insbesondere zur Erlangung von Erkenntnissen über auffällige Personengruppen, konsequente Strafverfolgung sowie die Erteilung von Platzverweisen bzw. Aufenthaltsverboten einschließlich der Überwachung ihrer Einhaltung. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen wurde das PP Aalen im Rahmen eines Brennpunkteinsatzes in den ersten zwei Wochen des Jahres 2020 von täglich bis zu acht Polizistinnen und Polizisten des Polizeipräsidiums Einsatz unterstützt.

Um ein größtmögliches Maß an Sicherheit am Schorndorfer Bahnhof zu gewährleisten, arbeitet das PP Aalen selbstverständlich auch eng mit den zuständigen Behörden – insbesondere der Staatsanwaltschaft, der Ortspolizeibehörde, der Ausländerbehörde sowie dem Jugendamt – zusammen. So wurden beispielsweise durch die Stadt Schorndorf mehrere Aufenthaltsverbote für den Bahnhof verfügt. In Abstimmung mit dem PP Aalen wurde flankierend zu den Maßnahmen des Polizeivollzugsdienstes eine engmaschige Bestreifung der relevanten Bereiche durch den kommunalen Ordnungsdienst sichergestellt.

Auch mit der für den Bahnhof zuständigen Bundespolizei steht das PP Aalen in engem Kontakt. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden die Maßnahmen der Landespolizei regelmäßig durch ein bis zwei Streifen auch der Bundespolizei unterstützt.

Grundsätzlich wirken sich entsprechende kriminalpräventive Maßnahmen auch auf die in Rede stehende Örtlichkeit aus. Speziell für Reisende fand im September 2019 der Aktionstag „Sicherheit im ÖPNV“ in der Region Stuttgart statt, wozu auch die Bahnstrecke Aalen–Stuttgart zählt. Die Themeninhalte bezogen auch speziell Frauen als Zielgruppe ein. Präventionstipps, u. a. zum Thema Zivilcourage, wurden an Informationsständen an Bahnhöfen sowie in ausgewählten Verkehrsmitteln vermittelt.

Darüber hinaus setzt die Stadt Schorndorf Streetworker am Bahnhof ein.

Die umfangreichen Maßnahmen aller beteiligten Stellen zeigen nach Auskunft des PP Aalen bereits Wirkung. So ist seit Jahresbeginn eine insgesamt positive Entwicklung am Schorndorfer Bahnhof festzustellen; dies berichtet mir jedenfalls das zuständige Polizeipräsidium Aalen.

Zu Ihrer zweiten Frage, Herr Abg. Dürr: Die Sicherheit in Bahnhöfen und auf den Bahnsteigen obliegt originär der DB Station&Service AG sowie der Bundespolizei und liegt damit im Verantwortungsbereich des Bundes. Sie ist nicht Bestandteil des Verkehrsleistungsvertrags des Landes mit den Ver-

kehrsunternehmen. Die Einbindung der DB AG und der Go-Ahead Baden-Württemberg GmbH in lokale Sicherheitskonzepte in Schorndorf wurde seitens des PP Aalen bei der originär zuständigen Bundespolizei angeregt.

Darüber hinaus hat das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Verkehr, in seinen Verkehrsverträgen mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen für die vereinbarten Verkehrsleistungen eine bestimmte Quote von Fahrten bzw. Einsatzstunden definiert, die mit ausgebildetem Sicherheitspersonal zusätzlich zu begleiten sind. Das gilt auch für die Verkehrsverträge mit der DB Regio AG und mit der Go-Ahead Baden-Württemberg GmbH. Hierbei werden in Abstimmung mit den genannten Aufgabenträgern je nach Bedarf und je nach bekannt gewordenen Vorkommnissen Schwerpunkte bei den zu begleitenden Fahrten gebildet. Damit ist ein flexibler Einsatz des Sicherheitspersonals im Rahmen der vereinbarten Kontingente gewährleistet. Solche Schwerpunkte bilden dabei insbesondere der Einsatz von Sicherheitspersonal bei Großveranstaltungen wie z. B. dem Cannstatter Wasen, dem Stuttgarter Frühlingsfest oder entsprechenden Fußballspielen und anderem mehr.

(Zuruf)

Damit, lieber Herr Abgeordneter, habe ich Ihnen in aller Ruhe die Sicherheitslage in Schorndorf, insbesondere am Bahnhof, dargelegt und habe auch erläutert, inwieweit die Deutsche Bahn und Go-Ahead in unser Sicherheitskonzept eingebunden sind. Ich glaube, damit sind Ihre Fragen beantwortet.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Es gibt eine Nachfrage von Herrn Abg. Dürr.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Danke. Das war sehr ausführlich. Die Antworten habe ich auch erwartet; es entspricht auch den Rückmeldungen, die ich aus der Bevölkerung erhalte, dass sich die Situation verbessert hat.

Die Frage wäre nun: Ist das nachhaltig? Hält das vor? Kommen die Schwierigkeiten nicht wieder?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Das ist selbstverständlich unser Bemühen; es geht bei der polizeilichen Arbeit immer um Nachhaltigkeit. Ich würde einmal sagen – das weiß aber die baden-württembergische Landespolizei selbst und muss es nicht vom Minister hören; das erkläre ich jetzt nur hier –: Es gehört zur polizeilichen Praxis, dass wir, wenn eine Verbesserung einsetzt, die Maßnahmen natürlich nicht sofort zurückfahren.

Allerdings, Herr Abgeordneter, sind die Ressourcen knapp; auch die Zahl der Polizistinnen und Polizisten ist knapp. Obwohl ich anerkenne, dass der Landtag von Baden-Württemberg dem Innenminister in den vergangenen Jahren bei den Haushaltsberatungen durchaus entsprechend Stellen gegeben hat, müssen wir die Polizei natürlich immer dort einsetzen, wo es am stärksten brennt.

Das heißt, wenn wir ein Problem gelöst haben, fahren wir nicht alle Maßnahmen sofort herunter – wohl aber sukzessive. Das bedeutet natürlich, dass wir insbesondere Kräfte des Polizeipräsidiums Einsatz verstärkt wieder dort im Land einsetzen, wo die Kriminalität vielleicht noch etwas stärker ausgeprägt ist als am Bahnhof in Schorndorf, wobei ich dieses

(Minister Thomas Strobl)

Problem gar nicht kleinreden möchte. Deswegen haben wir es auch zu einem Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit gemacht, die erfolgreich ist. Wir werden gemeinsam mit der Stadt Schorndorf wie auch mit der Bundespolizei alles dafür tun, dass die Entwicklung nachhaltig ist.

Manchmal – nicht immer – ist es auch so: Wenn die betroffenen Personen erst einmal weg sind – man hat sie sozusagen vertrieben –, dann bleiben sie auch weg. Das muss nicht immer so sein. Ich möchte Ihnen aber versichern, dass das Polizeipräsidium Aalen dies lage- und situationsorientiert im Auge hat und die entsprechenden Maßnahmen ganz sicher so treffen wird, dass der Schorndorfer Bahnhof weiterhin einer der friedlichsten Bahnhöfe auf der ganzen Welt sein wird.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Danke schön!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das hören doch die Schorndorferinnen und Schorndorfer sehr gern. – Vielen Dank, Herr Minister.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 1 beendet.

(Das Redepult wird desinfiziert.)

Während das Redepult gereinigt wird, rufe ich die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Rainer Hinderer SPD – Geplante weitere Maßnahmen der Landesregierung im Umgang mit SARS-CoV-2-Infektionen in Baden-Württemberg

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Noch einmal zurück zum Thema Corona. Zwei Fragen:

- a) Welche Überlegungen gibt es zur Entwicklung eines Stufenkonzepts zur Versorgung und für die Vorhaltung der Kapazitäten in den baden-württembergischen Krankenhäusern (Faktenpapier des Bundesgesundheitsministeriums vom 27. April 2020 „Ein neuer Alltag auch für den Klinikbetrieb in Deutschland“, Schritt 6)?

In Schritt 6 geht es auch darum, ein Stufenkonzept in den Ländern, auch in Baden-Württemberg, zu entwickeln.

- b) Welche konkreten Regelungen sind in Bezug auf das Vorgehen und die Kostenübernahme im Rahmen der erweiterten SARS-CoV-2-Teststrategie der Landesregierung vorgesehen?

Vielen Dank.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Alles gut. Wir warten nur.

(Das Redepult wird desinfiziert.)

– Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Lucha.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter, lieber Kollege

Hinderer, sehr geehrte Damen und Herren! Ich beantworte die Fragen sehr gern.

Sie haben das Papier des Bundesministers angesprochen. Dem ist das Konzept aus Baden-Württemberg zur schrittweisen Wiederaufnahme des Regelbetriebs in Krankenhäusern vorgegangen, das wir in die Gesundheitsministerkonferenz eingebracht und in der gemeinsamen Erklärung des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg, der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft, der Universitätskliniken, der Landesverbände der Krankenkassen, des Verbands der Ersatzkassen und der Landesärztekammer Baden-Württemberg verabschiedet haben, und es wurde dann auch der Presse zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren, Sie wissen: Zur Vorbereitung auf eine große Anzahl von schwer kranken Covid-19-Patientinnen und -Patienten haben die Krankenhäuser im Land die planbaren Eingriffe – soweit medizinisch vertretbar – ab dem 16. März 2020 abgesagt und verschoben. Da die Fallzahl von schwer kranken Patientinnen und Patienten bislang Gott sei Dank nicht, wie befürchtet, stark angestiegen ist, haben sich die an der stationären Krankenhausversorgung in Baden-Württemberg Beteiligten auf folgende Eckpunkte zur schrittweisen Wiederaufnahme des Regelbetriebs in Krankenhäusern verständigt, um wieder mehr planbare Behandlungen durchführen zu können und gleichzeitig auf einen möglichen Anstieg der Zahl der Fälle von schwer kranken Covid-19-Patientinnen und -Patienten vorbereitet zu sein. Sie wissen: Wir haben, Stand heute, 1 097 behandelte Covid-19-Patienten, davon 472 auf Intensivstationen.

Die stationäre Regelversorgung in baden-württembergischen Krankenhäusern kann stufenweise wieder erhöht werden. Dadurch werden auch wieder Behandlungen ermöglicht, die medizinisch geboten sind, aber keine Notfälle darstellen und aufgrund der von Bund und Land vorgegebenen Maßgaben verschoben werden mussten. Wir, die Partner, appellieren an alle Patientinnen und Patienten, bei chronischen Erkrankungen und in Notfällen unbedingt medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen und dies nicht aus Sorge vor einer Infektion zu unterlassen und dadurch schwere Gesundheitsschäden zu riskieren.

Im Rahmen eines hausindividuellen infektiologischen Managements etablieren die Krankenhäuser u. a. ein Screening- und Testkonzept für Personal sowie für die Patientinnen und Patienten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den gefährdeten Patientinnen und Patienten.

Die neu geschaffenen zusätzlichen Intensivbehandlungskapazitäten sollen auch in den kommenden Monaten bis zum 30. September 2020 zur Verfügung stehen. Der begonnene Ausbau der Beatmungskapazitäten wird fortgesetzt. Wir sind, Stand heute, bei insgesamt 4 300 bis 4 400 – Low Care und High Care zusammen. Das von uns gemeinsam entwickelte Ziel von 5 000 wird mit den Geräten, die wir noch in Bestellung haben, dann auch erfüllt. Wir werden unter Umständen auch darüber hinauskommen.

Das Entscheidende ist, meine Damen und Herren: Für die Behandlung intensivpflichtiger Covid-19-Patientinnen und -Patienten steht ein Anteil in Höhe von 30 bis 35 % der Intensiv- und Beatmungskapazitäten zur Verfügung. Ich habe es Ihnen

(Minister Manfred Lucha)

gezeigt, und die Gesundheitspolitikerinnen und -politiker unter Ihnen wissen es: Es ist natürlich inzidenzbezogen regional ein Spielraum vorhanden.

Ich möchte aber an dieser Stelle schon noch einmal eindrücklich ein großes Dankeschön sagen an die Universität Tübingen, an die Kliniken in Ludwigsburg, Nürtingen, Sigmaringen, Waldburg-Zeil, Wangen im Allgäu – Kollegin Krebs –, die dann übernommen haben. Ich nenne auch – jetzt ist der Innenminister weg – unser gutes Verlegungsmanagement, unser Resource-Board, die Vernetzung mit dem Intensivregister der DIVI und unser mit den Rettungsdiensten gut abgestimmtes Verlegungsmanagement.

Ich will schon noch einmal sagen: Um die individualmedizinische Behandlung sicherzustellen, werden die Krankenhäuser bei steigender Auslastung gemeinsam mit dem Rettungsdienst frühzeitig die Patientenverlegungen durchführen. Wir haben jetzt ein Verlegungskonzept. Das haben wir in der Krise regional spezifisch im Freiburger Raum, in Oberschwaben gemacht. Daran haben mittlerweile sehr viele mitgewirkt. Tübingen, Nürtingen, Ludwigsburg habe ich erwähnt.

Die beiden Register – ich nannte sie: das Covid-19-Resource-Board und das DIVI, das Dokumentationsmanual der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, bundeseinheitlich und bundespolitisch ein Pflichtinstrument – bieten uns mittlerweile einen taggenauen Überblick über freie Intensivkapazitäten und erleichtern somit die Planung abgestimmter frühzeitiger Verlegungen.

Zur überregionalen Koordinierung von Verlegungen stehen die Oberleitstelle Baden-Württemberg und die Zentrale Koordinierungsstelle für Intensivtransporte – ZKS – zur Verfügung. Auch die zusätzlichen Kapazitäten in unseren kooperierenden Rehabilitations- und Vorsorgekliniken stehen weiterhin zur Verfügung.

Die Nutzung von Behelfskrankenhäusern in Hallen hatten wir geplant. Wir hatten auch welche unter dem Eindruck der Ereignisse in Bergamo, Norditalien, und auch im Elsass aufgebaut. Sie waren hier auf den Fildern nicht ganz billig. Wir bauen sie jetzt auch wieder ab; wir haben die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Aber wir waren parat, und wir haben für den Fall, dass sich bestimmte Entwicklungen ergeben, mit den Kommunen, mit den 44 Stadt- und Landkreisen und den Regionen auch Aufrüstungspläne in der Schublade. Da wir es jetzt schon einmal exerziert haben, könnten wir die entsprechenden Kapazitäten auch sehr frühzeitig wieder hochfahren.

Dabei muss man einfach sagen, dass wir in Baden-Württemberg über 25 000 Rehaplätze verfügen und davon 10 000 bis 17 000 jetzt auch für Behelfskrankenhäuser nutzen können. Es käme unter diesem Tagesordnungspunkt noch eine weitere Frage, bei der ich auch beantwortet hätte, wie viele das sind. Es waren gar nicht wenige. Wir haben sofort mit einer Allgemeinverfügung reagiert, damit das Ganze über Kooperationsverträge geleistet werden kann.

Wir sind da also auf einem guten Weg. Vielleicht durften Sie sich heute mal ein Bild machen oder konnten auch Gespräche in den Krankenhäusern führen. Wir haben mittlerweile in sämtlichen Krankenhäusern eine klare Trennung zwischen Infektions- und Nichtinfektionsbereichen. Auch alle Hygieni-

ker haben in den Häusern im Sinne einer Gemeinschaftsaufgabe noch mal die Fragen gestellt: Wie trennen wir? Wie sind die Wege? Geht jemand durch das ganze Krankenhaus, wenn z. B. der Verdacht auf eine Infektion vorliegt? Das hat auch noch mal einen enormen Schub für den Krankenhausbetrieb gebracht.

Heute Morgen ging es in der ARD auch um das Thema „Das Krankenhaus der Zukunft“. Ich habe jetzt in dieser Krise gelernt, Kollege Hinderer: Richtig platzieren, flexibel sein, Standby-Krankenhäuser schaffen. Was mich schon bekümmert hat, ist Folgendes – ich glaube, ich habe es in einer unserer Beratungsrunden im kleineren Kreis mitgeteilt –: Im Vergleichszeitraum vom 14. März bis 15. April letzten Jahres hatten wir 50 % mehr wirklich schwerwiegende Diagnosen – Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Magen-Darm-Erkrankungen, Schlaganfälle. Es war in der Tat so: Die Menschen sind aus Angst vor einer Infektion weder zu ihren Hausärzten noch zu den Notfallambulanzen gegangen – zu denen der KV genauso wenig wie zu denen der Krankenhäuser – und am Ende auch nicht ins Krankenhaus.

Ich denke, bestimmt haben manche Menschen in dieser Phase ihre Gesundheitskompetenz auch mal hinterfragt und haben gefragt: Brauche ich das wirklich? Auch das wird es gegeben haben, und auch das wird uns einen Hinweis geben. Zurzeit bedeutet ja der Umgang mit einer Pandemie auch sehr viel Präventives, sich selbst auch wieder mit der eigenen Gesundheit zu beschäftigen, auch die eigene Gesundheitskompetenz zu stärken und mal wieder zu hinterfragen: Bin ich gegen das Richtige geimpft? Was macht meine Vorsorge? Wir Männer – Sie wissen es – sind die geborenen „Vorsorge-schlamer“.

(Zuruf)

Die Masernsaison beginnt. Meine Damen und Herren, wir haben das Masernschutzgesetz. Gehen Sie impfen! An alle über 60-Jährigen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Gehen Sie zur Pneumokokkenimpfung, und denken Sie frühzeitig an die Influenzaimpfung.

(Abg. Reinhold Gall SPD und Abg. Anton Baron AfD: Es gibt keinen Impfstoff!)

– Der Pneumokokkenimpfstoff kommt wieder. Wir haben wieder gemeinsam mit Herrn B. – – Wir sind schon fast ein bisschen als Dealer unterwegs. Wir dürfen noch eine kleine europapolitische Sache machen, weil hier heute zwischendrin mal wieder geirrlichert wurde.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Italien war auf null heruntergefahren. Wir waren systematisch gut aufgestellt. Und was ist uns passiert? Wir hatten kein Propofol mehr. Propofol ist ein Anästhetikum, das man braucht, wenn man jemanden intubiert. Wo wird das Propofol in Europa produziert? Bei Varese im Gürtel nordwestlich von Bergamo. Dort werden übrigens 95 % des Weltbedarfs an Propofol hergestellt.

Sie sehen daran noch einmal, wie wichtig es ist, dass wir z. B. auch gegenüber unseren italienischen Kolleginnen und Kollegen solidarisch waren – auch was die Beatmungsgeräte betrifft. Die hatten nämlich keine Beatmungsgeräte.

(Minister Manfred Lucha)

Schauen Sie sich jetzt einmal Großbritannien an. Ich weiß ja, dass hier welche sitzen, die mit diesem queren Denken von Johnson oder mit Verleugnern wie Herrn Trump, der gern Desinfektionsmittel injizieren lassen würde, sympathisieren. So weit geht ja sein medizinischer Sachverstand. Die haben mit Abstand die höchsten Zahlen, weil sie zum einen nicht den Zugang zur Behandlung und nicht die Technik haben und weil sie zum anderen auch nicht das Menschenbild haben, wonach jeder Mensch Zugang zur Krankenversorgung haben muss – unabhängig von seiner Herkunft, von seinem sozialen Status. Das ist bei uns ein Menschenrecht.

Herr Kollege Hinderer, wir haben in diesen Stufenplänen mit allen gemeinsam vereinbart – dasselbe haben wir auch mit den Kassenärzten getan –, dass die Ärztinnen und Ärzte selbst den Zugang zur Behandlung ermöglichen, sodass jetzt die notwendige Behandlung wieder dort stattfindet, wo sie stattfinden muss.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Jetzt liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Aber ich kann sie nur aufrufen, wenn es sehr kurze Fragen sind, auf die sehr kurze Antworten gegeben werden können.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Dafür garantiere ich.

(Heiterkeit – Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sehr gut.

Dann hat jetzt zunächst Frau Abg. Dr. Baum das Wort, danach Herr Abg. Hinderer. – Bitte kurze Fragen und dann kurze Antworten.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Herr Minister Lucha, Sie sagten ja eben, Herr Trump wollte – was wollte er? – Desinfektionsmittel injizieren. Wissen Sie, dass Desinfektionsmittel, nämlich z. B. das Formaldehyd, in vielen unserer Impfstoffe sind?

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Das weiß ich.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Also, die werden auch injiziert.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Ja.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Und was sagen Sie dazu? Hat er dann etwas Falsches gesagt? Hat er das gemeint, oder was auch immer?

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Er soll es einfach vormachen! – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren!

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Zur Erklärung: Im größten Teil unserer Impfstoffe – ich habe extra meinen praktischen Arzt gefragt, und er hat mir das für die Impfstoffe, die er regelmäßig gibt, bestätigt – ist Formaldehyd enthalten. Das ist

ein Desinfektionsmittel, meine Damen und Herren – nur, damit Sie einmal wissen, was Sie geimpft bekommen.

Danke schön.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Da ich ein erstes Leben in der chemischen Industrie hatte und bei Hoechst – die Älteren unter Ihnen kennen dieses Unternehmen vielleicht noch – gelernt habe, weiß ich sehr wohl – das gilt auch für die Süddeutschen Kalkstickstoff-Werke –, welche Grundprodukte dort hergestellt werden. Ich war übrigens bei der ersten Produktion von Domestos dabei. Natürlich gibt es in den Produkten eine Vielzahl von Substanzen. Aber Herr Trump hat sich sicherlich nicht damit beschäftigt, dass Formaldehyd ein Bestandteil eines multiplen Impfstoffs mit Trägersubstanzen ist, sondern hat die Vorstellung, dass dann, wenn das Virus in zehn Sekunden durch Desinfektionsmittel weggeht, es vielleicht auch dann weggeht, wenn ich ein solches Mittel spritze.

Ich glaube, die Meinungsbildungsdichotomie des Herrn Trump haben wir schon durchschaut. Ich wollte ja nur sagen, dass die Vereinfacher dieser Welt mit ihren Vereinfachungsrezepten in Schwarz-Weiß die Krise nicht gelöst haben.

Zu unserem Gesundheitssystem möchte ich doch noch einmal zum Ausdruck bringen:

(Zuruf: Die Frage kam doch gar nicht!)

Wir alle waren am tiefsten von den Bildern aus Norditalien beeindruckt, als dort einer 80-Jährigen tatsächlich das Beatmungsgerät weggenommen und einem 37-Jährigen gegeben wurde. Da haben wir bei uns doch alle gesagt: Das entspricht nicht unserem Gesellschafts- und Menschenbild.

Das ist nach wie vor unsere Triebfeder, und wir haben Gott sei Dank dafür die Instrumente, die Wissenschaft, auch die Qualifikation der Personen und setzen das über unsere Sozialversicherungsstruktur mit Steuer- und Kassenmitteln systematisch um.

(Vereinzelt Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Die nächste Antwort muss aber wirklich kürzer sein. – Herr Abg. Hinderer, Sie haben das Wort.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Das Thema Impfen behandle ich gern. Aber das dauert länger.

(Heiterkeit)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment! Eine kurze Frage und eine kurze Antwort.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Ich wollte daran erinnern, dass die zweite Frage zur Teststrategie gar nicht beantwortet wurde. Dieses Fass machen wir jetzt aber nicht auf.

Deshalb noch eine Ergänzungsfrage zur sehr ausführlich, aber wenig konkret beantworteten Frage a. Ihre Antwort hinsichtlich des Stufenkonzepts war sehr umfassend. Gibt es aber ganz konkret Abstimmungen in Ihrem Haus mit der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft oder wem auch immer darüber, in welchen Krankenhäusern zukünftig nach diesem Stufenkonzept welche Kapazitäten – intensiv, nicht in-

(Rainer Hinderer)

tensiv – für Infizierte und in welchen Krankenhäusern elektive Kapazitäten vorgehalten werden? Haben Sie in Ihrem Haus einen Überblick, in welchen Krankenhäusern was stattfindet, und wie erfolgt da die Abstimmung?

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Da brauchen wir im Prinzip keine aktive Abstimmung, weil sich in Baden-Württemberg die Grundstruktur der Krankenhauslandschaft, wie wir sie gebildet haben, im Wesentlichen so bewährt hat, dass schwerpunktmäßig neben den Universitätskliniken die Kliniken mit einem Zentralversorgungsanteil bis hin zur Maximalversorgung aufgrund ihrer Größe in der Lage waren, in größeren bettenführenden Abteilungen den Umbau zu Beatmungsplätzen vorzunehmen. Das war ein automatischer, homogener Prozess. Kleinere Kliniken haben hier nicht so viel übernommen.

Es gibt den Trend, dass die größeren Kliniken auch eine größere Anzahl von Patientinnen und Patienten behandelt haben. Denn wir haben auch ein flächendeckendes Versorgungssystem. Wir haben aber z. B. jetzt auch in Sigmaringen – da hat es die Chance gegeben – die Zahl der Beatmungsplätze von zehn auf 20 aufgebaut, sodass wir generell flächendeckend in der Basis ein leistungsfähiges Netz von Beatmungsplätzen haben.

Noch einmal: Der Stufenplan besagt: 30 bis 35 % sind von Wahleingriffen freizuhalten – natürlich bleiben Behandlungen im Fall von Polytrauma und im Umfeld klar möglich. Jemand, der jetzt aber z. B. in der Intensivstation oder in der Intermediate Care intubiert beatmet wird, ist 24 Stunden, manchmal 36 Stunden in der Beatmung. Bei diesen Prozessen sollen 30 bis 35 % der Kapazitäten freigehalten werden. Denn wir wissen – mea culpa –, dass Covid-19-Patientinnen und -Patienten durchschnittlich knapp 18 Tage beatmet werden. Das ist eine große Belastung.

Herzlichen Dank. Ich bitte um Nachsicht.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Wofür?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank, Herr Minister. – Damit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 erledigt.

Die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Die Mündlichen Anfragen unter den Ziffern 5 und 6 können heute aus zeitlichen Gründen nicht mehr beantwortet werden. Wenn die Fragesteller einverstanden sind, kann die Regierung diese schriftlich beantworten. Die Antwort wird dann dem heutigen Sitzungsprotokoll beigefügt.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

\*

Mündliche Anfrage des Abg. Rainer Hinderer SPD – Nutzung von Vorsorge- und Rehaeinrichtungen oder von Bedarfs- und Notfallkrankenhäusern für Covid-19-Patientinnen und -patienten

a) Wie viele Betten in Vorsorge- und Rehaeinrichtungen oder in Bedarfs- und Notfallkrankenhäusern stehen in Baden-

Württemberg aktuell tatsächlich (das heißt inklusive entsprechend ausgebildetem Personal, Schutzausstattung, Medikamenten, Aufnahmevereinbarung etc.) für Covid-19-Patientinnen und -Patienten, die nicht oder nicht mehr in Akutkrankenhäusern behandelt werden müssen, zur Verfügung?

b) Wie viele Covid-19-Patientinnen und -Patienten wurden in Baden-Württemberg bereits dort aufgenommen und behandelt?

#### Schriftliche Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration:

Zu a: Bislang wurden 86 Vereinbarungen nach § 22 SGB V zwischen Akutkrankenhäusern und Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen geschlossen. Aufgrund dieser Vereinbarungen dürfen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen Patientinnen und Patienten versorgen, die einer nicht aufschiebbaren akutstationären Krankenhausversorgung bedürfen (sogenannte Entlastungskrankenhäuser).

In welchem Umfang die beteiligten Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen ihre Betten zu diesem Zweck zur Verfügung stellen, ist von den aktuellen Auslastungen der jeweiligen Einrichtung abhängig. Zudem entscheiden die Einrichtungen auch, welche Art Patienten sie übernehmen können. Die Einrichtungen stehen durchweg für Patientinnen und Patienten zur Verfügung, die einer nicht aufschiebbaren akutstationären Krankenhausversorgung bedürfen, nicht nur für Covid-19-Patienten. Das konkrete Überleitungsmanagement liegt beim jeweiligen Akutkrankenhaus und geschieht in Absprache mit der Vorsorge-/Rehabilitationseinrichtung, die auch Patientengruppen, die sie nicht versorgen kann, ablehnen kann (Negativbeschreibung der Versorgungsmöglichkeiten – ist Inhalt der Vereinbarung zwischen Akutkrankenhaus und Rehabilitationseinrichtung).

Alle Landkreise wurden Mitte März vom Ministerium für Soziales und Integration aufgefordert, Überlegungen und Pläne darzustellen, welche Möglichkeiten es in den jeweiligen Landkreisen gibt, um Behelfskliniken einzurichten, falls diese notwendig werden. Dieser Aufforderung sind alle Land- und Stadtkreise gefolgt und haben entsprechende Liegenschaften gemeldet. In einigen wenigen Fällen wurden aufgrund der damals zu befürchtenden Ausweitung des Coronavirus die Maßnahmen bereits umgesetzt. Unter Berücksichtigung der aktuellen Fallzahlen und im Ergebnis von vielen Gesprächen mit den Akutkliniken kommt das Ministerium für Soziales und Integration momentan zu der Einschätzung, dass die Kapazitäten sowohl im intensivmedizinischen als auch im nicht intensivmedizinischen Bereich innerhalb der bestehenden Kliniklandschaft ausreichend sind und derzeit keine weiteren Kapazitätsausweitungen notwendig sind.

Zu b: Für den Bereich der Rehakliniken liegen dem Ministerium für Soziales und Integration keine konkreten Zahlen vor. Zur Beantwortung müsste eine Abfrage der einzelnen Einrichtungen durchgeführt werden. Wir bitten um Verständnis, dass hiervon abgesehen wird, weil dies derzeit nicht zielführend erscheint.

In den weiteren Behelfskliniken, die von den Landkreisen gemeldet wurden, sind nach Kenntnisstand des Ministeriums für

(Schriftliche Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration)

Soziales und Integration keine Patientinnen und Patienten behandelt worden.

Mündliche Anfrage des Abg. Andreas Kenner SPD – Öffnung Bäder und Badeseen im Sommer 2020

- a) Wird die Nutzung von Freibädern und Badegewässern im Sommer 2020, gegebenenfalls unter Einhaltung eines Hygieneschutzkonzepts, erlaubt sein?
- b) Falls ja: Welche Vorgaben wird die Landesregierung für ein solches Schutzkonzept für den Badebetrieb machen?

#### Schriftliche Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration:

Zu a: Generell muss beachtet werden, dass Öffnungskriterien für Bäder nur unter Bewertung der epidemiologischen Lage zu bestimmen sind.

Ein regulärer Badebetrieb ohne Einschränkungen wird in der Badesaison 2020 voraussichtlich nicht möglich sein.

Zu b: Anfang Juni soll unter Berücksichtigung der epidemiologischen Situation eine Entscheidung getroffen werden, wann und unter welchen Bedingungen eine Inbetriebnahme der Bäder möglich ist. Hierzu erarbeitet eine Arbeitsgruppe aus Praktikern und Experten bis Ende Mai ein Konzept zum Betrieb der Bäder mit den zur Reduktion von Übertragungsrisiken in Bezug auf das Coronavirus erforderlichen Einschränkungen.

Die Entscheidung zur Öffnung der Bäder liegt in der Verantwortung der öffentlichen Träger. Das Ministerium für Soziales und Integration steht diesbezüglich in engem Austausch mit den kommunalen Landesverbänden.

\*

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung und anderer Gesetze – Drucksache 16/8027**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/8053**

**Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Dr. Leidig.

**Abg. Dr. Ute Leidig GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Coronapandemie handlungsfähig bleiben, das wünschen sich die kommunalen Gremien. Mit diesem gemeinsamen Gesetzentwurf der Regierungsfractionen – GRÜNE und CDU – unterstützen wir sie dabei. Wir schaffen einen rechtssicheren Rahmen für kommunale Entscheidungsgremien in außergewöhnlichen Zeiten wie

einer Pandemie. Kommunale Gremien können in dieser Zeit per Videokonferenz beraten und entscheiden.

Dieser Gesetzentwurf ist durchaus in Eile entstanden. Denn es gilt, Lösungen für die aktuelle Krisensituation zu entwickeln. Daraus resultiert, dass er sich auf das Wesentliche reduziert und auf die Schaffung eines rechtssicheren und pragmatischen Rahmens fokussiert. Das sind die wichtigsten Kriterien.

In den Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände und anderer Verbände wurde der Gesetzentwurf positiv aufgenommen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass man in die Änderungen der Gemeindeordnung noch so manchen anderen Aspekt hineinpacken könnte und langfristig auch sollte. Dies bezieht sich z. B. auf die Beachtung der Barrierefreiheit bei der Auswahl der Räumlichkeiten für die Öffentlichkeit. Barrierefreiheit ist eine der entscheidenden Voraussetzungen für Inklusion und uns Grünen daher ein sehr wichtiges Anliegen.

(Beifall)

Diese möchten wir stringent in der Gemeindeordnung berücksichtigen und werden dies bei einer grundlegenden Überarbeitung einbringen.

Für den Moment regen wir beim Innenministerium an, im Rahmen von Handlungsempfehlungen darauf hinzuweisen, dass die Kommunen möglichst barrierefreie Räume für die Öffentlichkeit wählen sollen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Dr. Leidig, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

**Abg. Dr. Ute Leidig GRÜNE:** Nein. – Etliche Ausführungen bleiben den Kommunen überlassen. Das sehen wir im Hinblick auf die kommunale Selbstverwaltung als richtig an. Die Kommunen entscheiden, ob sie per Livestream eine Übertragung der Sitzung – natürlich unter Wahrung des Datenschutzes – vornehmen. Das ist auch jetzt schon möglich; dafür braucht es die von der FDP/DVP geforderte Ergänzung nicht.

Auch entscheiden die Kommunen, ob und gegebenenfalls wann sie ihre Hauptsatzung im Hinblick auf die Durchführung von Sitzungen per Videokonferenz ändern. Dafür haben sie bis Ende dieses Jahres Zeit.

In einem Aspekt müssen wir von der Fokussierung dieses Gesetzes auf Videokonferenzen in kommunalen Entscheidungsgremien abrücken. Es geht um den Prozess der Bürgerbegehren. Im Rahmen des Anhörungsverfahrens hat der Verein „Mehr Demokratie“ auf ein Problem hingewiesen, das vom Sinn her im Antrag der SPD aufgegriffen wurde. Nach derzeitiger Gesetzeslage gelten hier enge Fristen für die Sammlung von Unterschriften, die aufgrund der Pflicht zur Kontaktreduktion den möglichen Erfolg von Bürgerbegehren gravierend verringern könnten. Bürgerbegehren wären praktisch ausgehebelt. Das widerspricht dem Demokratieverständnis der grünen Fraktion. Auch wäre infolge der Beschränkung mit Rechtsstreitigkeiten zu rechnen.

Wir werden daher im Einvernehmen mit der CDU den Gesetzentwurf um einen entsprechenden Paragraphen ergänzen, nach dem die Frist zum Einreichen der Unterschriften bis zum Ablauf des 31. Dezember dieses Jahres keine Anwendung fin-

(Dr. Ute Leidig)

det. Ein solcher temporärer Passus ändert nichts Grundlegendes, schafft aber eine gute, rechtssichere Lösung für die Krisenzeit und sichert Bürgerbegehren die Chancen, die ihnen zustehen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Gesetz schaffen wir mehr als nur eine Notlösung. Das Gesetz bietet auch die Chance, in den nächsten Monaten rechtssicher auszuprobieren, inwiefern sich Videokonferenzen für kommunale Entscheidungsgremien eignen. Wir können prüfen, was sich bewährt und vielleicht auch langfristig die Vereinbarkeit von Beruf und kommunalem Ehrenamt erleichtert.

Eine Evaluation am Ende des Jahres, wenn tatsächlich Erfahrungen aus den Kommunen vorliegen, halten wir für einen richtigen und wichtigen Ansatz. Über die Durchführung einer Evaluation besteht auch Einigkeit. Das wurde auch im Ausschuss und in der Anhörung sehr deutlich. Deswegen brauchen wir auch keinen Entschließungsantrag dafür und schon gar nicht schnell erarbeitete, formulierte Fragen für die Evaluation, wie sie von der FDP/DVP vorgelegt wurden.

Zum Abschluss danke ich im Namen der grünen Fraktion den kommunalen Landesverbänden und auch allen anderen Verbänden, die sich hier wirklich mit großem Engagement bezogen auf diesen Gesetzentwurf eingebracht haben.

Gemeinsam betreten wir Neuland und sind sehr gespannt auf die Entwicklungen.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hockenberger das Wort.

**Abg. Ulli Hockenberger** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu den gesetzlichen Regelungen im Einzelnen komme, möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen machen, um den heutigen Beschluss ein Stück weit einzuordnen. Inspiriert dazu hat mich der Kollege Binder in der letzten Sitzung, als er daran erinnert hat, wie die letzte grundsätzliche Änderung der Gemeindeordnung 2015 gelaufen ist.

Diejenigen unter Ihnen, die das Privileg hatten, dabei gewesen zu sein, dürften sich noch daran erinnern: Einbringung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung nach angemessener und vernünftiger Vorbereitungszeit Anfang August, Beschluss Ende Oktober. Ja, das waren noch Zeiten. Das waren Zeiten, in denen man Zeit hatte – immerhin drei Monate. Jetzt ist Coronazeit, und jetzt haben wir diese Zeit nicht. Die Zeit hat vielmehr uns.

Warum sage ich das? Es gibt nur zwei Möglichkeiten, dem kommunalen Wunsch nach Rechtssicherheit beim Aufbruch in die digitale Welt zu entsprechen. Die erste: ein Gesetz im normalen Verfahren, intensive Vorbereitung, intensive Anhörungen usw. Vorteil: Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden alle Eventualitäten berücksichtigt. Nachteil: Rechtskraft des Gesetzes im Herbst, vielleicht Ende des Jahres. Gefahr: Die kommunalen Landesverbände schreiben uns dann: „Corona isch over, Chance verpasst, schade Landtag.“ Das wollen wir nicht.

Genau deswegen haben wir den anderen Weg gewählt, um in diesem Zusammenhang so schnell wie möglich Rechtssicherheit zu schaffen, und zwar in dem Bewusstsein, dass wir dabei auch mit Kritik leben müssen. Die kann nicht ausbleiben, wenn man Neuland betritt, wie Frau Kollegin Dr. Leidig bereits betont hat, und sich dabei von einem pragmatischen Ansatz leiten lässt. Deswegen ist es nach unserer Auffassung richtig, dass wir mit diesem Gesetz Kommunen und Sparkassen einen Rechtsrahmen geben, mit dem sie künftig rechtssicher digitale Sitzungen durchführen können, wenn sie das wollen.

(Vereinzel Beifall)

Wir zwingen niemanden dazu. Es ist eine Möglichkeit. – Herr Blenke hat geklatscht. Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall – Abg. Thomas Blenke CDU: Fürs Protokoll vor allem! Hockenberger ersetzt die Stenografen!)

Es wird auch in Zukunft noch immer Gemeinden geben, die mit den bisherigen Rechtsgrundlagen zurechtkommen, um rechtmäßige Beschlüsse zu fassen. Unser Vertrauen in diese Gemeinderäte und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte ist grenzenlos und unverrückbar. Die können es und machen es richtig.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Natürlich wissen wir auch, dass es Kommunen geben wird – das ist in der ersten Lesung angeklungen –, die von dieser Möglichkeit nicht werden Gebrauch machen können, weil die Breitbandversorgung noch nicht überall so gut ist, wie wir dies wollen, obwohl wir in dieser Legislaturperiode gerade in diesen Bereich wahnsinnig viel Geld investiert haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Betonung liegt auf „in dieser“!)

Man kann natürlich sagen: „Wenn nicht alle davon Gebrauch machen können, geben wir niemandem diese Möglichkeit.“ Das wäre für uns zu kurz gesprungen. Deswegen haben wir uns trotz der Kritik für diesen Weg entschieden, weil wir auch in Zukunft dafür sorgen werden, dass irgendwann einmal überall schnelles Internet, wie es der Innenminister immer betont, verfügbar sein wird. Und dann kann von diesem Instrument überall verlässlich Gebrauch gemacht werden.

(Zurufe)

Wir gehen davon aus, dass wir auf dem richtigen Weg sind, und fühlen uns darin auch dadurch bestätigt, dass uns die Vertreterin der kommunalen Landesverbände in der Anhörung des Innenausschusses dafür gedankt hat, dass wir jetzt schnell gemacht haben. Frau Dr. Leidig hat richtigerweise betont: Da gibt es noch viele, viele Wünsche seitens der Kommunen, die man auch in den Gesetzentwurf hätte hineinpacken können.

Deswegen haben wir gesagt: Jetzt machen wir einmal das. Dann führen wir es in den Echtbetrieb über. Dann sammeln wir dazu Erfahrungen. Sollte sich dabei zeigen, dass es Korrektur- oder Nachsteuerungsbedarf gibt, entsprechen wir dem natürlich, aber dann in einem ordnungsgemäßen Verfahren,

(Ulli Hockenberger)

bei dem wir uns auch die entsprechende Zeit lassen, um die Dinge richtig abzuwägen und richtig zu gewichten.

In der Tat: Die Einzelheiten des Gesetzentwurfs sind von Frau Dr. Leidig genannt worden. Ich möchte deswegen nur noch auf unseren Änderungsantrag zu sprechen kommen. Er war nicht Gegenstand der Anhörung, ist aber an uns herangetragen worden. Ich persönlich hätte begrüßt, wenn es zum Thema „Einreichungsfrist bei kassatorischen Bürgerbegehren und Einwohneranträgen“ eine Position der kommunalen Landesverbände gegeben hätte. Aber in der Abwägung, demokratische Bürgerrechte zu wahren und diese Position nicht zu kennen, haben wir uns entschieden, diesen Weg zu gehen. Vor dem Hintergrund der Übergangsregelung und mit der Begründung, dass wir mit dieser Regelung demokratische Bürgerrechte wahren – auch und gerade in diesen aufgewühlten Zeiten –, macht diese Regelung durchaus Sinn. Sie ist geeignet, den inneren Frieden in den Kommunen zu wahren und Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. Kann es für einen kommunalaffinen Landtag ein edleres handlungsleitendes Motiv geben?

(Beifall – Oh-Rufe – Abg. Thomas Blenke CDU:  
Worte für die Ewigkeit!)

Wir meinen: Nein. Deswegen können Sie unserem Gesetzentwurf in der Fassung des Änderungsantrags guten Gewissens zustimmen. Wenn Sie das tun, dann werden Sie wissen und spüren, was der schwäbische Fußballphilosoph Jürgen Klinsmann seinerzeit meinte, als er sagte: „Heute hatte ich vom Feeling her ein gutes Gefühl.“

(Heiterkeit)

Dieses gute Gefühl wünsche ich Ihnen.

Vielen Dank.

(Beifall – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! Wir sollten öfter kommunalpolitische Themen beraten!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Dr. Leidig, sehr geehrter Herr Hockenberger, Sie erzählen uns hier etwas von nicht ganz ordnungsgemäßen Verfahren. Wir sind, Herr Hockenberger, hier im Parlament in einem sehr ordnungsgemäßen Verfahren. Es geht auch nicht darum, dass ein Parlament nicht in der Lage wäre, sowohl schnell als auch rechtssicher zu handeln.

Das Problem an Ihren Anträgen ist doch, dass Sie sich nicht mehr zutrauen und sich in den Maßnahmen nicht einig sind. Es geht nicht darum, dass man die Regelungen nicht rechtssicher ausgestalten könnte, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf: Woher wollen Sie das wissen?)

Ich darf zum Thema „Bürgerbegehren und Einwohneranträge“ kommen. Ihr Änderungsantrag kam ja, nachdem wir unseren schon gestellt hatten. Sie hätten auch einfach einmal unserem Antrag zustimmen können.

In Ihrer Prognose, was die Pandemie angeht, sind Sie ja ziemlich klar – viel klarer als Ihre eigene Landesregierung bezüg-

lich dessen ist, was auf uns zukommt. Sie gehen davon aus, dass am 31. Dezember 2020 alles vorbei sein wird.

(Zuruf des Abg. Ulli Hockenberger CDU)

Im Zuge dessen sollte sich die Landesregierung noch einmal überlegen, ob der Stufenplan und die Ampel, die Sie vorgelegt haben, eigentlich noch auf der Höhe der Zeit sind oder zumindest auf der Höhe der Regierungsfractionen.

Mit der Umsetzung Ihres Vorschlags, den Sie heute machen, laufen wir Gefahr, dieses Gesetz noch einmal ändern zu müssen. Mit der Annahme unseres Änderungsantrags wäre Rechtsicherheit gegeben und wäre die kommunale Selbstverwaltung gewahrt. Herr Kollege Sckerl, Sie wissen genau, wovon ich spreche; Sie konnten sich nur nicht durchsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜ-  
NE)

Wir freuen uns darüber, dass das Parlament diese Möglichkeiten nun schafft – auch die Möglichkeit zu Videokonferenzen.

Es ist ja fast schon lustig, dass die Regierungsfractionen sich im Innenausschuss bei der Frage, was man darf und was nicht, selbst widersprochen haben – bei einem Gesetzentwurf, den sie selbst eingebracht haben. Sie haben dann den Innenminister gefragt, was man nach diesem Gesetzentwurf darf und was nicht. Vielleicht ist das der Grund, dass Herr Hockenberger Angst hatte, durch dieses schnelle Verfahren könnte nicht die volle Rechtssicherheit bestehen – wenn sich nicht einmal die Regierungsfractionen darin einig sind, was nach dem Gesetz machbar ist und was nicht, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Ulli Hockenberger CDU)

Wir sind froh – damit sind wir ganz auf der Seite des Herrn Innenministers –, dass Hybridsitzungen möglich sind, Herr Hockenberger. Damit sind wir näher am Innenminister, als Sie es im Innenausschuss waren, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe – Unruhe)

Wir orientieren uns eben immer an der Sache – unabhängig von der Person, Herr Innenminister.

(Lachen – Abg. Carola Wolle AfD: Dass ich nicht lache! – Abg. Thomas Blenke CDU: Daran werden wir Sie zu gegebener Zeit erinnern! – Weitere Zurufe – Anhaltende Unruhe)

– Jetzt seid doch mal zufrieden.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, Herr Abg. Binder hat das Wort.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

**Abg. Sascha Binder SPD:** Da ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass wir auch nur im Ansatz in die Nähe einer Einigkeit kommen, Frau Wolle.

(Zurufe – Fortgesetzte Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage des Öffentlichkeitsgrundsatzes beantworten Sie nach wie vor ziemlich rea-

(Sascha Binder)

litätsfern. Sie ermöglichen den Livestream nicht. Warum eigentlich nicht? Damit gibt es überhaupt kein Problem. Selbst der Städtetag forderte das in einer Stellungnahme zur letzten Reform der Gemeindeordnung. Es wäre völlig unproblematisch, den Kommunen diese Möglichkeit zu geben – es nicht vorzuschreiben, sondern ihnen die Möglichkeit zu geben, diese Sache zu erleichtern. Deshalb: Stimmen Sie doch einfach unserem Änderungsantrag zu.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass Einigkeit in diesem Haus darüber herrscht, dass man eine Evaluation braucht: Welcher Zacken fällt denn den Regierungsfractionen aus der Krone, wenn dem Entschließungsantrag der FDP/DVP ganz einfach zugestimmt wird? Das wäre doch ein Leichtes. Aber im Gegensatz zu dem, was ich vorhin zum Innenminister sagte, geht es nur darum, dass dieser Entschließungsantrag nicht von den Regierungsfractionen kommt, sondern von der FDP/DVP. Diese Haltung ist bei diesem Thema ziemlich kleinlich.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat Herr Abg. Rottmann das Wort für die AfD.

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! Ich glaube, die meisten haben nicht damit gerechnet, dass die Debatte jetzt noch einmal so lebhaft wird. Herr Hockenberger lobt die Gesetzgebung unter Grün-Rot, und Kollege Binder sieht sich ganz an der Seite des CDU-Innenministers. Da tun sich ganz neue Koalitionsmöglichkeiten auf. Ich finde das durchaus interessant und faszinierend.

Wir haben in der vergangenen Woche ausreichend über das Gesetz in der Fassung gesprochen, in der es in der vergangenen Woche vorlag. Inhaltlich gibt es dazu nicht mehr viel zu sagen. Wir, die AfD-Fraktion, lehnen die Schnellschüsse in Form der ganzen Änderungsanträge, die in den letzten Tagen noch reingekommen sind, ab, stimmen aber dem Gesetz als Ganzem zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Professor Dr. Goll, jetzt sind Sie schon dran. So schnell ging das jetzt.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Gesetz machen wir den Kommunen einen Vorschlag. Wir erweitern ihre Möglichkeiten. Wir werden diesen Vorschlag auch unterstützen, weil natürlich auch wir Teil eines kommunalaffinen Parlaments sind. Diesen schönen Begriff haben wir ja vom Kollegen Hockenberger gehört.

Allerdings ist es ein bisschen schade, dass unsere Verbesserungsvorschläge zu diesem Entwurf samt und sonders kein Gehör gefunden haben, und das interessanterweise, obwohl Ihre Begründung, Frau Dr. Leidig, vorhin eigentlich eher dazu hätte führen müssen, dass Sie ihnen zustimmen. Sie haben gesagt, Sie wollten einen rechtssicheren und pragmatischen Entwurf. Ja, wenn Sie einen pragmatischen Entwurf wollen, dann machen Sie es doch z. B. wie Brandenburg vor zwei Wo-

chen. Dort hat man einfach reingeschrieben: Telefon- oder Videokonferenz. Punkt.

(Beifall)

Da hat übrigens kein Mensch angefangen, über Öffentlichkeit zu sinnieren, weil das irgendwo daneben ist.

Das wäre pragmatisch gewesen. Es hätte vielen Kommunen genützt, die in der Tat die Möglichkeit, die der jetzige Vorschlag beinhaltet, gar nicht nutzen können. Da entsteht im Grunde genommen auch eine schwer begründbare Ungleichheit im Land. Das hat ferner mit der Rechtssicherheit zu tun. Denn je stabiler ich eine solche Konferenz über die Bühne bringe, desto rechtssicherer ist sie. Das haben die Kommunen hier deutlich zum Ausdruck gebracht. Manchmal klemmt es halt bei der Technik, und einer kommt halt immer noch mit dem Handy, mit dem Telefon – ich sage es noch einmal: das haben wir in den letzten Wochen wahrscheinlich alle schon erlebt –, und wenn das zulässig ist, dann bekomme ich die Sache natürlich stabiler und damit auch rechtssicherer hin.

(Beifall)

Spannend war für mich auch, Frau Kollegin Leidig, dass Sie die Barrierefreiheit zitiert haben. Die haben Sie wahrscheinlich deshalb zitiert, damit sie in der Rede vorkommt. Im Entwurf kommt sie nämlich nicht vor. Sie haben sich wahrscheinlich veranlasst gesehen, den Begriff zu gebrauchen. Aber unseren Vorschlag, Barrierefreiheit herzustellen, indem man nämlich eine digitale Sitzung auch digital überträgt, haben Sie interessanterweise nicht aufgenommen. Also auch das ist ein bisschen schwer erklärbar.

(Beifall)

Gut finden wir – zwischendurch muss man natürlich auch zu einem Lob kommen –, dass § 140 a jetzt eingebaut werden soll. Der Vorschlag, den die Regierungsfractionen vorlegen, löst das Problem ziemlich passgenau – mit der Gefahr, die Sie angesprochen haben, dass man vielleicht verlängern muss.

Wir werden trotzdem auch Ihrem Vorschlag zustimmen, der ja etwas darüber hinausreicht, aber in einer Weise, die auch wir begrüßen. Ich will auf Details nicht mehr eingehen, aber wir werden insofern allen Anträgen – unseren eigenen natürlich, aber auch den anderen – nach der heutigen Debatte zustimmen.

Schade, dass unser Entschließungsantrag kein Gehör findet mit der interessanten Begründung, dass man das, was darin begehrt wird, sowieso vorhat. Daraus könnte man auch den Schluss ziehen, dass wir gemeinsam die Vornahme einer Evaluation beschließen. Ich bin jetzt gespannt, ob und, wenn ja, wann die Evaluation kommt, und sage mal optimistisch mit einem anderen Fußballphilosophen: Die Chancen stehen 70 : 50.

Danke.

(Heiterkeit – Beifall – Abg. Klaus Dürr AfD meldet sich.)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dürr, dann haben Sie jetzt noch Redezeit für die AfD.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Danke, Frau Präsident. – Herr Goll, Sie haben gesagt, Sie würden heute allen Anträgen zustimmen. Wir von der AfD haben es leider verpasst – das muss ich ganz deutlich sagen –, einen eigenen Antrag einzureichen. Andernfalls hätten Sie die Richtigkeit Ihrer Aussage beweisen können.

Herr Binder, wir haben im Ausschuss darüber geredet – dazu stehe ich auch und finde das nach wie vor richtig –: Wir sollten jetzt etwas verabschieden, was uns weiterbringt, was den Betrieb nicht aufhält. The show must go on. Das ist nicht als Witz zu verstehen. Wir können die Gemeinden nicht ausblenden und ausbremsen, sondern wir müssen es ihnen ermöglichen, durchzukommen.

Aber „last minute changes“, das sind die Änderungen, die die meisten Fehler enthalten. Dadurch verbaut man etwas und muss dann nachbessern. Es gibt keine Notwendigkeit, solche Änderungen jetzt im Schweinsgalopp durchzuziehen. Deswegen werden wir dem Gesetzentwurf jetzt in der von den Regierungsfractionen vorgelegten Fassung zustimmen. Wir können es eh nicht verhindern, aber wir stehen auch dahinter.

(Zurufe, u. a. des Abg. Thomas Blenke CDU)

– Ja, genau. Macht nichts, Herr Blenke. Es wird so stattfinden. Das weiß ich schon auch.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aber es findet trotzdem eine Mehrheit!)

– Das ist in Ordnung.

Eines noch: Im Koalitionsvertrag steht, wie ich gelernt habe, dass man die Gemeindeordnung in Zukunft sowieso noch mal ändert. Dafür bleibt weniger als ein Jahr Zeit. Die Änderung soll noch in dieser Legislaturperiode stattfinden. Aus diesem Grund ist das so in Ordnung. Wie gesagt, diese schnellen Änderungen sind nicht immer das, was zielführend ist. Da muss man Qualität reinlegen. Das ist kein einfacher Prozess.

Danke schön.

(Vereinzel Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Wünscht noch jemand anders das Wort? – Dann kann ich Herrn Innenminister Thomas Strobl das Redepult anbieten.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind spitze, wir sind Vorreiter bei den digitalen kommunalen Gremiensitzungen in Deutschland. Wir stärken wieder einmal die kommunale Familie, machen sie zukunfts- und krisenfest. Das ist ein guter Tag für den Kommunalminister, für den Digitalisierungsminister und, um mit Herrn Abg. Hockenberger zu sprechen, für einen kommunalaffinen Landtag. Insofern ist das heute ein guter Tag.

Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung. Wir lassen die Kommunen und Sparkassen in schwerer Zeit nicht im Stich. Wir geben den Kommunen die erforderlichen Instrumente an die Hand, mit denen sie in der Coronapandemie noch besser und flexibler demokratische Entscheidungen treffen können, und wir betreiben zugleich Vorsorge für die Zukunft. Die neuen digitalen Möglichkeiten sollen den kommunalen Gremien

dauerhaft – Herr Abg. Dr. Goll – für in ihrer Schwere vergleichbare Fälle, also für Ausnahmesituationen, zur Verfügung stehen.

Unser Leitgedanke ist dabei die kommunale Selbstverwaltung. Vor Ort kann am besten darüber entschieden werden, ob das kommunale digitale Neuland betreten werden soll und wie dieses neue digitale Land aussehen soll.

Das Gesetz bietet hierfür lediglich einen Rahmen, den die Kommunen dann im Rahmen ihrer Selbstverwaltung ausfüllen. Ich vertraue hier auf die Kompetenz, die Kreativität, die Innovationskraft unserer Gemeinden, unserer Landkreise und unserer Sparkassen, und ich bin überzeugt: Wir können ihnen das auch zutrauen und können ihnen vertrauen.

Ich will der kommunalen Familie und den kommunalen Landesverbänden an dieser Stelle noch einmal herzlich für ihre konstruktive Mitwirkung bei diesem doch sehr zügig durchgeführten Gesetzgebungsverfahren danken. Es gab zahlreiche Hinweise und Impulse; es wurden einige hilfreiche Fragen zu den neuen Möglichkeiten gestellt. Wir hatten gestern auch eine Anhörung im Innenausschuss. Im Großen und Ganzen gab es sehr viel Zustimmung auch seitens der kommunalen Landesverbände. Frau Dr. Leidig und Herr Hockenberger haben darauf hingewiesen: Es gab sogar Lob. Es ist schön, wenn wir das gemeinsam erleben dürfen. Das zeigt ja auch, dass der Mut bei diesem Gesetzgebungsverfahren ein Stück weit belohnt wird.

Noch ein Wort zur Opposition: Herr Abg. Binder, selbstverständlich dürfen Sie mich kritisieren, auch hart, auch in unfairen Weise. Bitte übertreiben Sie es nicht mit Ihrer Nähe.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Das wäre höchst gefährlich.

(Abg. Sascha Binder SPD: 1,50 m Abstand!)

Dosieren Sie das Lob bitte sparsam

(Zuruf: Das hat sich in diesem Fall nicht vermeiden lassen!)

– auch wenn es sich nicht ganz vermeiden lässt.

Herr Abg. Dr. Goll, dass Sie jetzt Brandenburg sozusagen als Vorbildlösung für den Landtag von Baden-Württemberg anführen – und das in der letzten Lesung des Gesetzentwurfs –, finde ich zumindest bemerkenswert. Brandenburg hat eine Lösung für die Coronazeit. Diese ist bis zum 30. Juni befristet. Es war der Wunsch aus diesem Landtag, und es war vor allem der Wunsch der kommunalen Landesverbände: Schafft uns nicht nur eine Übergangslösung für Coronazeiten; wir wollen eine rechtssichere, dauerhafte Lösung.

(Vereinzel Beifall)

Ich bin den Koalitionsfractionen dankbar, dass sie heute eine solche Lösung beschließen werden und nicht wie in Brandenburg nur eine Lösung, die bis zum 30. Juni befristet ist. Das ist ein fundamentaler Unterschied; denn wir machen uns hier in Baden-Württemberg auf den Weg, den Kommunen solche digitalen Möglichkeiten auf Dauer zu eröffnen statt nur bis zum 30. Juni, also bis in wenigen Wochen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister, Herr Abg. Dr. Goll würde Sie gern noch etwas fragen. Lassen Sie diese Frage zu?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Selbstverständlich.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Herr Minister, ich gehe aber doch recht in der Annahme, dass die Aussage, es sei auf Dauer statt vorübergehend, nichts mit den Argumenten zu tun hat, die Ihrerseits gegen eine Telefonlösung vorgebracht wurden. Das hat mit der Frage, ob es vorübergehend oder auf Dauer angelegt ist – Verzeihung –, eigentlich nichts zu tun.

Dabei ist die Brandenburger Lösung vor zwei Wochen beschlossen worden; insofern wäre ich vorsichtig, in Bezug auf Baden-Württemberg von „Spitzenreiter“ zu reden. Zudem wurde diese Lösung in Brandenburg ja pikanterweise von CDU, SPD und Grünen beschlossen.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Verehrter Herr Kollege Dr. Goll, noch einmal: Die Brandenburger Lösung ist mit unserer Lösung überhaupt nicht zu vergleichen. Die Brandenburger Lösung hätte ich sogar – das hätte ich mir zugetraut – innerhalb der Corona-Verordnung machen können – befristet, nicht auf Dauer.

Natürlich sind die rechtlichen Anforderungen, die Sie an ein solches Gesetz richten, das nur für eine bestimmte Zeit gilt, ganz andere. Uns geht es darum, den Kommunen dauerhaft eine Möglichkeit zu schaffen und dies auf rechtssichere Art und Weise zu tun.

Das Zuschalten von Telefonen, diese Hybridlösung, steht rechtlich auf wackligen Füßen. Das kann man in einer Notzeit, befristet machen. Da sagt vielleicht auch ein Verfassungsgerichtshof oder ein Staatsgerichtshof: „Ja, befristet, für eine bestimmte Zeit könnt ihr so etwas machen, aber nicht als Dauerlösung.“

Deswegen ist das, was wir hier machen, etwas ganz, ganz anderes, dass wir nicht nur für einige Wochen, sondern durch eine Änderung der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung rechtssicher und dauerhaft eine Lösung eröffnen wollen. Der Landtag von Baden-Württemberg hat hier einen völlig anderen, einen zukunftsgerichteteren und besseren Weg eingeschlagen als die Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg.

(Vereinzelt Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister, wir wollen keine Debatte vom Zaun brechen, aber es gibt noch zwei Wortmeldungen.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ja, gern.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Lassen Sie von Herrn Abg. Karrais bzw. Herrn Abg. Dr. Schweickert – wer hat sich jetzt da hinten gemeldet? –

(Abg. Anton Baron AfD: Die sehen alle gleich aus!)

noch eine Frage zu, Herr Minister?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ja, gern. Selbstverständlich.

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Herr Minister, wie beurteilen Sie denn die Hürden für eine Kommune in Baden-Württemberg, beispielsweise eine Gemeinderatssitzung in Form einer Videokonferenz durchzuführen? Der entscheidende Unterschied zu Brandenburg ist ja anscheinend, dass das dort relativ einfach, niederschwellig geht. In Baden-Württemberg hören wir aber – auch von den kommunalen Verbänden –, dass es sehr, sehr schwierig ist, überhaupt eine Sitzung zu veranstalten.

Ich meine, Sie hatten das schon einmal angekündigt, dass Sie per Coronaverordnung so etwas wie in Brandenburg einführen könnten. Aber dass das dann nicht funktioniert hat, zeigt diese Debatte; denn die Gemeindeordnung kann nur vom Landtag geändert werden.

Ich will noch einmal auf die Frage zurückkommen und sie präzise stellen: Wie beurteilen Sie die Hürden für Kommunen für eine Sitzung in Form einer Videokonferenz?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Die Voraussetzungen dafür stehen im Gesetz, das der Landtag jetzt beschließen wird. Wir werden aber die Kommunen nicht mit dem Gesetz alleinlassen, sondern ihnen auch die Erläuterungen, die wir schon seit Mitte März immer und immer wieder geben, auch für diese schwierige Zeit, was die Interpretation des neuen Gesetzes angeht – jedenfalls aus Sicht des Innenministeriums, abgestimmt mit den kommunalen Landesverbänden –, geben.

Wenn Sie auf den grundsätzlichen Punkt abzielen, ob der Landesgesetzgeber in Baden-Württemberg die Gemeinderatssitzungen in Form einer Videokonferenz als normale Alternative zur üblichen Gemeinderatssitzung möchte, dann muss ich Ihnen sagen: Ich interpretiere den Gesetzentwurf völlig anders. Die Videokonferenz ist eine Möglichkeit für eine bestimmte Situation, also beispielsweise für eine Pandemiesituation, in der es unter Infektionsschutzgesichtspunkten einfach schwierig ist, sich körperlich zu treffen. Für solche Lagen wollen wir den Kommunen eine Hilfestellung geben, nicht aber dann, wenn die Mehrheit eines Gemeinderats der Auffassung ist: „Wir haben keine Lust mehr, zur Gemeinderatssitzung zu gehen, wir machen das jetzt bis zum Ende der Wahlperiode per Videokonferenz.“ Das wollen wir nicht. Wir wollen nicht eine nur digitale kommunale Demokratie, sondern wir wollen, dass der Regelfall die Gemeinderatssitzung ist, in der man beieinander sitzt, in der man Auge in Auge diskutiert, Argument für Argument diskutiert und anschließend, wenn man möchte, im Ratskeller zusammen noch einen Schoppen trinkt.

(Beifall – Zurufe)

Das ist unsere Vorstellung von kommunaler Wirklichkeit.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister Strobl, es gibt noch einen Wunsch nach einer Zwischenfrage aus der SPD, des Kollegen Hinderer. Lassen Sie auch die zu?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ja, selbstverständlich.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Herr Minister, Sie haben jetzt in höchsten Tönen den Gesetzentwurf der Regierungsfaktionen – dem wir zustimmen werden – ...

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Das ist schön.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** ... gelobt. Im Vergleich zu Brandenburg sei unser Weg einzigartig, auf Dauer angelegt, in die Zukunft gerichtet, unbefristet.

Wie beurteilen Sie dann genau unter diesem Blickwinkel den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU bezogen auf die Fristen von Einwohneranträgen und Bürgerbegehren? Das, was der Änderungsantrag vorsieht, ist nicht in die Zukunft gerichtet, nicht auf Dauer angelegt, sondern befristet bis zum 31. Dezember 2020.

(Zurufe, u. a. Abg. Thomas Blenke CDU: Ja, weil das ein anderes Thema ist! Das hat nichts mit Corona zu tun!)

Dazu müssen Sie auch noch etwas sagen.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Verehrter Herr Abg. Hinderer, Sie durchsteigen natürlich selbst, dass das eine mit dem anderen wirklich gar nichts zu tun hat.

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: Richtig!)

In dem einen Fall haben wir eine klare gesetzliche Regelung, die jedenfalls nach meinem Eindruck von den Koalitionsfraktionen – so, wie sie ist – für gut befunden wird, wobei man allerdings sagt: In einer so schwierigen Zeit wie jetzt brauchen wir eine faire Lastenverteilung und ist es möglicherweise etwas schwieriger, Unterschriften zu sammeln und anderes mehr. Deswegen machen wir für diese spezielle Zeit in einer Rechts-situation, die wir für in Ordnung halten, eine Ausnahme.

Der vorliegende Gesetzentwurf hingegen hat in der Substanz einen anderen Inhalt. Wir machen nicht nur jetzt für diese Zeit geschwind etwas, sondern wollen es den Kommunen für solch schwierige Zeiten dauerhaft ermöglichen, die Hochtechnologie der Videokonferenz zu nutzen. Das ist ein fundamentaler Unterschied. Aber als jemand, der eine lange kommunale Praxis in einer wunderschönen Stadt hinter sich hat, bin ich ganz sicher, dass Sie das durchaus auch selbst wissen.

Im Übrigen – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich muss Sie nochmals aufhalten. Entschuldigung, Herr Innenminister.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Das ist doch gelebter Parlamentarismus, Frau Präsidentin.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Genau. Das freut mich.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Das hatten wir schon in der ersten Lesung, und ich freue mich, wenn das Parlament die Gelegenheit wahrnimmt, lebhaft zu diskutieren.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun würden wir Herrn Abg. Dr. Schweickert noch einmal für eine Frage ans Mikrofon lassen.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Sehr gern.

**Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP:** Herr Minister, ich habe verstanden: Die Regelung soll für die Dauer sein, aber nur in Sondersituationen anwendbar. Das würde doch aber eigentlich genau dafür sprechen, wenn ich in einer solchen Sondersituation die Möglichkeit habe, jemanden, der halt nur per Telefon zugeschaltet werden kann, zuzuschalten. Das ist ja dann eigentlich die Argumentation.

Deswegen die Frage an Sie, an den Digitalisierungsminister: Können Sie den Gemeinden – ich meine damit alle, die das anwenden wollen – in Baden-Württemberg garantieren, dass jedes Gemeinderatsmitglied, egal, ob es sich beim letzten Schwarzwaldhof angeschlossen hat, diese Möglichkeit hat? Denn Ihr Ziel war ja, den letzten Schwarzwaldhof anzuschließen. Ich habe noch nie gehört, dass jetzt jeder Schwarzwaldhof angeschlossen wäre. Aber das wäre ja die Voraussetzung, um diese Hochtechnologie – um Ihre Worte zu verwenden – dann auch einzusetzen. Können Sie also garantieren, dass jeder dann auch die Möglichkeit hat, mit der entsprechenden Bandbreite diesen Weg zu nutzen? Denn wenn Sie es nicht garantieren können, Herr Minister, brauchen wir eine Rückfallebene, und die muss dann halt das Telefon sein.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Sie haben eines richtig gesagt: Wir wollen eine rechtssichere Lösung haben. Hinsichtlich der sogenannten Hybridlösung bestehen erhebliche rechtliche Bedenken. Wir haben aber auch – das will ich gar nicht verhehlen – Bedenken in der Sache, weil wir einfach der Überzeugung sind – das weiß ich aus den Diskussionen mit den Koalitionsfraktionen –, dass eine solche Sitzung auch davon lebt, dass man sich gegenseitig sieht. Mimik, Gestik spielen eine Rolle. Deswegen wollen wir auch nicht eine Technologie präferieren, die hundert Jahre alt ist – das Telefon –, sondern wollen die Zukunftstechnologie der Videokonferenz nehmen.

Keine Koalition, Herr Abg. Dr. Schweickert, wie die aus Grünen und CDU, und keine Landesregierung hat jemals so viel für die digitale Infrastruktur getan wie diese. Als wir 2016 angefangen haben, war für 70 % der Haushalte ein Internetanschluss mit 50 Mbit/s verfügbar. Wir haben inzwischen über 90 % der Haushalte mit über 50 Mbit/s angeschlossen. Das heißt, in über 90 % der Haushalte können Sie schon heute eine Videokonferenz veranstalten. Das sind 20 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2016. Jeden Tag arbeiten wir gemeinsam daran, dass wir auf 100 % kommen. Das ist ein harter Weg, aber genau das ist unser Ziel für die Zukunft.

(Beifall – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt bitte ich, die Türen zu schließen und wieder zur Ruhe zu kommen, damit wir diesen Tagesordnungspunkt weiterverfolgen können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Es wird nicht automatisch ruhiger, wenn die Türen geschlossen sind!)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Danke schön, Frau Präsidentin Kurtz.

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das digitale Neuland für die kommunalen Gremien ja auch kein außerirdischer Planet. Die bekannten und jahrzehntlang bewährten

(Minister Thomas Strobl)

Regeln für den Geschäftsgang in den kommunalen Gremien gelten selbstverständlich auch für die Sitzungen, die in Form einer Videokonferenz durchgeführt werden. Die Gemeinden, die Landkreise und die Sparkassen bewegen sich insofern also auf einem durchaus vertrauten Terrain.

Als zusätzliche Unterstützung – wir hatten ja bereits gestern im Innenausschuss darüber gesprochen – sage ich der kommunalen Familie zu: Zu den wichtigsten Aspekten werden wir ergänzende Ausführungen in eine überarbeitete Version der Hinweise des Innenministeriums für die Kommunen aufnehmen, die wir gleich zu Beginn der Coronapandemie herausgegeben hatten und seither ständig fortschreiben. Wir lassen unsere Kommunen nicht allein, sondern geben ihnen entsprechende Handreichungen für die Praxis. Diese überarbeiteten Hinweise werden wir selbstverständlich in bewährter, vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden erneut abstimmen.

Lassen Sie mich hierzu sagen: Dieser Gesetzentwurf, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist auch bundesweit ein absoluter Meilenstein für die Digitalisierung der kommunalen Gremien. Wenn ich es jetzt recht vernommen habe, werden jedenfalls, glaube ich, fast alle Fraktionen hier im Landtag von Baden-Württemberg diesem Gesetzentwurf zustimmen. Für diesen Mut und diese Innovationskraft gerade in der jetzigen schwierigen Zeit bin ich Ihnen sehr dankbar. Damit sagen wir der kommunalen Familie auch einmal mehr: Wir lassen euch nicht allein, und wir liefern auch schnell die erforderliche Unterstützung. Dafür möchte ich insbesondere auch den Koalitionsfraktionen – GRÜNE und CDU – herzlich danken.

Lassen Sie mich Ihnen bitte in diesem Zusammenhang zu guter Letzt zwei weitere Bereiche – um den Hattrick vollzumachen – nicht vorenthalten, wo Baden-Württemberg deutschlandweit Spitze ist, was die Digitalisierung und die Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie betrifft.

Zum einen sind wir bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sogar in der Lage, viele Leistungen früher online zu stellen als die eigentlich dafür zuständigen Länder. Zu nennen sind hierbei beispielsweise Leistungen wie „Meldebescheinigung beantragen“ oder „Hund anmelden“ und – in der Coronakrise besonders hervorzuheben – der Universalprozess, mit dessen Hilfe im Grunde jede Verwaltungsleistung über das Portal service-bw von den Behörden angeboten und von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden kann. Das bieten wir, das Land Baden-Württemberg, jetzt an. Die Coronakrise ist natürlich schlimm, aber sie hat der digitalen Welt schon noch einmal einen richtigen Schub gegeben.

(Zuruf: Genau!)

Schön, dass wir das im Land Baden-Württemberg tatkräftig anpacken und diesen Schub sozusagen auch auf die Straße bringen.

(Vereinzelt Beifall)

Zum anderen, Herr Abg. Dr. Schweickert, noch einmal: Wir haben beim Ausbau unserer digitalen Infrastruktur das Tempo gegenüber dem vergangenen Jahr, in dem das Niveau schon hoch war, noch einmal fast verdoppelt. Das ist natürlich etwas, was den Kommunen total nützt. Deswegen machen inzwischen auch sehr, sehr viele Gemeinden und Landkreise

von unserem Förderangebot in hohem Maß Gebrauch und investieren in Zukunftstechnologie, in Glasfaserkabel, und zwar jetzt in der Regel in jedes Haus hinein.

(Unruhe)

Das ist die Zukunftsinfrastruktur, die wir in Baden-Württemberg brauchen, bei der wir in großen Schritten nach vorn kommen.

Diese flächendeckende Versorgung der Haushalte mit schnellem Internet – das zeigt die Coronakrise noch einmal ganz besonders – ist entscheidend wichtig und der Kurs dieser Koalition, der Kurs dieser Landesregierung. Dass es für ein Flächen- und Technologieland wie Baden-Württemberg entscheidend ist, in diesem Punkt voranzukommen, hat sich noch einmal als richtig erwiesen.

Dass das Zusammenspiel von Bundesförderung und Landeskofinanzierung bei uns inzwischen so gut gelingt, zeigt auch die Tatsache, dass kein anderes Bundesland mehr Anträge auf Bundesförderung stellt als Baden-Württemberg. Unser Land investiert also nicht nur viele Hundert Millionen Euro in die digitale Infrastruktur, sondern kein anderes Land in Deutschland greift in diesem Bereich inzwischen so viel Bundeskohle ab wie Baden-Württemberg. Das freut nicht nur die Schwaben, sondern auch die Badener.

(Beifall)

Deswegen freue ich mich, Ihnen von diesem Hattrick, von diesen drei Erfolgen heute berichten zu können. Das ist ein guter Tag für die kommunale Selbstverwaltung. Das ist ein guter Tag für die kommunale Familie, der wir einen Rahmen für die Zukunft geben. Das muss doch eigentlich – um mit Herrn Abg. Hockenberger zu sprechen – ein Festtag für einen kommunalaffinen und zukunfts zugewandten Landtag wie den von Baden-Württemberg sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt? – Das ist nicht der Fall.

Jetzt bitte ich um Ihre Konzentration. Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/8027. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/8053. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Zu dem Gesetzentwurf liegen ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor. Ich werde diese Änderungsanträge an den betreffenden Stellen aufrufen und über sie abstimmen lassen.

Außerdem liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor, den ich nach der Schlussabstimmung zur Abstimmung stellen werde.

(Unruhe)

– Ich bitte noch einmal um Aufmerksamkeit. Denn die Abstimmung, die jetzt auf uns zukommt, ist wirklich komplex.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe auf

#### Artikel 1

##### Änderung der Gemeindeordnung

Hierzu liegen Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/8071-4, Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 16/8071-3, und Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/8071-1, vor.

(Unruhe)

– Herr Abg. Dr. Rülke, ich bitte Sie und Ihre Kollegen, jetzt die Plätze einzunehmen und aufmerksam an der Abstimmung teilzunehmen.

Ich lasse zunächst über Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 16/8071-3, abstimmen, der auch eine Änderung der §§ 20, 21 und 35 der Gemeindeordnung anstrebt. Sind Sie damit einverstanden, dass ich Abschnitt I dieses SPD-Antrags insgesamt zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall. Wer Abschnitt I des SPD-Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Abschnitt I mehrheitlich abgelehnt.

(Zurufe)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/8071-1, der eine Neufassung von § 37 a fordert. Wer stimmt Abschnitt I dieses Antrags zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt I mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/8071-4, abzustimmen, der die Aufnahme eines neuen § 140 a fordert. Sind Sie damit einverstanden, dass ich jetzt diesen Abschnitt I insgesamt zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall. Wer stimmt Abschnitt I dieses Antrags zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt I des Antrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU mehrheitlich zugestimmt.

Wer Artikel 1 des Gesetzentwurfs mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Eine Gegenstimme!)

– Doch eine Gegenstimme? Ich habe doch aber gefragt.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Ja, eine Gegenstimme!)

– Also gut, dann wurde nur mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

##### Änderung der Landkreisordnung

Dazu liegen Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 16/8071-3, und Abschnitt II des Ände-

rungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/8071-1, vor.

Ich lasse jetzt zuerst über Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion der SPD abstimmen, der einen neuen Absatz 3 in § 30 fordert. Sind Sie damit einverstanden, dass ich Abschnitt II insgesamt zur Abstimmung stelle? – Prima. Wer Abschnitt II des SPD-Antrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II des SPD-Antrags mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/8071-1, der eine Neufassung von § 32 a fordert. Wer stimmt Abschnitt II des FDP/DVP-Antrags zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist Abschnitt II mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über Artikel 2: Änderung der Landkreisordnung. Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 3

##### Änderung des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit

Wer stimmt Artikel 3 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 4

##### Änderung des Sparkassengesetzes

Hierzu liegt Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/8071-4, vor, der eine Neufassung von Nummer 2 fordert. Wer stimmt Abschnitt II dieses Antrags zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II des Änderungsantrags von Grünen und CDU mehrheitlich zugestimmt.

Wer Artikel 4 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 4 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 5

##### Inkrafttreten

Wer stimmt Artikel 5 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist Artikel 5 einstimmig zugestimmt.

##### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. Mai 2020 das folgende Gesetz beschlossen:“.

##### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung und anderer Gesetze“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wir kommen zur

### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/8071-2, abzustimmen, der zwei Ersuchen an die Regierung enthält. Sind Sie damit einverstanden, dass ich diesen Antrag ebenfalls insgesamt zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

#### **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des ADV-Zusammenarbeitsgesetzes und anderer Vorschriften – Drucksache 16/8011**

Hier haben sich die Fraktionen darauf verständigt, in der Ersten Beratung auf eine Aussprache zu verzichten. Auch die Regierung verzichtet hier auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Ich schlage Ihnen deswegen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/8011 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden. Dann ist es so beschlossen, und wir haben auch Punkt 6 der Tagesordnung abgehandelt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

#### **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes – Drucksache 16/8038**

Zur Begründung erteile ich das Wort Herrn Minister Peter Hauk. – Bitte.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Landtag dankbar, dass er trotz der enormen Herausforderungen durch die Coronakrise die Sachthemen und die Aufträge aus dem Regierungsprogramm nicht aus den Augen verliert.

Heute findet die Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes statt. Politisch gesehen beinhaltet dieser Gesetzentwurf sicherlich ein Thema, das innerhalb der Regierung unterschiedlich betrachtet wird. Gerade deshalb will ich allen Beteiligten für die Zusammenarbeit danken.

Fachlich betrachtet gilt unser Jagdgesetz als eines der modernsten Jagdgesetze der Länder in Deutschland. Das rührt u. a. daher, dass es nicht nur Antworten zur Jagd als solche bietet. Vielmehr ist es, wie der Name schon vermuten lässt, auch ein Wildtiermanagementgesetz, und Wildtiermanagement zielt vor allem auf die Konfliktprevention und Konfliktlösung im Umgang mit Wildtieren in unserer Kulturlandschaft. Dies zeigt uns eindeutig: Naturschutz und Jagd müs-

sen zusammen gedacht werden. Ein Jäger ist immer auch ein Naturschützer.

(Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!  
Bravo!)

Es sei mir auch gestattet, anzufügen: Deshalb müssen wir auch – das werden wir sicherlich in der nächsten Legislaturperiode machen – noch mal einen neuen Anlauf unternehmen, dass alle Wildtiere, die bejagbar sein könnten, auch dem Jagdrecht unterliegen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:  
Jawohl! Unbedingt!)

Ich glaube, das ist die zwingende Voraussetzung dafür, dass das Wildtiermanagementgesetz auch seinen Namen verdient. Der Name „Jagd- und Wildtiermanagementgesetz“ stammt ja nicht aus dieser, sondern aus der letzten Legislaturperiode. Ich denke, es ist wichtig, dass alle Wildtiere gemanagt werden und nicht nur diejenigen, die bestimmten Menschengruppen gefallen, und die anderen nicht.

Meine Damen und Herren, es gibt im JWVG nicht nur Antworten zur Jagd als solcher. Vielmehr ist auch das Wildtiermanagement ganz entscheidend. Das Wildtiermanagement zielt auf Konfliktprevention und Konfliktlösung im Umgang mit Wildtieren in unserer Kulturlandschaft. Das zeigt uns eindeutig: Naturschutz und Jagd müssen zusammen gedacht werden.

Die Landesregierung hat vor einiger Zeit den Wildtierbericht 2018 vorgelegt, den ersten Wildtierbericht eines Bundeslands in Deutschland überhaupt. Damit haben wir Neuland betreten. Es ist im Gesetz verankert, dass dieser Bericht vorgelegt werden muss. Enthalten sind darin nicht nur ein umfassender Berichts- und Analyseteil, sondern auch Empfehlungen zu jagdrechtlichen Änderungen, die im Jagdgesetz umgesetzt werden sollen.

Weitere Notwendigkeiten zur Änderung des JWVG ergeben sich aus der Verwaltungspraxis und aus der aktuellen Seuchensituation. Wir haben es in Deutschland aktuell nicht nur mit der menschlichen Seuche Corona zu tun. Vor der Haustür steht derzeit noch eine erschreckende Tierseuche, nämlich die Afrikanische Schweinepest, die nur wenige Kilometer vor der brandenburgischen Grenze in Polen bereits angelangt ist. Die Afrikanische Schweinepest ist nicht nur ein akutes Thema für unsere Landwirte, sondern auch ein akutes Thema für die tierische Produktion in Deutschland generell und damit auch für die Versorgungssicherheit in Deutschland.

In Westpolen, unmittelbar an der deutschen Grenze, war jüngst ein Seuchenausbruch zu beklagen. Brandenburg denkt zusammen mit anderen ostdeutschen Ländern derzeit darüber nach, einen festen Grenzzaun, ähnlich wie an der deutsch-dänischen Grenze, gegen Wildschweinwanderungen zu errichten; dort gibt es diesen zum Teil auch schon. Sachsen hat auch schon die Errichtung eines solchen Grenzzauns angekündigt; dort wurde auch schon entlang der Oder einiges gebaut, um – das Durchschlüpfen ist für Wildschweine kein Problem – das Eindringen von Wildschweinen, die an der ASP erkrankt sind, zu verhindern.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

(Minister Peter Hauk)

Es waren also auch aus seuchenrechtlichen Gründen einige Anpassungen im Jagdrecht notwendig.

Ich will die wesentlichen Punkte kurz darstellen. Erstens: Ein wichtiger Punkt ist die Einführung des Stadtjägers, wie es der Wildtierbericht 2018 empfiehlt. Der Stadtjäger soll konzeptbasiert zu Wildtierkonflikten beraten und notfalls auch jagen, wenn andere Mittel keinen Erfolg versprechen. Dabei ist es aber nicht so, wie manche vermuten, dass außer in Wald und Feld jetzt auch noch in der Stadt gejagt werden soll. Die Städte sind ja befriedete Bezirke, und dort darf der Jagdausübungsberechtigte generell nicht jagen. Der Stadtjäger darf es, wenn er als solcher bestellt ist. Er darf und muss es auch tun, weil wir in der Vergangenheit immer häufiger das Eindringen von Wildtieren in befriedete Bezirke zu vergegenwärtigen hatten, seien es Füchse in Degerloch, Wildschweine in Eberbach oder wo auch immer.

Es ist allfällig, dass manche Wildtiere bei der Nahrungssuche Kulturfolger sind und deshalb auf befriedete Bezirke quasi übergreifen. Ich glaube, da brauchen wir auch ein Instrument. Insoweit sind wir mit der Einführung des Instituts des Stadtjägers bundesweit Vorreiter.

Die Konflikte mit Wildtieren sollen entschärft werden. Der Stadtjäger, der mit Augenmaß reagiert, kann hier helfen und auch die kommunalen Ordnungsdienste entlasten.

Nach dem Koalitionsvertrag sollen die Wildschadensregelungen evaluiert werden. Das haben Grüne und CDU zu Beginn dieser Legislaturperiode so vereinbart, und der vorliegende Gesetzentwurf trägt dem auch Rechnung.

Die Wildschadenschätzer werden nämlich durch die Gemeinden beauftragt, aber auf Kosten desjenigen, der die Schadensschätzung wünscht. Damit wird wieder ein Vorverfahren eingeführt, das nicht mehr so kompliziert ist wie das Verfahren ehemals, das aber vermeiden hilft, dass es zu viele Gerichtsverfahren gibt. Und die Hürde, vor Gericht zu ziehen, ist natürlich für alle Beteiligten immer hoch. Sie entlastet aber verstärkt die Landwirte, weil die Herbeirufung eines Wildschadenschätzers eine deutlich niederschwelligere und kostengünstigere Variante ist, als es auf einen Streit ankommen zu lassen und vor Gericht zu ziehen. Ich erlebe ja gerade in Verwaltungsgerichtsauseinandersetzungen: Die Mühlen der Justiz mahlen zwar schon trefflich klein, aber bis sie mahlen, dauert es schon sehr lange. Ich sage einmal: Ich glaube, da haben wir jetzt einen deutlich effizienteren Weg gewählt.

Wenn die Höhe des Schadens, der geschätzt wurde, geringer ausfällt als die Kosten für den Wildschadenschätzer, bleibt der Auftraggeber generell auf den Kosten sitzen. Ich glaube, das ist eine sinnvolle Lösung, und sie wird damit auch jeden davon abhalten, aus Jux und Tollerei mal einen Wildschadenschätzer zu bestellen. Im Kern der von uns vorgeschlagenen Neuordnung des Wildschadensrechts steht nämlich das Ziel, die Befriedungswirkung zwischen den Streitparteien durch Anreize zur gütlichen Einigung zu stärken.

Nach dem Anhörungsverfahren wurde die Regelung zum Umfang des Wildschadensersatzes geändert. Es ist dabei geblieben, dass Obliegenheiten eingeführt werden, bei deren Verletzung der Wildschadensersatz gekürzt werden kann. Das ist im Prinzip nichts Neues. Das Mitverschulden kennt man gene-

rell. Aber was darunter fällt, haben bisher die Gerichte bestimmt. Da macht es Sinn, Obliegenheiten zu formulieren. Das haben die Beteiligten – also Jägerschaft und Landnutzer – im Übrigen bereits vor zehn Jahren in einem Merkblatt, also sehr informell, getan. Das ist jetzt quasi schriftlich festgehalten, und es taucht in der Gesetzesbegründung auf. Damit wird es natürlich auch insofern justiziabel, als es in Streitfällen auch durch die Gerichte herangezogen werden kann.

In diese Regelungen, die die Wildschadensverhütung und die bessere Verständigung auf der Fläche zum Ziel haben, fügen sich freiwillige Präventions- und Ausgleichssysteme ein. So werden die freiwilligen Wildschadenskassen im Gesetz bezeichnet. Der Name wird Programm sein. Die Wildschadensprävention steht im Vordergrund. Damit kann die Neuregelung ganz wesentlich zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen Landwirten und Jägern beitragen und obendrein noch unnötige Bürokratie vermeiden und die Zivilgerichte entlasten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Klimawandel macht es auch notwendig, über die Jagdzeiten nachzudenken. Die allgemeine Schonzeit wird um zwei Wochen vorverlegt, also von bisher Anfang März bis Ende April auf jetzt Mitte Februar bis Mitte April. Sie wird nicht verlängert, sie wird einfach um 14 Tage vorgezogen. Das entspricht den biologischen Gesetzmäßigkeiten. Wir haben einen früheren Vegetationsbeginn. Die Setzzeiten, die Geburtszeiten der Tiere verlagern sich nach vorn. Die Vorverlagerung der allgemeinen Schonzeit trägt dem Rechnung.

Damit ist aber im jetzigen Verfahren noch keine Aussage verbunden, wie sich außerhalb der allgemeinen Schonzeit die Jagdzeiten hinsichtlich der Wildtierarten verändern. Es gibt ja manche Mutmaßungen – auch innerhalb der Jägerschaft –, dies könnte der Freibrief dafür sein, die Jagdzeiten sofort zu verändern und beispielsweise die Jagdzeit in Bezug auf das Rehwild von Anfang Mai in den April vorzuverlegen. Dem ist nicht so.

Die Jagdzeiten sind separat in einer Verordnung geregelt. Diese Verordnung ist hier nicht Gegenstand der Debatte. Ich füge hinzu: Es ist nicht beabsichtigt, die Jagdzeiten bezüglich Rehwild vorzuverlegen.

Das Ministerium hat deshalb aufgrund der besonderen Situation, in der sich unsere Wälder derzeit befinden, mit dem Landesjagdverband und den Jägern eine gemeinsame Vereinbarung getroffen. Das Wildtiermonitoring ist ein ganz besonders wichtiges Thema. Der Abschuss auf den jetzt entstehenden Kahlflächen, auf den Käferflächen hat Vorrang.

Wir haben alle Beteiligten aufgefordert, genau dies vor Ort miteinander zu besprechen. Auch hier ist es notwendig, dass sich die Bewirtschafter – in diesem Fall die Waldbewirtschafter bzw. Waldbesitzer – und die Jäger im Prinzip miteinander verständigen und versuchen, den Schwerpunktabschuss dorthin zu konzentrieren.

Nach dem Anhörungsverfahren konnten wir auch der Forderung folgen, die Thematik des Klimawandels in den Zielen des JWMG zu verankern. Hierfür hatte sich auch der Landesjagdbeirat einvernehmlich ausgesprochen. Ich kann mich an die entsprechende Sitzung in Degerloch noch ganz gut erinnern. Da gab es auch keine Widerstände.

(Minister Peter Hauk)

Meine verehrten Damen und Herren, ich habe eingangs die ASP erwähnt. Es hat sich gezeigt, dass im Vorfeld der Seuche, insbesondere aber nach dem Ausbruch auch jagdrechtlich ein Handlungsrahmen bestehen muss. Geregelt wird dies beispielsweise durch die Möglichkeit, Daten an das Friedrich-Loeffler-Institut oder die Veterinärbehörden zu liefern. Für die Bekämpfung einer Tierseuche kann für bestimmte Gebiete oder einzelne Jagdreviere ein Betretungsverbot für Erholungssuchende angeordnet werden.

Wir haben, was die ASP betrifft, etwas mehr Vorlaufzeit, als es bei Corona der Fall war. Diese Zeit müssen wir nutzen, und diese Zeit nutzen wir auch.

Zu guter Letzt will ich noch das digitale Wildtierportal erwähnen, das im Gesetz verankert wird. Auch hier ist Baden-Württemberg wieder Vorreiter. Vom Wildtierportal werden alle profitieren: die Jagdgenossenschaften mit dem digitalen Kataster, die Sicherheitsbehörden bei Wildunfällen, die Wissenschaft bei der Wildtierforschung, die Jagdverwaltung, aber natürlich auch die Jäger, die beispielsweise ihre Streckenmeldungen abgeben können.

Mit der Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes wird die Jagd praktikabler und auch an klimatische und gesellschaftliche Herausforderungen angepasst.

Die Jägerschaft in Baden-Württemberg leistet einen immensen Beitrag zum Thema „Natur- und Artenvielfalt“.

(Beifall)

Motivieren wir sie weiter. Bremsen wir sie nicht. Motivieren und bestärken wir sie darin, die Jagd auch auszuüben. Es ist ein biologisch unbedenkliches Produkt, das erlegt wird. Es ist nachhaltig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hochwertiges Nahrungsmittel!)

– Ein hochwertiges Nahrungsmittel, biologische Produktion pur.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Schmeckt auch gut!)

– Wohlschmeckend ist es obendrein. Es kann zu jeder Jahreszeit gegessen werden.

Insofern bestärken wir die Jäger in ihrem Impetus, nicht nachzulassen.

Vielen Dank.

(Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Waidmannsheil, Herr Minister!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst hat für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Pix das Wort.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier und heute über die Änderung eines Ge-

setzes, das in Deutschland seinesgleichen sucht. Wie schon der Titel bezeugt, sprechen wir über ein Wildtiermanagementgesetz – kein Jagdgesetz im klassischen Sinn, wie es in anderen Bundesländern zu finden ist. Es ist das fortschrittlichste Gesetz seiner Art und findet weit über unsere Landesgrenzen hinaus Beachtung, sogar im ganzen deutschsprachigen Raum.

Mit der Reform des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes vor nunmehr sechs Jahren haben wir einen Paradigmenwechsel eingeläutet. Es bringt jagdliche und gesellschaftliche Vorstellungen wieder mehr zusammen, und zwar sowohl beim Tierwohl als auch beim Naturschutz. Dafür wird alle drei Jahre ein umfassender Wildtierbericht erstellt, der wissenschaftliche Erkenntnisse über die Entwicklung von Wildtieren und ihrer Lebensräume in Baden-Württemberg einbezieht. Auf dieser Grundlage werden unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, waldbaulicher, landwirtschaftlicher Erfordernisse Entscheidungen über die Bejagbarkeit und Bejagung von Wildtieren getroffen. Dafür haben wir das Gesetz in seiner Grundstruktur sehr dynamisch gestaltet und das sogenannte Dreischalenmodell entwickelt.

Ein Teil der Änderungen, über die wir jetzt debattieren, hat die Empfehlungen des Wildtierberichts als Grundlage, z. B. die Einführung eines Stadtjägers; der Minister hat es erwähnt. Damit wird auf die gestiegene Anzahl von Konfliktsituationen mit Wildtieren in unseren urbanen Gebieten reagiert.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor der großen Herausforderung, im Wald Lösungen für ein Miteinander aller Interessengruppen mit ihren berechtigten Anliegen zu finden.

Die städtische Bevölkerung sucht Erholung, Mountainbiker suchen geeignete Strecken für die Ausübung ihres Sports, gleichzeitig müssen wir den Wald als Kohlenstoff- und Wasserspeicher, als Rückzugsort für Pflanzen und Tiere, als Hort der Artenvielfalt und als grüne Lunge unserer Erde erhalten.

(Beifall)

Mit den nun vorliegenden Veränderungen haben wir ein sehr gutes Ergebnis erreicht. Gleichzeitig setzen wir Grünen als verlässlicher – ich betone es extra noch einmal: als verlässlicher – Koalitionspartner mit den Anpassungen im Jagd- und Wildtiermanagementgesetz die restlichen Vereinbarungen des Koalitionsvertrags um. Dazu gehört beispielsweise die Anpassung des Verfahrens zur Geltendmachung von Wildschäden.

Auch den Veränderungen durch den Klimawandel wird Rechnung getragen. Das ist ein für uns Grüne sehr wichtiger Aspekt. Zum einen wird der Begriff „Klimawandel“ in den Zielen des Gesetzes ergänzt, zum anderen wird mit der Verschiebung der allgemeinen Schonzeit nach vorn das klimabedingte frühere Einsetzen der Vegetationsperiode berücksichtigt und der Brut- und Setzzeit von Wildtieren Rechnung getragen. Herr Minister, wir hatten anscheinend die gleichen Redenschreiber.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wie schon heute innerhalb der Jägerschaft brauchen wir zukünftig auf allen Ebenen flächendeckend gut ausgebildetes Personal, das uns beim Erhalt unserer Wälder unterstützt. Da-

(Reinhold Pix)

rum werden in jedem Landkreis Wildtierbeauftragte eingestellt. Ihnen kommt eine Schlüsselrolle zu. Denn sie sind mit allen Beteiligten sehr gut vernetzt und unterstützen das Ziel angepasster Wildbestände.

Auch die Handlungsmöglichkeiten für eine Verringerung der Störung von Wildtieren werden erweitert. So können Wildruhegebiete nun einfacher ausgewiesen werden. Dies bringt langfristige Planungssicherheit für die Organisatoren von Großveranstaltungen wie beispielsweise dem weltweit bekannten Black Forest ULTRA Bike Marathon in Kirchzarten im Schwarzwald, bei mir im Wahlkreis. Er wurde im vergangenen Jahr leider kurzfristig zugunsten der gefährdeten Auerhuhnpopulation abgesagt.

Meine Damen und Herren, neben der Coronakrise werden wir die Klimakrise weiter konsequent bekämpfen. Durch die massiven Waldschäden aufgrund von Dürre, Borkenkäfern und Sturmereignissen droht ein weiterer Verlust großer Waldflächen, der wichtigsten Kohlenstoffsenken der Welt.

Ich sage Ihnen eines: Wir steuern auf eine massive – auf eine massive! – Waldkatastrophe zu. Die Aufgabe einzelner Waldflächen aufgrund fehlender Aufarbeitungskapazitäten ist für mich keine Option. Herr Minister, was wir jetzt brauchen, sind langfristige Perspektiven und Lösungen.

Die geplanten Maßnahmen im Notfallplan Wald sind erste Schritte. Besonders jetzt im dritten Dürrejahr in Folge hat sich die Situation im Wald aber drastisch verschärft. Darüber hinaus sind die Auswirkungen der Coronapandemie in Form fehlender Arbeitskräfte im Wald deutlich spürbar. Deshalb ist unser zukunftsweisendes Jagd- und Wildtiermanagementgesetz gerade jetzt so wichtig.

Der Regulierung unserer Schalenwildbestände in Zeiten der aktuellen Waldkrise kommt eine zentrale Bedeutung zu. Nur so können wir erfolgreich ...

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Pix, jetzt kommen Sie bestimmt zum Ende.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** ... klimatolerante Wälder erhalten und aufbauen.

Zum Schluss möchte ich mich auch im Namen der Verbände für die konstruktive Zusammenarbeit und Umsetzung der zahlreichen gemachten Vorschläge beim Ministerium, bei Ihnen, Herr Minister, bedanken.

Bei Ihnen möchte ich mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann hat als Nächster Herr Abg. Hagel das Wort für die CDU-Fraktion.

**Abg. Manuel Hagel CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrer Genehmigung zitiere ich:

*Wir leben nicht, um zu essen, sondern wir essen, um zu leben.*

Diese Grunderkenntnis von Sokrates gilt übertragen auch für die Jagd. Sicher wurde zu Beginn einer über 1,7 Millionen Jahre lebendigen Tradition gejagt, um zu leben. Die Jagd war aber in der Menschheitsgeschichte schon immer mehr als bloße Nahrungsbeschaffung. Von Anbeginn an war sie immer auch Kulturträger. Denken wir nur an die älteste Jagddarstellung auf Sulawesi oder an das kunsthistorisch einmalige Falkenbuch von Friedrich II.

Heute tragen rund 47 000 Jägerinnen und Jäger – Tendenz steigend – in Baden-Württemberg die Verantwortung für das heimische Wild sowie für die Erholungs- und eben auch Nutzlanschaft. Sie sind im öffentlichen Interesse tätig. Dafür – das möchte ich heute an dieser Stelle ganz bewusst sagen – gilt allen Jägerinnen und Jägern in Baden-Württemberg unser herzlicher Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Deshalb sehen wir, die CDU-Landtagsfraktion, die Aufgabe des Gesetzgebers gerade nicht darin, die Jägerinnen und Jäger in unserem Land zu gängeln, zu bevormunden und ihnen immer neue bürokratische Hürden aufzuerlegen, sondern es geht uns darum, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie den Anforderungen einer modernen, pluralen Gesellschaft genügen und zugleich das Waidwerk praktikabel und zukunftsfähig halten.

Interessen in Einklang zu bringen und eben nicht gegeneinander auszuspielen, das ist die große Kunst einer modernen Jagdgesetzgebung. Es geht um ein verträgliches Miteinander von Wild, Wald und Flur. Dazu bedarf es eines Kompromisses vieler Akteure. Manche hätten sich an der einen oder anderen Stelle keine, manche hätten an derselben Stelle viel weiter gehende Änderungen gewünscht. Dass sich daher nicht alle Akteure immer zu 100 % wiederfinden, liegt ganz in der Natur eines Kompromisses.

Mit der vorliegenden Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes ist aber ein guter Interessenausgleich gelungen. Dafür allen beteiligten Verbänden, allen beteiligten Mitarbeitern, aber allen voran unserem Minister für ländlichen Raum, Peter Hauk, unser aller herzlicher Dank.

(Beifall)

In fünf Punkten möchte ich in aller Kürze begründen, warum dies so ist.

Erstens: Die Novelle trägt der Hege und Pflege des Wildes Rechnung. Weil gerade Wildtiere in der Brut- und Setzzeit auch außerhalb des Waldes eines besonderen Schutzes bedürfen, erweitern wir den Handlungsrahmen zur Verringerung der Störung und Beunruhigung von Wildtieren deutlich.

Zweitens: Der Entwurf trägt zudem den wechselseitigen Interessen von Jägerschaft und unseren Bauernfamilien Rechnung. Die Pflicht zur gegenseitigen Rücksichtnahme und zur Absprache zwischen jagenden und bewirtschaftenden Personen vermeidet künftige Konflikte. Die Einführung einer freiwilligen Wildschadenskasse ist Ausdruck dieses Miteinanders und unterstreicht die Haltung der CDU-Fraktion, Landwirtschaft und Jägerschaft nicht in Widerstreit zu stellen.

(Beifall)

(Manuel Hagel)

Drittens: Mit der Schaffung des Instituts der Stadtjägerin und des Stadtjägers sind wir in Deutschland vorn dabei. Dadurch wird nach festgelegten Maßgaben die Jagd in befriedeten Bezirken möglich.

Viertens: Die Handlungsmöglichkeiten zur Tierseuchenprävention und Tierseuchenbekämpfung werden erweitert. Wenn Gefahren abgewehrt werden müssen, kann nun auf Flächen gejagt werden, wo ansonsten die Jagd ruht. Auch kann die Jagd im Einzelfall angeordnet oder eben auch untersagt werden.

Fünftens: Mit dem Aufbau eines Wildtierportals nutzen wir zudem noch intensiver die Chancen der Digitalisierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das alles sind gute Schritte einer modernen Jagdgesetzgebung. Allerdings möchte ich nicht verhehlen, dass wir, die CDU-Landtagsfraktion, uns durchaus noch den einen oder anderen weiteren Schritt hätten vorstellen können. Aber nicht nur zwischen Wald, Wild und Flur, auch in einer Koalition bedarf es eines Interessenausgleichs.

Und dennoch: Mittelfristig gehört der Wolf ins JWMG. Denn das Naturschutzgesetz ist eben ein Schutzgesetz; beim Wolf brauchen wir aber ein Managementgesetz wie das JWMG – auch dann, wenn er zunächst unter das Schutzmanagement fallen würde.

(Zurufe)

Fakt ist, dass wir davon ausgehen müssen, dass sich der Wolf auf Dauer weiter ausbreiten wird und seine Population zunimmt. Die Weidetierhalter in unserem Land brauchen deshalb eine Perspektive. – Damit ist auch klar, dass zumindest Reinhold Pix und ich nicht denselben Redenschreiber haben.

(Beifall)

Trotz dieses Wermuttopfens: Die Änderungen sind zeitgemäß und überzeugend. Der Historiker Klaus Hildebrand hat es auf den Punkt gebracht: Es geht um eine „Politik der Diagonale“; insofern muss Regierungspolitik immer die Diagonale im politischen Diagramm der Koalitionspartner sein. Diese Diagonale zu ziehen ist Minister Peter Hauk genauso gelungen, wie ihm der Interessenausgleich zwischen Wald, Wild und Flur gelungen ist. Die CDU-Fraktion wird der Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes daher zustimmen.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster hat Herr Abg. Gall für die SPD-Fraktion das Wort.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heute vorgelegten Gesetzesentwurf wird das Jagd- und Wildtiermanagement weiterentwickelt. Es wird den Entwicklungen der letzten Jahre Rechnung getragen, und es werden Erfahrungen berücksichtigt, die man machen konnte.

Ich will es gleich am Anfang sagen: Das halten wir für notwendig und für richtig, und wir unterstützen dies auch. Wir

wundern uns aber trotzdem ein bisschen, dass dies heute gemacht wird.

Warum wundern wir uns? Ich kann mich noch daran erinnern, wie es war, als wir 2014 hier in diesem Saal ein entsprechendes Gesetz diskutiert haben, vorgelegt von einem grünen Landwirtschaftsminister. Herr Röhm, Sie waren damals ein sehr aktiver Zwischenrufer.

(Zuruf)

Damals war die Rede von einer Spaltung der Gesellschaft, die dieses Gesetz verursachen würden. Es war von einer „Diktatur des Naturschutzes“ die Rede.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

– Das habe ich auch nicht behauptet. Ich habe nur gesagt, dass Sie viele Zwischenrufe getätigt haben. Es war damals, glaube ich, Kollege Reuther, der dies geäußert hat.

Sie von der CDU haben deutlich zum Ausdruck gebracht, dass Sie dieses Gesetz rückgängig machen würden, sobald Sie an der Regierung sind. Heute stelle ich fest: Sie machen gar nichts rückgängig;

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie bestätigen, was damals gemacht worden ist,

(Beifall)

und loben es, wie man es gar nicht mehr loben kann.

Sie ergänzen es heute – richtigerweise; ich wiederhole mich da –, beispielsweise durch die Aufnahme der Begrifflichkeit „Klimaschutz“ auch im Jagd- und Wildtiermanagementgesetz. Sie berücksichtigen dabei einfach die Tatsache, dass einwandernde Tierarten – die auf welchen Wegen auch immer hierherkamen – wirklich zu Problemen bei uns im Land führen. Der Minister hat selbst das Thema Tierseuchen angesprochen; auch deshalb ist diese Änderung erforderlich.

(Zuruf)

Wir begrüßen, dass Sie einer von uns bereits seit Langem thematisierten Entwicklung Rechnung tragen, nämlich der Tatsache, dass Wildtiere zunehmend auch in Städten und Dörfern vorzufinden sind. Deshalb ist es tatsächlich richtig, dass sich nicht nur ein Wildtierbeauftragter um dieses Thema kümmert, sondern sich zukünftig auch ein Stadtjäger oder eine Stadtjägerin dieses Themas annehmen wird.

Richtig ist auch, dass ein digitales Wildtierportal eingeführt wird. Es bleibt zu hoffen, dass dies auch funktioniert; in diesem Bereich sollte es möglich sein. Wichtig ist dabei vor allem, dass diejenigen, denen es zur Verfügung gestellt wird, es auch in großem Umfang nutzen.

Offensichtlich – darüber habe ich mich gewundert, aber das wird schon so sein – gibt es auch Handlungsbedarf insofern, als Pachtverträge nichtig werden sollen, wenn sich eine Jagdgenossenschaft in den zurückliegenden sieben Jahren nicht ein einziges Mal getroffen hat. Dies wundert mich schon; zeugt es doch nicht gerade von Verantwortungsbewusstsein

(Reinhold Gall)

dieser Jagdgenossenschaft, weshalb diese Regelung offensichtlich auch erforderlich ist. Wir tragen dies mit.

Mit großer Verwunderung nehmen wir den neu eingeführten § 53 a zur Kenntnis, in dem Sie einen Schadensausgleich für Schäden regeln, die der Luchs verursacht. Dies verwundert deshalb, weil es im Prinzip genau der Regelung entspricht, die wir für Schäden, die durch den Wolf verursacht werden, für erforderlich halten. Das haben wir hier auch wiederholt diskutiert. Da sind Sie aber nicht bereit, eine solche Regelung ins Gesetz aufzunehmen.

(Zurufe)

Es gibt aber keine vernünftigen Gründe, dies nicht zu tun. Das ist ein echtes Defizit und ist nicht allein dadurch begründbar, dass Sie sich in der Regierung einfach nicht einig sind.

(Beifall – Zuruf: Vollkommen richtig!)

Ich will deutlich sagen: Diskussionsbedarf haben wir beim Thema „Allgemeine Wildruhe im Frühjahr“. Es gibt gute Gründe, dies so, wie es beabsichtigt ist, vorzuziehen; es gibt aber auch gute Gründe, dies nicht zu tun. Es ist letztendlich eine Abwägungsfrage. Deshalb bitten wir ganz einfach darum, dass wir uns im Ausschuss noch einmal sachlich mit diesem Thema auseinandersetzen und vielleicht auch nach Möglichkeiten suchen, diese guten Gründe nicht in Schwarz-Weiß-Manier zu betrachten, sondern zu fragen, ob es Kompromissmöglichkeiten in diesem Bereich gibt.

Klar will ich sagen: Keine Zustimmung werden wir zur Duldungspflicht zur Jagdausübung durch Dritte erteilen. Das machen wir nicht mit, weil dies ein nicht unerheblicher Grundrechtseingriff ist, den wir für nicht erforderlich halten, weil wir die Möglichkeiten im jetzigen Gesetz als ausreichend erachten.

Ergo, in der Summe: Die Novellierung des Gesetzes ist im Großen und Ganzen gut und richtig und wird von uns mitgetragen. In Einzelpunkten ist diese aber nicht erforderlich; deshalb werden wir unsere Zustimmung davon abhängig machen, ob Sie in der Diskussion im Ausschuss zu dem einen oder anderen Kompromiss fähig sind.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat gleich Herr Abg. Stein das Wort für die AfD.

**Abg. Udo Stein** AfD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute die Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes auf der Tagesordnung.

Ganz unscheinbar wirkt in Ihrem Gesetzentwurf die Änderung eines Halbsatzes, dass für Eigenjagdbesitzer die Pacht-höchstfläche von 1 000 ha nicht mehr gelten soll. Sie sollen zapachten können, ohne im gleichen Umfang weiterverpachten zu müssen. Zum Ausgleich sollen Dritte in entsprechendem Umfang an der Jagdausübung beteiligt werden. Das bedeutet, dass z. B. die Gemeinde oder der private Großgrundbesitzer die gleiche Fläche nicht mehr verpachten muss, sondern irgendwelche abhängigen Erfüllungsgehilfen – möglicherweise mit einem Jagderlaubnisschein – einsetzen kann. Diese Regelung ist nicht nur unsozial, weil dadurch immer

weniger Jäger eigenverantwortlich die Hege und die Pflege des Wildes betreiben können, sondern sie greift durch die Hintertür auch massiv in das bewährte Reviersystem ein.

Aber ich finde, der dickste Bock, den Sie geschossen haben, ist, dass zukünftig Anordnungen, die bei der Abschusserfüllung im Einzelfall notwendig sein können, z. B. wenn der Wildbestand – angeblich – zu hoch ist, nicht durch den Jagdausübungsberechtigten, sondern gleich durch Dritte umgesetzt werden können. Das nenne ich – Herr Hagel, da muss ich Ihnen jetzt ganz massiv widersprechen –

(Zurufe)

eine massive Entmündigung und einen Eingriff ins Jagdausübungsrecht.

(Beifall)

Es ist schön, wenn Sie immer von der Freiheit der Jäger reden; aber so ein Eingriff hat mit Freiheit nichts, aber überhaupt gar nichts mehr zu tun.

(Beifall)

Es gibt aber auch Neuerungen, die wir begrüßen und die wir mittragen – allerdings unter gewissen Bedingungen. Das Wildtierportal und die Digitalisierung sind Schritte in die richtige Richtung. Diese tragen wir mit, jedoch lehnen wir den personellen Aufwuchs in der aktuellen Situation – wir wissen nicht, was durch Corona auf uns zukommt – vehement ab. Ich würde mir dort die Umwidmung einer Stelle wünschen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Einführung eines Stadtjägers begrüßen wir. Das ist schon lange nötig, damit man auch in befriedeten Bezirken eingreifen kann. Viele Wildtiere sind in der Stadt aktiv: Füchse, Waschbären, zum Teil sogar Wildschweine. Dort muss man eingreifen können.

Die Maßnahme zur Verringerung der Störung von Wildtieren gehört ebenfalls zu den Punkten, die wir unterstützen. Aber, Herr Pix, nach dem, was ich von Ihnen gehört habe und was ich zwischen den Zeilen gelesen habe, habe ich doch sehr stark die Vermutung, dass versucht werden soll, den Rehwildabschuss und auch die Jagdzeiten zu verändern. Der Minister hat das jetzt zwar nicht gesagt, aber wenn ich Sie von der Waldrettung und der ganzen Klimageschichte reden höre, dann darf ich doch daraus schließen, dass Sie vehement gegen das Rehwild vorgehen werden. Das werden wir nicht dulden, und dem werden wir auch nicht zustimmen.

(Beifall)

Herr Minister, es hat mich schon etwas beruhigt, dass Sie gesagt haben, die Änderung der Jagdzeit betreffe nicht die einzelnen Jagdzeiten der Wildtiere. Denn ich habe, als ich den Gesetzentwurf durchgelesen habe, schon mit einiger Sorge darauf geschaut, ob die Veränderung der Jagdzeit nicht einen Eingriff in die Raubwildjagd bedeutet. Ich hoffe, dass das nicht der Fall ist. Aber wenn Sie die Jagdzeit früher beenden möchten, dann fehlen uns zwei Wochen bei der Raubwildjagd. Sollte das kommen, dann ist alles, was wir bisher mit der Aktion für das Niederwild angestrengt haben, wirklich dahin.

(Udo Stein)

Denn auch das Raubzeug gehört massiv bejagt. Im Ausschuss werde ich schon darauf achten, dass wir das beibehalten.

Insgesamt kann ich sagen: Ich bin von der CDU massiv enttäuscht. Die CDU hat es geschafft, das Ministerium zu bekommen. Sie haben einen schwarzen Minister hineingesetzt. Aber das, was hier in die Tat umgesetzt wird, ist rein grüne Politik. Deshalb werden wir das definitiv ablehnen.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt spricht für die FDP/DVP-Fraktion Herr Abg. Hoher.

**Abg. Klaus Hoher** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Novellierung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes begrüßen wir sehr. Sie ist natürlich notwendig. Schon im April 2019, also bereits vor einem Jahr, ist der erste Wildtierbericht erschienen. Er enthält eine ganze Reihe von Anpassungsempfehlungen, die der vorliegende Gesetzentwurf nun umsetzen soll.

Die Verbändeanhörung wurde im Dezember und Januar durchgeführt. Die Verbände haben sich zu einigen Änderungen im Gesetzentwurf positiv geäußert. Zustimmung bekommen hat die Einführung des Wildportals, das zunächst Verwaltungskosten verursacht, einmalig 500 000 € zur Einrichtung des Portals, dann 45 000 € Betriebskosten und zwei Personalstellen. Dafür sollen zukünftig Jägerinnen und Jäger entlastet werden, und der Erfüllungsaufwand der Wirtschaft soll ebenfalls sinken.

Auch die Einführung der Stadtjägerinnen und Stadtjäger wurde von den meisten Verbänden begrüßt. Sie sollen auf kommunaler Ebene künftig beratend und unterstützend in befriedeten Bezirken eingesetzt werden, also dort, wo Mensch und Wildtier nun immer häufiger aufeinandertreffen.

Die Anhörung hat aber auch Ablehnung erbracht, nämlich hinsichtlich der Veränderung der Schonzeit und bei offenen Fragen zum Ausgleich von Wildschäden. Diese Kritik an dem Gesetzentwurf, insbesondere vom Landesjägersverband, gilt es ernst zu nehmen und zu berücksichtigen.

Wir, die Liberalen, sehen die Neuordnung der Wildschadensregulierung kritisch. Im Vordergrund steht immer die Vermeidung von Schäden.

(Vereinzelt Beifall)

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Bewirtschaftern und Jägerschaft ist unerlässlich. Klar ist, dass nicht immer ein einfacher Konsens zwischen den beteiligten Personen gefunden werden kann. Sollte der Konsens nicht gefunden werden und es zum Streit kommen, dann braucht man einen Mediator, einen Streitschlichter, besonders wenn es um einen Ausgleich von Schäden geht.

Am besten geeignet ist dafür natürlich eine neutrale Instanz, deren Einschätzung mehr Akzeptanz findet. Ob allerdings die vorgesehene Benennung eines Wildschadenschätzers durch die Gemeinde der Weisheit letzter Schluss ist, wird sich anhand der Akzeptanz und Bürokratie erst noch zeigen müssen.

Wir Liberalen kritisieren auch die Verschiebung der Schonzeit. Die Verlegung der Schonzeit um zwei Wochen nach vorn soll wegen der veränderten Klimaverhältnisse und aufgrund wildtierbiologischer Erkenntnisse notwendig sein – also dem Tierwohl dienen, so die Begründung der Landesregierung. Die Verschiebung der Schonzeit wird vom Landesjägersverband und vom Landestierschutzverband – zwei Verbände mit viel Wissen um das Tierwohl – aber ganz klar abgelehnt. Wir halten diese starre Regelung der Jagdruhe für untauglich.

(Beifall)

Sie hat sich nicht bewährt und sollte aus unserer Sicht durch artbezogene Jagd- und Schonzeiten ersetzt werden.

Ich möchte dazu sagen: Wir sind nicht so ganz zufrieden mit diesem Gesetzentwurf und werden selbstverständlich einen oder mehrere Änderungsanträge bei der zweiten Lesung einbringen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit können wir die Aussprache in der Ersten Beratung beenden.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/8038 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu überweisen. – Damit sind Sie einverstanden, und das ist so beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Eigenbetriebengesetzes, des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit und der Gemeindeordnung – Drucksache 16/8012**

Hierzu haben sich die Fraktionen darauf verständigt, in der Ersten Beratung auf die Aussprache zu verzichten. Auch die Regierung verzichtet auf die mündliche Begründung des Gesetzentwurfs. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/8012 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration zu überweisen. – Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen, und wir haben Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 22. April 2020 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksachen 16/8019, 16/8023**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Köbler**

Hierzu hat das Präsidium für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst hat das Wort Herr Abg. Frey für die Grünen.

**Abg. Josef Frey** GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank an die Landesregierung für diesen europapolitischen Bericht.

In den letzten Wochen wurden über hundert Patientinnen und Patienten aus dem Elsass und aus Lothringen auf Intensivstationen in deutschen Krankenhäusern, darunter auch Einrichtungen in Baden-Württemberg, aufgenommen. Auch andere europäische Länder haben ihre Hilfe angeboten und Patienten aus den besonders schwer betroffenen Gebieten aufgenommen. Dadurch konnten effektiv viele Leben gerettet werden.

(Beifall)

Dies zeigt, dass die europäische Solidarität lebt.

Leider mussten wir aber auch erleben, wie schnell in der Coronakrise der Weg zurück in die Kleinstaaterei gegangen wurde, wie schnell das Erreichte aus jahrzehntelanger europäischer Integration und gute Nachbarschaftsbeziehungen aufs Spiel gesetzt wurden. Statt gemeinsamer regionaler Konzepte zur Eindämmung der Epidemie sehen wir bis heute an den baden-württembergischen Grenzen zu Frankreich und zur Schweiz geschlossene Grenzübergänge und schwer vermittelbare Auflagen für Berufspendler.

Es ist jetzt an der Zeit, mutige, gemeinsame Schritte zu unternehmen und die Grenzen Schritt für Schritt zu öffnen.

(Beifall)

In zwei Monaten übernimmt die Bundesregierung die EU-Ratspräsidentschaft. Ein „Weiter so!“ in der deutschen Europapolitik, bestehend wahlweise in Nichtstun oder Blockieren, darf es nicht mehr geben. Die Bundesregierung muss die EU-Ratspräsidentschaft nun endlich dazu nutzen, den Mehrjährigen Finanzrahmen verbindlich aufzustocken, um vor allem den Green Deal umzusetzen. Dabei kommt es aber nicht nur auf das „Wie viel?“, sondern auf das Wie an. Einfach mehr Geld für alte Politik kann nicht die Krisenantwort sein.

(Beifall)

Wir haben die einmalige Chance für eine sozial-ökologische Transformation der europäischen Wirtschaft und dafür, den sozialen Zusammenhalt ins Zentrum zu stellen. Die wirtschaftliche Stabilisierung aller Branchen sollte nur in Form von konditionierten Hilfsmaßnahmen erfolgen, die den Erhalt von Arbeitsplätzen mit Klimaschutz verbinden. Alle konjunkturellen Maßnahmen müssen wir jetzt an der Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens ausrichten.

(Beifall)

Eine Verschiebung des Klimaschutzes können wir uns nicht leisten, und dies wäre auch wirtschaftlich falsch. Das heißt, jetzt erst recht brauchen wir eine europäische Koordinierung; jetzt erst recht brauchen wir den europäischen Green Deal.

In der Coronakrise dürfen die nationalen Regierungen nicht die gleichen Fehler machen wie in der Eurokrise. Die EU braucht jetzt eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik. Durch die Versäumnisse der Regierungen wird die Europäische Zentralbank immer wieder zum Ausputzer. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 5. Mai zum Anleihekaufprogramm der EZB zeigt hier zweierlei: Unser Rechts-

staat funktioniert und mahnt zu Recht an, dass EU-Politik nicht an der deutschen Verfassung vorbei möglich ist. Zum anderen zeigt das Urteil, dass die Regierungen der EZB nicht den Schwarzen Peter zuschieben können, sondern selbst Verantwortung übernehmen müssen, und dass die Legislative bei solchen Aktionen gefragt werden muss.

Europa ist schwach, wenn es gespalten ist, und stark, wenn es zusammenhält.

Diesen europäischen Zusammenhalt gilt es wiederzubeleben, so, wie es bei der Übernahme von französischen Patientinnen und Patienten in der Coronakrise geschehen ist. Nutzen wir diese Krise für eine stärkere Solidarunion mit dem Green Deal als ökonomisch erfolgreiche Strategie für die Zukunft Europas!

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächste spricht Kollegin Isabell Huber für die CDU.

**Abg. Isabell Huber** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns heute mitten in der Europawoche. Am Samstag ist Europatag, und morgen können wir auf 75 Jahre Frieden in Europa zurückblicken.

Erinnern wir uns also in diesen schweren Zeiten auch an die Vergangenheit. So hat Robert Schuman in seiner Erklärung 1950 gesagt – ich zitiere –:

*Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Taten entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.*

Solidarität ist gerade in dieser Coronakrise mehr denn je gefragt, und mehr denn je steht Europa, steht Deutschland und – ja – steht Baden-Württemberg für diese Solidarität der Tat.

(Beifall)

Etliche Mitgliedsstaaten haben Schutzausrüstungen nach Italien geliefert. Herr Frey hat es angesprochen: Baden-Württemberg hat zahlreiche schwer kranke Coronapatienten aus Frankreich und Italien aufgenommen und behandelt, und das in einer Zeit, in der wir Baden-Württemberger nicht wussten, wie sich die Situation in unseren Krankenhäusern entwickelt. Darauf bin ich stolz. Ich bin stolz, Baden-Württembergerin zu sein – und eben auch Europäerin.

(Beifall)

In Europa wird gemeinsam an verschiedenen Maßnahmen in den verschiedensten Bereichen gearbeitet. Erst am vergangenen Montag hat die Geberkonferenz der EU ein sehr wichtiges Ziel erreicht: 7,4 Milliarden € stehen für die Erforschung von Diagnostika, Medikamenten und Impfstoffen gegen Covid-19 zur Verfügung. Mehr als 40 Länder und Organisationen haben sich daran beteiligt, selbstverständlich auch Deutschland. Denn die Pandemie ist eine Herausforderung für alle; deshalb können wir sie auch nur gemeinsam besiegen. Deswegen ist dies ein wichtiges Signal, ein Signal der Hoffnung in so schweren Zeiten für alle.

(Isabell Huber)

Im Bereich der Wirtschaft hat die EU bislang 3,4 Billionen € mobilisiert, um Arbeitsplätze zu retten und von der Krise betroffene Unternehmen zu unterstützen. Denn, wie der Wirtschaftskommissar gestern sagte:

*Europa erlebt einen wirtschaftlichen Schock ohne Präzedenzfall ...*

Dem müssen wir gemeinsam entschlossen entgegenreten. Das machen wir auf allen Ebenen. Dafür bin ich auch unseren Ministern hier in Baden-Württemberg, allen voran Guido Wolf und Nicole Hoffmeister-Kraut, dankbar.

(Beifall)

Auch die Kommission handelt;

(Zuruf)

Minister Wolf hat das heute Morgen bereits angesprochen. Bis zu 100 Milliarden € stehen für die Einführung oder Verlängerung nationaler Kurzarbeitsregelungen zur Verfügung. Wir versuchen auf allen Ebenen, die Arbeitslosigkeit so gering wie möglich zu halten. Liquiditätsmaßnahmen zur Unterstützung von besonders hart betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen werden zur Verfügung gestellt. 37 Milliarden € werden den Mitgliedsstaaten aus übrigen Mitteln der Strukturfonds als Investitionsinitiative zur Verfügung gestellt. Europa handelt. Europa hilft.

All diese Pakete und Maßnahmen sind essenziell, um die unmittelbaren Folgen der Pandemie zu bekämpfen. Da bin ich allen Ebenen dankbar, die hier an einem Strang ziehen: Europa wie Deutschland und auch Baden-Württemberg.

Dabei ist es auch verständlich – Kollege Frey hat es angesprochen –, dass die Entscheidungsfindung nicht immer einfach ist. Aber wir arbeiten zusammen. Wir suchen Lösungen. Wir suchen Kompromisse, und wir finden auch welche.

Gleichzeitig müssen wir dabei auch den Blick nach vorn wagen. Denn für einen dauerhaften Erfolg wird es auf Investitionen ankommen, die die wirtschaftlichen Folgen langfristig im Blick haben. So sollte beispielsweise der Mehrjährige Finanzrahmen 2021 bis 2027 flexibel an der Krise ausgerichtet werden.

Europa erlebt schwierige Zeiten. Alle Mitgliedsstaaten sind hier betroffen. Im Vordergrund allen Handelns stehen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen und Unternehmen. Die EU handelt, ganz im Sinne von Robert Schuman, mit Solidarität der Taten.

Sie kann aber nur weitergehen, wenn wir alle mitgehen, wenn wir alle Verantwortung übernehmen. Lassen Sie uns deshalb weiterhin dazu beitragen, diese Solidarität mit konkreten Taten zu füllen. Wir alle können hier unseren Beitrag leisten. Wir alle tragen Verantwortung für unser Land, für unser Europa.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat Frau Kollegin Wölflé für die SPD das Wort.

**Abg. Sabine Wölflé SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Berichte über aktuelle europapolitische Themen sind eigentlich auch immer ein Rückblick und sollen diesem Parlament vor allem als Informationsgrundlage dienen. Interessant ist dieses Mal aber weniger der Rückblick als die aktuelle Lage innerhalb der EU vor dem Hintergrund der Coronapandemie.

Wir stehen in der Tat vor der Entscheidung, ob diese Europäische Union sich ihrer Verantwortung als Solidargemeinschaft der Mitgliedsländer sieht und wie wir gemeinsam die Folgen dieser Pandemie wirtschaftlich, gesellschaftspolitisch, aber vor allem auch sozial meistern.

(Beifall)

Denn der vorliegende Bericht zeigt sehr deutlich auf, wo die Grenzen und wo auch die Chancen liegen. Die Grenze ziehen wir als Sozialdemokraten und überzeugte Europäer vor allem da, wo ein Rückzug in die Nationalstaatlichkeit beginnt. Viele Mitgliedsstaaten haben ohne Absprachen zu Beginn der Pandemie einfach ihre Grenzen geschlossen, und auch die Bundesrepublik zog am Ende irgendwann mit. Dies hatte stellenweise Folgen, die vorhersehbar gewesen wären: Warenverkehr und Lieferketten kamen ins Stocken, Arbeitskräfte aus dem EU-Raum kamen nicht mehr über die Grenzen zu ihren Arbeitsstellen, ja, sogar Familien und Paare wurden zeitweilig getrennt oder sind es immer noch.

Gleichzeitig aber gab es grenzüberschreitende Hilfeleistungen. Wir haben gerade vom Kollegen Frey davon gehört. Das war natürlich eine ganz tolle Geschichte, auf die wir auch zu Recht stolz sein können.

Mit jedem Tag seit Ausbruch von Covid-19 wuchs aber auch die innereuropäische Solidarität. Genau hier ist auch die Chance für unseren Kontinent zu sehen. Corona hat gezeigt, dass wir Krisen einfach besser gemeinsam meistern können – vor allem, wenn wir auf die Zeit nach Corona schauen; und wir werden auch hier umdenken müssen. Denn die Produktion systemrelevanter Güter, vor allem die Rückholung von Pharmaunternehmen oder Herstellern von Medizinprodukten, zurück in die Europäische Union muss eine der wichtigen Konsequenzen dieser Erfahrungen der vergangenen Wochen sein.

(Beifall)

Wenn wir die Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft betrachten, wird zudem mehr als deutlich, dass wir uns nur mit der Wirtschaftskraft der gesamten Europäischen Union international und global behaupten können. Nur gemeinsam haben wir dem aggressiven Vorgehen Chinas oder der USA etwas entgegenzusetzen. Vor allem wird uns auch der Europäische Binnenmarkt helfen, wirtschaftlich wieder nach vorn zu kommen.

Was aber vor dem gleichen Hintergrund Grund zur Sorge gibt, ist die Auffassung mancher Mitgliedsstaaten zum Thema Rechtsstaatlichkeit. Hier müssen wir auf die Einhaltung unserer miteinander geschlossenen Vereinbarungen in ihren Grundlagen bestehen. Die Europäische Union ist keine Einbahnstraße, wo manche nur nehmen und meinen, sie könnten einseitig profitieren, und alles andere interessieren sie nicht. Das, was Polen, Tschechien und Ungarn sich hier herausnehmen, wurde zu

(Sabine Wölfe)

Recht erst kürzlich vor dem Europäischen Gerichtshof als Verstoß gegen EU-Recht verurteilt.

(Beifall)

Die Corona-Notstandsgesetze Ungarns sind nicht nur undemokratisch, sie sind ein Beweis dafür, dass Ungarn längst Maß und Mitte verloren hat und es hier dringend mehr Sanktionierungen geben muss.

(Zurufe)

Insofern ist der Ansatz der EU-Kommission, Fördermittel künftig an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit zu koppeln, der richtige Ansatz. Manches funktioniert eben nur über den Geldbeutel.

Ein weiterer wichtiger Teil des Berichts ist die Flüchtlingspolitik. Hier herrscht nur Einigkeit in Bezug auf Grenzsicherung und Abschottung. Die humanitäre Katastrophe in den Flüchtlingslagern in Griechenland hat bisher leider nicht zur Einsicht geführt, dass wir europaweit endlich ein funktionierendes und verlässliches Verteilungssystem mit verbindlichen Quoten brauchen.

(Zurufe)

Auch das Thema Brexit spielt natürlich im Bericht eine Rolle. Noch immer liegen die Positionen der Europäischen Union und des Vereinigten Königreichs weit auseinander. Die Frage, wie eine zukünftige Partnerschaft aussehen könnte, liegt auf Eis. Ich erlaube mir die Bemerkung, dass auch Großbritannien die Folgen des Brexits noch zu spüren bekommen wird und sich hier manch einer am Ende wünschen wird, doch noch Mitglied in dieser Solidargemeinschaft der Europäischen Union zu sein.

(Beifall)

Tatsächlich müsste ein Freihandelsabkommen bis Oktober oder November dieses Jahres vorliegen, um den Ratifizierungsprozess bis Ende 2020 auch abschließen zu können. Das ist aktuell sehr unwahrscheinlich, es sei denn, Premier Johnson gibt seine harte Haltung zur Verlängerung des Übergangszeitraums doch noch auf.

Meine Redezeit ist schon beendet. Ich wollte noch etwas zum Finanzrahmen sagen, aber das haben die Vorredner eigentlich schon getan. Das wunderbare Schuman-Zitat hat Herr Kollege Fink heute schon gebracht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat für die AfD Herr Abg. Sänze das Wort.

(Zurufe)

**Abg. Emil Sänze** AfD: Sie freuen sich schon. Schön. Es ist ja schön, dass ich Freude verbreiten kann. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nur kurz auf die wichtigsten Punkte des Europaberichts eingehen.

Erstens: Corona. Die EU hat in der Coronakrise versagt.

(Vereinzel Beifall)

Die Nationalstaaten haben die Situation gerettet, nicht die EU. Das, was die EU jetzt tut, ist, Geld einzusammeln. Und wer bezahlt es? Wir bezahlen es mal wieder.

Zweitens zum Thema Brexit: Auch hier hat die EU versagt. Großbritannien wird angesichts der Arroganz der EU wohl nichts anderes übrig bleiben, als auf die WTO-Regeln zurückzufallen. Das wird uns Tausende von Exportarbeitsplätzen kosten, das wird uns viel Geld kosten. Und ich bin mir ganz sicher: Würden wir mit Großbritannien einen bilateralen Vertrag aufsetzen, hätten wir die Situation schon lange im Griff.

Drittens zur Konferenz der Zukunft der EU: Sie wissen genau, welche EU Sie wollen. Tun Sie also nicht so, als würden Sie ergebnisoffen diskutieren. Wie ergebnisoffen das ist, haben wir heute Morgen gesehen.

(Beifall)

Viertens: Als Nächstes soll das muslimische Armenhaus Europas aufgenommen werden, ein Hotspot der Kriminalität. Ich kann Sie nur beglückwünschen. Tun Sie das. Das wird nämlich die Implosion der EU beschleunigen. Noch einer, der mitredet.

Fünftens zum Thema „Mehrjähriger Finanzrahmen“: Die Deutschen sind auf dem Weg, zum Armenhaus der EU zu werden, weil sie die Party nämlich bezahlen müssen. Sie, Herr Köbler, wissen es: Nahezu 40 % aller Verbindlichkeiten und Haftungseigenschaften der EU übernehmen wir. Und wenn der Euro implodiert, haben wir das an der Backe.

(Zuruf)

– Nein, das ist schon viel, viel mehr.

Jetzt komme ich auf diese infantile Diskussion von heute Morgen zurück. Sie verweigern sich tatsächlich, über Belange, die den Bürger direkt betreffen, hier zu diskutieren. Und dann gehen Sie auf Ihr Friedensprojekt ein.

(Vereinzel Beifall)

Was ist denn das? Das ist naiv und eigentlich schäbig.

(Beifall – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das Gute an der Rede war die Länge!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun darf Herr Abg. Professor Dr. Schweickert für die FDP/DVP-Fraktion reden.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Kollege aus dem Europaausschuss – er gehört der AfD an – hat heute Morgen von einem „EU-Maulkorb“ gesprochen. Die Maske ist ein Utensil, meine Damen und Herren, das ich abnehmen kann,

(Zuruf)

welches mich und andere schützen kann. Wenn das manche von der AfD nicht wollen, ist das ihre persönliche Einschätzung. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann man eigentlich nur jemandem erklären, der das Licht mit dem Holzhammer ausmacht. Denn wer heute in der EU von einem Maulkorb faselt und davon, man dürfe seine Meinung nicht mehr äußern, der muss insbesondere dann, wenn er denen das Wort redet, die sagen, wie toll es in Ungarn sei, aufpassen,

(Dr. Erik Schweickert)

dass er nicht in einem Umfeld aufwacht, in dem er tatsächlich seine Meinung nicht mehr sagen darf.

(Beifall)

In dieser Europawoche fühle ich, wie mir die europäische Freiheit fehlt – nicht bloß, was das Zuhause sein mit Kindern betrifft, sondern auch insofern, nicht mehr reisen zu können. Die Schlagbäume sind jetzt zu. Jeder sieht, dass die Schlagbäume da sind. Und was bringen Schlagbäume, um die Ausbreitung von Corona zu verhindern? Nichts,

(Zuruf)

weil Corona eben nicht vor Schlagbäumen haltmacht.

(Zuruf: So sieht es aus!)

Deswegen ist es richtig, dass gerade wir in Baden-Württemberg – Über die Parteigrenzen hinweg fordern ja viele Landtags- und Bundestagsabgeordnete der demokratischen Parteien zu Recht, bei vergleichbaren Infektionslagen diesseits und jenseits des Rheins zu sagen: Die Grenzen müssen dann auch wieder geöffnet werden.

(Beifall)

In dieser Zeit ist das ein ganz wichtiges Projekt.

Diese europapolitische Woche hat es wirklich in sich. EIB, ESM, ECCL, SURE: Das sind Begriffe, die im Moment hektisch in der Brüsseler Krisendiplomatie und in den europäischen Hauptstädten umlaufen. Seit sich die Pandemie mit voller Wucht in Europa entfaltet hat, fordern hoch verschuldete Staaten wie Italien Anleihen, Coronabonds. Man will kollektiv Schulden machen, um die hohen Kosten der Krise zu schultern.

Ob es jetzt Bruno Le Maire ist, der von „Recovery Bonds“ spricht, ob es Giuseppe Conte ist oder Paolo Gentiloni, der mit gemeinsamen Anleihen für europäische Konjunkturprogramme hausieren geht: Meine Damen und Herren, auch unter dem Deckmantel von Corona gibt es für das Aufwärmen von Konzepten, die schon vor fünf, vor zehn oder vor 20 Jahren aus guten Gründen nicht umgesetzt wurden, keinen sachlichen Grund; es gibt keinen Grund für die Einführung von Coronabonds.

(Beifall)

Ich bin unserem Minister für Europa dankbar, dass er heute Vormittag für die Landesregierung so klar die Position bezogen hat, dass es keine Coronabonds geben wird, meine Damen und Herren.

(Zurufe)

Allerdings sitze ich dort hinten. Da bekommt man dann schon mit, wie bei den Grünen Hektik ausbricht, wenn der Minister das sagt.

(Abg. Josef Frey GRÜNE: Das kennen wir nicht!)

– Ihr kennt keine Hektik, das ist mir schon klar.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber in dieser Situation dann mit der moralischen Keule zu kommen, lieber Kollege Frey, und über mangelnde Solidarität zu klagen, wäre tatsächlich falsch. Unter Corona die Vergemeinschaftung von Schulden durchzudrücken wäre wirklich unseriös; es gibt keinen Grund dafür.

(Beifall)

Denn wir haben alle Möglichkeiten: Wir haben die Kredite aus dem Eurorettungsschirm ESM. Wir haben die Kredite der Europäischen Investitionsbank EIB. Wir haben bis zu 100 Milliarden € im Rahmen des Programms der EU-Kommission zum Thema Kurzarbeit. Auch da gibt es also Möglichkeiten.

Klar ist – noch einmal Danke für die klare Positionierung –, dass auch diese Landesregierung eine Vergemeinschaftung europäischer Schulden ablehnt, und das Ganze natürlich vor dem Hintergrund eines europäischen Paukenschlags.

(Unruhe)

– Herr Sänze quatscht jetzt lieber mit seinen Kollegen, anstatt zuzuhören. Nach vorn wird dann immer gerufen: „Wir wollen eine Diskussion über Europa!“ Aber von Ihnen kommt doch überhaupt nichts, wenn das Thema dann einmal auf der Treppe liegt. Da kommt nichts, einfach null.

(Lebhafte Zurufe von der AfD)

Und warum? Ich kann es Ihnen sagen. Weil Sie sich mit den Themen einfach nicht beschäftigen.

(Widerspruch bei der AfD)

Wir haben zum Thema EZB ein klares Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Das ist doch etwas, über das man einmal reden kann: die Zuständigkeiten – Europa und staatliche Ebene.

(Lebhafte Unruhe)

Das Anleihenkaufprogramm PSPP, also die „Bazooka“ von Frau Lagarde, wurde kritisiert, und zwar in dem Sinn, dass unser Verfassungsgericht sagt: Es ist schlechterdings nicht mehr nachvollziehbar, dass man in dem Bereich, in dem die Bundesbank aktiv ist, Anleihekäufen nicht mehr zustimmen darf. Das hat sie in der Vergangenheit in der Regel sowieso nicht getan, aber jetzt haben wir hier noch einmal eine Klarstellung, was die europäische Ebene ist und was die nationale.

Wenn die europäische Ebene für die Geldpolitik zuständig ist und wir für die Wirtschaftspolitik zuständig sein müssen, dann heißt das aber auch: Wir müssen für die Wirtschaftspolitik etwas tun und nicht bloß herumfaseln, was uns nicht passt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

In diesem Sinn – Ich sehe gerade, dass meine Redezeit zu Ende geht.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ihre Redezeit ist schon abgelaufen; sie ist lange vorbei.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Na ja – lange? 16 Sekunden.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich habe versucht, eine Zwischenfrage zu lancieren, aber Sie haben ja nicht Luft geholt.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Aber den Satzsatz darf ich noch sagen?

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ja.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Deshalb, meine Damen und Herren: Das ist eine Europawoche, wie wir sie uns so sicherlich nicht haben träumen lassen, mit vielen Aufgabenstellungen, die vor uns liegen. Lassen Sie sie uns gemeinsam anpacken, mit einer Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg, die dann auch für die europäische Ebene vorbildlich ist.

In diesem Sinn wünsche ich uns allen die europäische Freiheit, die wir in Zukunft wieder brauchen, damit es uns wieder besser geht.

Vielen Dank.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat für die Regierung Herr Minister Guido Wolf das Wort.

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon heute Morgen eine europapolitische Debatte geführt, die Gelegenheit gab, viele Aspekte der aktuellen europäischen Entwicklung herauszugreifen, insbesondere die Folgen der Coronakrise, auch für Europa, und insbesondere die große Herausforderung, aus der Coronakrise jetzt nicht in zweiter Linie eine europäische Krise werden zu lassen. Da bin ich für viele Anmerkungen und Aussagen Ihrerseits dankbar, weil sie aus einer großen Übereinstimmung resultieren.

Die Coronapandemie bestimmt derzeit unseren Alltag in allen politischen Handlungsfeldern, auch und gerade in der Europapolitik. Das Jahr 2020 hatte jedoch mit anderen gewichtigen europapolitischen Themen begonnen. Ich will das schon anmerken: Ich mache mir manchmal ein bisschen Sorgen, dass wir angesichts der herausragenden Herausforderungen in der Coronakrise das Gespür für die anderen politischen Themen und Herausforderungen verlieren könnten, um die wir uns kümmern müssen:

(Vereinzelt Beifall)

die schwierigen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen, der Brexit, die Zukunftsdebatte oder die Turbulenzen an der Grenze zwischen der Türkei und Griechenland. Das sind zum Teil Umstände, die man schon ganz aus dem Blick, zum Teil sogar aus dem Gedächtnis verloren hat, obwohl sie als unerledigte Tagesordnungspunkte unverändert auf der europäischen Agenda stehen.

Der aktuelle Europabericht informiert über die Aktivitäten der Landesregierung bei diesen und weiteren Themen. Fast alle Themen auf europäischer Ebene werden inzwischen aber durch die Coronapandemie überlagert und massiv davon beeinflusst.

Massiv beeinflusst werden auch unsere Vorbereitungen für die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020. Derzeit ist noch völlig offen, ob die geplanten Ratssitzungen, Veranstaltungen und Konferenzen wenigstens nach der Sommerpause stattfinden können. Klar ist aber schon, dass das Programm der Präsidentschaft anders aussehen wird als von der Bundesregierung ursprünglich geplant. Denn eine Ratspräsidentschaft muss natürlich auch auf aktuelle politische Entwicklungen Rücksicht und Bezug nehmen. Dies alles gilt allein schon deshalb, weil die Regularien des Einhaltens von Abstand bestimmte Veranstaltungsformen nicht zulassen oder erschweren; schon deshalb wird es auch im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft darum gehen, sich in Videokonferenzen zu treffen, wenngleich dies sicherlich – ich weiß nicht, wie es Ihnen geht – zwar eine Form der Kommunikation ist, nicht aber eine Form der Begegnung. Doch gerade in Europa spielt die Begegnung eine ganz entscheidende Rolle.

(Beifall)

Die Prioritäten werden sich auf die Bewältigung der Folgen der Pandemie und die Aufhebung der Beschränkungen hin verschieben. Ganz oben auf der Agenda werden daher insbesondere der wirtschaftliche Wiederaufbau und der Mehrjährige Finanzrahmen stehen.

Und – ich will es schon erwähnen, auch in diesem Zusammenhang –: Auch im europäischen Kontext wird der Tourismus eine besondere Rolle spielen müssen. Ich werde nicht müde, diese Branche ins Gespräch zu bringen. Sie ist natürlich in dieser Coronapandemie in ganz besonderer Weise getroffen, und es wird voraussichtlich lange dauern, bis diese Branche die Krise überwunden haben wird – übrigens nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in ganz Europa.

Wenn Sie einmal an unsere Nachbarländer, an Spanien, Italien oder Griechenland, und deren finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren denken und jetzt unterstellen, dass der Tourismus dort in gleicher Weise abstürzt, dann können Sie erkennen, in welcher großen wirtschaftlichen Probleme diese Länder kommen werden.

Die Tourismusbranche steht für 11 % des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union, für 12 % der Arbeitsplätze und für drei Millionen Unternehmen; 90 % davon sind kleine und sehr kleine Unternehmen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Daher ist es gut, aber auch höchste Zeit, dass die Europäische Kommission die Tourismusbranche bei den Hilfen in den Blick nehmen will. Auch dort muss ein Akzent gesetzt werden. Der zuständige Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen hat bereits gefordert, dass Mittel aus dem geplanten Erholungsfonds gezielt in den Tourismussektor fließen sollen.

Das europäische Tourismusforum, das wir für Herbst in Friedrichshafen geplant haben, wäre ein guter Ort, um weitere Impulse zu geben. Schauen wir, in welcher Weise wir dort die Gespräche und die Debatten führen werden. Sicher ist: Wir werden auch in der zweiten Jahreshälfte und darüber hinaus weitere Perspektiven für den Tourismus brauchen.

Auch ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte die Zukunftskonferenz Europas ansprechen. Sie hätte am 9. Mai in

(Minister Guido Wolf)

Kroatien starten sollen. Kollege Sänze, Sie haben einmal mehr unterstellt bzw. kritisiert, dass diese Konferenz ja ohnehin keine Bedeutung habe, weil sie nicht ergebnisoffen geführt werde. Nun bin ich nicht unkritisch, was europäische Beteiligungsprozesse angeht – ich habe das auch schon beim Weißbuch zum Ausdruck gebracht. Aber ich werde auch nicht müde, Ihnen immer wieder zu sagen, was diese Ergebnisoffenheit angeht: Wir diskutieren europafreundlich.

(Beifall)

Das Bekenntnis zu den Werten Europas steht nicht zur Disposition. Diese schlagen sich eben auch – ich weiß wohl um Ihre Unterscheidung zwischen Europa und Europäischer Union – im Konstrukt der Europäischen Union nieder.

(Zurufe)

Ein Satz, Kollege Sänze, hat mich schon betroffen gemacht. Da zeigten Sie im Grunde genommen Ihr wahres Gesicht und sagten, worum es Ihnen eigentlich geht: Es geht Ihnen um Zerstörung. Sie haben gesagt –

(Widerspruch bei der AfD)

– Ja, Moment! – Ich zitiere Sie. Sie haben mit Blick auf die Türkei gesagt, das würde die „Implosion“ der Europäischen Union beschleunigen, und haben das geradezu herbeibeschworen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist deren europapolitischer Ansatz. Der findet bei uns keine Zustimmung.

(Beifall – Zurufe)

In die Zeit des deutschen Ratsvorsitzes wird auch der Beginn dieser Zukunftskonferenz für Europa fallen. Der Start wurde jetzt auf den Herbst verschoben. Die Pandemie hat einige grundlegende Fragen aufgeworfen, die nun die Themen der Konferenz beeinflussen werden: Hat das Krisenmanagement funktioniert? Brauchen wir eine strategische Autonomie der EU, z. B. bei der Produktion von Pharmaprodukten? Wie können wir die Abhängigkeit von Importen bei Schutzausrüstungen verringern?

Aber auch die grundsätzliche Frage nach der EU der Zukunft stellt sich in einem ganz neuen Licht. Die Zukunftskonferenz sollte daher auch Lösungen erarbeiten, wie sich die Europäische Union zukünftig auf solche Situationen besser vorbereiten kann, und vor allem auch, wie sie den Mehrwert als Europäische Union definieren kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, man kann heute keine europapolitische Debatte führen, ohne – Kollege Schweickert und andere haben das auch getan – auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dieser Tage zu verweisen. Ich will gern einräumen: Im Justizministerium hält man diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für eine Jahrhundertentscheidung. Ich glaube, das ist keine überzogene Einschätzung. Seien wir mal ehrlich: Das Bundesverfassungsgericht hat hier schon das grobe Besteck herausgeholt, um auch mit Blick auf den Europäischen Gerichtshof Kriterien zu definieren.

Ich erinnere mich noch an unser letztes Triberger Symposium, wo es auch darum ging, das Verhältnis des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen Gerichtshof zu hinterfragen. Da ging es noch, Kollege Hentschel, ziemlich friedlich zu. Ich

bin infolge dieser Entscheidung fast geneigt, das diesjährige Triberger Symposium erneut dieser Thematik zu widmen, um eben auch die Weiterentwicklung nachvollziehen zu können und dort zu diskutieren.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von Dienstag bezieht sich auf das konkrete Staatsanleihenkaufprogramm der EZB. Ich räume ein: Darüber kann man durchaus auch einmal kritisch diskutieren; das haben wir auch schon mehrfach getan. Diese Entscheidung zeigt aber, dass in der Währungsunion bei allen währungspolitischen Maßnahmen besonders hohe Anforderungen an den Maßstab der Verhältnismäßigkeit zu stellen sind.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist vor allem – ich drücke mich mal vorsichtig aus – ein Auftrag an die Bundesregierung und an den EZB-Rat, Versäumtes nachzuholen. Das heißt, eine Folgenabschätzung vorzunehmen und darzulegen. Das Gericht hat betont, dass eine offensichtliche Umgehung des Verbots monetärer Haushaltsfinanzierung nicht feststellbar ist.

Die Bundesregierung ist jetzt angehalten, die Entscheidung genau zu prüfen und umzusetzen. Der Respekt vor unserem höchsten Gericht gebietet es aber auch, diese Entscheidung nicht politisch zu instrumentalisieren. Das will auch ich bewusst nicht tun, aber ich prophezeie: Es wird sich Wesentliches verändern müssen, um den jetzt vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Kriterien in Zukunft Rechnung zu tragen.

(Beifall)

Durch die Coronakrise ist das Dauerthema Brexit etwas aus dem Fokus gerückt. Ich muss übrigens einräumen: Mir fiel bei der Vorbereitung dieser Debatte auf: Nicht nur Boris Johnson war an Corona erkrankt, sondern auch der Verhandlungsführer aufseiten der Europäischen Union, Michel Barnier. Insofern sind die Verhandlungen ins Stocken geraten und zeitweise sogar ausgesetzt worden. Nun wurden sie wieder aufgenommen. Der Verhandlungsführer der EU ist aber sehr beunruhigt, da es bei den strittigen Punkten weiter keine Fortschritte gibt. Die Uhr läuft.

Jetzt ist mit der Coronakrise natürlich ein weiteres zentrales Thema in den Mittelpunkt gerückt, was die Verhandlungen mit Blick auf den Brexit nicht unbedingt erleichtert. Das war schon schwer genug vor der Coronakrise, und der ohnehin enge Zeitplan verdichtet sich nun weiter; die Uhr tickt immer lauter.

Es kann nicht das Ziel der EU sein, dass die Beziehungen zu Großbritannien nach der Übergangsphase zukünftig mit Hürden für den Handel und für die Zusammenarbeit in wichtigen Bereichen wie „Innere Sicherheit“ und Forschung behaftet sind.

Für die Wirtschaft und für die Menschen ist diese unklare Situation unbefriedigend. Wir können aber im Moment nichts anderes tun, als uns auf verschiedene Szenarien einzustellen. Die Landesregierung wird die weitere Entwicklung in jedem Fall eng begleiten.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal auf die Europawoche kommen. Ich finde, es war wichtig, dass wir heute auch

(Minister Guido Wolf)

in diesem Haus einen Akzent gesetzt haben, um diese Europawoche zu nutzen, um im Dialog zu bleiben – sei dies auch ein Dialog auf Abstand. In der Europawoche nutzen wir eine solche Gelegenheit besonders intensiv – wenn auch nun unter erschwerten Bedingungen.

Dass die Menschen nicht zu uns und zu unseren Veranstaltungen kommen können, heißt aber noch lange nicht, dass wir nicht zu ihnen kommen können. Deshalb haben wir mit einem neuen digitalen Konzept in diesen Tagen versucht, Menschen zu erreichen und sie zu motivieren, auf dieser digitalen Plattform über ihre europapolitischen, ihre europäischen Aktivitäten zu berichten.

Noch bis Sonntag, 10. Mai, läuft die online durchgeführte Europawoche 2020 in Baden-Württemberg, und ich möchte Sie alle ermutigen: Diskutieren Sie mit, und schauen Sie mit einem Klick hinein in diese Plattform. Das Angebot finden Sie auf der Homepage unseres Ministeriums der Justiz und für Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Jahr 2020 wird mit Sicherheit in die Geschichte eingehen. Wie das Coronavirus den Lauf der Geschichte bestimmen wird, ist noch offen. Das gilt natürlich auch mit Blick auf die Europäische Union; dieses Thema wird uns auch dort noch lange beschäftigen. Ich hoffe und wünsche mir, dass 2020 als ein Jahr in die Geschichte eingeht, in dem eine große Krise gemeinsam und in großer Solidarität bewältigt wurde, als ein Jahr, in dem der europäische Einigungsprozess – gerade weil es besonders schwierig geworden ist – neue Impulse bekommen hat. Bleiben wir also weiter über Europa im Gespräch!

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann jetzt aufgrund der längeren Redezeit, die die Regierung beansprucht hat, zusätzliche Redezeit gewähren.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

– Das müssten Sie vielleicht von hier vorn aus erläutern; ich habe nicht verstanden, worum es ging.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Es ging um eine Zwischenfrage!)

– Das habe ich nicht verstanden; das war jetzt etwas kompliziert. Sie können das aber gern nachher von hier vorn aus vortragen.

(Zuruf)

– Moment! – Ich habe jetzt die Frage, wer sich außer der Fraktion der AfD noch zu Wort meldet. – Dann gebe ich jetzt das Wort Frau Kollegin Wölfle; die zusätzliche Redezeit beträgt eine Minute.

**Abg. Sabine Wölfle SPD:** Ich hatte eigentlich eine Zwischenfrage an Herrn Minister Wolf. Ich habe jetzt bis zum Schluss gewartet, ob Sie etwas zu den „Vier Motoren“ sagen. Denn gerade die „Vier Motoren“, speziell die Wirtschaftsräume um Mailand, Lyon und Barcelona – diese drei Länder – sind stark gebeutelt von der Pandemie.

Wie sehen Sie denn die Möglichkeit, diese „Vier Motoren“ wieder gemeinsam nach vorn zu bringen, um da auch Vorbild zu sein? Sie haben jetzt leider zu dem Thema nichts gesagt.

Das war eigentlich Inhalt meiner Zwischenfrage.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann gebe ich das Wort weiter an die AfD. Herr Abg. Sänze, Sie hatten sowieso noch Redezeit; jetzt haben Sie noch mehr.

(Unruhe)

**Abg. Emil Sänze AfD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal an Herrn Wolf: Ich meinte natürlich nicht die Türkei, sondern Albanien. Das Land ist übrigens auch überwiegend muslimisch.

Jetzt begeben Sie mich einmal in Ihre Gedankenwelt.

(Zuruf: Das schaffen Sie nicht! – Weitere Zurufe)

– Doch, das schaffe ich schon.

(Zuruf: Da sind Sie zu weit weg! – Weitere Zurufe)

– Ja, wahrscheinlich. – Es wäre erst einmal notwendig gewesen, dass man die Bevölkerung fragt, ob sie ein vereinigtes Europa will. Das hat nicht stattgefunden.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens hätte man ein Konstrukt in der Zusammenarbeit mit Benelux und Frankreich erst einmal zu gemeinsamen Prämissen führen

(Zuruf)

und in Gleichklang bringen müssen. Stattdessen haben Sie über das Konstrukt Währung Unvereinbares zusammengebracht. Dass das jetzt implodieren wird, ist nicht nur Ihr Fehler, sondern auch der Fehler der Währung. Das ist doch ein ganz klarer Fall.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf)

Jetzt sprechen wir einmal über Harmonisierung: Natürlich sind wir keine Gegner von Harmonisierung. Wir sind auch für freie Grenzen, freien Dienstleistungs- und Warenverkehr, für Reisefreiheit und Niederlassungsfreiheit.

(Zuruf)

Deshalb muss ich mich doch aber nicht selbst aufgeben, sondern ich muss kritisch prüfen: Welchen Nutzen hat meine Bevölkerung, mein Land, mein Volk davon? Das tun Sie nicht. Das machen Sie nicht. Sie verweigern sich

(Beifall – Zuruf)

und hängen einem Gedanken nach, der in Ihrer Fantasie ist. Es wird niemals eine Vereinigung verschiedener Kulturen in dieser Ausprägung geben. Das ist sogar ein Vorteil von ganz Europa.

(Zurufe)

(Emil Sänze)

Durch Wettbewerb entsteht Innovation, durch Wettbewerb entsteht Erfolg. Das war ein Erfolgsmodell über Jahrhunderte in Europa. Wir wollen es nun harmonisieren und wollen übergehen zu einem Zentralstaat.

(Zuruf)

Wir alle wissen, wo das hinführt. Schauen Sie doch nach Frankreich:

(Unruhe)

Nichts geschieht; gescheitert! Alle Zentralstaatsbewegungen sind gescheitert.

(Glocke der Präsidentin)

Sie gefährden sogar noch Ihren Föderalismus. Das kann nicht sein.

(Zurufe)

Wir treten hier an, um die Interessen der Baden-Württemberger zu vertreten. Wir treten nicht an, um die Franzosen oder die Italiener oder die Türken oder die Muslime zu vertreten.

(Beifall)

Wir treten an für die baden-württembergische Bevölkerung

(Zurufe)

und nichts anderes. Das tun Sie nicht. Das wollen Sie nicht. Das können Sie nicht.

(Zurufe)

Das verstehen Sie nicht.

(Zuruf)

Aber Sie werden die Früchte Ihrer eigenen Blüte ernten.

(Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Gibt es noch weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen? – Ja. Wir müssen leider zwischendurch noch einmal wischen.

(Abg. Josef Frey GRÜNE: Ich fasse es nicht an!)

– Okay, dann machen wir es so. – Herr Abg. Frey.

**Abg. Josef Frey GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will nur zwei Sätze sagen. Die Wortwahl meines Vorredners, dass die Politik davon abhängt, dass das Handeln nur „meinem Volk“ dient, sagt schon alles.

(Zuruf)

Davon müssen wir uns deutlich distanzieren.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Bernd Gögel AfD: Lesen Sie mal die Verfassung, und schauen Sie, was in der Verfassung steht!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. – Habe ich etwas übersehen?

(Zurufe: Nein!)

– Gut. – Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 16/8023.

(Unruhe)

– Ich würde mich freuen, wenn Sie noch einmal einen Augenblick den Geräuschpegel herunterzoomen würden.

(Zuruf – Unruhe)

– Ich kann es noch einmal sagen: Die Gespräche über zwei Reihen und über zwei Plätze hinweg sind besonders laut, Herr Abg. Dr. Schütte.

(Zuruf)

Auch da hinten. Ganz laut.

(Zurufe – Unruhe)

Bitte. – Der Ausschuss für Europa und Internationales schlägt Ihnen vor – –

(Anhaltende Unruhe)

– Es wird immer lauter.

(Zuruf)

– Okay. Ich probiere es noch mal.

(Zuruf)

Der Ausschuss für Europa und Internationales schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/8019, Kenntnis zu nehmen. Die Fraktion der AfD hat um förmliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung gebeten. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Jetzt rufe ich noch die **Punkte 10 bis 18** der Tagesordnung gemeinsam auf:

**Punkt 10:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. März 2020 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Erster Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (1. MStV) – Drucksachen 16/7933, 16/8034**

**Berichterstatter: Abg. Arnulf Freiherr von Eyb**

**Punkt 11:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. März 2020 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2017 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des**

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

**Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 12: Festsetzung von Hinterziehungszinsen – Drucksachen 16/7938, 16/8015**

**Berichterstatter: Abg. Emil Sänze**

**Punkt 12:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. November 2019 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2018 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 15: Planung, Pflege und Unterhalt von Außenanlagen des Landes – Drucksachen 16/7259, 16/8014**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler**

**Punkt 13:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. November 2019 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2018 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 16: Photovoltaikanlagen bei Landesgebäuden – Drucksachen 16/7258, 16/8013**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler**

**Punkt 14:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau vom 17. Februar 2020 – Wohnraumförderung 2020/2021 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung in Baden-Württemberg – Drucksachen 16/7720, 16/7877**

**Berichterstatter: Abg. Daniel Born**

**Punkt 15:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung**

**des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 31. März 2020 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität COM(2020) 80 final (BR 116/20) – Drucksachen 16/7950, 16/8021**

**Berichterstatter: Abg. Klaus-Günther Voigtmann**

**Punkt 16:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 16. April 2020 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft – Für ein saubereres und wettbewerbsfähigeres Europa COM(2020) 98 final (BR 135/20) – Drucksachen 16/7992, 16/8022**

**Berichterstatter: Abg. Nicolas Fink**

**Punkt 17:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/8004, 16/8005, 16/8006, 16/8007**

**Punkt 18:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/7990**

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den verschiedenen Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

**Tagesordnungspunkt 19 – Kleine Anfragen** – ist erledigt.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt und treffen uns wieder am 20. Mai 2020 um 10:00 Uhr.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

**Schluss: 18:20 Uhr**